

## 26. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Mai 1987, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	1586, 1605, 1610, 1630 1644, 1657, 1664, 1677, 1678	Franz (SPD) . . . . .	1657
Geburtstagswünsche für Frau Abg. Wax- Wörner . . . . .	1586	Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . .	1657
<b>Haushaltsplan 1987/88, Einzelplan 10, für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung</b>		<b>Wahl berufsrichterlicher Mitglieder zum Baye- rischen Verfassungsgerichtshof</b>	
Staatsminister Dr. Hillermeier . . . . .	1586, 1645	Langenberger (SPD) . . . . .	1658, 1662
Müller Karl Heinz (SPD) . . . . .	1597, 1644	Bäumer (DIE GRÜNEN) . . . . .	1658, 1663
Frau Scheel (DIE GRÜNEN) . . . . .	1601, 1637	Leeb (CSU) . . . . .	1659
Langenberger (SPD) . . . . .	1604	Trapp (SPD) . . . . .	1660
Böhm (CSU) . . . . .	1605	Dr. Weiß Manfred (CSU) . . . . .	1661, 1663
Dr. Kestel (DIE GRÜNEN) . . . . .	1609	Hiersemann (SPD) . . . . .	1661, 1662, 1665
(Unterbrechung der Sitzung)		Staatsminister Lang . . . . .	1661
Kaiser Willi (SPD) . . . . .	1610	Klasen (SPD) . . . . .	1663, 1664
Frau Romberg (DIE GRÜNEN) . . . . .	1612	Dr. Beckstein (CSU) . . . . .	1663
Kobler (CSU) . . . . .	1615, 1630	Kamm (DIE GRÜNEN) . . . . .	1665
Weber (SPD) . . . . .	1617	Beschluß . . . . .	1666
Grossmann (CSU) . . . . .	1619	Geheime Wahl . . . . .	1666
Frau Pausch-Gruber (SPD) . . . . .	1622, 1623	<b>Antrag der Abg. Bäumer, Bause u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Datenschutz in Bayern (Drs. 11/315)</b>	
Frau Stamm (CSU) . . . . .	1623, 1643, 1644	<b>Antrag der Abg. Jungfer, Warnecke, König u. Frakt. SPD betr. Datenschutz in Bayern (Drs. 11/316)</b>	
Kamm (DIE GRÜNEN) . . . . .	1628	<b>Antrag der Abg. Brosch, Regensburger betr. Datenschutz in Bayern (Drs. 11/415)</b>	
Marxreiter (CSU) . . . . .	1629	<b>Dringlichkeitsantrag der Abg. Hiersemann, Kö- nig, Warnecke u.a. u. Frakt. SPD betr. Prü- fungskompetenz des bayerischen Landesbe- auftragten für den Datenschutz (Drs. 11/1856)</b>	
Frau Würdinger (CSU) . . . . .	1629	<b>Dringlichkeitsantrag der Abg. Bäumer, Bause u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Kompetenzen des bayerischen Landesbeauftragten für den Da- tenschutz (Drs. 11/2010)</b>	
Hollwich (SPD) . . . . .	1660	Beschlußempfehlungen des Verfassungs-, des Dienstrechts- und des Bundesangelegenhei- tenausschusses (Drs. 11/508, 11/509, 11/510, 11/1969; 11/792, 11/793, 11/794; 11/1768, 11/1769, 11/1770)	
Engelhard Rudolf (CSU) . . . . .	1661	Bäumer (DIE GRÜNEN), Berichterstatter . . . . .	1667
Schramm (DIE GRÜNEN) . . . . .	1633	Warnecke (SPD), Berichterstatter . . . . .	1667
Franz (SPD) . . . . .	1635	Staatsminister Lang . . . . .	1667
Leschanowsky (CSU) . . . . .	1637		
Dr. Braun (SPD) . . . . .	1638		
Frau von Traitteur (CSU) . . . . .	1640		
Knauer (SPD) . . . . .	1640		
Frau Bause (DIE GRÜNEN) . . . . .	1642		
Bäumer (DIE GRÜNEN) zur GeschO . . . . .	1645		
Niedermayer (CSU) zur GeschO . . . . .	1645		
Abstimmung . . . . .	1650		
Langenberger (SPD), zur Abstimmung . . . . .	1651		
Namentliche Abstimmung . . . . .	1652		
Schlußabstimmung . . . . .	1656		
Persönliche Erklärung gem. § 110 GeschO			

Warnecke (SPD) . . . . .	1668
Bäumer (DIE GRÜNEN) . . . . .	1670
Brosch (CSU) . . . . .	1672
Leeb (CSU) . . . . .	1674
Beschlüsse . . . . .	1674
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Hiersemann, Haas, Warnecke u. Frakt. SPD betr. <b>Volkszählung 1987</b> (Drs. 11/1970)	
Hiersemann (SPD) . . . . .	1675, 1676, 1677
Brosch (CSU) . . . . .	1675
Staatsminister Lang . . . . .	1676
Bäumer (DIE GRÜNEN) . . . . .	1677
Tandler (CSU) . . . . .	1677
Tandler (CSU), Erklärung zur Abstimmung . . . . .	1677
Beschluß . . . . .	1677
Vertagung des Antrags auf Drs. 11/668 . . . . .	1677
Umbesetzungen in Ausschüssen . . . . .	1678
Schluß der Sitzung . . . . .	1678

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 03 Minuten

**Erster Vizepräsident Mösllein:** Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF, Audiovision und Radio 1 haben um Aufnahme-genehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, vor Beginn der Aussprache noch einen Glückwunsch auszusprechen. Ihren 42. Geburtstag begeht heute Frau Abgeordnete Ulrike **Wax-Wörner**. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich und spreche ich alle guten Wünsche für das neue Lebensjahr aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich das Hohe Haus davon in Kenntnis setzen, daß die Fraktion DIE GRÜNEN gestern beantragt hat, daß der Landtagspräsident heute um 11 Uhr den Ältestenrat einberuft. Der Herr Landtagspräsident wird heute mittag die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrechen, damit der Ältestenrat tagen kann.

Wir fahren nun fort im Tagesordnungspunkt 5:

### Haushaltsplan 1987/88, Einzelplan 10, für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Die Berichterstattung erfolgte gestern. Wir kommen nun zur Haushaltsrede des Herrn Staatsministers. Herr Staatsminister Hillermeier, ich darf Sie bitten, mit Ihrer Haushaltsrede zu beginnen.

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Sehr verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, Ihnen heute einen Doppelhaushalt für die Jahre 1987 und 1988 vorstellen zu dürfen, der selbstverständlich nicht alle unsere fachlichen Wünsche erfüllen kann, der aber eine sehr gute Basis für die Fortführung und Weiterentwicklung unserer erfolgreichen bayerischen Sozialpolitik darstellt.

Gerade der Sozialminister muß ja ein besonderes Interesse daran haben, daß von soliden Staatsfinanzen, einer nicht überforderten Wirtschaft und einer noch erträglichen Steuerbelastung positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Kassen der sozialen Sicherung ausgehen. Die jüngste Erfahrung hat ja wieder gezeigt, daß stabile Kaufkraft und verbesserte Investitionsbedingungen der Wirtschaft, aber auch besonders den Arbeitnehmern und den sozial schwächeren Bevölkerungsschichten zugute kommen. Wir haben ja leider noch in Erinnerung, wie schnell überforderte Staatsfinanzen zu Arbeitslosigkeit und leeren Sozialkassen führen.

Um so mehr freue ich mich, daß der Sozialhaushalt im Jahre 1987 im Vergleich zum Gesamthaushalt eine überdurchschnittliche Steigerungsrate aufweist. Mit einem Haushaltsvolumen von 1,2 Milliarden DM in den Jahren 1987 und 1988 wird Bayern wiederum ein Stück sozialer werden. Wir werden diejenigen, die ohne fremde Hilfe kein menschenwürdiges Leben führen können, noch mehr unterstützen und wir werden überall, wo nötig, selbständige Lebensgestaltung und bewußte Eigenverantwortung noch etwas besser fördern können. Soziale und gesundheitliche Schäden sollen, wo immer möglich, vorbeugend vermieden werden.

Mit dem vorgesehenen Haushaltsvolumen werden wir

1. unsere bewährten Programme, etwa das Familienprogramm, das Jugendprogramm oder den Landesaltenplan, zeitgemäß fortführen,
2. die Lösung neuer Aufgaben in Angriff nehmen und
3. auf manchen Gebieten neue Akzente setzen können.

Ich darf mir noch den Hinweis erlauben, daß das Zahlenwerk des Ihnen heute vorliegenden Haushaltsplans den sozial- und gesundheitspolitischen Gestaltungsspielraum meines Hauses nicht zur Gänze widerspiegelt. Zum einen werden hier die Krankenhausfinanzierungsmittel nicht ausgewiesen, die im Einzelplan 13 veranschlagt sind und sich im Jahre 1987 auf 1,25 Milliarden DM und im Jahre 1988 auf 1,3 Milliarden DM belaufen. Zum anderen schlägt sich in dem nüchternen Zahlenwerk nur mittelbar über den Personalhaushalt die gerade in den nächsten Jahren in er-

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

heblichem Umfang geforderte bundespolitische Mitwirkung im Sozial- und Gesundheitsbereich nieder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir nun, auf einige Schwerpunkte meines Ressorts und der Politik meines Hauses etwas näher einzugehen! Ich glaube, der intensiven Beratung des Haushalts zu dienen, wenn ich einige Passagen meiner Rede nicht im einzelnen vortrage; sie bleiben aber Bestandteil meiner Ausführungen.

Zu den größten Sorgen des Arbeits- und Sozialministers gehört nach wie vor die Situation auf dem Arbeitsmarkt insgesamt und vor allem im Hinblick auf besonders betroffene Problemgruppen wie etwa Behinderte, nichtqualifizierte Jugendliche oder ältere Arbeitnehmer. Rund 2,2 Millionen Arbeitslose im Bund und 303 000 in Bayern Ende April 1987, das sind Zahlen, mit denen wir uns nicht abfinden können.

Auf der anderen Seite muß aber eine redliche und sachliche Arbeitsmarktdiskussion auch folgendes würdigen: Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit 1982, eine konsequente Stabilitätspolitik, eine beharrliche Strukturpolitik und eine intensivierte Arbeitsmarktpolitik haben zu Beschäftigungswachstum, zu Kaufkraftzuwachs und zu Preisstabilität geführt.

Noch nie zuvor gab es in Bayern so viele Arbeitsplätze. Seit Juni 1983 hat die Zahl der Beschäftigten in Bayern um fast 170 000 zugenommen. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Zahl der Arbeitsplätze in Bayern sogar um über 420 000, das sind fast 12 1/2 Prozent. Im gesamten Bundesgebiet nahm die Vergleichszahl um 790 000 zu. Das heißt also, daß jeder zweite in diesen zehn Jahren neu geschaffene Arbeitsplatz in Bayern entstanden ist. Wer diesen großen arbeitsmarktpolitischen Erfolg leugnet, muß sich wirklich fragen lassen, ob er zu einem sachlichen Urteil fähig und bereit ist.

Auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit sind in Bayern spürbare Fortschritte erzielt worden: Im Jahresdurchschnitt 1986 lag die Arbeitslosenzahl in Bayern um fast 29 000 oder 8,3 Prozent niedriger als im Vorjahr. Der Höchststand von 1983 wurde dabei sogar um fast 47 000 unterschritten. Damit erzielte Bayern 1986 im Vergleich mit den anderen Bundesländern den weitaus stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im April nahm die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat in Bayern sogar um rund 20 Prozent ab, was zu einer Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent geführt hat. Damit steht Bayern mit der Arbeitslosenquote hinter Baden-Württemberg und vor Hessen an zweitbesten Stelle im Bundesgebiet.

Wer der Bayerischen Staatsregierung angesichts dieser Zahlen noch Vorwürfe wegen des Arbeitsmarktes machen will, möge doch einmal erklären, welche Vorwürfe er Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Bremen mit Arbeitslosenquoten von 11,4, 14,0 bzw. 16,1 Prozent Ende Februar 1987 macht. Zum gleichen Zeitpunkt betrug die Arbeitslosenquote in Bayern 9 Prozent. Nachdem die entsprechenden Zahlen immer wieder zum Gegenstand der

politischen Auseinandersetzung gemacht werden, sei auch daran erinnert, daß die Besserung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt allen Personengruppen zugute gekommen ist.

Besonders günstig war die Entwicklung bei den Jugendlichen. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 20 Jahren sank im letzten Jahr auf 4,4 Prozent. Eine Vergleichszahl ohne Kommentar: Nordrhein-Westfalen 10,2 Prozent. Gegenüber 1985 nahm die Jugendarbeitslosigkeit damit um fast 20 Prozent ab. Man stelle sich die Erfolgsmeldung vor, wenn dies einer SPD-Regierung widerfahren würde!

(Beifall bei der CSU)

Während die Zahl der arbeitslosen Frauen im letzten Jahr im Bundesdurchschnitt leider noch geringfügig um 1,3 Prozent zunahm, ging sie in Bayern deutlich zurück, nämlich um über 3 Prozent.

Bemerkenswert ist aber neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit vor allem die überdurchschnittliche Zunahme der Frauenbeschäftigung. So stieg von 1983 bis 1986 die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Bayern um über 5 Prozent, während die Gesamtbeschäftigung nur um 4,6 Prozent anstieg. Wie man hier von einer besonderen Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sprechen kann, ist wohl schwer nachvollziehbar.

Um die Chancen schwerbehinderter Arbeitnehmer weiter zu verbessern, werden für das Dritte Bayerische Schwerbehinderten-Sonderprogramm in den nächsten drei Jahren weitere 30 Millionen DM aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bereitstehen.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist schließlich in allen Landesteilen erfolgt, auch in Nordbayern. Unsere Bemühungen, die Arbeitsmarktlage in Ostbayern, in Oberfranken oder in Niederbayern zu verbessern, haben beachtliche Erfolge gezeigt.

Angesichts eines Wirtschaftswachstums von 3,2 Prozent in Bayern, absoluter Preisniveaustabilität und einer maßvollen Lohnpolitik hätten wir alle uns natürlich einen noch stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit gewünscht. Dies haben aber Entwicklungen verhindert, die sich der kurzfristigen politischen Beeinflussbarkeit weitgehend entziehen:

1. Die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik nimmt zwar ab; die erwerbsfähige Bevölkerung nimmt aber noch zu. Allein in Bayern lag die Zahl der Erwerbspersonen 1985 um rund 100 000 höher als im Jahr davor.
2. Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt wächst nicht nur wegen der geburtenstarken Jahrgänge, sondern auch deshalb, weil viele Frauen erstmals den berechtigten Wunsch nach gleichberechtigten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
3. Die verbesserte Wirtschaftslage veranlaßt Arbeitnehmer, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen, die zunächst nicht die Absicht hatten, wieder abhängig erwerbstätig zu werden. Auch diese stille Reserve spielt eine nicht unerhebliche Rolle. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Berufsforschung wurde sie bundesweit allein in den beiden letzten Jahren um rund 170 000 abgebaut.

Dies alles führt dazu, daß die Bemühungen auf allen Gebieten der Politik fortgesetzt werden müssen, die Arbeitslosigkeit noch weiter abzubauen. Aber ich sage im gleichen Atemzug: Patentrezepte gibt es leider nicht. Wir setzen weiterhin auf viele kleine steuer-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Schritte.

Wie Sie wissen, wird der Freistaat Bayern selbst mit einer Investitionsquote von 22,8 Prozent, der höchsten unter den Bundesländern, erneut zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen. Auch die Ausgaben in meinem Ressortbereich haben hieran, insbesondere mit den Krankenhausförderungsmitteln und den Mitteln für den Altenheimbau, einen nicht unbedeutenden Anteil.

Arbeitsmarktentlastende Wirkung wird auch die Fortsetzung der in den letzten Jahren eingeleiteten Qualifizierungsoffensive haben. Vor allem darf die Weiterbildungsbereitschaft nicht beeinträchtigt werden durch das törichte Gerede über die Gefahr großer technologischer Arbeitslosigkeit oder die angeblich schwere Arbeitsplatzgefährdung durch Automation. Sicher führt der technische Fortschritt zu Strukturwandlungen auf dem Arbeitsmarkt; aber alle Untersuchungen der letzten Jahre haben ergeben, daß vor allem dort Arbeitsplätze wegfallen, wo wenig investiert wird, wo der technologische Fortschritt nicht genutzt wird.

Auch wenn es in Zukunft in erster Linie darum gehen wird, die Struktur unserer Volkswirtschaft den geänderten Rahmenbedingungen weiterhin anzupassen, darf dieser Strukturwandel nicht mit unerträglichen Härten verbunden sein. Das gilt in besonderem Maße für strukturschwächere Gebiete. Deshalb haben wir auch keinen Zweifel an unserem Ziel gelassen, den Stahlstandort Mittlere Oberpfalz zu erhalten. Das hat die von der Staatsregierung erst unlängst beschlossene Gewährung einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit an die Maxhütte erneut bekräftigt.

Eine gewisse, wenngleich sehr schwer quantifizierbare arbeitsmarktentlastende Wirkung werden auch die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen haben.

(Abg. Hollwich: Hört, hört!)

Mit einfachen Rechnungen kommt man hier der Wahrheit allerdings nicht nahe. Den Tarifvertragsparteien ist jedenfalls dafür zu danken, daß sie einen Streik vermieden und Vereinbarungen getroffen haben, die uns in den nächsten Jahren hoffentlich positive Erfahrungen machen lassen.

In einem bescheidenen Umfang könnte sicher auch ein weiterer Überstundenabbau unsere Arbeitsmarktbilanz verbessern helfen. Den Arbeitgebern gilt die dringende Bitte, wo immer möglich, neuen Einstellungen den Vorrang vor Überstunden einzuräumen. Auf der anderen Seite wissen wir sehr wohl, daß

in vielen Fällen ein bestimmter Umfang von Überstunden unvermeidlich ist und eine gesetzliche Regelung mehr schaden als nutzen könnte.

Arbeitsmarktpolitisch von Bedeutung werden auch in diesem Jahr die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein. Erfreulicherweise stehen der Bundesanstalt für Arbeit heuer 200 Millionen DM mehr, und zwar 3,2 Milliarden DM, zur Verfügung. Damit können in diesem Bereich erneut 10 000 Personen mehr, nämlich insgesamt 110 000, beschäftigt werden.

Auch der bayerische Staatshaushalt trägt hier zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bei. Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beliefen sich im Entwurf auf 7,5 Millionen DM. Sollte, wie von der CSU vorgeschlagen, eine weitere Aufstockung vorgenommen werden, könnten vor allem die Beschäftigungschancen der Problemgruppen noch weiter verbessert werden.

Schließlich unterstützen wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der für ältere und längerfristig Arbeitslose Verbesserungen beim Arbeitslosengeldbezug vorsieht. Ferner werden auch die in der Koalitionsvereinbarung in Bonn vorgesehenen Aktivitäten zum Thema Arbeitsmarkt die Beschäftigungssituation verbessern.

Einige Bemerkungen zur beruflichen Bildung! Wesentlich geringere Sorgen als der Arbeitsmarkt verursacht uns in Bayern die Lehrstellensituation. Die Zahl derjenigen Jugendlichen, die überhaupt auf eine Ausbildung verzichten, hat in jüngster Zeit kontinuierlich abgenommen. Haben 1978 noch 8 Prozent der Schulabgänger auf eine berufliche Ausbildung verzichtet, so waren es 1986 nur noch 4 Prozent. Damit haben sich die Chancen dieser jungen Menschen, im späteren Leben nicht arbeitslos zu werden oder bei Arbeitslosigkeit schneller wieder eine Stelle zu finden, wesentlich verbessert; denn die Erfahrung lehrt, daß mehr als 50 Prozent der Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, und sie lehrt auch, daß Fachkräfte, wenn sie arbeitslos werden, viel schneller wieder eine Stelle finden als Ungelernte.

Dank der Bemühungen der Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes, des Engagements der Eltern und des Interesses der Jugendlichen konnte der Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Bayern erfolgreich bewältigt werden. Flankierende Hilfe hat dabei auch unser Mobilitätshilfeprogramm geleistet.

Seit 1980 weist Bayern die beste Ausbildungsstellenbilanz unter allen Bundesländern auf.

(Beifall bei der CSU)

Ende September 1986 trafen auf jeden Bewerber mehr als zwei offene Ausbildungsplätze. Auch in Nordbayern hat sich die Situation nachhaltig entspannt. Demgegenüber entfielen zum selben Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen vier unvermittelte Bewerber auf eine offene Stelle und in Hamburg sogar zehn.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Wenn es auch noch manche Vorurteile und Vorbehalte gibt, nehmen Bereitschaft und Interesse bei Mädchen zu, gewerblich-technische Berufe zu ergreifen. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, die Beteiligten zu informieren und sie über die positiven Erfahrungen zu unterrichten. Vor allem im Hinblick auf die zurückgehenden Schülerzahlen werden sich viele Betriebe überlegen müssen, ob sie auf dieses wichtige Nachwuchspotential verzichten können. Wir können den Betrieben nur raten, hier noch mehr Aufgeschlossenheit und Einfallsreichtum zu zeigen.

Die Familienpolitik bildet wie bei den letzten Haushalten einen besonderen Schwerpunkt. Wenn auch das familienpolitische Klima in den letzten Jahren spürbar besser geworden ist, stehen nach wie vor nicht wenige Familien vor erheblichen Problemen und Belastungen. Viele gesunde, glückliche und auch im Auf und Ab des Lebens stabile Familien sind ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß Ehe und Familie auch in unseren Tagen für den einzelnen und für die Gemeinschaft unersetzbar sind.

Gewiß wandelt sich die Familie in ihrer inneren Struktur und in ihrer äußeren Erscheinung; aber sie bleibt der zentrale Ort, wo Lebenstüchtigkeit erlernt und eingeübt wird, sie bleibt der Ort, an dem Partnerschaft und Autorität gleichermaßen erfahren werden, sie bleibt der geeignete Lebenskreis, der Hilfe und Zuflucht in schwierigsten Lebenssituationen bietet, sie bleibt die überlieferte und zugleich zeitgemäße Gemeinschaft, in der freiheitliche Lebenseinstellung, aber auch menschliche Bindung am besten erfahren werden kann. Dies empfindet auch die überwiegende Mehrheit unserer Jugend, wie jüngste Meinungsumfragen bestätigen haben.

Wenn heute die materielle Basis der Familie wesentlich besser ist als noch vor einigen Jahren, ist dies in ganz besonderem Maße ein Ergebnis vielfacher Bemühungen der Staatsregierung, der CSU-Landtagsfraktion und der CSU-Bundestagsabgeordneten. Wir haben mit den bayerischen Familienleistungen Schrittmacherdienste geleistet und erfolgreich auf bundespolitische Leistungsverbesserungen gedrängt.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf hier auf das hinweisen, was gestern der Kollege Tandler zu diesem Bereich ausgeführt hat.

Das bundespolitische Leistungspaket umfaßt bereits jetzt 12 Milliarden DM und wird bis 1989 auf 17 Milliarden DM steigen. Dazu kommen in Bayern familienbezogene Leistungen von jährlich knapp 1,8 Milliarden DM. Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum Beispiel an unser seit über neun Jahren überaus erfolgreiches Darlehensprogramm „Junge Familie“, das mit 155 bzw. 150 Millionen DM im Doppelhaushalt den größten Posten des bayerischen Familienprogramms darstellt. Mit rund 440 000 ausgereichten Darlehen und circa 420 000 Tilgungszuschüssen bzw. Geburtsbeihilfen hat es bisher großen Anklang gefunden.

Eine familienpolitische Vorreiterrolle hat Bayern auch mit seiner Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ übernommen. Mit einem Mittelaufwand von 72 Millionen DM wurde seit 1978 fast 30 000 Frauen ihr Ja zum Kind erleichtert. Die Mittel für die Landesstiftung sollen im Doppelhaushalt von 8,4 auf 9,7 Millionen DM erhöht werden. Nachdem die Bundesregierung auf diesem Gebiet im Jahre 1985 mit der Bundesstiftung nachgezogen hat, stehen an Bundes- und Landeszuschüssen im Jahre 1987 für Beihilfen an Schwangere in Not 24 Millionen DM zur Verfügung.

Häufig sehr wirksame Unterstützung der Familie können wir mit der Förderung von Beratung und Aufklärung leisten. Die 24 anerkannten Ehe- und Familienberatungsstellen mit ihren 108 Außen- und Nebenstellen haben 1986 über 18 000 Personen in über 90 000 Stunden beraten. Ich freue mich, daß diese Beratung wie auch die Schwangerenberatung mit einem erhöhten Haushaltsansatz ausgebaut werden kann.

Die steigende Inanspruchnahme der Schwangerenberatungsstellen zeigt uns, daß wir mit der Kombination von erweiterten Hilfen für die Schwangeren und intensiver Beratung den richtigen Weg zum besseren Schutz des ungeborenen Lebens eingeschlagen haben.

Auch hier war Bayern mit seinem bewährten Schwangerenberatungsgesetz beispielgebend für das von der Bundesregierung angekündigte Beratungsgesetz. Es wird nicht, wie manche es heute schon diffamieren wollen, ein Gesetz zur Erschwerung des Schwangerschaftsabbruchs, sondern ein Gesetz für mehr Lebenschancen des ungeborenen Lebens sein.

Wir betrachten es als einen großen Erfolg der bayerischen Bemühungen in den Koalitionsverhandlungen, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 eine Verlängerung des Bundeserziehungsgeldes noch für diese Legislaturperiode angekündigt hat. Natürlich hätten wir uns gewünscht, daß wir dem im Interesse einer gesunden Entwicklung des Kindes sinnvollen dreijährigen Bezugszeitraum noch rascher näher kommen. Da aber diese Bundesregierung im Gegensatz zu ihren liberal-sozialistischen Vorgängerinnen nur im Rahmen des finanzpolitisch Verantwortlichen handelt, war dies leider noch nicht möglich.

Wir haben auch die zumindest vorübergehende Einführung eines Landeserziehungsgeldes geprüft; doch hätten wir damit den Bund zumindest teilweise aus der vor allem ihn treffenden Verpflichtung eines gerechten Familienlastenausgleichs entlassen und wegen des begrenzten finanziellen Handlungsspielraums unser bewährtes bayerisches Darlehensprogramm gefährdet.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das merken Sie jetzt erst!)

Beides wäre sehr bedenklich. Wenn es aber nicht gelingt, in absehbarer Zeit eine deutliche Verlängerung des Bundeserziehungsgeldes zu erreichen, wird die Staatsregierung diese Frage erneut aufgreifen. Ich

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

begrüße in diesem Zusammenhang die klaren Äußerungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden von gestern zu diesem Punkt.

Zur Jugendhilfe! Umfassende und zugleich differenzierte Hilfe für die Familie erfordert auch mannigfache auf Kinder und Jugendliche bezogene Hilfen in Problemsituationen. Das 1986 fortgeschriebene Jugendprogramm führt Bewährtes fort, setzt aber auch neue jugendpolitische Akzente und will so die Erziehungshilfe weiter qualifizieren und verbessern.

Im Vordergrund steht nach wie vor die Stärkung der Erziehungskraft der Familie. Besondere Sorgen gelten den Teilfamilien und den gefährdeten arbeitslosen jungen Menschen. Die Weiterentwicklung eines differenzierten, fachlich hochqualifizierten Heimsystems ist uns ein besonderes Anliegen.

Der Ausbau des ambulanten Bereichs ermöglicht frühzeitige und familiennahe Hilfen. Die entscheidenden Stichworte sind hier: sozialpädagogische Familienhilfe, Eltern- und Familienarbeit sowie Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung.

Besonders bewährt hat sich die sozialpädagogische Familienhilfe, die sich die Aufgabe stellt, durch intensiven Einsatz die Familie als Lebens- und Entwicklungsraum der Kinder zu erhalten und ein Zerbrechen zu verhindern.

Eltern- und Familienarbeit, die sich im Aufbau befindet, will die so grundlegenden Prinzipien der Prävention und der Selbsthilfe in die Praxis der Erziehungshilfe umsetzen. Sie wird in Seminarform über einen längeren Zeitraum angeboten mit dem Ziel, Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe sicherer zu machen.

Zwar ist die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern deutlich zurückgegangen; nach wie vor gibt es aber auch bei uns eine größere Zahl von jungen Menschen, denen es wegen eines ungünstigen familiären Hintergrunds oder infolge erheblicher persönlicher Schwierigkeiten nur mit intensiver Hilfe gelingt, im Berufsleben Fuß zu fassen.

In derzeit 55 von freien und öffentlichen Trägern geführten Projekten mit circa 1500 intensiv betreuten jungen Menschen werden Jugendliche mit durchaus erfreulichen Ergebnissen auf den Eintritt in das Berufsleben vorbereitet und in kritischen Phasen der Ausbildung unterstützt.

Ich meine, wir sollten ganz nüchtern sehen: Was wir bei diesen Projekten vorbeugend ausgeben, sparen wir später an Sozialhilfekosten, Arbeitslosenkosten oder vielleicht sogar an Kosten des Strafvollzugs. Dies gilt im übrigen auch für viele andere Maßnahmen der Erziehungshilfe.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zur Altenpolitik und zu dem Problem der Pflegekosten machen! Wer den sozialen Frieden dauerhaft erhalten und die Einheit der Gesellschaft festigen will, muß in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr denn

je an die Interessen und Lebensbedürfnisse unserer älteren Menschen denken.

Zum einen wird der Anteil der älteren Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren an der gesamten Bevölkerung von derzeit rund 15 Prozent auf fast 17 Prozent im Jahre 2000 anwachsen. Dies bedeutet eine Zunahme um rund 200 000 Personen innerhalb von nur 13 Jahren. Diese Entwicklung beruht sowohl auf den rückläufigen Geburtenzahlen als auch auf dem steigenden Durchschnittsalter. Im Jahre 2000 werden dann allein in Bayern über 1,8 Millionen Senioren, davon über 760 000 Hochbetagte, leben.

Noch wichtiger als diese zahlenmäßige Entwicklung werden für die Anforderungen an die Altenpolitik die tatsächliche Lebenssituation und vor allem das Selbstverständnis der alten Menschen sein. Ein 80jähriger des Jahres 2000 wird nicht wie der 80jährige des Jahres 1950 sein.

Die ältere Generation ist heute im Durchschnitt wesentlich rüstiger und selbstbewußter geworden. Das Interesse an persönlicher Entfaltung wächst. Nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß ist der Blick der Alten zuvörderst nicht auf den Platz im Altenheim gerichtet. Unsere älteren Mitbürger wollen zunehmend selbständig bleiben, sie wollen ihre eigenen Belange mitgestalten und einen aktiven Beitrag zur Lösung zahlreicher gesellschaftlicher Probleme leisten.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Gesellschaft wird es sich auch immer weniger leisten können, auf die Mithilfe der älteren Generation zu verzichten. Ich denke hier etwa an die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der ehrenamtlichen Helfer, ohne die unsere heutigen Einrichtungen und Dienste der Altenhilfe funktionsunfähig würden. Richtig verstandene Solidarität darf nicht nur als Solidarität unter den verschiedenen Generationen verstanden werden; Solidarität ist nicht teilbar und deshalb auch innerhalb der Generationen gefragt. Altenpolitik wird demgemäß immer weniger Politik für den alten Menschen als Politik mit dem alten Menschen sein.

Ein Beispiel, in dem sich diese Entwicklung niederschlägt, wird der Seniorenbeirat beim Sozialministerium sein, der in wenigen Wochen seine Tätigkeit aufnehmen wird. Er soll ein Informations- und Diskussionsforum für Vertreter der älteren Generation, für Fachleute der Altenhilfe und für die Staatsverwaltung werden.

Zeitgemäße Altenpolitik heißt im Hinblick auf ein gewandeltes Verständnis vom Alter mehr denn je: soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie unbedingt nötig.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb werden wir auch künftig im Rahmen unserer Zuständigkeit alles in unseren Kräften Stehende tun, damit die älteren Menschen möglichst lange im Kreise der Familie und der Nachbarn, also in der gewohnten Umgebung, leben können. Das heißt z.B. Förderung der Altenbetreuungscentren, der Altenwohnanlagen, der Mahlzeitendienste, der Altentagesstätten und der Altenclubs.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Mit dem Ausbau der offenen Hilfen, insbesondere der sozialpflegerischen Dienste, sind wir in den letzten Jahren wiederum ein gutes Stück vorangekommen. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich allein von 1983 bis 1985 um über 30 Prozent von über 10000 auf fast 14000 erhöht – eine stolze Zahl!

Die Anstrengungen zur ambulanten Altenversorgung werden wir im Rahmen des Vierten Landesaltenplans, dessen Fortschreibung wir demnächst dem Kabinett vorlegen und dann veröffentlichen werden, konsequent fortsetzen.

Wir werden vor allem auch die aus dem Modellversuch „Kurzzeitpflege“ gezogenen positiven Erfahrungen in die laufende Förderung der Errichtung und Ausstattung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen für ältere Menschen umsetzen. Mit dem Modell „Kurzzeitpflege“ wurde erprobt, wie außerhalb von Pflegeheimen die ganztägige Versorgung eines pflegebedürftigen Menschen sichergestellt werden kann, wenn dies die Pflegeperson wegen eigener Verhinderung oder eigener Erholungsbedürftigkeit vorübergehend nicht vermag. Wir wollen dabei das unersetzbare Selbsthilfepotential von Angehörigen, Nachbarn und Freunden erhalten und stärken.

Trotz des Vorrangs der offenen Altenhilfe wird stationäre Altenhilfe auch künftig unvermeidbar sein; auch sie bedarf der qualitativen Weiterentwicklung. Mit fast 91000 Heimplätzen, davon fast 28000 Pflegeplätzen, haben wir das Ziel des Landesaltenplans von rund sechs Heimplätzen je 100 über 65jährigen bereits überschritten.

Die früher häufige Angst, im Ernstfall lange auf einen Heimplatz warten zu müssen, gehört also der Vergangenheit an. Spätestens seit 1981 tragen wir auch dem starken Anstieg der Hochbetagten und dem auf über 80 Jahre angestiegenen Eintrittsalter in Heime der Altenhilfe Rechnung. 80 Prozent der Mittel der Bauprogramme werden heute für Pflegeplätze aufgewandt.

Mittelfristig bereits wird es nötig sein, den Anteil der Pflegeplätze auf 50 Prozent des Heimbestandes anzuheben. Es kommt aber im Interesse der Pflegebedürftigen nicht nur darauf an, genügend Pflegeplätze bereitzustellen; sehr dringlich ist es auch, die Pflegekosten, die heute im Durchschnitt etwa 2160 DM im Monat betragen, besser abzusichern. Denn etwa zwei Drittel der Heimbewohner können diese Kosten ganz oder teilweise nicht selbst aufbringen. Sie werden Sozialhilfeempfänger, obwohl sie während ihres Arbeitslebens in vielen Fällen durchschnittliche oder überdurchschnittliche Einkünfte erzielt und laufend Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben. Hier handelt es sich noch um eine gravierende Lücke in unserem sozialen Sicherungssystem.

Diese Lücke zu schließen, ist die Staatsregierung seit Jahren bemüht. Wir haben im Jahr 1986 einen Bundesratsentwurf für ein Gesetz zur besseren Absicherung des Pflegefallrisikos vorgelegt, der auch angenommen worden ist. Nachdem er der Diskontinuität verfallen war, haben wir ihn erneut eingebracht. Er wurde im Bundesrat inzwischen an die

zuständigen Ausschüsse verwiesen. Wir werden versuchen, erneut eine Mehrheit für ihn zu bekommen.

Auch die Koalitionsvereinbarung der Bonner Regierungsparteien bringt zum Ausdruck, daß eine soziale Absicherung bei Pflegebedürftigkeit angestrebt wird. Dieses Thema ist allerdings auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kosten des Gesundheitswesens zu sehen.

Weitere Schwerpunkte im Rahmen der stationären Altenhilfe werden in den kommenden Jahren sein:

- die Ausstattung der Heime vor allem mit modernen technischen Hilfsgeräten, z.B. Hebewannen, hydraulischen Pflegebetten und anderem, zur Entlastung des Pflegepersonals
- die Errichtung von Abteilungen für Desorientierte
- die Stärkung der reaktivierenden Pflege und
- die Fortbildung des Pflegepersonals.

Im Altenbereich wie auch bei anderen sozialen Dienstleistungen wird unsere Leistungsbilanz nur dann positiv bleiben können, wenn die freien Träger auch künftig so partnerschaftlich und engagiert mit der Staatsregierung zusammenarbeiten wie bisher. Für die auch in den letzten Jahren hervorragenden Leistungen möchte ich den Wohlfahrtsverbänden, besonders ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern, erneut sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Sowohl die Altenpolitik als auch die Familienpolitik haben viele Berührungspunkte mit einem weiteren Aufgabenbereich meines Hauses, nämlich mit dem Thema *Frauenfragen*. So müssen wir z.B. bei unseren frauenpolitischen Überlegungen besonders die häufige Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen mit Aufgaben im Erwerbsleben, familiären Aufgaben und Betreuungsaufgaben älterer Familienmitglieder in Rechnung stellen. Wir dürfen dabei die individuellen Lebensplanungen der Frauen nicht außer acht lassen.

Wir konnten in den letzten Jahren berechnete Fraueninteressen stärker zur Geltung bringen. Die positive Bilanz wird unter anderem an folgenden Fakten sichtbar. Die Staatsregierung hat im Juni 1986 den von der Leitstelle für die Gleichstellung der Frauen in meinem Ministerium ausgearbeiteten Bericht „Politik für Frauen in Bayern“ vorgelegt. Deren etwa 100 Einzelmaßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern werden von den Ressorts in allen Lebensbereichen umgesetzt und weitergeführt, wozu uns auch der neugeschaffene Haushaltstitel besser in die Lage versetzt.

Mit unserer Leitstelle tragen heute bereits 55 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte in allen sieben Regierungsbezirken, an 31 Landratsämtern und in 17 Stadt- und Gemeindeverwaltungen täglich dazu bei, daß den spezifischen Frauenanliegen besser entsprochen werden kann.

Bereits in diesem Jahr werden Fortbildungsseminare für die Frauenbeauftragten durchgeführt. Es werden aber auch im öffentlichen Dienst spezielle Seminare

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

für Frauen angeboten. Daneben werden Wiedereingliederungsseminare für beurlaubte Beamtinnen mit Kinderbetreuung eingerichtet. Diese Maßnahmen gehören unter anderem zum differenzierten Vollzug der Landtagsbeschlüsse zur Gleichbehandlung der Frauen im öffentlichen Dienst aus dem letzten Jahr.

Die Anerkennung des Berufs „Mutter und Familienfrau“ hat weitere Fortschritte gemacht, unter anderem durch die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Das gleiche gilt von der partnerschaftlichen Übernahme weiterer Familienaufgaben durch Männer. Ein äußeres Zeichen dieser Entwicklung mag es sein, daß es im Jahr 1986 800 Erziehungsgeld-Väter in Bayern gegeben hat.

Wir erwarten in diesem Jahr die Ergebnisse eines haushalts- und arbeitswissenschaftlichen Forschungsauftrags, durch den erstmals Familien- und Haushaltstätigkeiten analytisch bewertet und einer besseren sozialen Anerkennung zugeführt werden können.

Auf vielen Gebieten gibt es aber noch berechtigte offene Wünsche von Frauen. Zu den zahlreichen Anliegen, denen bisher nur zum Teil entsprochen worden ist, gehören unter anderem:

- die Entlastung von Frauen, die sowohl Familienaufgaben als auch eine Reihe anderer Aufgaben wahrnehmen, seien es ehrenamtliche oder berufliche
- die geringe Repräsentation im wissenschaftlichen Bereich; so sind bis zu 50 Prozent der Studenten junge Frauen, bis zu 30 Prozent der Doktoranden Mädchen, aber nur 3 Prozent der Professoren Frauen.

Darum, die hier noch vorhandenen Defizite weiter abzubauen, werden wir uns auch in den nächsten Jahren bemühen.

Einige Bemerkungen zu dem Problemkreis der Behinderten! In ganz besonderem Maße bleibt die Staatsregierung auch in den kommenden Jahren den Behinderten und Kriegsoptionen verpflichtet. Wir haben uns nachdrücklich und erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Kriegsoptionen, denen die Allgemeinheit wegen ihrer Opfer an Leben und Gesundheit besonderen Dank schuldet, von den zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig gewordenen Sparmaßnahmen ausgenommen werden. Auch beim 16. Anpassungsgesetz zur Kriegsoptionerversorgung, das gerade den Bundesrat passiert hat, hat Bayern aus diesem Grunde weitere Leistungsverbesserungen beantragt.

Für die behinderten Mitbürger von besonderer Bedeutung sind die sog. offenen Hilfen. Das Staatsministerium fördert daher auch mit diesem Doppelhaushalt wieder eine Reihe von Diensten und Einrichtungen. Eine weitere Verbesserung der angemessenen Pflege und Betreuung der zu Hause lebenden schwer- und schwerstbehinderten Menschen durch ambulante Rehabilitationsdienste

wird nur durch einen sukzessiven Ausbau möglich sein.

Die Lösung ist hier um vieles schwieriger als in anderen Bereichen. Einer der Gründe liegt darin, daß Pflege und Betreuung behinderter Menschen wegen der sehr unterschiedlichen Art ihrer oft schwersten körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigung äußerst schwierig und umfangreich sind und an die Fachkräfte und Laienhelfer auch menschlich höchste Anforderungen stellen.

Seit die Staatsregierung im Jahre 1979 den Ersten Bayerischen Psychiatrieplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter vorgelegt hat, haben wir sowohl bei der Akutversorgung als auch im rehabilitativen Bereich der Psychiatrie eine Reihe von Fortschritten gemacht. Die Behandlungsmöglichkeiten konnten in der stationären Psychiatrie wesentlich differenziert und verbessert werden. Die Richtzahl, ein Nervenarzt auf 50000 Einwohner, ist in allen Regierungsbezirken unterschritten.

Die Institutionsambulanzen, deren bessere Finanzierung mit Unterstützung der Staatsregierung nunmehr erfolgt ist, scheinen sich zu bewähren. Durch ein flächendeckendes Netz ergänzender, bürgernaher Einrichtungen wird dem psychisch Kranken ein weitgehend normales Leben in Gesellschaft, Familie und Arbeit ermöglicht.

Vor allem um neuen Erkenntnissen in der Psychiatrie Rechnung zu tragen, werden wir den Psychiatrieplan fortschreiben. Die Arbeiten hierfür wurden kürzlich aufgenommen. Die Schwerpunkte der Arbeit der nächsten Jahre liegen in der Sicherstellung der psychosozialen Prävention, in der sozialpsychiatrischen Beratung, in der Krisenintervention bei Suizidgefahr, in der Schaffung weiterer bürgernaher Wohn- und Pflegeeinrichtungen, in der besseren Absicherung der beruflichen Rehabilitation sowie in der Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für psychisch Behinderte.

Auch für psychisch Behinderte konnten in der Vergangenheit mit der Ausgleichsabgabe bereits Hilfen sowohl in der Wirtschaft als auch über Behinderteneinrichtungen bereitgestellt werden. Die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes hat die Möglichkeiten, individuelle Hilfen für Schwerbehinderte zu gewähren, noch verbessert.

Die Ausgleichsabgabenverordnung ist aber nach meiner Erfahrung immer noch nicht flexibel genug, um wichtigen Bedürfnissen Behinderter im Arbeitsleben gerecht zu werden. Ich habe mich deswegen an Bundesarbeitsminister Blüm gewandt und nachdrücklich darum gebeten, entsprechende Regelungen bei der aktuell anstehenden Neufassung der Verordnung vorzusehen.

Besondere Bedeutung messen wir der Frühförderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder bei; denn die Erfolgsaussichten der Rehabilitation von Säuglingen und Kleinkindern sind am besten, wenn drohende oder bereits vorhandene Behinderungen möglichst frühzeitig behandelt werden. Für die Frühförderung steht in Bayern neben drei gro-

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

ßen sozialpädiatrischen Zentren ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz von über 100 ambulanten Frühförderstellen zur Verfügung.

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat bisher schon mit erheblichen Mitteln Investitionsmaßnahmen, Modellvorhaben und Maßnahmen der mobilen Frühförderung mitfinanziert. Die nunmehr beabsichtigte Anhebung der Mittel um jeweils 3,5 Millionen DM auf jeweils 9,24 Millionen DM ermöglicht Verbesserungen vor allem in den Bereichen Teamarbeit, Elternarbeit und in der mobilen Betreuung.

Zur Sozialhilfe! Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, daß auch den besonders Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft, den Sozialhilfeempfängern, die Konsolidierungspolitik zugute gekommen ist. Größerer finanzieller Handlungsspielraum hat es uns erlaubt, mehrere Initiativen zugunsten der sozialhilfebedürftigen Mitbürger zu ergreifen. So gelang es zum Beispiel, die Sozialhilfesätze 1984 um 3 Prozent und 1985 sogar um rund 8 Prozent anzuheben.

Diese Verbesserungen sind einer zunehmenden Zahl von Leistungsempfängern zugute gekommen. Vor allem ältere Bürger, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose haben die Hilfe zum Lebensunterhalt in größerem Umfang in Anspruch nehmen müssen. Für sie wurde die verbesserte Sozialhilfe zur wirksamen Verhinderung von Armut. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt jedoch nach wie vor bei der Hilfe für Behinderte und Pflegebedürftige.

In Zukunft wird es vor allem auch darum gehen, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt akzeptabler und zugleich effektiver zu gestalten. Wir werden daher darauf hinwirken, daß der Schutz von Vermögen, das der Sicherung des Lebensunterhalts dient, verbessert wird, die Vorschriften über die Heranziehung Unterhaltspflichtiger familienfreundlicher ausgestaltet werden, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt auf ihre Bedarfsgerechtigkeit hin überprüft wird und die Regelsatzdiskussion bald mit einem vernünftigen Kompromiß beendet wird.

Darüber hinaus wollen wir die Effektivität der Sozialhilfe verbessern und darauf hinwirken, daß gezielte persönliche Hilfen, die zur Selbsthilfe befähigen, deutlich verbessert werden.

Eine Ablösung des über 25 Jahre lang bewährten bedarfsorientierten Systems der Sozialhilfe durch versorgungsstaatliche Lösungen, etwa eine Grundsicherung, wie sie von SPD und GRÜNEN gefordert wird, lehnen wir entschieden ab. Sie würde unvermeidbar hohe Kosten verursachen, ohne den Betroffenen eine wirkliche, zu eigener Lebensgestaltung befähigende Hilfe zu gewähren.

Zum Thema Gesundheit! Die durchschnittliche Lebenserwartung ist inzwischen auf über 73 Jahre gestiegen. Sie steigt weiter. Dies ist nicht zuletzt auch ein Erfolg unseres Gesundheitswesens.

Über 13900 Kassenärzte – rund 2900 mehr als 1978 – mit laufend moderner eingerichteten Praxen sichern

landesweit im wesentlichen die ambulante Versorgung. Bei den Zahnärzten hat sich die Situation ähnlich verbessert. Der Einsatz medizinischer Spitzentechnologie ist heute nicht mehr auf Krankenhäuser beschränkt.

Diese Verbesserungen werden aber leider überschattet von einer im Verhältnis zu einer Reihe von Indexzahlen zu starken *Kostenexpansion*. Auch im vergangenen Jahr, in dem die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung bundesweit auf rund 114 Milliarden DM gestiegen sind, führten die Ausgabensteigerungen zu einem Defizit von 1,3 Milliarden DM. Die Mehreinnahmen der Kassen infolge von Lohnerhöhungen in Höhe von bundesweit knapp 4 Milliarden DM reichten nicht aus.

Gewiß sind diese Kostensteigerungen zum Teil auf Entwicklungen zurückzuführen, die kaum beeinflussbar sind; ich denke etwa an die hohen und steigenden Ausgaben für die zunehmend älter werdenden Mitbürger. So sind 1986 die gesamten Leistungsausgaben für die im aktiven Erwerbsleben stehenden Versicherten um 2,7 v.H. gestiegen, im Bereich der Krankenversicherung der Rentner jedoch um 6,5 v.H. Während der Anteil der Leistungsausgaben in der Rentnerkrankenversicherung 1975 noch bei rund 32 v.H. lag, beträgt er mittlerweile schon rund 40 v.H. der gesamten Leistungsausgaben.

Eine entscheidende Rolle spielen auch zwangsläufige Mehrkosten infolge vielfacher Fortschritte bei Therapie und Diagnose sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich und in der Arzneimittelversorgung.

Viele ausgewogen urteilende Fachleute, Vertreter der sog. Leistungserbringer wie auch Vertreter der verschiedenen Versicherungen kommen aber bei der Beurteilung der gesamten Kostensituation immer wieder zu dem Ergebnis, daß noch eine Reihe von vertretbaren *Einsparungsmöglichkeiten* besteht und weitere Beitragsatzsteigerungen mit einem freiheitlichen Konzept der vielen kleinen Schritte vermeidbar sind.

Auch der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion hat diese Auffassung in einem umfangreichen Gutachten bestätigt, das zwar zum Teil scharfe Ablehnung, aber überwiegend Beachtung und ernsthafte Würdigung gefunden hat.

Eine Kommission der Bonner Regierungsparteien wird sich schon in den nächsten Wochen mit den vielfältigen Fragen der Strukturreform auseinandersetzen. Unsere bayerischen Überlegungen werden in dieser Kommission von Herrn Kollegen Dr. Glück und Herrn Bundestagsabgeordneten Seehofer eingebracht werden.

Es darf keine Kostendämpfungsgesetzgebung wie in früheren Jahren geben, die im wesentlichen ohne Nutzeffekt blieb. Die Hauptverantwortung muß bei den Beteiligten, vor allem bei der Selbstverwaltung, bleiben. Die Selbstverwaltung muß sich allerdings im klaren darüber sein, daß sie selbst die Axt an das freiheitliche Gesundheitswesen legt, wenn sie sich etwa als handlungsunfähig erweisen sollte.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Andererseits gibt es durchaus Beweise für die Einsicht der Beteiligten, wenn ich etwa an die Bereitschaft der Kassenärzte denke, bis Mitte 1988 die Entwicklung der Gesamtvergütung im Rahmen der Grundlohnentwicklung zu halten.

Zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs müssen alle beitragen, Leistungserbringer wie Versicherte. Dies ist Voraussetzung dafür, daß der medizinische Fortschritt auch künftig für alle Bürger finanzierbar bleibt.

Ich darf es mir heute gestatten, zum Thema AIDS keinen Beitrag zu leisten.

(Abg. Langenberger: So?)

Gestern hat sich der Herr Ministerpräsident mit diesem Thema eingehend befaßt. Anschließend wurde darüber auch diskutiert.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das darf doch nicht wahr sein! – Abg. Langenberger: Bayern gegen den Rest der Welt, und Sie sagen nichts! – Abg. Kolo: Haben Sie Angst? – Abg. Karl Heinz Müller: Das ist ja beschämend! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Ich habe ja vorhin erwähnt, daß die Teile, die ich jetzt nicht vortrage, Bestandteil meiner Ausführungen bleiben. Herr Müller, sind Sie jetzt wieder beruhigt?

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

– Ich nehme zur Kenntnis: Sie sind wieder beruhigt.

(Abg. Karl Heinz Müller: Ich werde Ihnen schon sagen, was zu sagen ist! – Abg. Tandler: Sein Blutdruck ist heute zu hoch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ja, sehr richtig. Ich nehme es zur Kenntnis.

Ich darf nun einige Bemerkungen zur Krankenhausversorgung machen. Die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in Bayern ist nicht zuletzt ein Erfolg bayerischer Krankenhauspolitik.

Ebenso wie in der letzten Legislaturperiode wird die Krankenhausförderung auch in der kommenden Legislaturperiode einen besonderen Schwerpunkt bayerischer Gesundheits- und Investitionspolitik darstellen. Die Aufwendungen von rund 11,1 Milliarden DM in den Jahren 1972 bis 1986 stellen die Priorität der Krankenhausfinanzierung deutlich unter Beweis. Seit 1972 haben wir landesweit 364 größere Bauvorhaben an 167 Krankenhausstandorten abgewickelt. Allein in den Jahren 1985 und 1986 haben wir insgesamt 67 neue Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von 1,5 Milliarden DM in die Förderung aufgenommen.

Auch in den Jahren 1987 und 1988 soll das hohe Investitionsniveau beibehalten werden. Der Haushaltsentwurf sieht deshalb die Anhebung der Haushaltsansätze um jeweils 50 Millionen DM vor, die im wesentlichen einer Beschleunigung der Abfinanzierung laufender Maßnahmen dienen sollen.

In das Jahreskrankenhausbauprogramm 1987 wurden wiederum 32 vordringliche Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 650 Millionen DM neu in die Förderung aufgenommen. Insgesamt umfaßt das Bauprogramm 1987 damit 174 Baumaßnahmen mit förderfähigen Gesamtkosten von über 7,3 Milliarden DM. Auch dieses Bauprogramm ist besonders im Sinne der Bürgernähe; denn 79 Prozent der Projekte entfallen auf die besonders bürgernahen Krankenhäuser der Versorgungsstufe I, der Ergänzungsversorgung und auf Fachkrankenhäuser, deren Leistungsangebot einer breiten Grundversorgung der örtlichen Bevölkerung dient.

Gleichzeitig mit der Aufstellung des Bauprogramms 1987 hat die Staatsregierung weiterhin 79 Baumaßnahmen mit einem Kostenvolumen von 1,2 Milliarden DM schon jetzt für die Aufnahme in ein Programm der Jahre 1988 bis 1990 festgelegt.

Bayern nimmt mit seinen Ausgaben für die Krankenhausfinanzierung eine absolute Spitzenstellung unter allen Ländern ein. Damit werden nicht weniger als 27 Prozent aller in der Bundesrepublik für allgemeine Krankenhäuser getätigten Investitionen in Bayern aufgebracht – 27 Prozent aller Investitionen!

(Beifall bei der CSU)

Landtag, Staatsregierung und nicht zuletzt die Kommunen, die bekanntlich in erheblichem Umfang an der Aufbringung der Mittel beteiligt sind, beweisen damit, wie sehr sie den Bürgerwünschen nach einer möglichst guten Krankenhausversorgung entsprechen.

Mit umfangreichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen haben wir die Ausstattung für Diagnose und Therapie ganz wesentlich verbessert; die Pflege ist patientengerechter geworden.

Ebenso wie in den vergangenen Jahren wird die Krankenhausplanung flexibel auf nicht völlig vorhersehbare Entwicklungen reagieren müssen. So ging zum Beispiel der Bedarf an stationärer Versorgung in den vergangenen Jahren zurück, wobei dieses Ergebnis auf gegensätzlichen Entwicklungen beruht. Zum einen ist die Verweildauer der Patienten von durchschnittlich 16,5 Tagen im Jahre 1975 auf 13,5 Tage im Jahre 1985 gesunken; das hat dazu geführt, daß in den letzten zehn Jahren über 9100 Betten aus der öffentlichen Förderung genommen wurden.

Auf der anderen Seite ist die Zahl der Krankenhauseinweisungen, d. h. die Krankenhaushäufigkeit, in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Sie betrug, bezogen auf 1000 Einwohner, 1975 noch 143 und stieg bis 1980 auf 157 an. Von 1983 bis 1985 hat sie weiter von 158 auf 164 zugenommen. Die bisher bekannten Daten des Jahres 1986 bestätigen diesen Aufwärtstrend. Diese Entwicklung wirkt also einem noch stärkeren Bettenabbau entgegen.

Bestimmt wurde die Planung auch durch erhebliche Verschiebungen in der Inanspruchnahme einzelner Fachrichtungen. So ging der Bedarf in den Fachrichtungen Pädiatrie, Gynäkologie und Geburtshilfe, aber auch in der Allgemein Chirurgie zurück,

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

während zugleich eine erhebliche Zunahme des Bedarfs in der Inneren Medizin und deren Teilgebieten, z.B. in der Nephrologie, aber auch in der Urologie und der Orthopädie festzustellen war. Diesen sektoralen Veränderungen des Bedarfs wird durch entsprechende Umschichtung Rechnung getragen.

Gewiß haben wir auch in Bayern noch einen gewissen Überhang an Betten. Die notwendigen Kapazitätsreduzierungen und -anpassungen werden wir möglichst im Rahmen von Gesamtkonzepten für kommunale Gebietseinheiten durchführen. Dabei wollen wir die Koordination und Fächerabstimmung zwischen den jeweiligen Krankenhäusern verbessern mit dem Ergebnis, daß einzelne Abteilungen aufgelassen und in Einzelfällen auch ganze Krankenhäuser aus der Förderung herausgenommen werden können. Die Leistungsfähigkeit darf dabei auf der einen Seite keinesfalls beeinträchtigt werden, und die Wirtschaftlichkeit muß sich auf der anderen Seite verbessern lassen.

Im Zusammenwirken mit den betroffenen Krankenhausträgern haben wir bereits planungsrechtlich abgesichert, daß im Zuge von Baumaßnahmen per Saldo weitere 1150 nicht mehr bedarfsnotwendige Betten abgebaut werden. Im Zuge weiterer Sanierungen ist in den folgenden Jahren bis 1990 nochmals ein Abbau von rund 700 Betten vorgesehen.

Krankenhausplanerische Maßnahmen, die auf einen bedarfsgerechten Abbau oder eine fachspezifisch notwendige Umschichtung von geförderten Krankenhausbetten abzielen, dürfen aber künftig nicht mehr dadurch erschwert werden, daß Kur- und Spezialkliniken akutstationäre Versorgungsleistungen anbieten und ihre Kapazitäten ausbauen, ohne daß die Krankenhausplanung darauf Einfluß nehmen könnte. Die Staatsregierung wird daher im Rahmen der Strukturreform der Krankenversicherung beim Bund darauf hinwirken, daß § 184 a der Reichsversicherungsordnung so geändert wird, daß die Kur- und Spezialeinrichtungen auf ihren eigentlichen Aufgabenbereich der Rehabilitation beschränkt werden und nicht mehr in den Bereich akutstationärer Versorgung übergreifen können.

Während dies ein sinnvoller Weg ist, der Kostenexpansion auch im stationären Bereich entgegenzuwirken, halten wir nichts davon, Kostensteigerungen, die auf dem Fortschritt der Medizin und dem sinnvollen Einsatz verbesserter Medizintechnik beruhen, mit einer Reduzierung des medizinisch-technischen Leistungsstandards zu bezahlen.

Wir verschließen uns durchaus nicht weiteren Prüfungen, ob es in unseren Krankenhäusern Fehlbelegungen gibt; aber einem schematischen, undifferenzierten, nicht im Einzelfall gerechtfertigten Bettenabbau werden wir uns nach wie vor widersetzen.

Zur Gewerbeaufsicht! Gesundheitsgefährdungen vorzubeugen ist und bleibt die Hauptaufgabe eines weiteren Aufgabenbereichs meines Hauses, nämlich der Gewerbeaufsicht. Hinzu kommt eine wei-

tere Funktion, die in der Öffentlichkeit als solche fast nicht bemerkt wird, nämlich die Aufgabe, mitzuhelfen, daß die Technik und der technische Fortschritt beherrschbar bleiben und dem Menschen wirklich zum Segen gereichen.

Welchen Umfang und welche Bedeutung die gewerbeaufsichtlichen Aufgaben inzwischen erreicht haben, wird allein schon deutlich aus der Zahl der Dienstgeschäfte; ich darf ein paar Zahlen nennen. 1986 wurden nicht weniger als 180 000 Besichtigungen in Betrieben und bei sonstigen Arbeitsstellen durchgeführt. Bei der gesamten Tätigkeit der Gewerbeaufsicht stehen Beratung und Information im Vordergrund. Im Notfall müssen aber im Interesse der Arbeitnehmer, im Eigeninteresse der Arbeitgeber, aber auch im Interesse der Öffentlichkeit die notwendigen Maßnahmen mit aller Konsequenz angeordnet und durchgesetzt werden.

Neue technologische Entwicklungen, Mikroelektronik, Robotertechnologie, neue gefährliche, zum Beispiel krebserzeugende Arbeitsstoffe, das sind nur einige Stichworte, die den Wandel der Arbeitswelt und damit den Wandel der Belastungen und Gefahren kennzeichnen, denen es vorbeugend zu begegnen gilt. Deshalb werden wir die intensivierten Informations- und Beratungstätigkeit in allen Gewerbebetrieben unvermindert fortsetzen. Dabei werden wir besonderen Gefahrenschwerpunkten, zum Beispiel den krebserzeugenden Stoffen, deren fatale Auswirkungen sich oft erst nach vielen Jahren zeigen, durch Sonderaktionen begegnen.

Auch wenn sich das Engagement der Arbeitgeber für den Arbeitsschutz in den letzten Jahren erheblich verstärkt hat, müssen wir auch künftig den besonders schutzbedürftigen Gruppen, zum Beispiel den Jugendlichen, den werdenden Müttern oder auch den hochbelasteten Arbeitnehmern, vorrangige Beratungs- und Überwachungstätigkeit widmen.

Ebenso wie die Überprüfungen im Straßenverkehr dem Gesundheitsschutz der Kraftfahrer, zugleich aber auch dem allgemeinen Schutz der Straßenverkehrsteilnehmer dienen, reicht die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht auf vielen anderen Gebieten weit über den Arbeitsschutz im engeren Sinn hinaus.

So überwacht die Gewerbeaufsicht mit rund 30 000 Revisionen im Jahr zum Beispiel Aufzüge, Dampfkessel in Wäschereien ebenso wie in Heizkraftwerken und Lagerbehälter für Flüssiggas in Hotels, Gewerbebetrieben und Privathäusern. Welches Ausmaß Unglücksfälle an solchen Anlagen erreichen können, zeigen die schrecklichen Explosionen im Hotel Rießensee in Garmisch-Partenkirchen oder im Kraftwerk Zolling.

Ein nicht unbedeutendes Gefährdungspotential wohnt auch der großen Zahl an technischen Geräten inne, die am Arbeitsplatz, aber auch in Heim und Freizeit verwendet werden. Die Gewerbeaufsicht hat deshalb im vergangenen Jahr nicht weniger als 16 000 Geräte, davon viele Haushalts-, Spiel- und Sportgeräte, auf ihre Sicherheit überprüft. Sie muß und kann damit einen wesentlichen Beitrag leisten, die immer

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

noch hohe Zahl von Unfällen in Heim und Freizeit weiter zu senken.

Auch auf einem anderen, zunächst nicht vermuteten Gebiet ist die Gewerbeaufsicht für Sicherheit verantwortlich: in der Medizin. In rund 1000 Krankenhäusern und 22 000 Arztpraxen überwacht sie die Sicherheit einiger 100 000 zum Teil hochkomplexer Medizingeräte.

Diese Beispiele zeigen, daß sich der Arbeitsschutz von der traditionellen Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten auch zu einem wesentlichen Faktor einer umfassenden Gesundheitsvorsorge entwickelt hat. Das umfangreiche Aufgabengebiet der Gewerbeaufsicht wächst weiter und wird uns gerade im Bereich der Gefahrenstoffe vor neue Herausforderungen stellen. Dank der aufopferungsvollen Arbeit der Gewerbeaufsicht und dank wiederholter Personalaufstockungen in der Vergangenheit und in diesem Haushalt sind wir bis jetzt noch in der Lage, die gestellten Aufgaben zu erfüllen; aber die Aufgabenerweiterungen machen es erforderlich, in den kommenden Jahren weitere Personalenerweiterungen anzustreben.

Wir werden jedenfalls alles in unseren Kräften Stehende tun, um den Gesundheitsgefahren aus der Arbeitswelt zu begegnen, und auch dadurch mithelfen, vermeidbare Ausgaben unseres Gesundheitswesens einzusparen.

Ein paar Bemerkungen zum Bereich Vertriebene und Flüchtlinge! Bei der Auswahl von Tätigkeitsschwerpunkten meines Hauses möchte ich noch den Aufgabenbereich Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Lastenausgleich hervorheben.

Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Bayern leisten durch ihre Arbeit insbesondere im geistig-kulturellen Bereich einen ganz wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesamtdeutschen Bewußtseins unseres Volkes. In ihrer umfassenden Antwort vom 17. März 1987 auf die Interpellation der Fraktion der CSU zum Thema „Politik für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler – Politik von Bayern für Deutschland“ hat die Staatsregierung dies zum Ausdruck gebracht. Ich habe mir erlaubt, das Protokoll über die gesamte Diskussion sehr vielen Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen zur Verfügung zu stellen. Jeden Tag bekomme ich Dankbriefe dafür, daß die Bayerische Staatsregierung einmal umfassend und klar das herausgestellt hat, was auf diesem Gebiet in den letzten Jahren getan wurde und was wir weiter anstreben.

(Beifall bei der CSU)

Unverminderte Sorge gilt dem Schicksal der in ihren östlichen Heimatgebieten verbliebenen Deutschen, deren kulturelle Identität vielfach bedroht ist. Sie gilt aber auch den 7000 bis 9000 deutschen Aussiedlern aus den kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas sowie den rund 3500 Zuwanderern aus der DDR, die jährlich zu uns nach Bayern kommen. Für ihre wirksame Eingliederung zu sorgen, bleibt ein unverändertes Anliegen der Staatsregierung.

Das Thema Unterbringung von Asylbewerbern wird, auch wenn der Zugang etwas zurückgegangen ist, doch auf der sozialpolitischen Tagesordnung bleiben. Nach wie vor müssen Land und Kommunen jährlich mehr als 120 Millionen DM für Unterbringung und Sicherstellung des Lebensunterhalts der Asylbewerber aufbringen. Auch in nächster Zukunft müssen ausreichend Unterkunfts- und Unterbringungskapazitäten vorgehalten werden, mit denen auch Schwankungen im Zustrom entsprochen werden kann.

Weiterhin muß geprüft werden, was getan werden kann, um den Ursachen der Flüchtlingsströme entgegenzuwirken, und schließlich muß auch weiterhin überlegt werden, nachdem wir die liberalste Asylpraxis haben, wie das europäische Asylrecht, gegebenenfalls mit einer Ergänzung des Grundgesetzes, harmonisiert werden kann. Dies liegt vor allem auch im Interesse der wirklich politisch Verfolgten.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluß. Bei der Auswahl von Schwerpunkten aus der Arbeit meines Hauses, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, konnte ich selbstverständlich nicht alle wichtigen Aufgaben erwähnen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich aus Zeitgründen nicht auf die personelle Situation meines Hauses sowie der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit eingehen konnte und daß ich aktuelle Fragen des Arbeitsrechts, der Heimarbeit oder Probleme ausländischer Arbeitnehmer nicht erörtert habe. Selbstverständlich werde ich dem Hohen Haus und seinen Ausschüssen auf Wunsch oder bei der Behandlung von Anträgen und Berichten gerne Rede und Antwort stehen.

Die Vorstellung des Doppelhaushalts 1987/88 des Sozialressorts möchte ich nicht beenden, ohne allen an der Sozial- und Gesundheitspolitik mitwirkenden Einzelpersonen, Verbänden und Organisationen zu danken. Mein Dank richtet sich insbesondere an die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, die Wohlfahrtsverbände und Kriegsopferorganisationen, die Landsmannschaften und Jugendorganisationen.

(Beifall bei der CSU)

In gleicher Weise danke ich für vielfachen Rat und kritische Unterstützung den Trägern der Sozialversicherung und ihren Selbstverwaltungsorganen, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, den kommunalen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhausträgern, der Landesärztekammer und der Landeszahnärztekammer, der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung sowie allen anderen mit meinem Hause verbundenen Einrichtungen und Persönlichkeiten aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

In diesen Dank darf ich auch die Presse, die die Arbeit meines Hauses stets wohlwollend und sachlich-kritisch begleitet, einbeziehen. Besonders danke ich nicht zuletzt dem Bayerischen Senat und dem Hohen Haus, vor allem den Ausschüssen für Sozialpolitik und für den Staatshaushalt, für ihre engagierte Beratung.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

Meinen Dank darf ich mit einer Bitte und einem Wunsch verbinden. Ich bitte alle mit Sozial- und Gesundheitspolitik Befassten, auch in den nächsten Jahren mit Rat und Tat zu helfen, noch offene Probleme, insbesondere finanzieller Art, zu lösen, an der sachlichen Diskussion mitzuwirken, Verständnis und Kompromißbereitschaft bei kontroversen Auffassungen zu zeigen und Vorurteile, soweit sie noch vorhanden sind, abzubauen. Helfen Sie bitte auch mit, wo immer möglich, den Willen zur selbstverantwortlichen Lebensgestaltung und soziales Engagement ganz allgemein zu fördern! Tragen Sie bitte mit dazu bei, die Einsicht zu vertiefen, daß sozialpolitische Probleme auf freiheitliche Weise oft nur durch Rücksichtnahme und Zurückstellung eigener Interessen gelöst werden können! Dann werden wir auch in den nächsten Jahren nicht nur ausreichend finanzielle, sondern auch wirklich menschliche Hilfen anbieten und leisten können und Bayern erneut ein Stück sozialer gestalten können. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möselein:** Herr Staatsminister, vielen Dank für Ihre Haushaltsrede!

Wir kommen nun zur **A u s s p r a c h e**. Dafür hat der Ältestenrat eine Redezeit von fünf Stunden festgelegt. Es entfallen auf die Fraktion der CSU 2 Stunden 24 Minuten, auf die Fraktion der SPD 1 Stunde 35 Minuten und auf die Fraktion DIE GRÜNEN 1 Stunde 1 Minute.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karl Heinz Müller.

**Müller Karl Heinz (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister, die Sozialdemokraten im Landtag schließen sich gerne dem Dank an, den Sie zum Schluß an alle die ausgesprochen haben, die im sozialen Bereich tätig sind. Wir wissen, daß ohne ihre wertvolle Hilfe, ohne ihren tagtäglichen Einsatz für die Mühsamen und Geplagten in unserem Land der soziale Friede nicht zu erhalten wäre.

Wir greifen auch gerne Ihre Bitte auf, künftig mit tätig zu sein, um unser Land Schritt für Schritt sozialer werden zu lassen. Wir haben allerdings Zweifel, ob das, was Sie heute in Ihrer Rede vorgetragen haben, und das, was im Doppelhaushalt 1987/88 steht, dazu sehr viel beiträgt.

Herr Staatsminister, zu viele Fragen sind im Haushaltsplan und in der Rede offengeblieben. Zu viele Antworten sind nicht gegeben worden beziehungsweise nach unserer Meinung falsch gegeben worden. Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze auf einige besondere Problembereiche eingehen!

Meine Damen und Herren, da ist zunächst ohne Zweifel das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Sie von der Union sind mit dem Versprechen

angetreten, die Zahl der Arbeitslosen bis 1985 um eine Million zu senken.

-(Abg. Dr. Wilhelm: Das ist falsch!)

Sie gehen mit der Massenarbeitslosigkeit fahrlässig um. Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitslosen nicht gesunken, sondern sie hat nach wie vor die Rekordhöhe von 2,2 Millionen.

Meine Damen und Herren, die Zahl der Arbeitslosen ist in Wirklichkeit noch wesentlich höher; denn wenn wir wirklich ehrlich rechnen, müssen in dieser Bilanz auch diejenigen berücksichtigt werden, die Sie in der Koalition aus der Statistik hinausbefördert haben, um sie aus dem öffentlichen Bewußtsein auszublenzen. So können wir nicht weitermachen.

Da hilft es auch nichts, Herr Staatsminister, wenn Sie erneut mit Zahlen herumjonglieren, die schon deshalb fragwürdig sind, weil die Bezugsdaten fehlen, etwa mit der Zahl der 790 000 neuen Arbeitsplätze. Sie sagen nämlich nicht, wie viele Arbeitsplätze in demselben Zeitraum durch Konkurse, Rationalisierung usw. usf. weggefallen sind. Mit der Realität haben Ihre Zahlen leider nichts zu tun.

Nach den amtlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 1982 im Durchschnitt 22 378 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Als letzte amtliche Zahl hat das Statistische Bundesamt für das zweite Quartal 1986 22 384 000 Beschäftigte ausgewiesen. Das sind gerade 6000 und nicht 790 000 mehr als 1982! Meine Damen und Herren, so kann man Statistiken fälschen, so kann man Statistiken falsch interpretieren.

Wir müssen immer wieder sagen: In der sozialen Sicherung haben Sie, die CSU, in beispielloser Weise Mehrbelastungen und Leistungskürzungen vorgenommen und immer mehr Menschen ausgegrenzt.

Die **B e i t r a g s s ä t z e** in der Renten- und Krankenversicherung haben mit 19,2 und durchschnittlich 12,2 Prozent nie dagewesene Rekordmarken erreicht. Hinzu kommt – das haben viele schon wieder vergessen –: Neben den offenen, für jeden erkennbaren Beitragssatz-Erhöhungen erfolgten versteckten Beitragssteigerungen. So haben Sie das Weihnachts- und Urlaubsgeld stärker in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung einbezogen und das Krankengeld um Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung gekürzt. Das sind nur einige wenige Beispiele, die für viele stehen.

Die **E i n s c h n i t t e** in das Leistungsgefüge der sozialen Sicherung, die die Koalition unter Ihrer Beteiligung allein mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 bewerkstelligte, kann man hier in der Kürze der Zeit gar nicht darstellen. Es ist viel, was zu Lasten der Schwächeren geschehen ist, und die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg auf 2,6 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland – ebenfalls eine noch nie dagewesene Rekordmarke!

Die **S t r u k t u r p r o b l e m e** der sozialen Sicherung, zum Beispiel der Alters- und Gesundheitssicherung, haben Sie nicht gelöst. Es sind nicht einmal Ansatzpunkte vorhanden. Sie schieben sie vor sich her

(Müller Karl Heinz [SPD])

und erschweren dadurch vernünftige Lösungen, die in die Zukunft weisen. Wir sagen Ihnen: So darf und so kann es nicht weitergehen!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen wiederholt – man kommt sich schon langsam komisch vor – die Zusammenarbeit angeboten. Wir haben Sie darauf hingewiesen, daß die großen Strukturprobleme in der Gesundheitssicherung, daß die Finanzprobleme in der Alterssicherung nur gemeinsam gelöst werden können. Wir haben Sie gebeten, uns zu beteiligen, zu informieren und mit uns zu diskutieren. Wir haben Vorschläge vorgelegt. Das einzige, was Sie heute dazu zu sagen hatten, Herr Staatsminister, war eine völlig falsche Darstellung unseres Vorschlags, eine soziale Grundsicherung einzuführen, als ob wir damit das bewährte soziale System auf den Kopf stellen wollten. Das Gegenteil ist der Fall!

Worum geht es denn? Lassen Sie mich darauf ganz kurz eingehen! Meine Damen und Herren von der CSU, Sie wissen doch alle aus Ihrer täglichen Praxis: Im heutigen Versicherungssystem kann im Alter bei Invalidität, bei Arbeitslosigkeit und beim Hinterbliebenen-Fall nicht in jedem Fall eine Geldleistung garantiert werden, die zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht. Es ist doch eine Tatsache, daß viele, insbesondere ältere, Frauen mit ihrer Rente nicht auskommen, auch wenn sie zwei Renten haben, nämlich eine Hinterbliebenen-Rente und eine eigene Rente.

Meine Damen und Herren, dies führt doch dazu, daß Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß. Dadurch kommt es doch zu diesem starken Anstieg der Sozialhilfeausgaben!

Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen doch auch besser oder genausogut wie wir, daß es nicht nur für die Betroffenen unbefriedigend ist, wenn sie nach einem arbeitsreichen Leben Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, sondern es führt vor allem zu einer Überbeanspruchung der kommunalen Finanzen und der Sozialhilfe, die damit ihrer eigentlichen Aufgabe, Einzelfallhilfe in besonderen Problemlagen zu sein, immer weniger gerecht wird und dazu erhalten muß, ein typisches Massenrisiko unserer Gesellschaft abzudecken, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von der SPD)

Wenn auf dem gestrigen Verbandstag des Verbandes der Bayerischen Landkreise in Lindau sein Vorsitzender unter dem Beifall aller dort versammelten Landräte, die größtenteils – weiß Gott! – nicht der SPD angehören, den dringenden Appell an den Gesetzgeber gerichtet hat, die Kommunen endlich aus den immer größer werdenden Finanzproblemen zu entlassen, hätte man, Herr Staatsminister, eine etwas kritischere Auseinandersetzung mit unserem Vorschlag der Grundsicherung erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Denn uns geht es ja nicht darum, das bewährte System auf den Kopf zu stellen oder auszuhebeln, sondern es geht uns darum, daß wir in den Bereichen

Alterssicherung, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Hinterbliebenenversorgung miteinander ein Grundsicherungskonzept entwickeln, das es ermöglicht, unabhängig von der Sozialhilfe zu leben. Ich kann das nicht im einzelnen ausführen; die Zeit ist dazu leider zu kurz. Aber, meine Damen und Herren, das ist überfällig und nötig, und wir wollen unser zugegebenermaßen hohes soziales Niveau auch in der Zusammenarbeit sichern.

Es wird Sie nicht wundern, Herr Staatsminister, daß ich jetzt auf ein Thema zu sprechen komme, für das Sie in Ihrer Redevorlage nur eine knappe Seite vorgesehen hatten und das Sie in Ihrem mündlichen Vortrag ganz ausgeklammert haben. Zusammenarbeit erfordert nämlich auch unserer Meinung nach die größte Herausforderung, die wir gegenwärtig zu bestehen haben, nämlich die Herausforderung durch AIDS.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wenn wir dieser Herausforderung qualifiziert begegnen wollen, dann müssen wir uns bestimmte Dinge klar vor Augen halten und zunächst einmal darüber einen Grundkonsens herstellen. Zum ersten müssen wir erkennen, daß durch diese neue Krankheit eine Situation geschaffen worden ist, die nicht nur eine medizinische, sondern zunehmend auch eine gesellschaftspolitische Dimension erhält; dies vor allem deshalb, weil gegenüber dieser Krankheit in absehbarer Zeit medizinische Immunisierungs- und Heilungsmethoden nicht in Aussicht stehen.

Eine wirksame Bekämpfung dieser Krankheit ist zum zweiten nur durch nachhaltige Änderungen menschlichen Verhaltens in einem besonders kritischen Bereich, nämlich dem Intimbereich, also konkret der Sexualpraktiken, möglich. Weil aber die aktuelle Gefahr besteht, daß die latent in der Gesellschaft vorhandene Diskriminierung von Minderheiten, die ohnehin von konservativen Gruppen bei jeder Gelegenheit gefördert wird, voll zum Tragen kommt, meine Damen und Herren, müssen wir uns miteinander auf einen Grundkonsens verständigen, wenn wir diese Krankheit bekämpfen wollen.

Dieser Grundkonsens muß folgendes beinhalten: Zum ersten müssen wir Politiker alles versuchen, um jede Hysterie zu vermeiden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen zum zweiten die persönliche Verantwortung stärken, und wir müssen zum dritten ein gesellschaftliches Klima des Vertrauens darauf erhalten, daß es um Schutz und Hilfe und nicht um Verteufelung, Ausgrenzung oder gar Brandmarkung geht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Dr.

Wilhelm: Sie kämpfen gegen ein selbst erfundenes Gespenst, Herr Kollege! Das will niemand!)

(Müller Karl Heinz [SPD])

– Herr Kollege Dr. Wilhelm! Ich meine, wir sollten das ernst nehmen und auch ernst miteinander darüber diskutieren.

(Abg. Dr. Wilhelm: Verteufeln will niemand! –  
Gegenruf des Abg. Langenberger)

– Ich komme darauf gleich zurück, Herr Kollege Dr. Wilhelm. Lassen Sie mich zunächst meine Darstellung zu Ende führen!

Jedenfalls erkennt man doch eines: Die von der Bayerischen Staatsregierung vorgezeichnete Linie stellt sich zunehmend als eine Als-ob-Politik dar. Es werden Lösungswege vorgespiegelt, meine Damen und Herren, die in Wirklichkeit keine sind. Gleichzeitig werden die einzig erfolgversprechenden Wege zur AIDS-Bekämpfung, nämlich die Prävention, die Aufklärung und die Forschung, durch die unsägliche Diskussion, die allein die Bayerische Staatsregierung – ich möchte schon fast sagen: auf der ganzen Welt – zu verantworten hat, zugeschüttet und immer mehr verschüttet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Staatsregierung verstößt auch massiv gegen den Grundsatz der politischen Wahrhaftigkeit, wenn sie durch ihre Maßnahmenkataloge und ihre noch schlimmeren internen Verwaltungshinweise den Eindruck suggerieren will, meine Damen und Herren, als könnten Menschen durch staatliche Maßnahmen vor HIV-Infektionen geschützt werden. Das ist falsch, das ist grundlegend falsch!

(Widerspruch des Abg. Dr. Wilhelm)

– Herr Kollege Dr. Wilhelm, jeder kann nur sich selbst schützen, indem er infektionsträchtige Verhaltensweisen vermeidet.

(Abg. Dr. Wilhelm: Eben!)

Dabei muß der Staat helfen; durch Aufklärung, durch Beratung und durch weitere Hilfen

(Abg. Dr. Wilhelm: Nicht nur!)

muß er den Menschen zur Seite stehen. Das ist die staatliche Aufgabe der Stunde und der Minute!

(Abg. Dr. Wilhelm: Nicht nur Aufklärung!)

Aufklärung, Beratung und Hilfe bei der AIDS-Bekämpfung berühren natürlich – ich komme darauf zurück – die Intimsphäre des einzelnen, und deswegen sind sie schwierig; das gebe ich zu. Nur, Herr Kollege Dr. Wilhelm: Wer Maßnahmen vorsieht, deren Erfolg staatliche Eingriffe in die individuelle Intimsphäre voraussetzt, handelt absurd. Wer so tut, als ob er die Intimsphäre des einzelnen mit staatlichen Mitteln kontrollieren oder regulieren könnte, meine Damen und Herren, den muß man als einen politischen Scharlatan bezeichnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das ist nicht möglich, meine Damen und Herren, und es gehört in das Kapitel der politischen Scharlatane-

rie, was das Kabinett am 25. Februar und vorgestern beschlossen hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will das gar nicht aufzählen, weil ich die Diskussion nicht auf ein zu niedriges Niveau bringen will. Aber, meine Damen und Herren, wie will denn die Bayerische Staatsregierung – so steht es im Katalog – die Verpflichtung ansteckungsverdächtigter Prostituerter, beim Geschlechtsverkehr Kondome zu tragen, überwachen? Haben Sie sich das einmal praktisch vorgestellt?

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

– So steht es aber da drin, meine Damen und Herren: Das ist zu überwachen!

(Unruhe und Zurufe von der SPD – Glocke  
des Präsidenten)

Herr Gauweiler – er ist heute leider wieder nicht da – verläßt sich dabei auf die Szene. Vielleicht heuert er Edelprostituierte an, die ihn informieren, wer Kondome verwendet und wer nicht. Das ist schlimm! Das ist doch Scharlatanerie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich will das aber nicht weiter ausführen; es wäre ein leichtes. Ich will nur auf drei Punkte zu sprechen kommen, die in dem Maßnahmenkatalog besonders kritisch sind, meine Damen und Herren.

Zum ersten stellen alle im Februar und vorgestern beschlossenen Maßnahmen im Grunde sinnlose Kraftmeiereien dar; denn alles, was in den Maßnahmenkatalogen enthalten ist, ist im Grunde gesetzlich geregelt: im Bundesseuchengesetz, im Polizeiaufgabengesetz, im Verwaltungsvollzugs- und -vollstreckungsgesetz. Wozu also diese Kraftmeierei, dieses Muskelspiel, dieses Sich-Hinstellen als diejenigen, die wissen, wo es lang geht?

(Abg. Dr. Wilhelm: Wenn es im Gesetz steht,  
brauchen Sie es ja auch nicht zu kritisieren,  
Herr Kollege!)

– Herr Kollege, darauf komme ich jetzt. Herr Kollege Dr. Wilhelm, Sie sind mit Ihren Zwischenrufen immer eine kleine Nuance zu früh dran.

(Abg. Dr. Wilhelm: Die Logik!)

– Jetzt kommt die Logik! Was aber schlimm ist, ist, daß in der vorgestern beschlossenen Bekanntmachung des Innenministeriums Hinweise zum Gesetzesvollzug gegeben werden. Jetzt wird es nämlich kritisch, meine Damen und Herren. Ich darf das einmal exemplarisch darstellen.

Da wird zunächst einmal interpretiert, was nach dem Bundesseuchengesetz stehende Rechtsprechung und stehendes Recht ist, wer im Sinne des § 3 des Bundesseuchengesetzes ansteckungsverdächtig ist. Das sind Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie – so heißt es – das HI-Virus aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein. Das sind sogenannte symptomlose Patienten, wie die Wissenschaft sagt.

(Müller Karl Heinz [SPD])

Was bedeutet das in der Praxis, meine Damen und Herren? Verdächtig im Sinne dieser Vorschrift ist letzten Endes also jeder, der mit einem AIDS-Infizierten so in Berührung gekommen ist, daß eine Übertragung möglich erscheint. Wie AIDS übertragen wird, ist bekannt; wir kennen die Hauptübertragungswege. Das heißt: Infiziert haben kann sich jeder, der außerhalb einer monogamen Beziehung ungeschützten Geschlechtsverkehr ausgeübt hat oder der ein gemeinsames Spritzenbesteck bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz gebraucht hat. Das sind die Hauptverbreitungswege.

Das bedeutet also, daß AIDS-verdächtig – die Fixer will ich einmal ausnehmen – letzten Endes alle Personen sind, bei denen es möglich ist, daß sie während der Inkubationszeit für AIDS, also während der letzten zehn Jahre – denn das ist das Mittel, – entweder den Partner gewechselt haben oder mit Personen zusammenleben, von denen es denkbar ist, daß sie AIDS-infiziert sind. Meine Damen und Herren, das ist also im Grunde genommen nach dem, was wir statistisch wissen, fast jeder. Das heißt, jeder ist, im Grunde genommen, AIDS-verdächtig.

Da sieht man die Problematik, Herr Dr. Wilhelm: Das Bundesseuchengesetz, das für ganz andere übertragbare Krankheiten konzipiert ist, nämlich für übertragbare Krankheiten, bei denen es eine Heilungs- oder eine Vorbeugungsmöglichkeit gibt,

(Abg. Dr. Wilhelm: Für alle übertragbaren Krankheiten!)

kann man nicht ohne weiteres auf AIDS anwenden. Wer das aber tut, wird Fehler begehen und wird in eine Sackgasse rennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt! Ich fordere hiermit die Staatsregierung auf, unverzüglich eines abzuwenden, nämlich, daß die Ärzte an den Gesundheitsämtern in einen unauflösbaren Konflikt geraten. Sie sollen beraten; sie sollen aber das, was sie im Rahmen ihrer Beratung erfahren, dienstlich nicht verwenden können, wenn sie gefordert sind, bestimmte Maßnahmen vorzuschlagen und mitzutragen. Wenn man die Ärzte in diesem Konflikt läßt, ist das ein massiver Verstoß gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Ich fordere Sie auf, dem sofort Einhalt zu gebieten und klarzustellen, daß entweder an den Gesundheitsämtern keine Beratungen mehr durchgeführt werden dürfen oder aber daß die Sache grundsätzlich anders gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Einstellungsuntersuchungen im staatlichen Bereich sind ein weiteres ganz, ganz dramatisches Problem. Sie gehen von der völlig falschen Vorstellung aus, daß jemand, der HIV-positiv ist, dienstuntauglich sei oder in absehbarer Zeit dienstuntauglich werden könne. Das ist nicht gesichert; ich kann das jetzt nicht im einzelnen ausführen, da ich mit meiner Redezeit fast schon zu Ende bin.

Sie geben ein schlechtes Beispiel. Die Kommunen werden Ihnen folgen. Sie werden erleben, daß an den Landratsämtern junge Beamte sitzen, die sich untersuchen lassen mußten, und die Wirtschaft wird natürlich nachziehen. Dann ist ein Schritt zu weiteren Aussonderungen aufgrund von Erkenntnissen nicht mehr weit; dann wird von den Arbeitgebern nur noch nach bestimmten Kriterien handverlesen eingestellt. Den Anfang dafür machen Sie jetzt!

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Der Sturm der Entrüstung über Ihre Maßnahmen, der in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus ausgebrochen ist, ist berechtigt. In den Zeitungsmeldungen habe ich eine Stimme gefunden, die mich besonders traurig macht, nämlich die der Bayerischen Gewerkschaft der Polizei. Sie hat zugestimmt, allerdings auch gleich gesagt, sie wolle Gummihandschuhe und Mundschutz haben. Deren Sorgen müßte man haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich von Tag zu Tag mehr: Nehmen Sie denn wirklich all das, was Fachleute, Betroffene, Ihre eigenen Parteifreunde rings um Sie herum sagen, nicht ernst? Nehmen Sie das nicht zum Anlaß, endlich auf dem Weg in die Sackgasse einzuhalten und umzukehren? Gibt es denn niemanden im bayerischen Kabinett, der dem tollen Treiben von Gauweiler Einhalt gebietet, meine Damen und Herren?

Der Gesundheitsminister sagt dazu nichts. Er gibt etwas zu Protokoll; und das, was er zu Protokoll gibt, kann man vergessen. Da steht nämlich gar nichts drin. Er ist stellvertretender Ministerpräsident. Jetzt muß ich noch eines sagen, Herr Dr. Hillermeier: Sie sind Synodaler der Evangelischen Kirche und fassen dort Beschlüsse gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung der AIDS-Kranken, beschließen aber im Kabinett genau das Gegenteil!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gibt es denn in Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren von der CSU, niemanden, der endlich aufsteht und den Schaden, der an jedem Tag für unser Land und unsere Politik entsteht, abwendet?

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Aus dieser Mischung von Starrsinn, Rechthaberei und Profilierungssucht, die schon fast neurotische Züge annimmt, ist der Stoff, aus dem die Feinde unseres Staates ihre Munition herstellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Täuschen Sie sich nicht, und beklagen Sie sich nicht, wenn der Weg ins Abseits geht!

Wir haben Ihnen die Zusammenarbeit angeboten. Wir halten es für allerhöchste Zeit, daß dieser Landtag das Thema AIDS an sich zieht. Wir dürfen es nicht zulassen, daß das allein die Staatsregierung tut. Wir brauchen eine Enquête-Kommission, die sich laufend

(Müller Karl Heinz [SPD])

mit dieser Frage beschäftigt und die Meinung dieses Hauses qualifiziert in den politischen Alltag einspielt.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie mit, helfen Sie mit – wir wollen Ihnen dabei helfen –, aber schlagen Sie dieses Angebot nicht wieder aus! Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: die Frau Abgeordnete Scheel. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Frau **Scheel** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, am Anfang Ihrer Rede stehen sehr schöne Worte und sehr viele Beteuerungen – ich zitiere –:

Wir werden diejenigen, die ohne fremde Hilfe kein menschenwürdiges Leben führen können, noch mehr unterstützen und wir werden überall, wo nötig, selbständige Lebensgestaltung und bewußte Eigenverantwortung noch ... besser fördern ... Soziale und gesundheitliche Schäden sofften, wo immer möglich, vorbeugend vermieden werden.

Ich erlaube mir zu sagen, Herr Minister, daß es eine Anmaßung Ihrerseits ist, hier von „noch mehr unterstützen“, „noch besser fördern“ und von der Vermeidung von Schäden, wo immer möglich, zu reden. Dieser Sozialhaushalt wird weder in der Lage sein, die Armut im Alter zu verhindern noch all diesen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Er wird eine angemessene Pflege und Betreuung der zu Hause lebenden schwer- und schwerstbehinderten Menschen durch ambulante Rehabilitationsdienste ebenso unzureichend gewährleisten können wie eine Sicherstellung der psychosozialen Prävention und der sozialpsychiatrischen Beratung.

Schwer vermittelbaren Jugendlichen werden mit den Mitteln, die in diesem Haushalt veranschlagt werden, nicht genügend Ausbildungsplätze in Projekten zur Verfügung gestellt werden können, und die Erhöhung der Zahl der ABM-Stellen, die zwar für manchen sehr positiv sein mag, wird lediglich dazu führen, daß nicht mehr die Hälfte, wie bislang von der Staatsregierung angegeben wird, sondern höchstens noch ein Drittel der in ABM-Stellen arbeitenden Menschen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wird.

Auch die glänzenden Worte, die materielle Basis der Familien durch die Initiativen der Staatsregierung und natürlich auch der bayerischen CSU-Fraktion wesentlich verbessert zu haben, treffen für kinderreiche Familien mit geringem Einkommen in keiner Weise zu. Die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ soll mit ihren kläglichen 2400 DM pro Mutter und Kind – eine Grundausstattung können sich die betroffenen Frauen damit aber bestenfalls aus dem Second-Hand-Shop leisten – das Ja zum Kind erleichtert haben. Das ist lächerlich!

Zustimmen können wir einigen Ihrer Worte im zweiten Teil Ihrer Rede, Herr Minister, und zwar dann, wenn

Sie sich auf das Gesundheitswesen beziehen, das sich mit Ihren Worten zu einem „Reparaturbetrieb“ entwickelt habe. Aber wer hat denn die notwendige Durchsetzung der Prophylaxe und der präventiven Maßnahmen verschlafen?

Sie machen die gleichen Fehler weiter, was am Beispiel AIDS offensichtlich wird, wo das Hauptgewicht der Gesundheitspolitik, soweit man davon in diesem Fall überhaupt noch sprechen kann, bei den bereits Infizierten liegt, aber auch bei der Gewerbeaufsicht, der zwar eine starke Ausweitung ihres Aufgabenbereichs bescheinigt wird, die aber mit der geringen Personalaufstockung ihrer Kontrollpflicht nicht annähernd ausreichend wird nachkommen können.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat es jedenfalls, wie die Beratungen anderer Einzelpläne zeigen, geschafft, durch ihre Prioritätensetzung – das gilt für die Haushaltsberatungen generell – die Menschenwürde zu einer hohlen Phrase verkommen zu lassen.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Ich denke, daß auf dieser Regierungsbank eben nicht die Anwälte der Schwachen sitzen. Ich meine dabei nicht nur die anwesenden Minister, sondern ich meine auch die Minister zu meiner Rechten, die heute wieder fehlen, was mir zeigt, welche Bedeutung der Sozialhaushalt für einige hier hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf dieser Regierungsbank sitzen eben die Prokuristen der Konzerne, der Rüstung, kurz gesagt: der kapitalstarken Lobby.

(Widerspruch von der CSU)

– Das müssen Sie sich anhören; das ist meine Einstellung zu dieser Frage.

(Abg. Dumann: Das war der erste Satz, den Sie nicht abgelesen haben!)

Die Bayerische Staatsregierung, die CSU und allen voran der Herr Tandler unterstützen die Bundesregierung im sozialpolitischen Bereich. Die Bundesregierung aber schreibt in ihrem Sozialbericht 1986, daß das Sozialbudget, das heißt der Anteil sämtlicher Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt, im Jahr 1990 nur noch 29 Prozent betragen wird; bei der geplanten Absenkung der Sozialleistungsquote werden die Sozialausgaben im Jahr 1990 um rund 80 Milliarden DM geringer sein, als sie bei der Fortschreibung der alten Werte von 1975 mit noch 33,7 Prozent gewesen wären.

Das grundsätzliche Dilemma der heutigen Sozialpolitik liegt jedoch in dem praktizierten Wahnsinn von Umweltzerstörung, von Aufrüstung, von der Organisation von Arbeitsprozessen, von der Dauerarbeitslosigkeit und der Ausgrenzung unbequemer Minderheiten.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Dies alles erfordert ein praktisches Handeln, Herr Minister, und eine konstruktive Bewältigung der Krisen des einzelnen Menschen, um wenigstens die größten

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

Schäden zu reparieren; von den kleinen möchte ich gar nicht erst sprechen.

Mich erinnert die Situation ein bißchen an den Wettlauf von Hase und Igel. Der Hase – in diesem Fall die Sozialpolitik – rennt und rennt und rennt; aber der Igel – in diesem Fall der soziale Schaden – ist immer schon da.

So wurden zwar schon 1976 von Herrn Geißler in Bonn die neue soziale Frage und die Armut von 6 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland entdeckt, und 1984 war der Begriff „neue Armut“ in fast aller Munde. Aber hat sich deshalb etwas an den strukturellen Mängeln des Sozialstaates geändert? Ich denke, nicht. Der Sozialabbau wird mittlerweile durch eine Umschichtung sozialstaatlicher Ressourcen kaschiert. Zum Beispiel sollen – ich nenne nur wenige Beispiele – dürftige familienpolitische Leistungen die Frauen im Hause halten, und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Lohnabhängige soll deren Erwerbslosigkeit den politischen Stachel nehmen.

Ich möchte nun im einzelnen auf die Schwerpunkte in diesem Haushalt eingehen, die genannt wurden, um meine Gedanken noch zu verdeutlichen. Was den Arbeitsmarkt angeht, hantieren Sie, Herr Minister, mit Zahlen auf eine Art und Weise, daß einem die Haare zu Berge stehen.

(Abg. Dr. Wilhelm: Ja, sowas!)

Es handelt sich hier um einen bloßen statistischen Vorgang, der nicht einmal den Grundkenntnissen der Statistik gerecht wird; denn es bleibt unerwähnt, daß Arbeitslose – der Kollege von der SPD hat das schon anklingen lassen – ab 58 Jahren nicht mehr als arbeitslos gezählt werden. Dies bedeutet bundesweit konkret 40 000 Beschäftigungslose weniger.

Weiter wird die Arbeitslosenbilanz dadurch geschönt, daß befristete Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung auf insgesamt 110 000 Stellen sowie die Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung für Arbeitslose aufgestockt wurden, die aus der Arbeitslosenstatistik erst einmal herausfallen, ganz abgesehen von der stillen Reserve und ganz abgesehen von den Männern und Frauen in „Warteschleifen“ oder im freiwilligen sozialen Jahr, deren Zahl neben den vorab Genannten zu einer wahrhaft noch viel tristeren Bilanz führen würde; aber sie zu nennen, Herr Minister, wäre wenigstens korrekt und ehrlich gewesen.

Leider bleiben immer mehr Menschen länger als ein Jahr ohne Arbeit. Als Langzeitarbeitslose rutschen sie in die neue alte Armut ab und tragen erhebliche psychische und soziale Belastungen. Doch auch die noch Beschäftigten spüren Auswirkungen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit; denn die unternehmerische Kontrolle verschärft sich, und gewerkschaftliche und individuelle Handlungsspielräume verengen sich unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit.

Nach Ihren Vorstellungen, Herr Minister, werden durch Arbeitszeitflexibilisierung und durch ein ver-

mehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen mehr Arbeitsplätze geschaffen. Aber Sie sehen nicht die negativen Auswirkungen, die in erster Linie wieder die Frauen treffen, deren Nachteile in der Erwerbsarbeitswelt bereits durch die unterschiedlichen Chancenzuweisungen in der Ausbildung beginnen. In der Regel finden Mädchen in einem der traditionellen Frauenberufe mit geringen Berufschancen einen Ausbildungsplatz, z.B. als Friseurin, Arzthelferin oder Hauswirtschafterin. Letzteres heißt: Sie werden auf eine Ehekarriere hin ausgebildet.

(Lachen der Frau Abg. Stamm)

Sie werden sagen: Natürlich, recht so;

(Abg. Grossmann: Meine Herren!)

dann kommt wenigstens etwas Gescheites auf den Tisch.

(Widerspruch von der CSU, u. a.:

Unglaublich! – Abg. Herbert Huber: Ist das etwas Schlechtes?)

Die GRÜNEN sind der Auffassung, daß das bestehende Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze unter frauenspezifischen Kriterien folgendermaßen verändert werden soll:

(Abg. Herbert Huber: So ein Schmarr'n!)

1. unter quantitativen Gesichtspunkten mit der vorrangigen Förderung von Arbeitsplätzen für Mädchen,
2. unter qualitativen Gesichtspunkten; das bedeutet die ausschließliche Förderung von Mischberufen und gewerblich-technischen Berufen.

Hierzu gehören im Rahmen des generellen Problemfeldes Jugendarbeitslosigkeit eine Umlagenfinanzierung – Sie lehnen sie ab – und mehr staatliche Mittel zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsplätze. Denn nur durch solche Maßnahmen ist es möglich, die Situation vor allem von jungen Frauen zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau im Ausbildungsbereich setzt sich im Berufsleben fort. Frauen verdienen bei gleicher Arbeitszeit wesentlich weniger als Männer und bilden das Gros der Teilzeitarbeitsstellen – das sind momentan 98 Prozent – mit allen sozialen Nachteilen, nämlich schlechter Alterssicherung und geringen Aufstiegsmöglichkeiten. Außerdem werden sie „flexibel“ gehandelt, das heißt: je nachdem, wie es dem Unternehmer gefällt.

Was hier als etwas für Frauen Positives verkauft wird, sei es die flexible Arbeitszeit, sei es Kapovaz oder Teilzeitarbeit, ist in Wirklichkeit eine totale Anpassung weiblicher Arbeitskräfte an die Interessen der Unternehmer.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

Viele Frauen gehen dann auch noch flexibel in die Arbeit!

Nötig ist auch eine generelle Arbeitszeitverkürzung, als Einstieg die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommensbezieher, die wir auch propagieren. Nötig sind aber auch ein Abbau von Überstunden, die Quotierung und qualitativ neuartige Teilzeitarbeits- und Freistellungsmöglichkeiten. Ich glaube, nur so kann die Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen wirksam bekämpft werden; denn damit, nur darauf zu warten, daß die geburtenschwachen Jahrgänge kommen, werden Sie keinen Erfolg haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die in der Bundesrepublik Deutschland registrierten 140 000 Behinderten sind von der Dauerarbeitslosigkeit stark betroffen, wobei ich denke, daß gerade hier die Dunkelziffer enorm hoch ist. Mit der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes im August 1986 hat die Bundesregierung ungefähr 70 000 Arbeitsplätze, auf denen Behinderte beschäftigt werden mußten, vernichtet, indem die Lehrstellen von der Quotenregelung ausgenommen wurden. Außerdem sinkt die Vermittlungsquote ständig, die noch weitaus geringer ist als bei nichtbehinderten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Gleichzeitig aber wird zugelassen, daß ungefähr 70 Prozent der Arbeitgeber ihre Beschäftigungspflicht nicht erfüllen. Manche halten ihren Betrieb gänzlich „behindertenfrei“, wenn ich das so sagen darf, und kaufen sich von der Beschäftigungspflicht durch die geringe Ausgleichsabgabe von 150 DM pro nichtbesetzten Pflichtplatz frei, wobei diese 150 DM auch noch steuerlich absetzbar sind.

Herr Minister, spätestens hier müßte Ihr soziales Herz ins Stocken kommen. Sie hätten sich bei der Bundesregierung schon längst dafür einsetzen können, daß die Lehrstellen wieder in die Quotenregelung einbezogen werden, die Beschäftigungspflicht im Schwerbehindertengesetz von derzeit 6 auf 10 Prozent erhöht wird und die Ausgleichsabgabe auf das Durchschnittsgehalt in einem Betrieb bzw. einer Behörde erhöht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN fordern in diesem Haushalt eine breitere Aufstockung des Behindertenplans und die Förderung von Projekten zur Beschäftigung Behinderter außerhalb von Behindertenwerkstätten, um möglichst eine Integration der Behinderten in das Arbeitsleben zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Frau Abg.

Würdinger: Und was sind die Ergebnisse in der Praxis?)

Familienpolitik bildet, wie Sie gesagt haben, auch in diesem Haushalt wieder einen Schwerpunkt. Dazu muß ich aber mit großer Verwunderung feststellen, daß die Mittel für diesen Bereich, gemessen am Gesamtvolumen des Sozietats, dieses Mal zurück-

gegangen sind. Es überrascht doch wirklich sehr, daß Sie weniger für die Familien tun wollen, obwohl Sie diese immer wieder in den Vordergrund schieben.

Für kinderreiche Familien ist die finanzielle Basis generell wesentlich schlechter geworden. Das ist auch bundespolitisch zu erklären; hier ist es also nicht nur die Landespolitik. Aber Sie rühmen sich mit den bundespolitischen Leistungen wie Erziehungsgeld, Kinderfreibeträgen und dem bayerischen Darlehen „Junge Familie“.

(Frau Abg. Stamm: Also doch!)

die aber letztlich alles in allem genommen den beserverdienenden Familien wesentlich mehr zugute kommen.

(Frau Abg. Würdinger: Unsinn!)

Sinnvoller, denken wir, wäre eine Reform des Kindergeldes. Dieses sollte nicht mehr wie bisher nach der Ordnungszahl, also nach der Zahl der Kinder, gestaffelt sein, sondern es sollte bedarfsabhängig sein und deshalb mit dem Alter der Kinder steigen. Das heißt, es sind die Beträge anzusetzen, die der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge als Regelbedarf einer reformierten Sozialhilfe errechnet hat. Konkret bedeutet das, daß ein Kind unter sieben Jahren 210 DM bekommt, daß für Kinder zwischen sieben und zehn Jahren 330 DM im Monat anfallen, für elf- bis 14jährige Kinder 400 DM und für 15jährige und ältere Kinder 450 DM.

Doch nun von den Kindern zu den alten Menschen in unserer Gesellschaft! Zwar hat sich die allgemeine Lebenserwartung in den vergangenen Jahren stark erhöht; doch die qualitative Gestaltung dieser für viele Menschen langen Lebensphase hat mit der quantitativen Zunahme der Lebensjahre in keinsten Weise Schritt gehalten. Aufgrund der jetzt schon vorherrschenden Mißstände im sozialen Bereich und der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur wäre eine erhebliche Ausweitung der Haushaltsansätze für Altenhilfe dringend geboten gewesen.

Dabei geht es nicht nur um die Anhebung des Versorgungsniveaus, sondern auch um die Veränderung der Qualität; denn immer mehr Menschen wollen in der ihnen vertrauten Umgebung leben. Daher müssen wir die Mittel für Altenclubs und Tagesstätten, die irgendwann einmal selbstorganisiert und selbstverwaltet sein sollen, für Wohngruppen und auch für die Versorgung psychisch kranker Menschen sowie für ambulante sozialpflegerische Dienste zur Verfügung stellen, damit nicht nur eine medizinische Betreuung gewährleistet werden kann, wie es im Moment der Fall ist, sondern auch eine psychosoziale.

Ebenso sind die Mittel für Kurzzeitpflegeeinrichtungen um ein Vielfaches aufzustocken, um die Familien zu entlasten. Das dürfte ja auch in Ihrem Sinne sein.

Daß die Mittel für die alten Menschen, gemessen an der Notwendigkeit in der Praxis, nur unwesentlich aufgestockt wurden, zeigt, daß die Landesregierung die tatsächliche Lebenssituation bestimmter Gruppen der Gesellschaft überhaupt nicht kennt. Offensichtlich ist man sich bei den Wahlen der Stimmen zugun-

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

sten der Regierungsparteien ziemlich sicher, und es wird auf keinen Fall ein organisierter Widerstand der Betroffenen befürchtet. Denn man weiß wohl, daß viele dieser Menschen weder materiell noch körperlich in der Lage sind, die Kraft und Ausdauer aufzubringen, sich gegen eine Politik der Diskriminierung und Ausgrenzung, der Entmündigung und Benachteiligung, wie sie auch in Bayern an der Tagesordnung ist, aufzulehnen.

(Widerspruch von der CSU)

Nötig sind eine Verbesserung des Pflegeschlüssels und eine Aufstockung des Personals in der freien Altenhilfe, um unnötige Einweisungen in Heime zu verhindern, die es momentan leider noch oft genug gibt.

Wenn ich Ihre Ausführungen zur Altenpolitik, Herr Minister, ernst nehmen soll, dann ginge das nur, wenn die Regierungspartei heute unseren Anträgen zustimmen würde; denn erst dadurch könnte Ihre schöne Theorie in die Praxis umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hierzu gehört natürlich auch, daß Sie sich im Bundesrat für eine grundlegende Reform der Rentenpolitik, die wir für unverzichtbar halten, einsetzen mit dem Ziel, eine steuerfinanzierte Grundrente neben einer obligatorisch beitragsbezogenen Zusatzrente einzuführen. Als Sofortmaßnahme schlagen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alte Menschen in Höhe von 1200 DM vor; diese ist dringend notwendig. Es gibt immer noch genug Rentnerinnen – vor allem sind es Rentnerinnen; natürlich gibt es auch einige Rentner –, die Renten unterhalb der 600-DM-Grenze beziehen. Das dürfte eigentlich nicht mehr sein.

(Abg. Dr. Richter: Damit alle GRÜNEN endlich ein Einkommen haben!)

Das ist menschenverachtend, wenn man bedenkt, daß diese Frauen den Wohlstand unserer Gesellschaft mit aufgebaut haben und ihr zum jetzigen Wohlstand verholfen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Menschen sind auf die Sozialhilfe angewiesen, die aufgrund realer Leistungskürzungen der Unterhaltsverpflichtungen zwischen den Generationen sowie der entwürdigenden Bedürftigkeitsausforschung durch das Sozialamt weder den finanziellen Mindestbetrag sichert noch von vielen, denen sie zustünde, in Anspruch genommen wird, weil sie den Gang zum Sozialamt scheuen.

Im Bundessozialhilfegesetz heißt es zwar, daß ausreichend Mittel für ein Leben entsprechend der Würde der Menschen bereitgestellt werden; aber in der Praxis, meine Damen und Herren, vor allem von der CSU, ist ein solches Leben nicht möglich. Daher fordern wir GRÜNEN schon seit Jahren eine Reform des Warenkorb und seine Erhöhung um ungefähr 30 Prozent.

In diesem Zusammenhang halten wir den Anstieg der Zahl der jugendlichen Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen für sehr bedenklich. Der Herr Minister hat eine Zahl genannt, die nicht ganz der Wirklichkeit entspricht. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an den 15- bis 25jährigen ist um 14 Prozent angestiegen. Sie sagen zwar immer, es stünden genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung; aber beispielsweise im Handwerk können nur ungefähr 50 Prozent der Jugendlichen nach dem Abschluß ihrer Ausbildung auch in ein festes Ausbildungsverhältnis übernommen werden.

(Widerspruch von der CSU – Abg. Gürteler: Das ist ja ein totaler Unsinn! – Abg. Kobler: So ein Schmarren! – Abg. Grossmann: Das hat doch mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun, was Sie hier erzählen!)

Die andere Hälfte wird an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt.

(Abg. Dr. Richter: Wer denn?)

– So ist es; Sie können es ja nachlesen!

Doch nun zu Ihrer Gesundheitspolitik! In diesem Sektor liegt der Schwerpunkt auf Heilung bzw. noch öfter auf Heilbehandlung statt auf der Gesundheitsförderung und der Krankheitsverhütung.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Die meisten Gesundheitsprobleme werden zwar durch die Lebensweise verursacht – das ist schon richtig, Herr Minister –,

(Zuruf von der CSU: Da hat er aber Glück gehabt!)

aber sie werden vor allem auch durch Umweltfaktoren verursacht. Die rapide Einführung immer neuer Chemikalien, die die Luft, das Wasser, den Boden, Lebensmittel, die Arbeitswelt beeinträchtigen, bringt eben immer mehr gesundheitliche Beeinträchtigungen mit sich,

(Zustimmung von den GRÜNEN)

ganz zu schweigen von den Strahlenauswirkungen und der Belastung durch Ihre vielgerühmten Atomkraftwerke.

(Abg. Hofmann: So ein Schmarren!)

Während für die biomedizinischen Wissenschaften große Summen an Forschungskapital zur Verfügung gestellt werden und die Industrie enorme Mittel in die Suche nach immer neuen Medikamenten und neuen medizinischen Ausrüstungen und Geräten für Diagnose und Behandlung investiert, werden für die Erforschung der grundlegenden Ursachen der schlechten Gesundheit nur in sehr geringem Maße Mittel zur Verfügung gestellt. Ich denke, Sie betreiben eine Scheuklappenpolitik und klagen dann auch noch über die Kostensteigerung.

Wie ist es denn in Betrieben, die mit modernen Technologien und Chemikalien umgehen? Zur Kontrolle und natürlich auch zur Beratung, um gesundheits-schädigende Auswirkungen zu vermeiden, setzen Sie

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

die Gewerbeaufsichtsämter ein. Aber wie sollen diese Ämter den zusätzlichen Aufgaben der neuen Störfallverordnung, der Gefahrstoffverordnung und der Medizingeräteverordnung gerecht werden, wenn nicht einmal die derzeit gültige Personalbedarfsberechnung in die Praxis umgesetzt ist?

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Wir verlangen zum Schutz der Beschäftigten eine kräftige Aufstockung des Personals der Gewerbeaufsicht, damit die verordneten Schutzmaßnahmen nicht nur auf dem Papier stehenbleiben. Wir wollen mehr Kontrolle der Industrie und dafür weniger Kontrolle der Bürger und Bürgerinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Freistaat praktiziert jedoch das Gegenteil.

(Abg. Gürteler: Ein leeres Blabla ist das!)

Ich muß mit Verwunderung feststellen, Herr Minister, daß Sie dem Thema AIDS zwar eine ganze Seite Ihres Manuskripts gewidmet haben, aber daß Sie sie nicht einmal vorgetragen haben. Und das als Gesundheitsminister! Ihre gesundheitspolitischen Vorstellungen dürften sich aufgrund der Maßnahmen des Innenministeriums wohl demnächst ohnehin erübrigen.

Hier wird wieder eines der herausragenden Defizite der üblichen Gesundheitspolitik erkennbar, nämlich die systematische Untergewichtung der Prävention. Ihre Gesundheitspolitik weist Fehlsteuerungen und Blindheiten auf, die zu Lasten der gesamten Bevölkerung gehen.

Durch die polizeistaatlichen Maßnahmen des Herrn Gauweiler wird auch keine wirksame Verhaltenssteuerung möglich sein, sondern nur die Bekämpfung der Demokratie und eben nicht der Krankheit.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat ein Klima von Angst und Hysterie erzeugt, wodurch eine vorurteilsfreie und rationale Aufklärung verhindert wurde. Seit dem Ende des Dritten Reiches, meine Damen und Herren von der CSU, ist nie wieder der Versuch gemacht worden, unter dem Vorwand der Krankheit zu diskriminieren.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Langenberger? –

**Langenberger (SPD):** Frau Kollegin, sind Sie nicht auch der Meinung, daß es sich gerade Herr Minister Hillermeier eigentlich am ehesten leisten könnte, seinen inneren Widerstand gegen den Maßnahmenkatalog einmal durch einen spektakulären Widerspruch gegenüber dem Ministerpräsidenten zu artikulieren,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil er schon aus Altersgründen – das sage ich durchaus respektvoll – nicht allzuviel zu verlieren hätte nach seiner langen Kabinettszugehörigkeit?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Frau Scheel (DIE GRÜNEN):** Ich denke, daß der Herr Minister Hillermeier so beeindruckt ist von dem jun-

gen Staatssekretär Gauweiler, daß er sich dies nicht traut.

(Heiterkeit – Zurufe)

Wie unser Pressesprecher schon vorgestern abend mitteilte, ist das eigentliche Ziel der Vollzugshinweise, die aus dem Hause hinausgegangen sind, die Möglichkeit der hemmungslosen Verfolgung von gesellschaftlichen Randgruppen und Minderheiten. Damit schafft die Staatsregierung einen Seiteneinstieg, der es ihr künftig ermöglicht, unter dem Vorwand der Seuchenbekämpfung in die Privatsphäre jedes Bürgers und jeder Bürgerin einzudringen.

Die Staatsregierung mißbraucht die Krankheit AIDS zu einem Generalangriff auf die Grundrechte der bayerischen und ausländischen Bürger und Bürgerinnen. Gerade Sie, Herr Minister, denke ich – ich schließe mich den Aussagen des Kollegen von der SPD an –, dürften diese gesundheitspolitische Katastrophe auf keinen Fall mittragen, oder man müßte Ihnen dann Unfähigkeit vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine derartige Politik, wie Sie sie betreiben, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, eine Sozialpolitik der Rückschritte zu sein. Sie bedeutet eine Bankrotterklärung des Sozialstaates. Am krassesten wird dies deutlich, wenn man den Sozialhaushalt mit dem Haushalt des Innenministeriums vergleicht. Dringend notwendige Maßnahmen für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft können nicht geleistet werden, weil für Sie für die Aufstockung des Überwachungsstaates mehr Polizeistellen und ähnliche Maßnahmen notwendig sind, deren Unsinnigkeit und Überflüssigkeit wir schon an anderen Stellen ganz klar formuliert haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Böhm.

(Zurufe)

**Böhm (CSU):** Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

**Präsident Dr. Heubl:** Entschuldigen Sie einen Moment! Nach dieser Runde tagt der Ältestenrat; das ist doch wohl selbstverständlich. Dann wird die Sitzung für die Tagung des Ältestenrates eine halbe Stunde unterbrochen; aber zunächst findet der erste Durchgang statt.

(Unruhe – Beifall bei der CSU)

**Böhm (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 1987/88 umfaßt im Einzelplan 10 jeweils rund 1,2 Milliarden DM und macht einen doch recht ansehnlichen Teil des gesamten Staatshaushalts aus. Darin spiegelt sich wider, daß die Sozialpolitik bei uns hohen Stellenwert hat.

Der Haushalt ist aber nicht der einzige Indikator dafür, daß Sozialpolitik stattfindet; es gibt noch viele andere Hinweise auf die Sozialpolitik. Sozialpolitik hat

(Böhm [CSU])

sich nämlich in den letzten Jahren gewandelt. Sie ist lautloser geworden und findet auf Feldern statt, die nicht von vornherein dem Sozialen zuzuordnen sind. Denken wir beispielsweise an die Preisstabilität! Sie ist, wie die „Welt“ einmal geschrieben hat, 50 Prozent der Sozialpolitik.

Wir hatten eine lange Phase der Inflation. Geldentwertung aber ist eine Umverteilung gegen die Rentner, gegen die Sozialhilfeempfänger und gegen die Arbeitnehmer. Die Rentner haben von einer Rentenerhöhung nichts, wenn Preissteigerungen diese wieder aufzehren. Die Arbeitnehmer haben nichts von einer Lohnerhöhung, wenn die Preissteigerungen sie überflügeln. 1 Prozent weniger Inflation bedeutet für die Rentner ein Mehr an Kaufkraft in Höhe von zwei Milliarden DM pro Jahr und für die Arbeitnehmer ein Mehr von fünf Milliarden DM pro Jahr – 1 Prozent weniger Inflation!

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Mehr an Kaufkraft erwächst ein Mehr an privatem Verbrauch, und dieser hat 1986 den höchsten Zuwachs seit 1977 erfahren. Er wird heuer wieder steigen. Privater Verbrauch ist die breite Grundlage dafür, daß Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können.

Denken wir neben der Preisstabilität und der Steigerung des Verbrauchs auch an die Zinsen! Sie konnten erheblich gesenkt werden. Zinssenkung ist ein wichtiges Investitionsprogramm. Sie macht Investitionen billiger. Die niedrigen Zinsen allein des Jahres 1986 sind gegenüber 1982 eine Kostenentlastung von 40 Milliarden DM. Diese Entlastung öffnet Spielräume für Investitionen.

In einer solchen Politik, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, liegt das Geheimnis dafür, daß sich auf dem Arbeitsmarkt vieles zum Guten hin gewendet hat. Das ist von mir nicht einfach leicht dahingesagt, sondern das ist durch Fakten belegt. Die Regierung Schmidt verlor in ihren letzten beiden Jahren 800 000 Arbeitsplätze; seit 1984 dagegen sind über 600 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Man kann dagegen nicht einwenden, daß, wie es heute gesagt wurde, die Statistik gefälscht worden sei. Warum hat man an der Statistik nicht so viel herumkritisiert, als noch andere in der Regierungsverantwortung waren? Wir wissen auch: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen ist genau nachvollziehbar; diese Zahlen kennen wir. Sie enthalten noch nicht einmal die, die ihren Lebensunterhalt aus selbständiger Arbeit bestreiten.

Neue Arbeitsplätze sind nicht nur die beste Politik für Arbeitslose; sie sind vor allem effektive Sozialpolitik. Deren Ziel muß ja nicht die Betreuung des Menschen sein, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Wann aber kann sich der Mensch am besten selbst helfen? Dann, wenn er in Arbeit steht, wenn er ein eigenes Einkommen hat. Dann ist er nämlich vom Staat und von der Gesellschaft finanziell unabhängig.

Vielen Kritikern ist das – wir haben es heute wieder gehört –, was auf dem Arbeitsmarkt geschaffen worden ist, kein ausreichender Erfolg. Sie stellen es geradezu als Mißerfolg dar. Das sind aber dieselben Leute, die 1982 noch erklärt hatten, daß wir Ende der achtziger Jahre mit mindestens drei bis vier Millionen Arbeitslosen zu rechnen hätten. Jetzt, da ihre finsternen Prognosen widerlegt sind, klagen sie immer noch. Es sind die ewig Unzufriedenen, die ständig in Schwarz malen und denen es nur darum geht, schlechte Nachrichten unterzubringen.

Geldwertstabilität, niedrige Zinsen, gebremste Staatsverschuldung – in diesem Ergebnis zeigt sich eine lautlose Sozialpolitik, die viel mehr gebracht hat als Investitionsprogramme.

(Beifall bei der CSU)

In ihm zeigt sich eine Sozialpolitik, die nicht erst dem Bürger Geld abnimmt und dann wieder verteilt. Diese lautlose Sozialpolitik steht mit ihren Erfolgen im umgekehrten Verhältnis zum Wortfetischismus derer, die zwar ständig von der Not der Arbeitslosen oder der Sozialhilfeempfänger reden, aber nichts zur Lösung der Probleme beitragen.

Weil auch mein verehrter Kollege Müller heute sehr kritisch zu diesen Dingen gesprochen hat – er hat von Sozialabbau gesprochen –, erlaube ich mir mit Zustimmung des Präsidenten, etwas vorzulesen, was ich in der „Frankfurter Allgemeinen“ vor einiger Zeit gefunden habe. Da war die Rede vom politischen Konzept des Kanzlerkandidaten Rau:

Noch aber ist nicht vergessen, daß damals, in der Zeit der sozial-liberalen Koalition, die Weichen für den Weg in die Arbeitslosigkeit gestellt wurden, die Staatsschulden rasant stiegen und die Sozialversicherung in immer größere finanzielle Bedrängnis geriet. Inzwischen sieht vieles wieder besser aus. Die meisten Bürger spüren das in ihrem Portemonnaie. Zwar hat die heutige Regierung bei ihrem Amtsantritt eine Reihe von Sozialleistungen zurückgeschnitten und bei anderen den Anstieg gebremst; aber im letzten Jahr hat es eine Fülle sozialer Verbesserungen gegeben, die weit über das hinausgehen, was zunächst gekürzt worden war.

(Beifall bei der CSU)

Da braucht nur an das Wohngeld, an das Erziehungsgeld, an den Erziehungsurlaub, an Kinderfreibeträge und Kinderzuschlag, an das Babygeld zur Rente, an das Sozialprogramm für die Bauern, die Sozialhilfe, das verlängerte Arbeitslosengeld, die Aufstockung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, an die realen BAföG- und Rentenverbesserungen der letzten Zeit, an Preisstabilität und an die Steuerentlastung erinnert zu werden, die vorwiegend den Beziehern kleinerer Einkommen und den Familien mit Kindern zugute gekommen ist. Die von der SPD propagierte Umverteilung von unten nach oben gibt es nicht, eher die Diskriminierung der Leistungseinkommen. In der Summierung droht der steigende Sozialaufwand die Erfolge der Konsolidierungspolitik zu gefährden.

Das sagt die „Frankfurter Allgemeine“!

(Böhm [CSU])

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller – Abg. Dr. Rothmund: Das glauben Sie doch selber nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das ist die falsche Zeitung? „Wir suchen die Wahrheit; aber wir wollen sie immer dort finden, wo wir sie haben wollen“, sagt Marie von Ebner-Eschenbach. Das ist genau das Problem!

(Beifall bei der CSU)

Sozialpolitik findet, wie wir sehen, in breiter Streuung statt. Sie kann auch gar nicht isoliert werden, sie darf nicht mit Scheuklappen behandelt werden. Der Gesetzgeber kann zwar die Mittagspause garantieren, aber nicht das Mittagessen, hat einmal einer gesagt. Er hat recht gehabt mit dieser Aussage; denn es stimmt: Das Mittagessen muß außerhalb des rein sozialpolitischen Feldes verdient werden. Allerdings – das gebe ich zu – besteht die Gefahr, da und dort zu übersehen, daß natürlich auch die Mittagspause notwendig ist und garantiert werden muß. Mancher bekäme sonst gar nicht die Zeit zum Essen eingeräumt, und er käme nicht zum Essen, selbst wenn er sich seine Brotzeit mitgebracht hätte.

Wir sind ein sozialer Rechtsstaat. Das sozialstaatliche Gebot verpflichtet dazu, unmittelbar für die Schwachen und Hilfsbedürftigen tätig zu werden. Es genügt nicht, nur die Wirtschaft anzukurbeln und dann zu hoffen, daß, wenn nur genügend erwirtschaftet wird, für jeden auch etwas davon abfällt. Solche distanzierte Mittelbarkeit wäre nicht vertretbar.

Wer die letzten Haushalte ansieht und auch den neuen Einzelplan 10 so betrachtet, findet bestätigt, daß für uns in Bayern Herz und Kopf zusammengehören. Die bayerische Politik folgt nicht nur rationalen oder wirtschaftlichen Überlegungen; sie verkörpert auch Mitmenschlichkeit. Der Hinweis in Artikel 3 der Bayerischen Verfassung, daß Bayern ein Sozialstaat sei und als solcher dem Gemeinwohl diene, ist daher für unsere Fraktion selbstverständlich. Wir wissen, in welchem Maß die Marktwirtschaft die Sozialpolitik braucht, damit die Gesellschaft mit den Unsicherheiten und mit den Ungleichheiten zurechtkommt, welche für die Marktwirtschaft nun einmal typisch sind.

Daher haben wir dafür gekämpft, daß der Einzelplan 10 um weitere Millionen aufgestockt wird. Bei der von der Fraktion beschlossenen Erhöhung des Sozial-etats schlägt besonders die Aufstockung der Mittel für die Frühförderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder um jeweils 3,5 Millionen DM auf jeweils 9,24 Millionen DM zu Buche. Die Mittel für den Landesplan für Behinderte erhöhen sich damit auf insgesamt 26,5 Millionen DM je Haushaltsjahr.

Im Rahmen der Fortschreibung des Landesaltenplans für Altenhilfe soll dem gestiegenen Bedarf an Altenpflegeplätzen Rechnung getragen werden. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ansätze sollen um 3 Millionen DM auf insgesamt 68 Millionen DM pro Haushaltsjahr erhöht werden.

Ferner sollen die Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe 1987

und 1988 jeweils um 1,5 Millionen DM auf damit 35,5 Millionen DM angehoben werden. Mit den zusätzlichen Geldern werden die sozialpädagogischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen von Jugendarbeitslosigkeit weiter ausgebaut.

Die Ansätze für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen um je 1 Million DM auf je 8,5 Millionen DM angehoben werden. Die Mittelerhöhung dient im wesentlichen dazu, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Problemgruppen – wir werden darauf heute noch zu sprechen kommen –, Ältere, Jugendliche ohne beruflichen Abschluß, Behinderte, auszuweiten.

Zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der Berufshilfe, für den Ausbau und die Renovierung von Stätten der Berufsbildung und -begegnung sollen die Haushaltsansätze um jeweils 1,5 Millionen DM auf 7,1 Millionen DM aufgestockt werden.

Ferner sollen die Ansätze für das Familienprogramm um jeweils 0,7 Millionen DM erhöht werden. Diese zusätzlichen Aufwendungen werden zur Verstärkung des Ansatzes für die Ehe- und Familienberatungsstellen benötigt.

Zur Förderung von Gleichstellungs- und frauenpolitischen Maßnahmen soll eine neue Titelgruppe ausgebracht und für die Haushaltsjahre 1987 und 1988 mit je 300 000 DM dotiert werden. Diese Mittel sollen unter anderem zur Förderung modellhafter Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung der Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben nach Mutterschaft und Familientätigkeit verwendet werden.

Schließlich hat die Fraktion vorgesehen, die Ansätze für die psychiatrische Versorgung um jeweils 500 000 DM auf jeweils 11,5 Millionen DM anzuheben. Die Erhöhung soll zur psychosozialen Prävention und zur Krisenintervention bei Suizidgefahr eingesetzt werden.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Damit ist noch nicht alles Wünschbare erreicht; aber das Machbare und das Notwendige ist durchgesetzt. Wer sozialpolitische Luftschlösser baut, wird mit diesen Ergebnissen nicht zufrieden sein.

Politik darf sich aber nicht in Utopien und Träumereien verlieren. Das führt nämlich zu nichts. Trotzdem erliegen viele der Gefahr, blumige Zukunftsbilder zu malen. Alle sozialistischen Märchen beginnen: Es wird einmal, hat der slowenische Aphoristiker Zarko Petan gesagt. Mangels vorweisbarer Erfolge in der Vergangenheit beschwören manche Leute die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Es mag ja schön sein, märchenhafte Perspektiven zu entwickeln; aber für erfolgreiche Politik braucht man handfeste Prinzipien und eine tragfähige Basis. Eine wichtige Säule bzw. die Basis ist die soziale Marktwirtschaft. Sie ist am besten geeignet, Wohlstand zu schaffen, und an ihr sollten wir auch festhalten.

Der Haushalt zeige, so hat heute vormittag der Sozialminister gesagt, daß Bayern wieder ein Stück sozialer werden könne. Diese Erwartung ist mit Sicherheit

(Böhm [CSU])

richtig. Sozialpolitik muß sich in Geldbeträgen ausdrücken; pathetische Worte allein helfen nicht. Ob ein Land sozial ist, zeigt sich also auch daran, was es an Sozialleistungen ausgibt.

Aber man darf nicht vergessen, daß der Staat nicht alles machen kann. Er stößt an Grenzen finanzieller Art. Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar. Er stößt aber auch an Grenzen ideeller Art. Bei seinen Maßnahmen kann er sich nicht immer an dem extremsten Fall der Hilfsbedürftigkeit orientieren. Er kann also kein Sozialsystem aufbauen, das so verästel ist, daß es jeden in jeder Situation erreicht. Je breiter das staatliche Angebot, um so größer ist die Gefahr, daß Leistungen einfach mitgenommen, kassiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Sozialstaatliche Angebote lösen ja oft auch Mißbrauch aus. Sicher wäre es schön, beispielsweise die Regelsätze der Sozialhilfe grundsätzlich auf 1000 DM anzuheben. Vielen echten Notfällen käme dadurch eine wirksame Hilfe zugute. Aber mancher Arbeitnehmer stünde dann mit seiner Familie schlechter da als ein Sozialhilfeempfänger. Er wäre dazu noch in der grotesken Situation, daß er mit seinen Steuern den höheren Standard des anderen mitbezahlen muß. Das aber wäre nicht vertretbar.

Sozialpolitik darf also nicht nur auf die Ausgabenseite blicken, so schön es auch ist, Lokalrunden schmeißen zu können; sie muß auch darauf achten, daß auf der Einnahmenseite, also dort, wo Bürger Abgaben zahlen müssen, ebenfalls Gerechtigkeit herrscht.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus ist zu beachten, daß Sozialpolitik der solidarischen Grundhaltung bedarf. Solidarität hat etwas mit moralischer Einstellung zu tun. Moral aber läßt sich nicht erzwingen. Erzwungene Handlungen sind niemals moralisch. Moralisch kann nur das freiwillige Geben, nicht das staatliche Wegnehmen sein.

Frau Kollegin Scheel, es ist auch eine Frage der Moral, daß, wer bestellt, natürlich auch für das Zahlen sorgen muß. Sie haben heute vormittag nur bestellt und vom Bezahlen nicht geredet.

(Beifall bei der CSU)

Nimmt der Staat dem Bürger im Wege des Zwanges zuviel ab, dann nimmt er ihm die Mittel und die Lust, sich und anderen zu helfen. Er entzieht der moralischen Eigeninitiative, der Solidarität, der Motivation den Boden. Schränkt also die offizielle Politik die Betätigungsfelder moralischen freiwilligen Handelns ein, enthumanisiert sie auch unsere Gesellschaft. Aber auf die Humanität des einzelnen darf nicht verzichtet werden; sonst begegnet der Hilfsbedürftige nicht mehr einzelnen hilfsbereiten Individuen, sondern sieht sich einer zwar schützenden, aber auch herrschenden Bürokratie gegenüber. Dieses Ergebnis können wir nicht wollen, es sei denn, wir verzichten auch auf eine humane Gesellschaft.

Frau Kollegin Scheel hat heute sehr bittere und auch böse Worte gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Sie hat es eigentlich gar nicht verdient, daß man intensiv darauf eingeht. Vom sozialen Rückschritt war die Rede. Wenn wir wissen, daß Ende 1982 pro Kopf der Bevölkerung 8500 DM an Sozialleistungen ausgegeben worden sind und im Jahr 1986 schon 9800 DM pro Kopf der Bevölkerung, dann ist das doch eine deutliche Steigerung! Da kann man doch nicht sagen, hier seien Sozialleistungen abgebaut worden!

(Beifall bei der CSU)

Ich muß schon sagen, Frau Kollegin Scheel: Wir leben in der Bundesrepublik, wir sind nicht in Pakistan oder sonstwo, in einem Land, aus dem Asylanten zu uns kommen. Wir dürfen doch nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen!

(Beifall bei der CSU)

Eines war für mich interessant: Auf eine Kritik, die in einem Zwischenruf deutlich wurde, antworteten Sie: Sie können es ja nachlesen!

(Abg. Eykmann: Wo denn? Das ist doch wichtig!)

Das ist ein Zeichen dafür, daß Sie offenbar in einer Welt leben, die bei Ihnen nur mittelbar aufgebaut wird. Sie leben in einer Welt, die irgendwo beschrieben ist. Für den Politiker ist es wichtiger, in der realen Welt zu leben und unmittelbaren Kontakt zu haben. Dann sieht vieles, vieles ganz anders aus.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Sie lesen wohl nicht? – Zuruf des Abg. Dr. Kestel)

– Uns darf eine Bedrohung, Herr Dr. Kestel, nicht ruhig lassen; ich meine die Krankheit AIDS. Sie ist dabei, die Menschheit allmählich aufzufressen.

(Frau Abg. Scheel: Das ist Panikmache!)

Sie tut dies auf eine unheimliche und heimtückische Art und Weise.

– Wenn Sie das als Panikmache empfinden, Frau Scheel, dann ist das Ihre Ansicht; aber es hat keinen Sinn, hier zu bagatellisieren. Tschernobyl oder das Waldsterben ist für manche natürlich noch immer die größere Gefahr, und hinter diese Gefahr wird das Thema AIDS zurückgedrängt.

Wie können wir dieser Gefahr begegnen? Sicherlich von zwei Seiten her. Notwendig ist eine sozialpolitische Antwort. Notwendig sind also soziale und psychische Betreuung und Beratung, ist die medizinische Behandlung der Betroffenen. Geboten ist aber natürlich auch der seuchenrechtliche Schutz der Gesunden.

Die Sozialpolitik hat schnell gehandelt. Sie hat Beratungsstellen geschaffen, sie hat Informationstelefone eingeführt, sie hat dazu beigetragen, daß die medizinische Forschung verstärkt wird. Herr Minister Hiller-

(Böhm [CSU])

meiner braucht keine Rechtfertigung; die Fakten sind offenkundig.

(Beifall bei der CSU)

Wir vom Sozialpolitischen Ausschuß wissen: Hier wurde rasch gehandelt.

Herr Kollege Langenberger, ich habe es als Ihren sozialen Beitrag betrachtet, daß Sie sich den Kopf des Ministers zerbrechen. Aber das ist nicht notwendig.

(Abg. Langenberger: In seiner Gewissensnot tut er mir halt leid!)

Auf seuchenrechtlichem Gebiet herrschte – das gebe ich zu – lange Zeit Zurückhaltung. Die Krankheit war ja in vielen Dingen neu und nicht einschätzbar. Notwendige Gegenreaktionen oder Gegenaktionen waren also schwer zu bestimmen. Aber aus der Erkenntnis heraus, daß man durch Versäumnisse schuldig werde, wie es der Herr Ministerpräsident gestern gesagt hat, müssen wir bemüht sein, den Rückstand schnell aufzuholen.

Ein solches Aufholbemühen wirkt natürlich spektakulär, zumal die einschlägigen Maßnahmen Eingriffe bedeuten. Die sozialpolitischen Maßnahmen werden dadurch verdeckt. Aber sie sind da. Es ist nicht so, daß nur die seuchenrechtliche Karte gespielt wird. Wir brauchen beides. So wie die Marktwirtschaft und die Sozialpolitik zum wirksamen Instrument der sozialen Marktwirtschaft zusammenwirken, so müssen Sozialpolitik und Seuchenrecht zu einem abgestimmten Gegenmittel gegen AIDS werden.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist wichtig, Herr Kollege Müller! Es genügt nicht festzustellen, worum es nicht geht; das haben Sie heute früh getan. Es ist auch notwendig zu fragen: Was können wir tun? Darüber sollten wir uns den Kopf zerbrechen.

Noch eines ist besonders wichtig: Bekämpft werden muß das Virus, bekämpft werden muß die Krankheit, nicht der Kranke oder der Infizierte. Das ist unsere sozialpolitische Forderung.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt ein gesetzliches Instrumentarium gegen Infektionskrankheiten. In erster Linie kommt das Bundesseuchengesetz in Frage. Dieses Gesetz ist auf übertragbare Krankheiten anwendbar, und AIDS ist eine solche. Lediglich die namentliche Meldepflicht gilt für AIDS-Kranke und für Infizierte nicht, denn für die Meldepflicht wäre es Voraussetzung, daß AIDS namentlich aufgeführt wäre.

Warum tut man sich aber so schwer, von den vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen? Zweierlei Gründe sind es. Einmal ist es die Tatsache, daß AIDS bis auf weiteres unheilbar bleibt. Der AIDS-Kranke trägt das Todesurteil – meist ist es ein bald zu vollstreckendes – in der Tasche. Der AIDS-Infizierte weiß, daß er von dem AIDS-Virus nicht mehr befreit werden kann. Wird er im Hinblick auf seine Infektion abgesondert, dann weiß er, daß er aus

der Gesellschaft dauernd ausgeschlossen bleibt. Dieses Los unterscheidet ihn von Trägern sonstiger Infektionskrankheiten. Daher bedarf er unserer Zuwendung.

(Beifall bei der CSU)

Ein Zweites! Das AIDS-Virus kann jahrelang im Körper eines Infizierten schlummern; nach außen ist dies nicht erkennbar. Der Betroffene ist aber bereits eine potentielle Infektionsquelle. Andere Krankheiten haben nur ganz kurze Latenzzeiten. Die Kranken sind schnell feststellbar; ihre Erfassung bereitet kaum Probleme. Bei AIDS ist das anders. Wo sollten also die seuchenrechtlichen Maßnahmen ansetzen? Leicht entgeht ein Infizierter den Nachforschungen, leicht wird auch ein Falscher als Infektionsquelle verdächtigt. Auch diese Gefahren müssen wir sehen.

Wie ist das aber überhaupt mit dieser Infektionsquelle? Schleudert ein Infizierter seine AIDS-Viren in der Gegend herum, und liest sie der Gesunde einfach irgendwo auf? Auch hier besteht ein Unterschied zu anderen Infektionskrankheiten. Die herkömmlichen Krankheiten werden durch Tröpfcheninfektionen übertragen. Das AIDS-Virus dagegen springt nicht so schnell auf andere über.

Transfusionen infizierten Blutes sind Übertragungswege. Aber hier ist die Infektionskette im Gegensatz zu früher – bei uns jedenfalls – unterbrochen.

Der heute maßgebliche Übertragungsweg sind sexuelle Kontakte. AIDS ist im Prinzip eine Geschlechtskrankheit. Beim AIDS-Hearing unserer Fraktion hat sich das gezeigt. Professor ter Meulen hat zusammen mit dem Missionsärztlichen Institut in Afrika Erhebungen durchgeführt. Er hat in einem Gebiet, in dem AIDS verbreitet ist, festgestellt, daß bei Kindern ein Durchseuchungsgrad von 0 Prozent, bei Erwachsenen dagegen ein solcher von 25 bis 30 Prozent vorlag.

Wir ersehen daraus also: Normale soziale Kontakte tragen nicht zur Verbreitung der Krankheit bei; es sind sexuelle Kontakte. AIDS „holt man sich“ also, so kann man sagen; dieser Satz ist richtig. Die infizierte Dirne überträgt das Virus an denjenigen, der zu ihr geht und ihre Dienste in Anspruch nimmt. Das muß man den Gesunden einhämmern. Auch sie tragen die Hälfte der Verantwortung! Wer irgendwohin geht, trägt auch eine Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Aufklärung tut also nach wie vor not.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kestel? –

**Dr. Kestel (DIE GRÜNEN):** Gestatten Sie die Frage: Ist in dem Maßnahmenkatalog auch vorgesehen, daß alle Bordellbesucher erfaßt werden? Sie wollen ja nur Randgruppen erfassen. Werden in den Maßnahmen, die von der CSU propagiert werden, also auch Bordellbesucher berücksichtigt?

**Böhm (CSU):** Sehen Sie, Herr Dr. Kestel, das ist die Frage, die ich mir auch gestellt habe.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Es gibt keinen Grund zu lachen, vor allen Dingen dann nicht, wenn Sie noch gar nicht wissen, was ich sagen will.

(Frau Abg. Stamm: So ist es! – Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Kestel: Die Frage ist mir auch sehr ernst!)

Ich habe mir diese Frage auch gestellt.

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Kollege, Sie haben die Frage gestellt; jetzt ist der Herr Böhm bei der Antwort, nicht Sie!

**Böhm (CSU):** Man sollte auch hier eine Möglichkeit haben. Nach dem derzeitigen gesetzlichen Instrumentarium haben Sie aber nur bei denjenigen Ansatzpunkten, die beispielsweise ansteckungsverdächtig sind. Das wäre etwa ein Grund, auch über gesetzliche Weiterungen nachzudenken, die nicht nur verschärfende Eingriffsmaßnahmen darstellen, sondern die auch dazu dienen könnten, andere, die sich jetzt außerhalb der Verantwortung sehen, in die Verantwortung einzubeziehen.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Stamm: Sehr richtig!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Aufklärung tut not, sagte ich. Sie vermag nicht alles; aber ohne Aufklärung geht nichts. Das hat unser Fraktionsvorsitzender Gerold Tandler unlängst im Hearing mit Recht gesagt. Wir kennen die Menschen: Aufklärung hilft nicht überall. Deshalb muß man halt gelegentlich auch Zwang anwenden.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 1987/88 gibt uns Sozialpolitikern eine gute materielle Basis. Ich bin den Haushaltspolitikern dafür dankbar, daß sie unseren Wünschen doch in beträchtlichem Umfang nachgekommen sind. Wir konnten aufgrund solchen Entgegenkommens in den letzten Jahren Schritt für Schritt nach vorne marschieren. Wir haben keine allzu weiten Sprünge gemacht; aber wir müssen dafür auch keine Rückschritte hinnehmen.

Die böse Erfahrung Nordrhein-Westfalens bleibt uns erspart. Dort sind erneut sozialpolitische Einschnitte zu erwarten; aus einem Thesenpapier der dortigen Staatskanzlei geht das eindeutig hervor. Darin heißt es – der Herr Präsident möge mir das Zitat gestatten –:

Es ist kein Ziel an sich, das gemeindefreundlichste Land zu sein. Wir können nicht länger in den Bereichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen überdurchschnittlich Geld ausgeben, bei den Sozialleistungen für Lehrer vorn sein und beschäftigungspolitisch Globalforderungen zu erfüllen versuchen, die der Bund und die Mehrheit der Länder zurückweisen. Das ist weder finanziell noch politisch zu leisten.

Die FAZ – vielen gefällt sie nicht, habe ich festgestellt – kommentiert das am 14. Mai folgendermaßen:

Diese Sätze kommen der kaum verhüllten Ankündigung gleich, daß die Regierung des Ministerpräsidenten Rau in den nächsten Jahren zahlreiche Sozialleistungen gegenüber den Bürgern und auch Finanzleistungen für die Gemeinden weiter zurücknehmen muß. Das Papier relativiert die bisher in der SPD geltende These, Nordrhein-Westfalen müsse das soziale Gewissen in der Bundesrepublik sein und bleiben. Es empfiehlt einen Pakt sozialer Vernunft, an dem Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen und alle Parteien mitwirken müßten.

(Abg. Loew: Sind Sie dagegen?)

– Ich habe überhaupt nichts dagegen. Deswegen habe ich das Zitat als gutes Beispiel vorgelesen, Herr Loew.

(Abg. Loew: Danke!)

Wir sehen darin aber auch das Wort von François Mauriac bestätigt, der gesagt hat: Der Bau von Luftschlössern kostet nichts; aber ihre Zerstörung ist sehr teuer.

(Beifall bei der CSU)

Das Lehrgeld müssen leider nicht nur die Politiker, sondern auch die Bürger bezahlen.

Vor diesen bösen Konsequenzen müssen sich Bayerns Bürger nicht fürchten. Wir haben stets den Pakt sozialer Vernunft angestrebt und ihn, wo wir dazu beitragen konnten, geübt. Ich habe die berechtigte Hoffnung, daß wir in den nächsten Jahren nüchtern, zwar nach wie vor mit heißem Herzen, aber ohne Ideologie eine Sozialpolitik betreiben können, die vom breiten Konsens getragen wird.

Herr Minister Hillermeier hatte an den Schluß seiner Rede den Dank gestellt – Kollege Müller hat ihn an den Anfang gestellt –, den Dank an viele, die draußen Sozialpolitik verwirklichen. Ich schließe mich diesem Dank sehr herzlich an. Ich sage ihn auch in Richtung des Ministers und freue mich, daß wir insbesondere auch beim Dank eine gemeinsame Linie in diesem Hohen Hause haben. Vielen Dank!

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen, meine Herren! Ich unterbreche jetzt die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein. Die Sitzung wird um 12.05 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.33 Uhr bis 12.07 Uhr)

**Präsident Dr. Heubl:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung wird wiederaufgenommen. Das Wort hat Herr Kollege Kaiser.

**Kaiser Willi (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Minister Hillermeier hat in seiner Haushaltsrede auch die Probleme der gesetzlichen Kranken-

(Kaiser Willi [SPD])

versicherung und der Rentenversicherung angesprochen. Dabei lobte er insbesondere die verbesserte Liquidität in der Rentenversicherung. Herr Minister, da wäre ich mit meinem Lob etwas vorsichtig. Die verbesserte Liquidität in der deutschen Rentenversicherung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Leistungen in der Rentenversicherung gekürzt und den Versicherten höhere Beiträge aufgebremst worden sind. Sich solcher Taten zu rühmen ist wohl etwas sonderbar.

Herr Blüm hat im letzten Jahr in einer großen Anzeigenkampagne behauptet, nichts sei so sicher wie die Renten. Jetzt, ein knappes Jahr später, steht uns eine Strukturreform in der deutschen Rentenversicherung ins Haus, die bis zu den Jahren 1989/90 durchgeführt werden muß.

Herr Minister, Sie haben in diesem Zusammenhang eine erstrebenswerte Gemeinsamkeit beschworen. Die SPD – das erkläre ich hier – ist zu einer gemeinsamen Lösung der Probleme in der Strukturreform der Rentenversicherung bereit. Es gilt aber, dabei einige Grundsatzbedingungen zu beachten, welche die Kollegin Anke Fuchs bereits vor wenigen Wochen in einem Pressedienst veröffentlicht hat. Ich will daraus nur die wichtigsten Dinge kurz vortragen.

Eine Vorbedingung für die Gemeinsamkeit bei der Lösung der anstehenden Probleme ist für uns Sozialdemokraten ein faires Verfahren im Zeitraum des Vorentwurfs. Wir würden uns sehr darüber beklagen, wenn uns von der Bundesregierung zu diesem wichtigen Thema ein vorgefertigter Gesetzentwurf vorgelegt werden würde. Wir halten es für angemessen und für sinnvoll, wenn dieses wichtige Problem durch einen interfraktionell eingebrachten Gesetzentwurf auf die Schiene gebracht werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Einige Grundsätze, die für uns Sozialdemokraten in bezug auf diese Gemeinsamkeit unerlässlich sind, will ich hier aufzeigen. Unverzichtbar bleibt für uns die Sicherung des erreichten Rentenniveaus. Das ist die erste Grundvoraussetzung.

Die zweite Grundvoraussetzung ist, daß die Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland endlich wieder schrittweise die vollen Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose abführt; denn das würde die finanzielle Grundbasis der Rentenversicherung wesentlich verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind drittens dafür, daß sich kurz- und mittelfristig bei den Altersgrenzen in der Rentenversicherung keine Verschiebung ergibt und daß versicherungsmathematische Abschläge in der Rentenversicherung nicht Platz greifen.

Die Kollegin von den GRÜNEN, die Frau Kollegin Scheel – sie ist nicht hier –, hat die Vorstellungen der GRÜNEN erläutert. Ich darf dazu klipp und klar fest-

stellen: Wir werden an einer Beitragsbezogenheit der Renten nicht rütteln lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden im Zuge der Reform weiter dafür kämpfen, daß die Reformbestrebungen auch einen Einstieg in die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme mit sich bringen; denn das bestehende Tohuwabohu auf diesem Gebiet ist ja wohl nicht mehr zu überbieten.

(Zustimmung von der SPD)

Wir werden darum kämpfen, daß die Rentner mit niedrigem Renteneinkommen eine Verbesserung erfahren. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die von uns angestrebte Verbesserung der Mindesteinkommen.

Dies alles, meine Damen und Herren, wird in der Rentenversicherung nur möglich sein durch eine drastische Erhöhung des Bundeszuschusses. Da beginnen unsere Bedenken. Die meisten Bedenken auf diesem Gebiet wird Herr Blüm nicht haben im Zusammenspiel und in der Auseinandersetzung mit uns Sozialdemokraten; die meisten Probleme stehen ihm in seiner eigenen Koalition ins Haus, und dort ist eine Aufgabenlösung gefordert, nicht so sehr bei uns.

(Beifall bei der SPD)

Es ist leider zu befürchten, daß für die bevorstehende Rentenversicherungsreform wieder einmal das Geld fehlen wird. Wir haben das bereits bei der Regelung der Probleme der „Trümmerfrauen“ erlebt. Sie müssen nun bis 1990 warten, wenn sie solange warten können,

(Frau Abg. Stamm: Nicht alle!)

– wenn sie solange warten können, Frau Kollegin! –; aber für die Frühpensionierung knackiger Jungoffiziere war natürlich genügend Geld vorhanden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Fischer: Was soll denn das?)

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung – sprich: Gesundheitswesen – anfügen! Über Jahre hinweg doktert die Politik mit Kostendämpfungsgesetzen an diesem Problem herum. Die Erfolge waren recht bescheiden. Nun soll bis zum Herbst des Jahres 1987 der Entwurf eines Gesetzes über die Strukturreform vorgelegt werden. Ich sage Ihnen eines: Die Entlastungen, die in der Vergangenheit auf diesem Gebiet gegriffen haben, waren weitgehend Kostenverlagerungen und keine Kostendämpfung;

(Beifall bei der SPD)

sie waren Kostenverlagerungen auf den Rücken der Versicherten. Wenn im Herbst die angekündigte Strukturreform eingeführt werden soll, dann darf ich Ihnen sagen: Wenn dort wiederum die Ärzteeinkommen ausgeklammert werden, wenn dort wieder die Krankenhauskosten und die Arzneikosten

(Kaiser Willi [SPD])

ausgeklammert werden, dann ist auch diese Reform zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel der Beitragsstabilität, das sich Herr Blüm gesetzt hat, ist doch nur zu erreichen, wenn sich alle am Gesundheitswesen Beteiligten den gegebenen Zwängen unterwerfen. Aber wenn Herr Blüm vor die Öffentlichkeit tritt und behauptet, ohne Ärzte werde es keine Reform im Gesundheitswesen geben, kann ich nur sagen: Dann wird es auch keine vernünftige Strukturreform geben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wichtige Bereiche aus der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert werden und wenn der gesetzlichen Krankenversicherung neue Aufgaben aufgebürdet werden – ich erinnere an die Pflegefallabsicherung –, kann das doch nur, wenn Beitragsstabilität in der Zukunft gewahrt werden soll, mit der Lösung gehen, daß künftig wichtige Leistungen aus der Krankenversicherung ausgeklammert, nicht mehr ganz, sondern nur noch teilweise finanziert werden. Das hat jedoch mit Kostendämpfung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Das eigentliche Problem liegt doch im folgenden. Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer sind in den letzten acht Jahren um 50 Prozent gestiegen, die Einkommen der niedergelassenen Ärzte sind um 63 Prozent gestiegen und die Umsätze der Pharmaindustrie um 74 Prozent. Wenn wir so weiterfahren, dann ist jede Strukturreform von vornherein passé.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind das Land, das das höchste Preisniveau bei Arzneimitteln besitzt. Wir schlucken angeblich die meisten Pillen; aber ich behaupte, die meisten werden in den Mülleimer geworfen. Sie kosten nur sehr viel Geld.

Wir waren in der letzten Woche mit dem Ausschuß in Bonn. Wir waren bei den Ärzten, wir waren bei der Pharmaindustrie, wir waren im Ministerium. Jeder Verband hat ein vorgefertigtes Konzept, wie die Strukturreform zu laufen hat. Die Ärzte behaupten: Das geht natürlich nur, wenn unsere Einkommen nicht gekürzt werden. Die Pharmaindustrie behauptet: Mit einer Kürzung unserer Einkommen geht keine Strukturreform. Da sage ich: Unter solchen Maximen ist jede Strukturreform zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der SPD)

Von seiten der Union, auch von Ihrer Seite hier im Hause, wird ständig behauptet, es gäbe noch die Möglichkeit der Eigenbeteiligung der Versicherten; das wäre ein wichtiger Beitrag, endlich die unbegründete Inanspruchnahme einzudämmen.

Ich will Ihnen einmal an zwei, drei Beispielen aufzeigen, auf welchem Holzwege Sie damit sind. Bereits

heute zahlen die Versicherten zu den Beiträgen, die sie abführen, durch Selbstbeteiligung mindestens 6 Prozent des Gesamtaufkommens im Gesundheitswesen, und das ist immerhin ein Betrag, der sich mittlerweile der Summe von 120 Milliarden DM nähert. 1 Prozent aller Versicherten – das sind ganz offensichtlich die Schwerkranken – verursachen in ganz bestimmten Bereichen unseres Gesundheitswesens bis zu 40 Prozent der Ausgaben. Ich denke an die stationären Behandlungskosten; von ihnen entfallen 39 Prozent auf 1 Prozent der Versicherten. Wie soll dort eine Selbstbeteiligung ernsthaft gegensteuern können?

Es gibt eine Untersuchung aus dem Raum Ingolstadt, die zu folgendem Ergebnis geführt hat: Wenn man alle Ausgaben, die ein Versicherter während seines ganzen Lebens in seiner Krankenversicherung verursacht, addiert, dann fällt mehr als die Hälfte aller Ausgaben in den letzten beiden Lebensjahren an. Mehr als die Hälfte! Wie wollen Sie denn da mit Selbstbeteiligung noch ernsthaft gegensteuern, frage ich Sie! Da sind Sie total zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der SPD)

Die Selbstbeteiligung wird nur dazu führen, daß die Kosten nicht gedämpft werden, sondern der „Kuchen“ größer wird und sich die Leistungserbringer damit in Zukunft lustig weiter bedienen können.

(Beifall bei der SPD)

Das Dilemma der Eigenbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht darin, daß die Selbstbeteiligung nicht nur greifen, sondern gleichzeitig sozial verträglich sein soll. Eine sozial verträgliche Selbstbeteiligung greift nicht, und diejenige, die greift, ist in hohem Maße unsozial. Das ist das Dilemma.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort noch zu den Vorstellungen im Krankenhauswesen! Ich gehöre zu denen, die sagen: Wenn der medizinische Fortschritt im Krankenhaus für alle Bürger gewährleistet sein soll, dann hat das seinen Preis. Das wird an der Krankenversicherung nicht vorbeigehen; so ehrlich bin ich auch. Aber wir müssen natürlich auch dafür Sorge tragen, daß das globale Überangebot an Krankenhausbetten endlich abgebaut wird und daß die drastische Fehlbelegung

(Abg. Dr. Fischer: Wo?)

durch Pflegefälle, die heute in unseren Krankenhäusern liegen, endlich einer Lösung zugeführt wird.

(Abg. Dr. Fischer: An welchen Krankenhäusern? – Gegenrufe von der SPD)

– In Massen!

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Pflegefallversicherung sagen! Meine Damen und Herren, Sie haben heute wiederum davon gesprochen, daß hierzu ein Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung im Bundesrat eingebracht wird. Ich muß Sie in diesem Zusammenhang daran

(Kaiser Willi [SPD])

erinnern, daß Ihr Vorschlag in der letzten Legislaturperiode keine Zustimmung der Unions-regierten Länder gefunden hat. Er hat nur eine Mehrheit erlangt, weil die sozialdemokratisch regierten Länder mitgestimmt haben.

Nach dem Wandel in Hessen sehe ich für eine Mehrheit für Ihren Vorschlag kaum noch Chancen. Es wird eher auf den Vorschlag von Rheinland-Pfalz zulaufen. Damit ist natürlich auch Ihre Aktivität auf diesem Gebiet sehr gefordert.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fischer?

**Kaiser Willi (SPD):** Nein, meine Redezeit ist leider abgelaufen.

Ich kann Sie nur auffordern, Herr Minister, auf diesem Gebiet mehr Aktivitäten zu entwickeln. Die Sozialpolitiker und die Gesundheitspolitiker würden dies für dringend erforderlich halten. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Romberg.

**Frau Romberg (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kollegin Christine Scheel hat in ihrem Beitrag bereits eine Reihe von Beispielen vorgetragen und die Situation sozial besonders schwacher Gruppen oder sogenannter sozialer Randgruppen dargestellt. Diese Beispiele brauche ich nicht noch einmal aufzugreifen.

Ich greife jedoch eine Gruppe mit sehr typischen Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit beziehungsweise sozialer Ungerechtigkeit heraus. Ich spreche von den Asylbewerbern, obwohl im Bericht des Herrn Staatsministers auch für sie nur eine Seite vorgesehen war – oder vielleicht gerade deswegen.

Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, reisen, wie man sich vorstellen kann und weiß, mit wenig Gepäck und mit keinen oder geringen finanziellen Mitteln ein. Sie bringen statt dessen eine Vergangenheit mit, in der sie der Verfolgung, der existenziellen Not und nicht selten der Folter ausgesetzt waren. Es ist keineswegs so, daß man nur oder überwiegend von Wirtschaftsflüchtlingen reden kann, sondern es handelt sich durchaus um Menschen, die aus Bereichen kommen, in denen ihre existenzielle Situation, ihre persönliche menschliche Existenz, gefährdet ist.

Sie bringen statt dessen Lebenserfahrungen mit, die sie in einer Kultur gemacht haben, die von der unseren häufig sehr unterschiedlich ist. Sie haben Verwandte und Freunde in ungewissen und bedrohlichen Lebenssituationen zurückgelassen.

Sie treffen in der Bundesrepublik mit einem Deutschlandbild ein, das überwiegend von der Vorstellung eines wirtschaftlich stabilen, vor allem eines demokratischen Staates geprägt ist. Dieses Bild entspricht nicht nur der Mundpropaganda – sie hören: In diesem

Staat kann man leben –, sondern sie haben auch erfahren und davon gehört, daß es hier ein Asylrecht gibt, das nicht nur – ich sage das jetzt nicht irgendwie im Wert mindernd – aus humanitären Gründen, sondern auch aus der Erfahrung von Emigranten während des Dritten Reiches eine Form gefunden hat, die wir auch für unbedingt notwendig und wünschenswert halten. Wir sind auch stolz, wenn andere aufgrund ihrer politischen Situation dieses Asylrecht in Anspruch nehmen wollen.

Was aber treffen sie hier häufig an? Ein eisiges, intolerantes Klima der Ausländerfeindlichkeit – jedenfalls in sehr vielen Fällen –, wobei es sich je nach der Hautfarbe, nach der Unfähigkeit, mit der Sprache umzugehen, und ähnlichem noch steigert. Diese ablehnende Haltung ist sowohl in den Behörden und Medien als auch in ganz erheblichen Teilen der Bevölkerung spürbar. Sie finden sich als Objekt von Ausländerströmen, die im politischen Bereich dramatisiert werden.

Wenn sie Glück haben – man kann sie ja nicht einfach auf der Straße stehen lassen –, werden sie dezentral untergebracht. Was meine ich damit? Ihnen steht einigermaßen Wohnraum zur Verfügung, während der Großteil weiterhin in Sammelunterkünften zusammengepfercht ist. Vielleicht darf ich hier nur eine Zahl nennen: Die Richtwerte für die Unterbringung von Asylbewerbern liegen in Bayern bei 5 bis 11 Quadratmetern, wobei 11 Quadratmeter die oberste Grenze darstellt. Vielleicht sollte man sich einmal im Vergleich vorstellen, daß nach dem Tierschutzgesetz für ein Haustier 12 Quadratmeter Mindestraum angesetzt sind, wobei das nach dem Gesetz dem entspricht, was für erwachsene ausländische Mitbürger vorgegeben ist. Wenn sie weniger als 12 Quadratmeter nachweisen, ist nämlich ihre Aufenthaltserlaubnis gefährdet.

Das Zusammenleben von Asylbewerbern in Sammelagern ist nicht einfach; ich glaube, daß sich das jeder vorstellen kann. Das gedrängte Zusammenleben-Müssen führt zu Konflikten innerhalb der oft unterschiedlichen Bewohner, die zu Stumpfsinn gezwungen werden. Sie dürfen ja nicht arbeiten. Sie dürfen sich auch nicht selbst versorgen; das heißt, sie sitzen in vielen Fällen nur herum. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon solche Sammelunterkünfte besucht und sich darum gekümmert hat, wie diese Menschen eigentlich mehr vegetieren, als ihrer Menschenwürde entsprechend zu leben.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Darüber hinaus lösen solche Sammelunterkünfte – das ist das Tragische –, vor allem, wenn sie in kleineren Gemeinden plaziert sind, Ängste bei unseren Bewohnern aus, weil sie hier geballt erlebt werden, auch wenn die Zahl objektiv gar nicht so groß ist. Das heißt, es werden gegenseitig Mißverständnisse und Vorurteile hochgeschaukelt, die dann die Integration von Asylantern, so sie überhaupt gewünscht wird, noch stärker unmöglich machen.

Ebensowenig wie die Unterbringung läuft die Versorgung dezentral oder individuell. Das heißt, in Bayern läuft die Versorgung unverständlicherweise

(Frau Romberg [DIE GRÜNEN])

so zentral, daß Fertiggerichte im Regelfall von Nürnberg zum Beispiel nach Pullach transportiert werden müssen, was wirklich nicht einsichtig ist und die Sache vom Kostenstandpunkt aus eher verteuert, unbeschadet dessen, was hier für die Menschen passiert. Sie können nämlich nicht selbst entscheiden, was und wie sie essen dürfen, wobei dafür häufig ihre religiöse und kulturelle Herkunft entscheidend ist.

Gleichzeitig ist das Kochverbot in den Sammelunterkünften dergestalt, daß es von vielen Menschen der Dritten Welt als Verletzung ihrer Menschenwürde erlebt wird, weil Kochen und Essen für sie in vielen Fällen nicht nur Nahrungsaufnahme bedeuten, sondern die Verwirklichung ihrer angestammten und erlebten Kultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt ein für mich sehr gravierender Aspekt: Die Gemeinschaftsverpflegung ist auf Erwachsene abgestellt. Auf Kinder und Jugendliche, vor allem auf Kleinstkinder, wird nicht Rücksicht genommen.

Darüber hinaus sind häufig auch Pannen feststellbar, nicht bloß von den Inhalten her. Ich möchte ein konkretes Beispiel erwähnen: Als einzige Versorgung mit Getränken werden für fünf Personen für eine Woche zwei Liter Orangensaft zur Verfügung gestellt, wobei ich nicht unterstelle, daß das absichtlich geschieht. Weil die Versorgung aber eben zentral durchgeführt wird, passieren laufend solche Pannen, die wirklich vermieden werden könnten.

Oder was sollen Asylbewerber eigentlich machen, wenn das Haltbarkeitsdatum verfallen ist? Was sollen sie machen, wenn sie das unter Umständen nicht einmal interpretieren, sich dagegen nicht wehren können oder wenn – auch das sind konkrete Fälle – die Inhalte an Essen zu gering sind, aber von den Lieferfirmen der entsprechende Preis den staatlichen Stellen durchaus voll in Ansatz gebracht wird? Sie können sich nicht wehren, sondern merken es erst, wenn Mangelercheinungen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Die ganz kurz geschilderten Wohn- und Lebenssituationen bergen darüber hinaus für viele Flüchtlinge krankmachende Faktoren, die zu psychosomatischen Auffälligkeiten und psychischen Dauerschäden führen können. Wir wissen, daß Ehen in die Brüche gehen, obwohl wir doch sonst so bemüht sind, Ehe und Familie zu schützen. Aggressionen gegen sich und gegen andere entstehen; viele klagen über Depressionen und Verfolgungängste.

Besonders dramatisch ist, wenn man in Sammelunterkünften sieht, wie Kinder irgendwo zusammengepfercht sind, zwischen den Erwachsenen leben und keinen Lebensraum haben. Da können sie sich überhaupt nicht entwickeln und entfalten. Besonders die Kinder leiden also unter solchen Lebensbedingungen. Viele Kinder sind ja bereits geprägt von den Fluchterlebnissen und dramatischen Eindrücken im Herkunftsland. Aber statt nun hier hinreichende therapeutische Maßnahmen einzuleiten, verschärft sich die

Situation noch durch den Lageraufenthalt oder durch die dramatische Situation der Eltern.

Wir meinen: Wenn in der Bundesrepublik schon ein Grundrecht auf Asyl besteht – ich habe darauf als auf ein besonders positives Grundrecht in unserer Verfassung hingewiesen –, dann darf dieses Recht, so meinen wir, nicht durch Asylverfahrensordnungen oder -ordnungen unterlaufen oder durch restriktive Sozialleistungen ausgehöhlt werden. Ich sprach schon davon und fasse nur noch zusammen: zum Beispiel durch die Unterbringung in Sammelunterkünften oder durch gekürzte Sozialhilfe. Es ist ja so, daß die Sozialhilfe in vielen Fällen, soweit sie ausbezahlt wird, mit der Begründung gekürzt wird, daß die Asylbewerber aus kulturellen Verhältnissen mit geringerem Lebensstandard kämen und deshalb die Sozialhilfe durchaus um 10 oder 20 Prozent gekürzt werden könne. Das widerspricht ohnehin der Rechtslage. Weiter nenne ich: das Arbeitsverbot für Asylbewerber, die Einheitsverpflegung und die Gewährung von Sachleistungen statt von Bargeld.

Wir meinen, es bedarf einer anderen, nämlich einer – das ist ein Zitat – „offensiven, rationalen und ethisch verantwortbaren“ Flüchtlingspolitik, wie sie nach einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 3. April 1987 auch von einer Gruppe CDU-Bundestagsabgeordneter formuliert wurde, wie sie aber auch von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, von Initiativen und von sozialen Einrichtungen gefordert wird, die mit Asylbewerbern und Flüchtlingen zu tun haben, und wie sie insbesondere von den beiden großen Kirchen gefordert wird.

Die Fraktion der GRÜNEN hat dementsprechend Änderungsanträge zu diesem Titel des Sozialhaushalts eingebracht und gefordert, die Lebensbedingungen asylsuchender Frauen, Männer und Kinder einigermaßen menschenwürdig zu gestalten, zum Beispiel durch die schon mehrfach erwähnte dezentrale Unterbringung und durch die Möglichkeit der Selbstversorgung. Vor allem soll mehr Betreuungspersonal, insbesondere in Gemeinschaftsunterkünften, zur Verfügung gestellt werden. Durch entsprechende Stellen sollen gezielt sozialpädagogische Maßnahmen für Integrationshilfen ermöglicht werden. Außerdem sollen Sprachkurse finanziert werden, wobei nach bestehendem Modus Sprachhilfen nur ehrenamtlich gegeben werden können. Beratungsstellen und therapeutische Hilfen sollen insbesondere auch für Flüchtlingsfrauen geschaffen werden. Ferner sollen pädagogische und therapeutische Hilfen für Kinder und Jugendliche angeboten werden können.

Wir wünschen uns für alle sozial Schwächeren die sozialen Hilfen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten in einem Land, in einem Staat – nun zitiere ich aus der gestrigen Rede des Herrn Ministerpräsidenten – „mit menschlichem Gesicht“. Das war nämlich sein gestriger Schlußsatz. Das war ein Novum für mich, und ich meine, wir sollten ihn da beim Wort nehmen. Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat Herr Kollege Kobler.

**Kobler (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Nach den Ausführungen zur Asylpolitik wieder zu einem etwas lebensnäheren Thema zurück, nämlich zur Sozialversicherung und zur Situation auf dem Arbeitsmarkt!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Kollege Kaiser, Kollege Müller und Frau Scheel haben heute vormittag vor allem die „soziale Demontage“ durch die Union kritisiert. Ich meine, diese Vorwürfe entbehren jeder Grundlage. Wer von sozialer Bankrotterklärung oder von neuer Armut spricht, verwechselt das Schlagwort „Neue Heimat“ offensichtlich immer noch mit „neuer Armut“.

(Abg. Loew: Dümmlischer geht es wirklich nicht! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Abg. Loew: Wenn Sie nichts Besseres auf der Pfanne haben, dann hören Sie auf!)

Dort sieht es etwas skandalöser aus, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wer der Union sozialen Raubbau unterstellt, der muß zur Kenntnis nehmen, daß es die SPD war, Herr Kollege Loew, die im Rahmen ihres Haushaltsstrukturgesetzes die Sozialkassen geplündert hat. Ich darf Ihnen das aufzählen.

Können Sie sich nicht mehr an die Kürzung des Kindergeldes um 20 DM, an die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, an die Einschränkung des Übergangsgeldes für Schwerbehinderte, an die Herabsetzung der Bundeszuschüsse für die Altershilfe, an die Einschränkung bei den Kuren für Kriegsoffer, an die Wohngeldreduzierung, an die Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulage, an die Herabsetzung des Unterhaltsgeldes für Umschüler usw. usf. erinnern? Über 80 Maßnahmen, die Sie immer wieder versuchen, anderen in die Schuhe zu schieben, gehen auf Ihr Konto!

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Kobler (CSU):** Ich bin leider auch an die viertelstündige Redezeit gebunden. Vielleicht ergibt der weitere Tagesablauf eine Möglichkeit, diese Frage an mich zu stellen.

(Abg. Kamm: Sagen Sie doch einfach nein!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Den GRÜNEN kann man im bayerischen Parlament insofern keinen Vorwurf machen; aber die SPD hat in der Vergangenheit in der Sozialpolitik doch eine mehr oder minder unglückliche Rolle gespielt, weil sie es einfach nicht verstanden hat, mit dem Geld anderer umzugehen. Sie hat die Kassen geleert. Wir erinnern uns doch noch sehr gut an die 13 Milliarden DM Defi-

zit bei der Arbeitslosenversicherung. Heute streitet man darüber, wie die Überschüsse besser verwendet werden können.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sie haben ja keine Ahnung! Keine! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Müller, da bestand doch in den siebziger Jahren noch das Problem mit den Renten, und es gab so etwas Ähnliches wie eine sogenannte Kanzlerlüge. Ich möchte darauf nicht näher eingehen; Sie wissen sicher, was ich damit meine.

Ich bin auch dankbar, Herr Kollege Müller und Herr Kollege Kaiser, daß Sie die Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung und der Rentenversicherung angesprochen haben. Hier besteht ein breiter Konsens mit unseren Vorstellungen, wonach die Arbeitslosenversicherung in erster Linie dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit und der stärkeren Qualifizierung dienen muß. Die Kasse der Arbeitslosenversicherung darf aber nicht zu dem Zweck geöffnet werden, über den wir im letzten Jahr debattiert haben, nämlich zur Finanzierung eventuell unverantwortlich angezettelter Streiks. Dazu sagen wir nein. Für § 116 AFG besteht hier keine Basis, kein Spielraum.

Bei der Rentenversicherung ist mit keiner Unterstützung durch die CSU für die Grundrente zu rechnen. Wir sagen hier und immer, meine Damen und Herren, daß auch für die Zukunft als oberstes Prinzip gelten muß, daß die Rentenhöhe von den Zahlungen abhängig ist, die der Rentner sein Leben lang geleistet und erwirtschaftet hat. Das bedeutet eine leistungs- und beitragsbezogene Rente. Ich bedanke mich, daß sich auch die SPD so klar über die Grundrente geäußert hat, über dieses sozialistische Gespenst, diese Nivellierungstendenz mit der Grundrente von 1200 DM.

(Abg. Karl Heinz Müller: Was reden Sie für einen Blödsinn!)

– Ich spreche doch nicht Sie an; ich spreche doch die GRÜNEN an, Herr Kollege Müller. Warum werden Sie denn so nervös?

Ich habe soeben akzeptiert, daß von Ihrer Seite, vom Kollegen Kaiser, genau das Prinzip der leistungsbezogenen Rente vertreten wird.

(Zuruf von der SPD: Wir haben nie etwas anderes gesagt!)

Ich habe kritisiert, daß von den GRÜNEN, von der Frau Scheel, hier ganz nachdrücklich herausgestellt wurde, daß sie die Grundrente einführen wollen. Darüber kann mit uns, der CSU, nicht gesprochen werden.

(Frau Abg. Scheel: Aber anscheinend mit der CDU!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Arbeitsmarkt machen! Es wurde beklagt, daß der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 1 Million, der in Aussicht gestellt worden ist, nicht eingetreten sei. Ich bedauere-

(Kobler [CSU])

re es selber, daß diese Prognose nicht erfüllbar war. Die Gräben waren offensichtlich zu tief; man kann das, was in 13 Jahren falsch gemacht worden ist,

(Zurufe von der SPD: Ach, ach!)

nicht einfach in vier oder fünf Jahren beseitigen.

(Abg. Franz: Von der Siemens-Studie haben Sie wohl noch nichts gehört?)

Für die CSU ist der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit das innenpolitische Problem Nummer 1,

(Zuruf von der SPD: Das bleibt es auch!)

vor allem deswegen, weil die Finanzierung der Arbeitslosigkeit das teuerste überhaupt ist. Man muß nur einmal den Ausgabenkatalog sehen: Allein zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit werden im Jahr rund 55 Milliarden DM ausgegeben. Aber nicht nur das Materielle, sondern vor allem die menschlichen Probleme müssen hier gesehen werden,

(Abg. Kamm: Bravo!)

die auftreten, wenn arbeitswillige Menschen nicht in den Arbeitsproß gelangen können, wenn sie plötzlich mit viel weniger Geld auskommen müssen, vielleicht ihre Wohnung aufgeben müssen, soziale Kontakte lösen müssen und Schwierigkeiten haben, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Bank nimmt keine Rücksicht darauf, daß 40 Prozent weniger an Einkommen da ist. Diese Probleme sehen wir ebenso wie viele andere.

Ich meine trotzdem, daß wir auf dem Beschäftigungssektor eine sehr stolze Entwicklung feststellen können. Wer über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit redet, darf eben nicht einäugig vorgehen; er muß vor allem das Gestern mit dem Heute vergleichen und muß auch das Umfeld, die Rahmenbedingungen, sehen. Offensichtlich werden auch, wenn ich an die Vordredner der SPD und der GRÜNEN denke, manche Zeiträume doch sehr stark verwischt.

Nehmen Sie doch zur Kenntnis, daß es 1982 noch eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um über 430 000 gegeben hat, daß aber im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit auf Bundesebene um nahezu 300 000 abgenommen hat! Nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1982 um 44 Prozent zugenommen hat, während sie im letzten Jahr um 3 Prozent gesunken ist, daß die Zahl der offenen Stellen im Jahr 1982 um 50 Prozent abgenommen hat, während sie im letzten Jahr wieder um 42 Prozent zugenommen hat, daß im Jahr 1982 eine Arbeitsmarktpolitik mit Kosten in Höhe von 6,8 Milliarden DM betrieben worden ist, im letzten Jahr aber in Höhe von 11 Milliarden DM und daß im Jahr 1982 29 000 Arbeitnehmer in AB-Maßnahmen waren, im letzten Jahr aber über 110 000!

Sie, meine verehrten Kollegen von der SPD, müßten korrekterweise sagen, daß auf Bundesebene anstatt eines Abbaus von gut einer Million Arbeitslosen bis zum Jahr 1982 über 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Man kann also sagen, daß

wir das Ziel um 300 000 verfehlt haben; das ist die wahre Bilanz.

Es gibt zwischenzeitlich auch wieder mehr gesicherte Arbeitsplätze. Die Zahl der Kurzarbeiter wurde von über 1 Million um rund 700 000 gewaltig abgebaut.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, gut, sie ist aufgrund saisonbedingter Schwierigkeiten im Frühjahr leicht hinaufgegangen. Sie haben aber eine Bilanz übergeben, in der 1,2 Millionen Kurzarbeiter zu verzeichnen waren. Jetzt gibt es, glaube ich, noch um die 400 000. Das ist auf jeden Fall eine Differenz von 800 000. Die Kurzarbeiter, Herr Kollege Klases, sind doch auch diejenigen, die heute nicht wissen, ob sie nicht morgen vollzeitarbeitslos sind. Diese Arbeitsverhältnisse sind doch wieder gefestigt worden.

Sie haben uns auch jahrelang das Problem einer Ausbildungsplatz-Katastrophe an die Wand gemalt.

(Frau Abg. Jungfer: Das stimmte ja auch!)

Frau Scheel hat heute vormittag wieder von der Ausbildungsplatzabgabe gesprochen. Wir können an dieser Stelle nur allen Handwerksbetrieben, der Industrie, der Wirtschaft danken, daß sie so großzügig Plätze zur Verfügung gestellt haben, daß heute in vielen Bereichen Bayerns Auszubildende schon wieder Mangelware werden.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Scheel: Was ist nach der Ausbildung?)

Mit der Ausbildungsplatzabgabe bestrafen Sie aber diejenigen, die bisher treu und brav ausgebildet haben.

(Zuruf von der SPD: So ein Blödsinn! – Zuruf von den GRÜNEN: Die Abgabe sollen doch die bezahlen, die nicht ausbilden! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Herr Kollege, ich kann da sogar noch weitergehen: Draußen weiß man, daß wir weitgehend eine Stabilisierung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes haben, daß wir bereits weithin wieder einen Facharbeitermangel haben und daß von zehn Arbeitslosen sechs zu wenig qualifiziert sind, um die Arbeit verrichten zu können. Reden Sie doch mit Handwerksmeistern draußen!

(Zuruf von der SPD: Warum bilden denn die Betriebe nicht weiter? – Abg. Kamm: Sind Sie wirklich Gewerkschafter, Herr Kollege?)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wundere mich schon, daß Sie so nervös werden.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Frau Abg. Jungfer: Sie sollen nicht von sich auf andere schließen! – Glocke des Präsidenten)

Ich habe Ihnen zu Anfang einige Ihrer Sünden vorgehalten.

(Unruhe)

(Kobler [CSU])

Angesichts dessen, was ich Ihnen eingangs über Ihre Kürzungsmaßnahmen gesagt habe, gehören Sie eigentlich zu den sozialpolitischen Sitzenbleibern!

(Abg. Kamm: Wie viele davon haben Sie rückgängig gemacht?)

Denken Sie nur an das, was Sie in den 13 Jahren geleistet haben!

Die Arbeitslosenquote in Bayern ist Spitze und beträgt 6,1 Prozent; Sie aber sprechen von Massenarbeitslosigkeit. Sie sprechen nicht davon, daß die Arbeitslosenquote in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hamburg usw. doppelt so hoch ist.

(Abg. Kamm: Oberpfalz!)

Sie stellen keinen europäischen Vergleich an und sprechen nicht davon, daß es Länder – Spanien usw. – mit einer Arbeitslosenquote von 20, 22 Prozent gibt.

(Zuruf von der SPD: Reden Sie doch mal über Ihren Stimmbezirk!)

– Wir haben hier eine Spitzenposition erreicht, auch in Niederbayern! Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent waren wir im letzten Jahr in Niederbayern besser als Rheinland-Pfalz/Saarland mit 9,4 Prozent, Nordrhein-Westfalen mit 10,9 Prozent oder Niedersachsen/Bremen mit 11,9 Prozent. Wir hatten also wesentlich bessere durchschnittliche Arbeitslosenquoten.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß wir uns mit der Bilanz, die heute vom Arbeitsminister vorgetragen wurde, sehen lassen können. Sie von der Opposition haben kritisiert, ohne irgend etwas Besseres vortragen zu können. Durch den vorgelegten Sozialhaushalt und die in ihm eingeplanten Maßnahmen wird wieder einmal der Beweis angetreten, daß die soziale Kompetenz für Bayern bei der CSU liegt. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächster hat das Wort der Herr Kollege Weber.

**Weber (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kobler, in Ihrem Beitrag gäbe es vieles richtigzustellen. Unter anderem haben Sie von der Finanzkrise der Arbeitslosenversicherung gesprochen. Ist Ihnen denn die Kürzung im Bereich der Arbeitslosenversicherung nach der „Wende“ völlig entgangen? Ist Ihnen die Einstellung der Beitragszahlung für die Rentenversicherung durch die Bundesanstalt für Arbeit, die jährlich rund 5 Milliarden DM ausgemacht hatte, völlig entgangen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Hollwich: Darum haben sie ja in Nürnberg Geld übrig!)

Herr Staatsminister, ich hatte erwartet, daß Sie sich in Ihrer Haushaltsrede mit den brennenden Problemen

im Bereich der Behinderten auseinandersetzen und wenigstens ansatzweise Lösungsmöglichkeiten aufzeigen würden. Zur sogenannten offenen Behindertenhilfe haben Sie, Herr Staatsminister, lediglich auf die besondere Bedeutung für die behinderten Mitbürger hingewiesen und die schwierigen Lösungsmöglichkeiten bei einer weiteren Verbesserung der angemessenen Pflege und Betreuung der zu Hause lebenden schwerbehinderten Menschen durch ambulante Rehabilitation angedeutet.

Diese Andeutung war mehr als dürftig. Dazu hat Ihr Vorgänger vor zwei Jahren bereits mehr gesagt! Er hat damals nämlich bereits erkannt, daß es gerade den Schwerstbehinderten möglich sein sollte, selbst zu wählen, ob sie in einem Heim, einer Wohngemeinschaft oder eigenständig leben wollen. Dazu haben Sie gar nichts gesagt.

(Zustimmung von der SPD)

Hier sind auch bereits viele Initiativen tätig. Was aber fehlt, ist die Regelförderung. Diese Regelförderung wird vom Freistaat Bayern weiterhin verweigert.

Noch viel schlimmer aber sieht es bei dem aus, Herr Staatsminister, was Sie zur Situation der arbeitslosen Schwerbehinderten gesagt haben. Mit dem Hinweis auf das dritte bayerische Sonderprogramm aus Mitteln der Ausgleichsabgabe ist den schwerbehinderten Arbeitslosen wenig gedient, wenn die öffentliche Hand und die freie Wirtschaft trotz Fördermitteln aus diesem Programm keine Behinderten einstellen.

Seit Jahren fordert die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag die Staatsregierung auf, ihrer Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz nachzukommen. Nach dem Schwerbehindertengesetz haben private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand auf wenigstens 6 Prozent der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Diese Beschäftigungspflicht wird vom Freistaat bei weitem nicht erfüllt,

(Abg. Karl Heinz Müller: Sehr richtig!)

ja die Quote geht Jahr für Jahr zurück.

Nach dem letzten Bericht des Staatsministeriums der Finanzen vom 4. November 1986 beschäftigt der Freistaat nur noch 3,24 Prozent Schwerbehinderte. Seit Jahren wird der Rückgang der Quote damit begründet, daß immer mehr Kriegsbehinderte aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die geringe Beschäftigungsquote wird auch immer wieder mit der besonderen Struktur im Bereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie des Staatsministeriums des Innern begründet.

Aber, meine Damen und Herren, auch die Zahl der im Staatsministerium der Finanzen beschäftigten Schwerbehinderten verringert sich jährlich. Auch im Staatsministerium der Justiz verringert sie sich jährlich, und im Staatsministerium für Landwirtschaft verringert sie sich jährlich. Ja, selbst im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung ist die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten in den letzten Jahren

(Weber [SPD])

zurückgegangen. Nachdem gestern der Herr Ministerpräsident so positiv von Bayern gesprochen hat, ist darauf hinzuweisen, daß auch die Staatskanzlei zu wenig Schwerbehinderte beschäftigt; auch sie erfüllt ihre Pflichtquote nicht.

Der enorme Rückgang der Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten in den öffentlichen Diensten des Freistaates kann auch nicht mit den besonderen Strukturen der Ministerien zusammenhängen, die immer angeführt werden. Er kann auch nicht damit zusammenhängen, daß, wie man immer sagt, Kriegsbehinderte ausscheiden. Ich habe mich nach der Zahl der Kriegsbehinderten, die ausscheiden, erkundigt. Mir wurde mitgeteilt, sie könne gar nicht festgestellt werden. Warum behauptet man dann vorher immer, daß die Zahl der Kriegsbehinderten zurückgeht?

(Beifall bei der SPD – Abg. Franz: Bewußte Irreführung!)

Meine Damen und Herren! Auch in vielen anderen Bundesländern wird die Pflichtquote nicht erfüllt. Nur zwei Bundesländer erfüllen im Durchschnitt ihre Pflichtquote. Bayern aber ist im Durchschnitt an vortzter Stelle!

(Abg. Franz: Herr Kobler!)

Erst gestern haben Sie getönt: Bayern vorn! Bei der Beschäftigungspflicht der Schwerbehinderten ist Bayern ganz hinten!

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN – Abg. Franz: Antlitz des Freistaates!)

Etwas Weiteres ist interessant. Sie sprechen immer von Nordrhein-Westfalen. Dort ist die Schwerbehinderten-Pflichtquote mehr als erfüllt,

(Abg. Franz: Nachmachen!)

im „Musterlande“ Baden-Württemberg nur zu 4,2 Prozent und in Südbayern mit der Region München, wo der Arbeitsmarkt relativ gut ist, nur zu 4 Prozent.

Das beweist: Je besser es den Unternehmen geht, desto weniger Schwerbehinderte werden beschäftigt.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN – Abg. Franz:

Menschenverachtend ist das! – Abg. Dr. Kestel: Die brauchen ja auch nicht mehr soviel Steuern zu zahlen!)

Somit können Sie auch mit Ihren flotten Sprüchen vom letzten Jahr aufhören, als Sie gesagt haben, die einstellungshemmenden Vorschriften müßten abgebaut werden. Im Endeffekt aber ist nichts abgebaut worden, nur der Urlaub ist gekürzt worden, und die Kündigungsmöglichkeiten sind erleichtert worden.

(Abg. Erwin Huber: Die Abgabe ist erhöht worden, oder? – Abg. Langenberger: Zum Lachen ist das! – Abg. Klasen: Christlich-sozial!)

– Die Abgabe ist um läppische 50 DM erhöht worden;

(Abg. Erwin Huber: 50 Prozent!)

auf der anderen Seite kann sie steuerlich wieder abgesetzt werden.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sehr richtig! – Abg. Franz: Das ist ein Ausgleich für die Inflationsrate! – Abg. Karl Heinz Müller: Christlich-sozial! – Abg. Kobler: Bieten Sie eine Lösung an!)

– Ich biete Ihnen Lösungen an. Wir haben dauernd Lösungen angeboten. Es wäre in erster Linie wichtig, Überlegungen anzustellen, ob in den großen Behörden nicht Gruppen für Schwerbehinderte eingerichtet werden können, die zu den besonderen Minderleistungen gehören. Dies müßte überlegt werden! Ich biete Ihnen weitere Lösungen an: Es gibt viele Initiativen, die Arbeitsplätze für Schwerbehinderte schaffen wollen. Diese Initiativen scheitern daran, daß sie keine finanziellen Möglichkeiten haben. Manche Initiative muß sogar wieder eingestellt werden.

Sie aber verweigern weiterhin staatliche Zuschüsse für diesen Bereich! Sie verweisen auf die Ausgleichsabgabe. Die Ausgleichsabgabe braucht im Bayerischen Landtag nicht mehr beschlossen zu werden, sie steht bereits im Schwerbehindertengesetz.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas sagen! In den letzten Tagen wurde immer wieder von der Verantwortung für den Verfall des Rechtsbewußtseins gesprochen. Die Frage sei erlaubt, ob die Staatsregierung, vor allem der Herr Staatsminister der Finanzen, nicht auch große Mitverantwortung für den Verfall des Rechtsbewußtseins trägt. Nach § 68 des Schwerbehindertengesetzes handelt ordnungswidrig, wer der Beschäftigungspflicht nach § 5 des Schwerbehindertengesetzes vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommt.

(Abg. Kamm: Hört, hört! Das sind ja Boykottierer!)

Ich werfe Ihnen nicht vor, daß Sie dies vorsätzlich tun; aber Sie handeln fahrlässig, wenn Sie nicht alles nur Mögliche unternehmen, damit Schwerbehinderte eingestellt werden und im Freistaat Bayern die Pflichtquote erreicht wird, die gesetzlich vorgeschrieben ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist einfach unverantwortlich, daß die seit Jahren bestehende durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 17 000 bis 18 000 in Bayern keineswegs abgebaut wird. Da können Sie noch so oft „Bayern vorn“ sagen. Hier haben Sie völlig versagt!

(Beifall bei der SPD – Abg. Kobler: In drei Jahren sind die Arbeitslosen um 10 Prozent zurückgegangen!)

– Das ist doch nicht wahr! Schauen Sie sich die Zahlen an! Sie gehen hinauf und herunter! Wenn die Zahlen sinken, dann um die, die in Rente gehen. So sieht es doch im Endeffekt aus. Es ist schade, daß ich

(Weber [SPD])

nicht eine dreiviertel Stunde Zeit habe; dazu könnte ich Ihnen noch vieles sagen.

(Abg. Grossmann: Wir Ihnen auch!)

Meine Damen und Herren! Das, was ich über den Bereich der Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten gesagt habe, trifft auch für viele andere Problemgruppen zu: für die gesundheitlich Beeinträchtigten, für Menschen mit geringerer Schulausbildung, für ältere Arbeitslose. Viele von ihnen wandern in die Sozialhilfe ab.

Obwohl Sie das wissen, sind Sie nicht bereit, den Vorschlag „Arbeit statt Sozialhilfe“ zu unterstützen. Sie weigern sich, Sie überlassen das den Kommunen. Ich meine, meine Damen und Herren: Was in den angesprochenen Bereichen in Bayern vor sich geht, ist weder christlich noch sozial.

(Abg. Dobmeier: Das ist doch übertrieben!)

– Da ist nichts übertrieben! Sie müssen sich nur damit befassen.

Lassen Sie mich eine letzte Anmerkung machen! In dem, was der Herr Staatsminister zu den Asylbewerbern gesagt hat, habe ich ein Wort völlig vermißt, nämlich das Wort „sozial“.

(Beifall bei der SPD – Abg. Grossmann:  
Mein Gott!)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Nächster Redner ist Herr Kollege Grossmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Grossmann (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Themen Sozialpolitik, soziales Netz, Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit, Unfall und Ende der Berufstätigkeit genießen bei unserer Bevölkerung höchste Priorität. Unser Volk erwartet von uns eine vernünftige und gute Sozialpolitik.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen – Herr Kollege Kaiser hat das auch angesprochen –, daß die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in diesem Jahr ihr dreißigjähriges Jubiläum gefeiert hat: Im Januar 1957 ist die große Rentenreform in Deutschland in Kraft getreten.

Mittlerweile hat sich viel verändert. Wir müssen uns mit den neuen Gegebenheiten auseinandersetzen, und ich glaube, wir werden einen Konsens finden, um die lohnbezogene, gegenwartsbezogene, gerechte und individuelle Rente auch weiterhin fortführen zu können. Die SPD hat bei unserem Besuch in Bonn Zustimmung hierzu signalisiert.

Wir haben die Altershilfe in der Landwirtschaft geschaffen, wir haben das Bundesversorgungsgesetz eingeführt und noch viele weitere Maßnahmen durchgeführt, um für unser Volk eine gewisse Sicherheit zu gewährleisten.

Zum sozialen Netz, meine Damen und Herren! Jeder Bürger, der in Schwierigkeiten gerät, bei dem familiäre oder persönliche Probleme auftauchen, hat

bei uns die Möglichkeit, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Sie ist das letzte Netz in unserer Versorgung, durch das niemand fällt; das wollen wir einmal ganz offen sagen. Daher möchte ich einiges zur Sozialhilfe sagen.

Ich bin froh, Herr Staatsminister Dr. Hillermeier, daß Sie auch den Bereich der Sozialhilfe angesprochen haben. Das Land Bayern ist zwar nicht selbst Träger der Sozialhilfe, die Entwicklung der Sozialhilfe ist also nicht unmittelbar haushaltsrelevant; aber die Sozialhilfe ist unbestreitbar auch auf Landesebene ein wichtiges Feld sozialpolitischer Verantwortung.

Erstens. Die Sozialhilfepolitik der Staatsregierung genießt bundesweit höchstes Ansehen. Sämtliche Verbesserungen in der Sozialhilfe der Jahre 1982 bis 1986 sind auf bayerische Bundesratsinitiativen zurückzuführen. Die Behinderten, die Heimbewohner, die Empfänger laufender Hilfen zum Lebensunterhalt verdanken ihre Besserstellung diesen Gesetzesinitiativen aus Bayern. Dies haben auch der Bundesverband der Lebenshilfe und der VdK mehrfach zum Ausdruck gebracht und gelobt. Die CSU-Fraktion anerkennt diese Leistungen und ermutigt die Staatsregierung, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Zweitens. Die fundamentale Kritik der Opposition, sei sie rot oder grün, an der Sozialhilfe ist meines Erachtens unberechtigt. Immer wieder wird uns die Parole von der „neuen Armut“ aufgetischt; sie ist heute auch schon wieder mehrmals angesprochen worden. Auch durch Wiederholungen wird sie nicht richtig.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch wenigstens auf eines verständigen können: Wenn das Bundessozialhilfegesetz seine Aufgabe erfüllt, jedem die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen, dann ist derjenige, der Sozialhilfe erhält, nicht arm. Es kann darüber gestritten werden, ob die Verwaltung, die die Sozialhilfe zu vollziehen hat, immer nach dem Gesetz arbeitet oder ob es hier Probleme gibt.

In der gestrigen Ausgabe der „Abendzeitung“ stand einiges über München. Dazu möchte ich sagen: Der Herr Oberbürgermeister Georg Kronawitter sollte sich hier etwas bemühen; denn er ist der Hausherr im Münchner Rathaus.

(Abg. Karl Schön: Das glaube ich auch!)

Wenn es in der Zeitung heißt, rund 84000 Münchner lebten in „bitterer Armut“, möchte ich diese Zahl anzweifeln. Darum sollte sich der Oberbürgermeister schon etwas kümmern.

Wir sind – das sage ich auch als Kommunalpolitiker – der Auffassung, daß die Sozialhilfe im großen und ganzen ordentlich arbeitet und ihrem Auftrag gerecht wird. Aber in Teilbereichen, in denen Verbesserungen geboten sind, müssen wir einiges tun; das weiß ich.

Ich darf auch auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten vom 10. Dezember 1986 verweisen, in der er für die Verbesserung des Vermögensschutzes, die familienfreundliche Gestaltung der Heranziehung Unterhaltspflichtiger und die Höhe der Re-

(Grossmann [CSU])

Regelsätze – der Warenkorb wurde angesprochen – Wege aufgezeigt und empfohlen hat, was getan werden muß.

Aber insgesamt ist die Sozialhilfe eine akzeptable Sozialleistung, die Armut wirksam bekämpft. Jedenfalls sehe ich persönlich keine neue Armut. Seit dem Regierungswechsel in Bonn 1982 haben wir uns um eine Regelung dieser Dinge bemüht.

Das Gerede von der „neuen Armut“ ist aus zwei Gründen absurd: zum einen, weil es das Problem auf die wirtschaftliche Seite verengt, und zum anderen, weil die objektiv nachprüfbareren Verbesserungen für die Sozialhilfeempfänger ignoriert werden. Armut ist auch ein immaterielles, nicht nur ein materielles Problem. Im Kampf gegen die Armut, die nicht neu ist, geht es nicht ausschließlich um höhere Beträge, sondern überwiegend um persönliche Zuwendung und um Hilfe zur Selbsthilfe. Hier muß noch einiges getan werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt wesentlich verbessert. Mit dem Thema der Regelsätze, das in der Armuts-Diskussion landauf, landab zum Lieblingsthema geworden ist, können Sie längst nicht mehr hausieren gehen. Bayern hatte im Oktober 1982 einen Mindestregelsatz von rund 328 DM, heute liegt er bei 380 DM; er hat sich also um fast 15 Prozent erhöht. Das sagt natürlich nicht alles; das ist richtig.

Aber wir müssen auch sehen – Herr Kollege Böhm hat darauf hingewiesen –, daß die Lebenshaltungskosten mit einbezogen werden müssen. Erst der Vergleich der Entwicklung des Regelsatzes mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zeigt, ob unsere Sozialhilfeempfänger ärmer geworden sind. Die Lebenshaltungskosten der Rentner und Sozialhilfeempfänger sind in Bayern vom Oktober 1982 bis zum April 1987 um knapp 11 Prozent gestiegen, so daß die reale Besserstellung 5 Prozent beträgt. Damit haben wir nicht neue Armut produziert, wie Sie behaupten, sondern den Bedürftigen einen größeren Anteil am allgemeinen Wohlstand eingeräumt.

Drittens. In der Vergangenheit haben wir wirksame Hilfe für unsere bedürftigen Mitbürger bereitgestellt. Für die Zukunft zeichnen sich neue Herausforderungen ab – ich habe auf sie hingewiesen –, die wir bestehen müssen. In unseren Gesprächen mit ratsuchenden Bürgern und im Rahmen der Petitionen auf dem Gebiet der Sozialhilfe werden wir ständig mit vielfältigen Nöten konfrontiert.

In den Städten und Landkreisen sind die Anforderungen an das in der Sozialhilfe beschäftigte Personal immer mehr gestiegen. Die vielen jungen arbeitslosen Sozialhilfeempfänger verlangen eine intensive, auf Selbsthilfebefähigung gerichtete Sozialarbeit. Meine Damen und Herren, sprechen Sie mit den Leuten in der Sozialhilfeverwaltung! Sie werden Ihnen sagen können, welche Sorgen ihnen gerade die jungen Mitbürger machen.

Die Hilfe zur Arbeit ist äußerst arbeitsaufwendig. Gerade bei längerfristig Arbeitslosen sind auch Rückschläge und Enttäuschungen unvermeidlich. Ähnlich ist die Situation bei einem weiteren neuen Schwerpunkt der praktischen Sozialhilfe, bei der Hilfe für überschuldete Familien. Es ist ein ganz neues Problem, das hier auf uns zukommt.

Hier möchte ich eines sagen: Die Leistungen, welche die Mitarbeiter in den Sozialhilfeämtern bei der Schuldnerberatung, bei der Hilfe zur Arbeit und auch sonst bei der Sozialhilfe für Bedürftige tagtäglich erbringen, verdienen unsere Anerkennung. Dies sollte auch hier einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, daß die Träger der Sozialhilfe auch die neuen Herausforderungen bestehen. Ausgestattet mit ausreichenden Finanzmitteln und mit qualifiziertem Personal, werden die Träger der Sozialhilfe all denen bedarfsgerecht helfen, die sich nicht selbst helfen können und daher auf unsere Hilfe und Solidarität angewiesen sind.

Meine Damen und Herren! Ein Problem ist die Sorge um unsere Behinderten. Der Freistaat Bayern ist hier führend und hat in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Ich denke hier an die direkte Hilfe, die den Behinderten mit ihren Familien sowie den Eltern durch finanzielle Unterstützung zukommt. Des weiteren möchte ich feststellen, daß der Freistaat Bayern die Rehabilitationszentren und die Behindertenwerkstätten sehr, sehr stark fördert. Auch die Frühförderung genießt eine hohe Priorität.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal ganz offen danken – ich kann nicht alle ansprechen – besonders dem Caritas-Verband, der Inneren Mission und auch der Arbeiterwohlfahrt. Diese Organisationen geben sich sehr mit den Behinderten ab und leisten große Hilfe in unserem Staat.

Meine Damen und Herren! Die Behinderten waren früher die Außenseiter unserer Gesellschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zum Teil auch heute noch!)

Viele werden sich daran erinnern, wie es auf den Dörfern und in den Städten ausgesehen hat und wie die Behinderten früher von der Bevölkerung behandelt worden sind. Gott sei Dank ist dies vorbei; sie sind integriert und leisten ihren Beitrag für unser Volk.

Ich bin daher der Meinung, daß jede Mark, die für diesen Personenkreis ausgegeben wird, gut angelegt ist. Der Senat hat hier zugestimmt, und ich bedanke mich bei dem Herrn Staatsminister, daß für diesen Personenkreis weitere Hilfe zugesagt worden ist. Wir vom CSU-Arbeitskreis für Sozialpolitik haben den Doppelhaushalt auch mit mehreren Anträgen erweitern können.

Ganz kurz einige Zahlen! Schwerbehinderte: derzeit 824 308 Personen. Meine Damen und Herren, man muß sich einmal überlegen, wie viele Schwerbehin-

(Grossmann [CSU])

derte wir in unserem Staate haben! Aufwendungen des Freistaats im Jahre 1986: 1 025 000 000 DM.

Einige Zahlen zu den Maßnahmen und den Förderungseinrichtungen, die wir haben: 100 Frühförderstellen für die Betreuung von jährlich 6500 Behinderten, 600 schulvorbereitende und schulische Einrichtungen für 43 000 und 63 Berufsvorbereitungseinrichtungen für 2650 Behinderte, 7 Berufsbildungswerke für 2300 Behinderte, 6 Berufsförderungswerke für 2800 Behinderte, 97 anerkannte und sonstige Werkstätten für 13 900 Behinderte und 208 Wohn- und Pflegeheime für erwachsene Behinderte für circa 13 600 Personen. Eine ganz wichtige Sache ist es noch, Pflegeheime zu errichten für die älteren Behinderten, die die Woche über arbeiten, am Ort unterkommen und gepflegt werden sollen und am Wochenende nach Hause fahren können. Auch das ist eine wichtige Sache.

Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch unserer Bevölkerung recht herzlich Dank sagen für das große Verständnis, das sie unseren Behinderten entgegenbringt.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren, ist die Kriegsopferversorgung; Herr Kollege Weber hat dazu einige Anmerkungen gemacht. Derzeit gibt es noch 275 990 Kriegsopfer, die Rentenanspruch haben. Ich erinnere mich: Vor zwei Jahren, als ich hier sprechen durfte, waren es noch 310 000. Dieser Kreis wird immer kleiner. Es gehören die Angehörigen dazu, und dann haben wir noch rund 85 000 Beschädigte, die eine Heilbehandlung vom Staat bekommen.

Die Renten sind gesichert, die Versorgungsämter zahlen sie auch immer ordentlich aus, und es gibt hier keine Probleme. Aber eine Sache möchte ich ansprechen, und da möchte ich den Herrn Staatsminister bitten, daß er sich für sie einsetzt; es geht um die Grundrente. Sie wissen – wer es nicht weiß, dem möchte ich es sagen –, daß die Rente für einen Kriegsbeschädigten aus einer Grundrente, einer Ausgleichs- und Zusatzrenten besteht. Ich darf namens der CSU sagen, daß die Grundrente nicht angetastet werden darf. Diese Grundrente sollte unantastbar bleiben; denn sie ist der letzte kleine Beitrag, den der Kriegsbeschädigte noch bekommt für seinen Einsatz und den Verlust seiner Gesundheit im Zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Die Hauptfürsorgestellen und das Landesversorgungsamt machen ihre Arbeit für unsere Kriegsbeschädigten; es gibt hier keine Probleme. Ich denke an die Versorgung mit Kuren und orthopädischen Hilfsmitteln, an die Gewährung von Körper-Ersatzstücken und anderes, die ein Kriegsbeschädigter benötigt, um leben zu können.

Große Sorgen – Herr Weber ist ja noch da – macht die Arbeitslosigkeit unserer Schwerbehinderten. Herr Weber, Sie brauchen uns das nicht zu sagen; ich möchte Ihnen hier recht geben. Das macht

uns – ich unterstreiche das – große, große Sorgen. Wir haben derzeit 18 000 Schwerbehinderte, die noch arbeitslos sind. Es ist aber nicht leicht – ich sage das aus eigener Erfahrung –, sondern sehr, sehr schwer, einem Behinderten irgendeinen Arbeitsplatz zu vermitteln. Auch in der öffentlichen Verwaltung ist das sehr, sehr schwer; ich erlebe es immer wieder. Da heißt es oft: Ja, was sollen wir denn machen? Wenn man z. B. eine Stelle im Telefondienst des Landratsamts frei hat und sich viele bewerben, ja, wen setzt man dann dort hin? Es bewerben sich viele, viele Personen, aber man kann leider Gottes nur eine nehmen.

Auch bei der Polizei gibt es Probleme. Ich habe mir oft gedacht, ob man Behinderte nicht bei der Polizei einsetzen kann. Aber das läßt sich nicht machen. Ich habe die genauen Zahlen nicht da; ich habe sie nicht mitgenommen. Aber ich weiß über dieses Problem Bescheid.

Ich möchte auch an dieser Stelle die Staatsregierung bitten, alles zu unternehmen, daß wir noch mehr Schwerbehinderte und Schwerbeschädigte unterbringen. Möglichkeiten dafür gäbe es genug; ich könnte sie vorlesen. Es gibt einen ganzen Katalog von Maßnahmen. Das dritte bayerische Schwerbehinderten-Sonderprogramm wird vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1989 durchgeführt. Die Arbeitgeber sollen Lohnkostenzuschüsse bekommen, und die Bundesanstalt will mit einsteigen. Es gibt also einen ganzen Katalog, den ich aber nicht vorlesen möchte.

Ich glaube, jeder, der sich mit diesen Dingen beschäftigt, weiß, daß es wirklich nicht einfach ist, alle Schwerbeschädigten unterzubringen. Aber unseren guten Willen zeigen wir, und wir wollen das auch in der Zukunft weiterverfolgen. Man freut sich über jeden, den man unterbringen kann.

Ein abschließendes Wort, meine Damen und Herren; der Herr Staatsminister hat darauf nicht hingewiesen. Ich möchte das aber hier tun, auch wenn ich einige Prügel beziehe. Ich bin seit Jahren mit dem L a d e n s c h l u ß g e s e t z beschäftigt. Ich habe im Ausschuß und im Arbeitskreis schon mehrfach darauf hingewiesen, daß man hier Überlegungen anstellen sollte. Ich habe erfahren – ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister und bei seinem Staatssekretär –, daß derzeit eine Umfrage läuft, damit man einmal weiß, was die Bevölkerung will.

Ich bin der Meinung, wir sollten hier ein Umdenken herbeiführen. Mir geht es nicht darum, daß das Gesetz jetzt aufgehoben wird und die Öffnungszeit freigegeben wird wie in Amerika, wo man rund um die Uhr einkaufen kann; das brauchen wir in der Bundesrepublik nicht. Aber ich könnte mir vorstellen, daß man draußen an einem Werktag, vielleicht am Freitag, die Läden noch eine, zwei oder drei Stunden länger offen hält, damit auch die Berufstätigen, die heute ja unter schwerem Stress stehen, wenn sie abends nach Hause kommen, noch einkaufen können. Das möchte ich Ihnen als Wunsch ans Herz legen und Sie bitten, diese Frage weiter zu verfolgen.

Ich darf mich bedanken, daß Sie mir zugehört haben, und ich darf Ihnen versichern, daß wir von der CSU, vor allem die Sozialpolitiker, mit der Hilfe, der Unter-

(Grossmann [CSU])

stützung und der Führung unseres Freundes Hans Böhm auch weiterhin die Belange unserer Behinderten, Kriegsbeschädigten und aller Menschen, die in unserem Staat Not leiden, vertreten und alles tun werden, um wenigstens – ich glaube, da sind wir uns alle einig – eine halbwegs soziale Gerechtigkeit in unserem Staate weiter zu gestalten und zu verbessern; denn niemand soll aus dem sicheren sozialen Netz herausfallen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat Frau Kollegin Pausch-Gruber.

Frau **Pausch-Gruber** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte beginnen mit einem aufrichtigen Brav, brav! an die Adresse der Staatsregierung. Es ist wahr, daß in den letzten Jahren die Staatsregierung und auch die Fraktion der CSU ihre Frauert-Lektion durchaus gelernt haben. Man hat, wenn man jetzt über Frauen spricht, nicht schon beim dritten Wort die Familie im Auge, sondern man weiß, daß man den Frauen einen eigenen Part widmen muß. Die CSU hat also auf Druck der Frauen in der Öffentlichkeit, sicherlich auch ein bißchen auf Druck der Sozialdemokratischen Partei

(Beifall bei der SPD)

und aufgrund des Studiums der Wahlergebnisse und des Wahlverhaltens der Frauen, gelernt, wie man die Sache anfassen muß.

Trotzdem halte ich Ihnen entgegen: Die Devise, nach der Sie handeln, ist: „Tarnen und Täuschen“.

(Beifall bei der SPD)

Sie gebrauchen progressive Ausdrücke, wie sie in der Frauenbewegung üblich sind, und verbinden sie mit einer repressiven Politik. Dafür möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen, soweit es die Zeit heute erlaubt.

Nehmen wir die Gleichstellungsstellen! Als wir angefangen haben, darüber zu diskutieren – ein Antrag der SPD-Fraktion vor etlichen Jahren –, wollten wir eine Staatssekretärin in der Staatskanzlei mit Zugang zum Kabinett. Bekommen haben wir eine Leitstelle für Frauenfragen, eingebunden in das Sozialministerium, ohne das Recht einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit.

Trotzdem sage ich: So weit, so gut; denn ich weiß natürlich, daß sich die beiden Leiterinnen dieser Leitstelle wirklich sehr eingesetzt haben und auch hier und dort, zum Beispiel in der Frage der Telefonbücher, Erfolge gehabt haben. Diese Stelle ist auch personell einigermaßen ausgestattet.

Aber das ist nicht der eigentliche Punkt. Was passiert denn draußen im ganzen Land? Da machen Sie Oberinspektorinnen oder Amtsrätinnen zu Frauenbeauftragten und stellen sich wohl vor, daß sie zum Herrn Regierungspräsidenten gehen und sagen sollen: Herr Regierungspräsident, so geht es nicht! Diese Frauen

bleiben doch im Vorzimmer stecken! Genauso ist es bei den Landratsämtern. Dies ist Betrug: „Tarnen und Täuschen“.

(Zustimmung von der SPD)

Es gibt eine Frauenleitstelle, und es gibt eine Frauenbeauftragte; aber sie machen deshalb noch lange keine Frauenpolitik.

Sie von der CSU könnten sich jedoch orientieren; denn wir haben in Bayern glücklicherweise einige sozialdemokratisch regierte Großstädte, wo Frauenbeauftragte beschäftigt sind, die unseren Vorstellungen entsprechen.

Kurz etwas zu dem Geld, das Sie unter dem Titel „Programm für die Gleichstellung der Frauen in Bayern“ ausgewiesen haben! Man muß es hören, man muß es wirklich im Ohr nachhallen lassen: 300 000 DM für die Gleichstellung der Frauen in Bayern! Ich glaube, die billigste Kanone kostet viermal soviel.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Wie wird nun das Geld verwendet? 80 000 DM für Untersuchungen und Forschung. Wir haben ja nun wochenlang über AIDS diskutiert und wissen, was an Forschungsmitteln eingeplant werden muß, wenn man erfolgreich sein will. Frauen sind nicht billiger als eine Krankheit.

50 000 DM für Öffentlichkeitsarbeit – das sind eine einspaltige Anzeige von drei Zentimetern Höhe in den bayerischen Provinzzeitungen und ein paar Flugblätter. Sie können es sich ausrechnen; Sie wissen aus Ihrer Partei, wie teuer das Drucken von Flugblättern ist.

150 000 DM Zuschüsse an „Sonstige“; keiner weiß, wer die „Sonstigen“ sind. 20 000 DM für Veranstaltungen – sie seien ihnen gegönnt, damit kann man nicht allzuviel machen. Es ist also Wind, „Tarnen und Täuschen“.

Ich komme zum Stichwort Gewalt gegen Frauen. Sie haben in diesen Tagen Schlagzeilen gemacht, weil Sie erstmals bereit sind, die Notruf-Frauen, die seit Jahren ehrenamtlich arbeiten, mit Geld zu versehen. Aber mit wieviel Geld? Diese Antwort bleiben Sie den Frauen schuldig. Sie haben einen Leertitel – nicht einen Lerntitel, sondern einen leeren Titel – beschlossen, und wir sind sehr gespannt, was im Herbst in diesem Leertitel stehen wird.

Die Erhöhung der Mittel für Frauenhäuser haben Sie abgelehnt. Sie machen eine Frauenpolitik, die dazu führt – nicht nur hier in Bayern, sondern auch auf Bundesebene –, daß überall Selbstinitiativen von Frauen entstehen: Mütterzentren, das sind Frauen, die mit ihren kleinen Kindern allein gelassen sind, weil Sie es ablehnen, Krippen zu schaffen; „Mütter gegen Atomtod“, das sind Millionen von Frauen, die, von Ihrer Auskunftspolitik höchst unbefriedigt, sich selbst darum gekümmert haben, wie sie ihre Kinder schützen können, und jetzt höre ich, daß es sogar demnächst wieder „Mütter gegen Schulnot“ geben wird.

(Frau Pausch-Gruber [SPD])

Wenn Sie konkret Geld anweisen, verbinden Sie dies mit der berühmten „Politik des goldenen Zügels“, die wir von Ihnen auch aus anderen Zusammenhängen, zum Beispiel Finanzausgleich und Fachplanung, bestens kennen: Wenn jemand nicht das tut, was Ihren Vorstellungen entspricht, dann bekommt er einfach kein Geld.

Diese Politik qua Richtlinie, diese Politik, die Ihren staatsautoritären Prinzipien entspricht, hat sich in der Diskussion über die Frauenhaus-Richtlinie gezeigt. Sie zeigt sich auch – darüber werden wir in diesem Hause sicher noch ziemlich hart miteinander diskutieren – daran, daß Sie, Ihrer Vorreiterrolle getreu, ein Beratungsgesetz zu § 218 im Bund durchsetzen wollen, wobei Bayern natürlich wieder einmal führend, aber nicht modern gewesen ist, wo die Repression und das Unmündighalten der Frauen für das ganze Bundesgebiet und noch schlimmer als nach der Regelung in Bayern festgeschrieben werden soll. Diese Ihre Politik gipfelt in dem unsäglichen Maßnahmenkatalog gegen AIDS.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das letzte Stichwort: **Frauenarbeit**. Noch immer – da können Sie mit Zahlen herumspielen, wie Sie wollen; in der Geschwindigkeit kann man das alles immer gar nicht nachprüfen – ist Tatsache, daß zwei Drittel der jungen Menschen, die keine Ausbildung bekommen, und zwei Drittel der arbeitslosen jungen Menschen Mädchen sind. Ich zitiere aus den Tabellen, die Sie hier vorgelegt haben und die der Behauptung, daß sich die Arbeitslosigkeit der Frauen gebessert habe, einfach widersprechen.

Frauen stellen, wie Sie wissen, nur ein gutes Drittel der Beschäftigten; sie stellen aber mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen. Die Männerarbeitslosigkeit hat von 1983 bis 1986 um 16,2 Prozent abgenommen, die Frauenarbeitslosigkeit nur um 9 Prozent. Das sind Ihre Zahlen, nicht meine!

Sie haben gesagt, die Einkommenssituation der Frauen habe sich deutlich gebessert. Ich muß annehmen, daß Sie das nur vermuten; denn Ihre uns heute ebenfalls überreichte Tabelle über das Ansteigen der Sozialhilfe zeigt auf Seite 11 Ihres Tabellenwerks, daß die Sozialhilfe, wie wir alle aus dem praktischen Leben ohnehin wissen, enorm angestiegen ist. Wir wissen, daß heute fast keine allein erziehende Frau ohne Sozialhilfe leben kann und daß eine übergroße Zahl von Rentnerinnen ebenfalls auf Sozialhilfe angewiesen ist. Deshalb sage ich Ihnen: Auch dies ist eine Behauptung, die Sie mit Zahlen nicht begründen können.

Das ist schon Täuschung genug; aber es geht noch weiter. Sie sprechen von 10000 Arbeitsplätzen für Frauen. Sie sagen nicht, wie viele davon Teilzeitarbeitsplätze sind. Aber wir wissen aus anderen Statistiken und Untersuchungen, daß 92,6 Prozent aller Teilzeitarbeitsplätze von Frauen eingenommen werden. Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren enorm erhöht. Da muß man natürlich schon fragen, ob die Teilung der Arbeitsplätze, wie auch immer, schließlich

nicht nur eine Kaschierung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit ist; denn das Einkommen dieser Frauen daraus ist viel zu niedrig zur Sicherung der Existenz.

Sie unterstützen voll alle Flexibilisierungstendenzen der Industrie bis hin zur Sonntags- und Samstagsarbeit. Dies ist mit Sicherheit kein Beitrag zur Verbesserung der Situation der Frauen und auch nicht zur Verbesserung der Situation der Familien.

Alle diese Dinge, die ich Ihnen hier nur in Stichworten und ohne eingehende Begründung vortragen konnte und die im Rahmen der heutigen Aussprache nicht genügend diskutiert werden können, wird die SPD in einer eigenen Frauendebatte in den nächsten Wochen im Landtag eingehend behandeln. Ich glaube, wir haben allen Grund dazu.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm. Ich erteile ihr das Wort.

Frau **Stamm** (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Pausch-Gruber, auch wir von der CSU freuen uns auf die Frauendebatte, die Sie eben angekündigt haben.

(Abg. Langenberger: Wissen Sie, ob Sie überhaupt reden dürfen? Vielleicht will wieder nur Herr Tandler reden; das haben wir schon einmal gehabt!)

– Wir haben da in der Fraktion keine Probleme.

(Abg. Langenberger: Ich kann mich noch gut erinnern, wie es seinerzeit war; man muß nur lange genug da sein, Frau Kollegin!)

Frau Kollegin Pausch-Gruber, das erklärt vielleicht auch, warum Sie mit Ihrem Beitrag in der heutigen Debatte gewissermaßen im Vorfeld der angekündigten Debatte und aus Verärgerung gewisse Schwierigkeiten hatten; aber wir werden sicher noch zu den anstehenden Fragen ausreichend Stellung beziehen können.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin Stamm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Pausch-Gruber?

Frau **Stamm** (CSU): Aus Fairneß muß ich das jetzt tun.

Frau **Pausch-Gruber** (SPD): Frau Kollegin Stamm, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen wollen, daß ich keineswegs irgendwelche Schwierigkeiten oder Verärgerungen hatte, sondern daß wir im Rahmen dieser Gesamtausprache ein Zwischenstadium erreicht hatten, wo wir überlegt haben, ob es Sinn macht, wie von mir vorgeschlagen, heute über Frauen zu sprechen, oder nicht. Wir haben uns entschlossen: Wir sprechen darüber.

Frau **Stamm** (CSU): Ich nehme das gern zur Kenntnis, Frau Kollegin, um es nicht näher vertiefen zu müssen.

(Frau Stamm [CSU])

Frau Kollegin Pausch-Gruber, Sie haben einige Dinge angesprochen, auf die es sich schon einzugehen lohnt. Sie haben die Gleichstellungsstellen erwähnt, also nicht nur die Leitstelle für Frauenfragen, die beim Sozialministerium angesiedelt ist. Ich meine, es ist von Ihnen nicht fair, wenn Sie einfach behaupten, daß alles, was mit dieser Leitstelle oder auch dem förmlich ausgewiesenen Haushaltstitel zusammenhängt, im Grunde genommen Betrug sei. Ich darf Ihnen nur eines erwidern: Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:  
Das ist immer eine schöne Ausrede!)

– Ja, so ist es nun einmal. Es muß uns Frauen in der CSU-Fraktion erlaubt sein festzustellen, daß wir es als Erfolg bezeichnen, wenn wir erstmals für die Leitstelle für Frauenfragen im Freistaat Bayern die Möglichkeit eröffnet bekommen, daß die verantwortliche Frau über eigene Finanzmittel verfügt, um eigenständige Prioritäten und Schwerpunkte für die Zukunft setzen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Genau wie wir wissen Sie doch, daß wir damit einen Anfang gemacht haben. Das schließt nicht aus, daß wir in den kommenden Haushaltsjahren die Möglichkeit haben, den Titel aufzustocken. Dann können wir die Dinge gemeinsam weiterentwickeln.

Frau Kollegin Pausch-Gruber, lassen Sie mich heute an Sie ein ganz offenes Wort richten! Ich bin den Mitgliedern des Haushaltsausschusses – meine Kolleginnen schließen sich mir da voll an – sehr dankbar, daß es aufgrund der dort geführten Debatte über die Selbsthilfegruppen „Notruf für Frauen“, an die sich Frauen wenden können, die mit Gewalttätigkeit in unserer Gesellschaft Probleme haben, gelungen ist, auch die Kollegen meiner Fraktion davon zu überzeugen, daß es für die Zukunft wohl richtig sein wird und richtig sein muß, Mittel des Freistaates Bayern auch für solche Selbsthilfegruppen zur Verfügung zu stellen.

Dies zeigt doch, daß wir mit der langdauernden Diskussion, die wir in diesem Hause geführt haben, auf Themen aufmerksam machen können, denen wir uns in Zukunft nicht verschließen können. Insofern arbeiten wir an einer gemeinsamen Sache.

(Frau Abg. Bause: Weil Sie auf Druck der Opposition nicht mehr anders können!)

Frau Kollegin Pausch-Gruber, wenn Sie uns wieder unterstellen, wie Sie es in der Vergangenheit schon häufig getan haben, daß unsere Fraktion mit dem Problem der Frauen in unserer Gesellschaft gar nichts in dem Sinne zu tun haben will, wie sich Frauen heute verstehen, sondern daß wir die Frauen immer ganz bewußt in eine bestimmte Ecke drängen, und das damit begründen, daß wir es zum Beispiel nach wie vor ablehnen, daß in den Kommunen, Städten oder, wo auch immer, Kinderkrippen geschaffen werden, so muß ich Ihnen darauf erwidern: Wir lehnen das nicht ab; nur ist das nicht der Schwerpunkt unse-

rer Politik. Wir werden es uns auch in Zukunft erlauben, in der Frauenpolitik der CSU, die letztlich auch immer Politik für unsere Familien sein soll, klarzustellen, daß die Kinderkrippe für die Altersstufe von null bis drei Jahren nicht das Allheilmittel für unsere Gesellschaft sein kann.

(Beifall bei der CSU)

Zugegebenermaßen muß für Frauen oder auch Väter, die Alleinerzieher sind, die Möglichkeit geschaffen werden, daß während der Zeit, wo der Alleinerziehende erwerbstätig sein muß, eine geeignete Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Wir bringen aber ganz klar zum Ausdruck, daß Kinderkrippen hier für uns nicht im Vordergrund stehen. Vielmehr steht für uns die persönliche Betreuung des Kindes im Vordergrund. Wir sehen hier Möglichkeiten für Pflegefamilien, die wir Kinderkrippen vorziehen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch deshalb – nicht nur deshalb – setzen wir unsere Priorität beim Erziehungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Durch das Erziehungsgeld soll den Kindern der Altersstufe von null bis drei Jahren die Betreuung durch eine Bezugsperson ermöglicht werden.

(Abg. Loew: Wann kommt denn das bayerische Kindergeld?)

Wenn uns gestern bei der Aussprache zum Haushalt des Herrn Ministerpräsidenten vorgeworfen wurde, daß wir in Sachen Landeserziehungsgeld große Sprüche gemacht hätten, denen keine Taten folgten, und wenn Sie sogar behaupten, Frau Kollegin, wir würden Betrug betreiben, was unsere Frauenpolitik angeht, dann muß ich Ihnen erwidern: Wenn Sie in diesem Hause so sprechen, erwecken Sie damit in der Öffentlichkeit den Eindruck, als ob wir von der CSU die Unwahrheit sagen würden. Dagegen müssen wir uns ganz entschieden verwahren.

(Abg. Loew meldet sich für eine Zwischenfrage zu Wort)

– Herr Kollege Loew, es tut mir wirklich leid. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich jetzt keine Zwischenfrage zulassen will!

Sie wissen genau, daß es in den Koalitionsverhandlungen unsere Vertreter gewesen sind, an der Spitze der bayerische Ministerpräsident, der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Stoiber, und unser Fraktionsvorsitzender, Herr Tandler, die darauf gedrungen haben, daß das Erziehungsgeld ausgeweitet wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nicht nur das Erziehungsgeld wird in dieser Legislaturperiode von einem auf zwei Jahre ausgeweitet, sondern auch der Erziehungsurlaub. Wenn wir in der Familienpolitik ehrlich und realistisch bleiben wollen und wenn wir tatsächliche Wahlfreiheit schaffen wollen, kann es nicht bei der Ausweitung des Erziehungsgelds bleiben, sondern dann muß auch die Ausweitung des Erziehungsurlaubs folgen.

(Frau Abg. Scheel: Ohne Arbeitsplatzgarantie!)

(Frau Stamm [CSU])

– Verehrte Frau Scheel, „ohne Arbeitsplatzgarantie“! Beschäftigen Sie sich doch mit der derzeitigen gesetzlichen Situation! Es gibt eben eine Beschäftigungsgarantie für die Dauer des Erziehungsurlaubs. Sagen Sie doch nicht immer Dinge, die der Wirklichkeit überhaupt nicht entsprechen!

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Sie sollten bitte zur Kenntnis nehmen, daß die CSU-Fraktion am 6. Mai 1987 – das ist also noch gar nicht so lange her – einstimmig beschlossen hat, daß wir in den Haushaltsjahren 1987 und 1988 von einem eigenen Ansatz für ein Landeserziehungsgeld absehen, aber mit diesem Beschluß gleichzeitig die Absicht bekunden, die Entscheidung über die Einführung eines Landeserziehungsgelds an die Entscheidung des Bundes über die Verlängerung des Bundeserziehungsgeldes auf zwei Jahre zu knüpfen. Es ist die Absicht der CSU-Fraktion, ein Landeserziehungsgeld im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld mit dem Ziel zu gewähren, daß dann insgesamt Erziehungsgeld für drei Jahre gezahlt wird. Parallel dazu ist die Verlängerung des Erziehungsurlaubs mit dem Bund abzustimmen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, daß dieser Beschluß der CSU-Fraktion der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten voll Rechnung trägt und daß die angestrebte Regelung für 1989 der Verantwortung der Familie gegenüber voll gerecht wird.

(Beifall bei der CSU)

Sie können es in der Öffentlichkeit nicht so darstellen, als würde der Herr Ministerpräsident seine Glaubwürdigkeit verlieren, was das Erziehungsgeld anlangt, weil unser Beschluß in vollem Einklang mit diesem Punkt der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten steht.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Debatte hat auch ein Thema eine Rolle gespielt, das in diesem Hause bei sozialpolitischen Diskussionen immer wieder mit heißem Herzen diskutiert worden ist, wofür ich volles Verständnis habe, nämlich die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung für Frauen, die vor 1921 geboren sind. Da hat die Regierung in Bonn gehandelt; aber das wollen Sie jetzt auch nicht zur Kenntnis nehmen. Frau Scheel, wissen Sie überhaupt, daß ab 1. Oktober 1987 1,2 Millionen Frauen in den Genuß von Erziehungszeiten kommen?

Wahrscheinlich wissen Sie das gar nicht. Sie stellen es in der öffentlichen Diskussion immer so hin, als würde eine Regelung für alle Frauen erst im Jahr 1990 kommen.

(Zuruf der Frau Abg. Scheel)

– Natürlich! Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß ab 1. Oktober 1987 1,2 Millionen Frauen, und zwar all diejenigen, die vor 1906 geboren worden sind, von

dieser Regelung erfaßt werden. Sie können nicht immer nur so tun, als würden erst 1990 alle von der gesetzlichen Regelung erfaßt, wenn schon im Oktober dieses Jahres 1,2 Millionen Frauen Erziehungszeiten angerechnet werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gar nichts dagegen, daß Sie zu diesem Thema sprechen, weil das ja auch ein Thema ist, das ankommt, das emotional ist und mit dem man Stimmung machen kann; darauf sind Sie sowieso aus, das ist ja nichts Neues für uns. Sie sollten dann aber auch bitte die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen zur Kenntnis nehmen. Darum möchte ich Sie wirklich herzlich bitten.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kobler: Die CSU hat sich gegen das Nichtstun entschieden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Pausch-Gruber, Sie haben heute wirklich versucht, Ihre Vorstellungen in einem sehr moderaten Ton vorzutragen. Sie haben uns dabei einen Vorwurf gemacht, auf den ich doch noch eingehen möchte. Sie werfen uns vor, daß es die CSU in den Koalitionsverhandlungen erreicht hat, daß wir ein Beratungsgesetz für die Handhabung des § 218 in der Bundesrepublik Deutschland bekommen, das dann für alle Länder bindend ist.

Sie sagen: Bayern hier wieder einmal führend, aber nicht modern. Frau Kollegin Pausch-Gruber, ist es in Ihren Augen modern, daß wir es hinnehmen müssen, daß jährlich über 200 000 Kinder in der Bundesrepublik abgetrieben werden? Ist das modern, Frau Kollegin? Was hat das mit modern zu tun?

Sie aber stellen uns in eine Ecke und tun so, als wäre es selbstverständlich, diese hohe Zahl an Abtreibungen in unserem Lande zur Kenntnis zu nehmen, nur weil sich die Kinder nicht melden können, weil sie nicht aufschreien können, daß sie eigentlich geboren werden möchten, damit sich menschliches Leben entfalten kann.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Pausch-Gruber, wenn ausgerechnet Sie als Frau über diese Dinge so leichtfertig hinweggehen – ich sage es Ihnen an dieser Stelle noch einmal ganz bewußt –, befinden Sie sich längst auf einem Weg, der in der Öffentlichkeit gar nicht mehr ankommt. Die Grundsätze, Frau Kollegin, daß menschliches Leben geboren werden muß, daß menschliches Leben nicht abgetrieben werden darf, machen sich – Gott sei Dank! – in unserer Gesellschaft breit! Sie befinden sich hier noch in einem Stadium, von dem ich sagen muß: Sie gehören zu den ewig Gestrigen.

(Beifall bei der CSU)

weil Sie meinen – jetzt werde ich emotional –, Frauen heute noch eine Abtreibung zumuten zu können, wobei Sie übersehen, welche psychischen Störungen diese Frauen für die Dauer ihres Lebens hinnehmen, weil sie abgetrieben haben, weil sie als Mutter menschliches Leben vernichtet haben und über diese Problematik nicht hinwegkommen.

(Frau Stamm [CSU])

Frau Kollegin Pausch-Gruber, wir Frauen müssen zur Kenntnis nehmen, daß Frauen heute trotz aller Gleichberechtigungsdiskussion, die wir bejahen, Frauen und Hüterinnen des Lebens sein wollen und Kinder zur Welt bringen wollen. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der CSU)

Wir verwehren uns dagegen, daß Sie im Zusammenhang mit dem Beratungsgesetz, das wir in den Koalitionsverhandlungen in Bonn erreicht haben, mit – Entschuldigung! Ich darf es nicht sagen; sonst bekomme ich eine Rüge des amtierenden Präsidenten – einem Lächeln hier am Rednerpult sagen: Bayern wieder führend, aber nicht modern! Frau Kollegin, heute haben Sie in diesem Hause wieder einmal Ihre wahre Einstellung zu all diesen Fragen gezeigt.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Frau Scheel, eigentlich wäre es besser, auf Ihren Beitrag

(Zuruf von der CSU: G'scheiter nicht! –  
Ironischer Gegenruf des Abg. Kamm: Gar  
nicht erst eingehen!)

nicht einzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Aber diese Freude möchte ich Ihnen nicht machen. Ich möchte dabei nicht direkt auf Ihren Beitrag eingehen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Kreuzigen!)

aber doch sagen, daß ich mich über Ihre Einstellung, die Sie hier vortragen, nicht zu wundern brauche.

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Wir sind ein Überwachungsstaat“ – was soll denn das? Weil wir aber ein „Überwachungsstaat“ sind

(Zuruf des Abg. Breittrainer)

und sich Bayern immer mehr zu einem „Überwachungsstaat“ entwickelt, wird die Politik, die von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion in Bayern gemacht wird,

(Abg. Breittrainer: Die GRÜNEN müßten ja  
davonlaufen, wenn sie ihre eigene Aussage  
ernst nähmen!)

von Ihnen als „menschenverachtend“ bezeichnet.

(Abg. Kamm: Das stimmt doch!)

Frau Scheel, mit wie vielen Menschen kommen Sie eigentlich zusammen?

(Beifall bei der CSU)

Mit wem diskutieren Sie eigentlich?

(Frau Abg. Scheel: Mit anderen als Sie!)

Sie können davon ausgehen, daß wir die Begriffe, die Sie in die politische Diskussion einbringen, auch hinaustragen. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern

fühlen sich als freie Bürger in einem demokratischen Staat.

(Beifall bei der CSU)

und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande empfinden das Gott sei Dank so. Die CSU und die von ihr getragene Staatsregierung werden auch dafür sorgen, daß man in unserem Lande nach wie vor in Freiheit und Demokratie leben kann.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Scheel:  
Schauen Sie einmal in Wackersdorf nach!)

Es wundert einen ja nicht. Sie haben eine Bundestagsabgeordnete, die Frau Schilling. Was hat sie vor der Presse gesagt?

Politisch entscheidend wird sein, die Theorie in die Praxis umzusetzen, und zwar so, daß immer mehr Menschen in ihrem Alltag nicht mehr mitmachen, sich verweigern, dem Staat den Gehorsam aufkündigen, das Monopol der Entscheidung des Staates in Frage stellen.

Frau Scheel, das versuchen Sie eben auch in Bayern zu tun.

(Zurufe von den GRÜNEN, u. a. der Frau  
Abg. Scheel)

Wenn die Vertreter der GRÜNEN im Bayerischen Landtag den Eindruck erwecken wollen, als seien sie die Wächter über Freiheit und Demokratie, kann ich nur sagen: Was stellen Sie sich eigentlich vor?

(Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von  
der CSU)

Hamburg hat es ja schon gezeigt, und wir in Bayern werden ebenfalls dafür sorgen, daß die Vorstellungen, die Sie zu grundgesetzlich verankerten Dingen haben, was Sie in Bundestagswahlprogrammen oder Länderwahlprogrammen zugrunde gelegt haben – –

(Abg. Kamm: Was meinen Sie denn da?)

– Sie wollen es wissen? Vielen Dank! Ich rede zunächst einmal über das, was zum heute beratenen Haushalt paßt. Da heißt es zum Beispiel im Bundestagswahlprogramm 1987:

(Abg. Kamm: Wir sind im Bayerischen  
Landtag!)

Die GRÜNEN fordern die ersatzlose Streichung des § 218 und damit die Legalisierung der Abtreibung. Wir kämpfen für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und fordern daher die Streichung des § 218.

Damit kann nur die Legalisierung der Abtreibung bis zur Geburt gemeint sein. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, ist die Befürwortung der Gewalt gegenüber den wehrlosesten Mitgliedern unserer Gesellschaft mit einer solchen Brutalität,

(Beifall bei der CSU)

daß Sie sich als Vertreter der GRÜNEN außerhalb

(Frau Stamm [CSU])

einer zivilisierten und humanen Gesellschaft stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Kamm)

– Herr Kamm, ich gestehe Ihnen zu: Vielleicht haben Sie sich mit bestimmten Wahlprogrammen gar nicht so intensiv beschäftigt. Aber Sie als Vertreter der GRÜNEN müssen sich doch mit dem, was bei Ihnen schriftlich oder auch mündlich zugrunde gelegt wird, identifizieren lassen, es sei denn, Sie haben den Mut, Herr Kamm, hierherzugehen und zu sagen: Nein, damit bin ich nicht einverstanden.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Pausch-Gruber?

Frau **Stamm** (CSU): Entschuldigung!

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das ist nicht der Fall. Bitte!

Frau **Stamm** (CSU): Bis jetzt haben Sie das noch nicht getan.

Was ist z. B. im Kurzprogramm zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu lesen gewesen? Da heißt es:

Zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Frauen gehören unter anderem Schaffung von Schwangerschaftskonfliktzentren sowie Einrichtungen zum ambulanten Abbruch, ausschließliche Anwendung der schonenden Absaugmethode, solange dies medizinisch vertretbar ist.

Dann geht es weiter:

Traditionelle Moralvorstellungen sollen verschwinden. Die Gesetze zum Schutz Minderjähriger (§§ 175, 182 StGB) sollen gestrichen werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo steht das?)

– Im Kurzprogramm zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen! Vielleicht haben Sie sich damit noch nicht beschäftigt. Es geht dann noch weiter:

Hierzu gehört insbesondere die Abschaffung des Schutzes minderjähriger Jungen vor homosexuellen Handlungen. Die Strafdrohung belastet zudem das konfliktfreie sexuelle Erleben derjenigen Jugendlichen, die sich ihrer homosexuellen Orientierung bereits gewiß sind. Die Strafdrohung, der sich ein zufällig über 18 Jahre alter Partner ausgesetzt sieht, vermittelt eine negative Bewertung der gesamten Beziehung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN!

(Zuruf des Abg. Kamm: Weiter!)

Wenn Sie im Zusammenhang mit solchen unglaublichen Feststellungen ernsthaft den Eindruck erwecken wollen, daß Sie gegen Gewalt in unserer Gesellschaft sind oder daß Sie für Freiheit und Ordnung in

diesem Staate sorgen, muß ich sagen, dann sind Sie

(Frau Abg. Scheel: Ja, was denn?)

– Nein, ich überlege mir sehr gut, was ich sage.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN!

(Abg. Kamm: Sagen Sie es mir persönlich!)

Sie sind unglaublich. Den Eindruck, den Sie den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land vermitteln, dürften Sie im Grunde genommen nicht vermitteln, weil das, was Sie reden, mit Ihren Taten nicht übereinstimmt.

(Beifall bei der CSU)

Das sieht man auch, wenn man sich zum Beispiel Ihre Änderungsanträge zum Sozialhaushalt anschaut. Danach dürften konfessionell gebundene Schwangerschaftsberatungsstellen nicht mehr besonders gefördert werden.

(Abg. Kamm: Das stimmt nicht!)

– Natürlich!

(Abg. Kamm: Die anderen sollen stärker gefördert werden!)

– Sie haben den Änderungsantrag gestellt,

(Abg. Kamm: Vorlesen!)

daß Schwangerschaftsberatungsstellen, die konfessionell getragen sind, keine zusätzlichen Gelder

(Abg. Kamm und Frau Abg. Scheef: Zusätzlichen!)

bekommen dürfen, daß also praktisch nur die anderen unterstützt werden.

(Frau Abg. Scheel: Das müssen Sie schon korrekt zitieren!)

Oder wenn ich zum Beispiel Ihren Antrag hernehme: „Erhöhung der Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege“. Hier heißt es: „Die Mittelerhöhungen sollen den nicht-kirchlichen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt werden.“

(Abg. Kamm: Ausgleichende Gerechtigkeit!  
– Zuruf des Abg. Dr. Kestel)

Abschließend! Über das, was Sie, Frau Kollegin Pausch-Gruber, zu den beruflichen Möglichkeiten von Frauen in unserer Gesellschaft gesagt haben, können wir uns in Zukunft noch ausführlich unterhalten; da haben wir mit Sicherheit auch gemeinsame Ansätze, die wir in Zukunft weiterentwickeln müssen.

(Abg. Dr. Kestel: Bravo! – Gegenruf der Frau Abg. Würdinger: Aber doch nicht mit Ihnen!)

An dieser Stelle darf ich die Bitte äußern, daß Sie sich, wenn wir diese Debatte führen, vielleicht auch einmal aufgrund von Tatsachen Gedanken darüber

(Frau Stamm [CSU])

machen, daß Teilzeitarbeitsplätze – ich betone: sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze –

(Abg. Dr. Kestel: Sehr gut!)

für Frauen die Chance bedeuten, Familie und Beruf miteinander in Einklang bringen zu können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abg. Pausch-Gruber)

Wir haben derzeit in der Arbeitslosenstatistik über 240000 Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen; Frau Kollegin, vielleicht sollten wir uns darüber nicht so ohne weiteres hinwegsetzen. Wenn wir Politik für Frauen gestalten wollen, dann müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, daß Frauen heute sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze brauchen, damit Familie und Beruf miteinander in Einklang gebracht werden können.

(Zurufe des Abg. Dr. Kestel und der Frau Abg. Scheel)

Frau Scheel, eines möchte ich Ihnen noch ganz deutlich sagen. Mich hat heute schon erschüttert, daß Sie gesagt haben: Es gibt so viele Mädchen, die Hauswirtschaft lernen.

(Abg. Frau Würdinger: Gott sei Dank!)

Ich muß Sie fragen: Was haben Sie denn eigentlich dagegen? Die Zahlen des Kultusministeriums über die Entwicklung unserer Gymnasiastinnen, unserer Abiturientinnen und unserer Studentinnen sprechen für sich. Sie haben es doch so mit Zahlenmaterial; lesen Sie doch die Zahlen einmal nach!

Was haben Sie denn eigentlich dagegen, wenn sich Mädchen als Überbrückung oder auch als Beruf, wie auch immer, der Hauswirtschaft widmen? Was können Sie eigentlich dagegen haben?

(Zuruf der Frau Abg. Pausch-Gruber)

Sie sagen, daß die Frauen eine Ehe-Karriere machen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in dieser Gesellschaft muß den Frauen noch zugestanden werden, sich in freier Entscheidung ausschließlich für die Ehe und die Familie zu entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden es nicht hinnehmen, daß in unserer modernen Gesellschaft Ehe und Familie, Hausfrau und Mutter in ein Licht gerückt werden, das diese Frauen nicht verdient haben. Sie haben vielmehr unseren Dank verdient. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Nächster Redner ist Herr Kamm. Ich erteile ihm das Wort.

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Stamm, ich möchte Ihnen wenigstens noch ein paar Antworten geben. Ich glaube

nicht, daß wir heute beim Sozialetat die Thematik „Abtreibung“ insgesamt noch einmal diskutieren können. Aber Sie haben einiges gesagt, was einfach nicht stehenbleiben darf.

Es war auch nicht ganz zufällig, daß Sie sich um die Programme der anderen Landesgruppen der GRÜNEN gekümmert haben und daß Sie nicht auf Bayern eingegangen sind.

(Frau Abg. Würdinger: Grün ist Grün!)

– Grün ist Grün, sagt die Operette. Danke!

Frau Stamm, Sie sagen: Die GRÜNEN fordern die Legalisierung der Abtreibung.

(Zuruf des Abg. Loscher-Frühwald)

– Moment! Wenn Sie lesen können, stellen Sie fest: Das ist schlicht und ergreifend falsch. Was die GRÜNEN in unterschiedlichen Variationen fordern, ist – darüber wird auch GRÜN-intern heftigst gestritten; jetzt hören Sie mir bitte zu! –, daß das Problem der ungewollten Schwangerschaften nicht mit dem Strafgesetzbuch gelöst wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einige GRÜNE, die sagen: ersatzlose Streichung des § 218. Es gibt andere GRÜNE, die sagen: Fristenlösung. Bei uns wird darüber intern heftigst gestritten; das wissen Sie.

(Zurufe von der CSU)

Über diesen Streit bin ich auch sehr froh, weil es hier um eine fundamentale Lebensfrage geht, über die wirklich gestritten werden muß. Aber zu sagen, wir wollten die Legalisierung der Abtreibung, ist etwas Unwahres! Ich glaube, „Unwahres“ darf ich sagen.

(Frau Abg. Stamm: Nein, das ist nicht unwahr!)

Frau Stamm, wenn Sie – wie gestern Ihr Kollege Tandler und der Herr Ministerpräsident, der große Führer – weiterhin sagen: Wenn die Menschen draußen im Lande wüßten, was wir wollten, würden sie uns nicht wählen, und wir hätten überhaupt kein Recht, hier zu sitzen, und dergleichen mehr, dann sind das Worte, die ganz, ganz übel sind.

(Frau Abg. Würdinger: Zu welchen GRÜNEN gehören Sie denn?)

Ich gehe mit Ihnen zu jeder Podiumsdiskussion und streite mit Ihnen über die Themen, über die zu streiten ist. Ich nenne meine Programmpunkte, ich erkläre meine Einstellungen, und ich trage meine Kritik an den GRÜNEN und auch meine Kritik an der Regierungspolitik hier in Bayern vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie so für das Leben sind, aber auf der anderen Seite bei einem Thema wie „Tempo 100“ oder „Tempo 30 in Wohnsiedlungen“ – ich habe selbst zwei kleine Kinder und weiß, was es bedeutet, wenn die Leute mit ihren Autos schnell durch unsere Siedlung brausen – sagen: nein, nein, freie Fahrt usw. und

(Kamm [DIE GRÜNEN])

billigend in Kauf nehmen, daß täglich in Deutschland drei Kinder totgefahren werden, und nicht bereit sind, durch Gesetzesänderung Tempo 30 in Wohngebieten vorzuschreiben, dann ist es doppelzünftig, wenn Sie uns vorwerfen, wir wären gegen das Leben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Frau Stamm, bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß wir GRÜNEN eine sehr junge Partei sind und daß es etwas völlig Natürliches ist, daß eine junge Partei recht lange diskutiert – darauf sind wir stolz; manchmal leide ich allerdings auch darunter –, bis sie in bestimmten Punkten eine ganz enge einheitliche Linie hat.

(Frau Abg. Würdinger meldet sich zu einer Zwischenfrage zu Wort)

Wahrscheinlich werden wir in anderen Punkten ähnlich lange brauchen.

– Bitte schön, die Zwischenfrage!

(Heiterkeit)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Meine Damen und Herren, ich habe zwei Wortmeldungen.

(Abg. Dandorfer: Er erteilt Frau Würdinger das Wort!)

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Marxreiter, bitte schön! Augsburger immer!

**Marxreiter (CSU):** Ist Ihnen bekannt, daß nach der Änderung der StVO die Beschränkung auf 30 km/h in Wohngebieten durchaus möglich und eine Angelegenheit der Gemeinden ist? Herr Kamm, Sie erzählen hier einen Krampf, daß es überhaupt nicht höher geht!

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Ich gebe Ihnen hierauf eine kurze Antwort: Das ist mir bekannt. Herr Marxreiter, ich weiß aber, wie schwer es beispielsweise bei uns in Augsburg ist, wo auch Mitglieder Ihrer Partei tätig sind, Tempo 30 in Hochzoll wieder abzuschaffen. Das ist mir auch bekannt.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin Würdinger, bitte!

Frau Würdinger (CSU): Herr Schramm – –

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Kamm wie Bürste!

(Abg. Gabsteiger: Den haben Sie aber heute vergessen!)

Frau Würdinger (CSU): Herr Kamm, welchen Ratschlag würden Sie einem möglichen Wähler geben? Wie kann er feststellen, zu welcher Gruppierung der GRÜNEN Sie gehören, wenn es einen einzigen Stimmzettel gibt, während andere Parteien ein ein-

heitliches Grundsatzprogramm herausgeben? Nach Ihren Ausführungen, die Sie vorher gemacht haben – –

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Frau Kollegin, kommen Sie bitte zur Frage!

Frau Würdinger (CSU): Ich habe doch eine Frage gestellt: Wie kann ich als Wähler feststellen, zu welcher Gruppierung der GRÜNEN er gehört, wenn er auf dem Stimmzettel steht?

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Frau Kollegin Würdinger, ich kann nicht ganz erfassen, worauf Ihre Frage abzielt. Was ich allerdings ganz klar zugebe, ist, daß es in unserer Partei sehr viele unterschiedliche Ansichten gibt. Ich hoffe doch, daß auch Sie sich in Ihrer Partei von den Ansichten von Otto von Habsburg unterscheiden. Sie haben doch hoffentlich auch eine große Spannweite!

Ich gehe mit Ihnen – so wie mit Frau Stamm – zu jeder Podiumsdiskussion, wo das ganze Programm und die Aussagen der GRÜNEN zur Diskussion stehen sollen. Das tue ich sehr gern.

Lassen Sie mich bitte fortfahren! Wenn es hier um das Leben geht, möchte ich klipp und klar einen Appell an die Mehrheitsfraktion in diesem Hause richten. Wir haben gestern bei dem Ministerpräsidenten-Etat einige wenige Worte über Waffenexporte verloren. In meinen Augen bleibt es verbrecherisch und sündig, wenn ich es mit dem Arbeitsplatz-Argument zulasse, daß in Deutschland Waffen produziert werden, die in anderer Herren Länder Kinder und Erwachsene vernichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muß sehr klar gesagt werden. Wir müssen auch klipp und klar dagegen sein.

Wenn Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung im Aufsichtsrat der Firma MBB sind, sollten sie in dieser Woche einmal traurig darüber nachdenken, in welcher Zusammenarbeit die Exocet-Rakete, die über 30 amerikanische Soldaten das Leben gekostet hat, entwickelt wurde und produziert wird.

Abschließend noch eines! Sie haben recht mit mancherlei Kritik an uns GRÜNEN; da gibt es manches zu kritisieren und zu diskutieren. Aber bitte werfen Sie uns nicht Dinge vor, die nicht stimmen! Das mit der Legalisierung der Abtreibung war eine üble Entgleisung.

Bitte, steigen Sie mit uns in offene Diskussionen ein! Bisher habe ich leider draußen im Land nur erlebt, daß dann, wenn der Bund der deutschen katholischen Jugend – Herr Kobler ist gerade nicht da –

(Zurufe von der CSU: Doch!)

– jawohl, da ist ja der alte Herr Vorsitzende –

(Heiterkeit bei der CSU)

die Vertreter der Parteien zur Podiumsdiskussion eingeladen hat, fast niemand von der CSU gekommen ist

(Kamm [DIE GRÜNEN])

und sich dort gestellt hat. Stellen Sie sich der Diskussion! Ich mache gerne mit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich doch einmal wieder in das Gedächtnis zurückrufen, daß Wertungen und Kommentierungen bei Zwischenfragen nicht zulässig sind. Ich bitte, sich künftig daran zu halten.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hollwich. Ich erteile ihm das Wort.

**Hollwich (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Kobler! Die 16 Jahre sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik sind die fruchtbarsten Jahre in der deutschen Sozialgeschichte gewesen. Noch zu keiner Zeit ist die soziale Sicherheit der Bürger in unserem Land so ausgebaut worden wie in diesen 16 Jahren, Herr Kobler. Das wird allgemein anerkannt. Reaktionskräften in Ihrer Partei und in der FDP ist das zu viel gewesen.

(Abg. Leeb: Denken Sie an die Auswirkungen auf die Staatskasse!)

Nur Sie haben das nicht zur Kenntnis genommen. Ich empfehle Ihnen, sich gelegentlich einmal einem Fortbildungslehrgang in Sozialgeschichte zu unterziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! 2 1/2 Millionen Arbeitslose im Winter, über 2 Millionen in den Sommermonaten, 2,23 Millionen im Durchschnitt des letzten Jahres, und das sind immerhin, Herr Kollege Kobler, eine halbe Million mehr als im September 1982, dem letzten Monat der Regierung Schmidt. Dazu eine stille Reserve, die auf 1 Million geschätzt wird. Das sind die nicht wegzudiskutierenden Zahlen, mit denen wir uns in der Bundesrepublik seit der „Wende“ bei der Beschäftigungspolitik herumschlagen müssen.

Da nützt auch alle Zahlenakrobatik des Herrn Ministers nichts, und es ist auch untauglich, Herr Minister, sich mit Ländern zu befassen, die infolge Wertenkrise und Stahlmisere höhere Arbeitslosenzahlen aufweisen als Bayern. Bevor Sie über die 11 Prozent Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen lamentieren, sollten Sie sich Gedanken machen über die 13 Prozent von Passau, über die 12 1/2 Prozent von Schwandorf und von Deggendorf und überlegen, wie der Mißstand in Bayern beseitigt werden kann.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kobler? – Bitte!

**Kobler (CSU):** Herr Kollege Hollwich, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß in den letzten Jahren durchschnittlich 120000 bis 140000 junge Leute mehr in

das Berufsleben eingetreten sind und damit den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet haben und daß es auch früher mindestens eine halbe Million stille Reserve gab?

**Hollwich (SPD):** Ich komme auf die Details der Arbeitsmarktpolitik noch zurück.

Meine Damen und Herren, Herr Minister! Seit November gehen die Arbeitslosenzahlen saisonbereinigt wieder nach oben. Im nordbayerischen Bericht wird zum Beispiel festgestellt, daß der übliche saisonale Rückgang im April nur 5400 gegenüber 20000 im Vorjahr betragen hat. Dies ist ein Alarmzeichen. Im Nahbereich Schweinfurt hat zum Beispiel die Arbeitslosigkeit im April dieses Jahres wieder um 3 Prozent höher gelegen als im April des vorigen Jahres. Darüber sollten Sie sich Gedanken machen.

Wenn nun bei den offiziellen Zahlen des Jahres 1986 erstmals ein müder Rückgang um rund 70000 Arbeitslose registriert wurde, dann ist diese Zahl das Ergebnis einer statistischen Manipulation.

(Zustimmung von der SPD)

Um vor den Wahlen eine freundlichere Zahl zu erreichen, hat man im Vorjahr alle über 58jährigen Beschäftigungslosen aus der Statistik getilgt. Sie brauchen nicht mehr zu stempeln, sie bekommen ihr Geld ins Haus geschickt; aber sie zählen nicht mehr als Arbeitslose. Die Zahl der ABM-Beschäftigten ist im vorigen Jahr, im Vorwahljahr, von 80000 auf 100000 gesteigert worden. Auch die Zahl derer, die sich in Fortbildung und Umschulung befinden, ist stark erhöht worden. Sie alle zählen nicht mehr als arbeitslos. Ohne diese Kunstgriffe hätte man 1986 eine höhere Zahl melden müssen, als es 1985 der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Hätten nicht die Gewerkschaften gegen den erbitterten Widerstand konservativer Politiker die Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, würde es auf dem Arbeitsmarkt noch viel trüber aussehen. Ich freue mich, Herr Minister, daß Sie heute erstmals die arbeitsmarktentlastende Wirkung der Arbeitszeitverkürzung zugestanden haben, wenn auch nur sehr zaghaft.

Wenn man die Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur, besonders im Exportbereich, in den letzten Jahren nicht zurückdrängen konnte, hat das eine maßgebliche Ursache. Die derzeit Regierenden kennen nämlich nur ein Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es lautet, daß dies allein die Wachstumskräfte des Marktes und ein investitionsfreudiges Klima schaffen müßten.

Ein investitionsfreudiges Klima bedeutet aber nichts anderes als hohe Unternehmergewinne, möglichst niedrige Lohnbelastungen, Steuervergünstigungen für Unternehmer und Abbau von Arbeitnehmerrechten. Das haben wir doch seit vier Jahren, und trotzdem haben wir Rekordarbeitslosenzahlen zu registrieren. Das Wachstum bewegte sich bei 2 bis 3 Prozent und wird nun wieder sinken. Die zuständigen Institute sprechen von 1 1/2 Prozent, manche gar nur

(Hollwich [SPD])

von einem Prozent in diesem Jahr. Auch davon ist kein wirkungsvoller Wandel ausgegangen oder zu erwarten.

Fast niemand glaubt mehr den Wachstumsfanatikern in der Union und in der FDP, die meinen, daß die Arbeitslosigkeit über diesen Weg beseitigt werden kann. Ein hoher kirchlicher Würdenträger, Herr Bischof Müller, hat jüngst seine Zweifel angemeldet und ein Handeln in Richtung beschäftigungsfördernder Maßnahmen dringend gefordert.

Wir Sozialdemokraten fordern eine beschäftigungswirksame Politik. Aufgaben, mit denen Arbeitsplätze in großer Zahl mobilisiert werden können, gibt es genug, speziell im Bereich der Umwelterhaltung. Zur Umsteuerung hin zu einer beschäftigungswirksamen Politik fehlt der CSU jedoch offensichtlich jede Handlungsfähigkeit. Sie ist zu sehr in einer ideologischen Verklemmung gefangen

(Abg. Dumann: Wir?)

– ja! –, die besagt: Alles muß der Markt machen; der Staat darf nichts machen.

Auch heute hat der Staatsminister – er hat es nicht mündlich gemacht; aber es steht in seiner Rede – wieder über Beschäftigungsprogramme und Beschäftigungsförderung polemisiert. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß zum Beispiel das Zukunftsinvestitionsprogramm von 1977 von 1978 bis 1982 zu einem Zwischenhoch geführt und auch der Bauwirtschaft einige gute Jahre gebracht hat. Auch das von der „Wende“-Regierung selbst aufgelegte 1-Milliarden-Programm in der Städtebauförderung ist doch eine wertvolle konjunkturelle Hilfe gewesen, und Sie sollten alle Kraft daran setzen, daß es fortgeführt wird, und nicht gegen Programme allgemein polemisieren.

Die Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, ist im vergangenen Jahr mit 57 Milliarden DM finanziert worden. Wäre es nicht vernünftiger, mit einem Teil dieses Geldes wertvolle Maßnahmen für die Schaffung von Infrastruktur durchzuführen, Leute zu beschäftigen, statt ihnen Stempelgeld und Sozialhilfe zu zahlen?

(Beifall bei der SPD)

Sie schauen tatenlos zu, wie den traditionellen alten Industriestandorten mit stark produktivitätsorientierter Arbeitnehmerschaft die Probleme über den Kopf wachsen. Zweimal haben Sie nun schon Hilfen verworfen, die von uns gezielt für diese Orte gefordert worden sind.

Es gibt weitere von uns geforderte, aber von Ihnen abgelehnte beschäftigungsfördernde Aktivitäten. So hatten wir Schritte zum Abbau des Überstunden-Unwesens für dringend nötig gehalten. Der Herr Minister hat ja heute die Unternehmer gebeten, die Überstunden doch liebenswürdigerweise sein zu lassen. Es ist ein Skandal, wenn jährlich in der Bundesrepublik 1½ Milliarden Überstunden gearbeitet werden. Würde man nur die Hälfte davon beseitigen,

wäre dies ein wertvoller Schritt zu mehr Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat unseren Antrag, die Überstunden gesetzlich einzuschränken, allerdings abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dreh- und Angelpunkt bei der Beseitigung des Krebsübels „Arbeitslosigkeit“ ist jedoch die Arbeitszeitverkürzung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat errechnet, daß die Arbeitszeitverkürzung der Jahre 1985 und 1986 150 000 Arbeitnehmern Beschäftigung gebracht hat. Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Es ist doch nicht einsehbar, daß dann, wenn Maschineneinsatz, Roboter und Mikroelektronik 10 Prozent des Arbeitsvolumens wegnehmen, 10 Prozent der Arbeitnehmer bei Zahlung der Unterhaltskosten durch die Allgemeinheit auf die Null-Stunden-Woche gesetzt werden. Sinnvoller wäre es, wenn alle Arbeitnehmer 10 Prozent weniger arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einen zusätzlichen Weg aufzeigen, nämlich die Bekämpfung des Handels mit menschlicher Arbeitskraft! Alle bisherigen Bemühungen zur Bekämpfung der Auswüchse bei der Leiharbeit sind nur ein Kurieren an Symptomen gewesen. Die Leiharbeit ist verzichtbar und gehört beseitigt. Wir nehmen jammernd hin, daß Geschäftemacher Abermilliarden von Steuern und Sozialbeiträgen hinterziehen, nur weil manche glauben, daß man dies dem neuen Götzen „Flexibilität“ schuldig sei. Es ist ein Übel, daß der Bund die Vermietungsfristen für Leiharbeiter noch verlängert hat; dies muß wieder geändert werden.

Es gibt also eine ganze Reihe von Maßnahmen, die im Bereich der Beschäftigungspolitik ergriffen werden können. Lassen Sie uns an diese Maßnahmen herangehen! Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Nächster Redner ist der Kollege Engelhard. Ich erteile ihm das Wort.

**Engelhard Rudolf (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hollwich, es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß es bergab wesentlich rascher geht als bergauf. Betrachten Sie die Arbeitslosenzahl in der Ausgangsphase der sozial-liberalen Koalition, dann müssen Sie feststellen, daß sie damals jährlich um 30 bis 50 Prozent zugenommen hat. Im ersten Jahr der neuen Koalition hatten wir dann noch eine Zunahme von 23 Prozent, und anschließend ist es gelungen, die rasante Talfahrt zu stoppen. Seitdem geht die Beschäftigtenzahl nach oben.

(Abg. Franz: Plus/minus null im Oktober 1986!)

– Die Beschäftigtenzahl! Von den in der Bundesrepublik geschaffenen 400 000 neuen Arbeitsplätzen

(Engelhard Rudolf [CSU])

konnte dank der guten Wirtschaftspolitik Bayerns immerhin ein Drittel bei uns geschaffen werden.

Wir halten nichts davon, das frühere Verfahren fortzusetzen, als man in 17 Beschäftigungsprogrammen 50 Millionen DM verpulvert hatte.

(Abg. Loew: Milliarden!)

– Entschuldigung, Milliarden! Ich bin ein bescheidener Mensch.

(Abg. Loew: Sie haben allen Programmen zugestimmt!)

– Sie hatten die Mehrheit, Herr Loew!

(Abg. Loew: Im Bundesrat hat damals die Union die Mehrheit gehabt!)

Vielmehr müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, und dafür reicht nicht eine Maßnahme aus, sondern dafür braucht man mehrere.

Wenn Sie sagen, die AB-Maßnahmen seien zur Verbesserung der Arbeitslosenstatistik verwendet worden, dann muß ich Ihnen sagen: Während der sozial-liberalen Koalition ist die Zahl der AB-Maßnahmen aus Geldmangel bis auf 28000 heruntergegangen.

Sie widersprechen sich doch selber. Gott sei Dank ist dann die Zahl wieder auf 100000 angestiegen. Wir sind ja – da stimme ich mit Ihnen überein – um jeden froh, der eine Beschäftigung findet, also nicht zu Hause sitzen muß und einen sozialen Abstieg mitmacht.

(Zurufe von der SPD: Sie haben doch die Leistungen gekürzt! Sie waren doch gegen ABM!)

Im gesamten Sozialsystem müssen wir darauf achten – ich war über das sehr erschrocken, was hierzu von den GRÜNEN gekommen ist –, daß mit Augenmaß vorgegangen und die Finanzierbarkeit beachtet wird. Sie können natürlich einen Warenhauskatalog ausbreiten.

(Frau Abg. Scheel: Umschichten!)

– Sie wollen überall umschichten! Wenn Sie umschichten wollen, dann sollten Sie einmal mit mir von Haus zu Haus gehen und sollten die Bürger benennen, denen Sie etwas wegnehmen wollen. Ansonsten ist das, was Sie hier betreiben, unehrlich.

(Beifall bei der CSU – Lebhaftes Zurufe der Frau Abg. Memmel)

Ich sehe nämlich die Finanzierbarkeit der Staatsausgaben, auch der Sozialausgaben, nicht als einen Zwei-Generationen-Vertrag, sondern als einen Drei-Generationen-Vertrag an. Wir müssen darauf achten, daß der Wechsel, den wir auf die Zukunft der jungen Generation ausstellen, nicht einen so hohen Betrag erreicht, daß ihn niemand mehr einzulösen bereit sein wird. Das ist der oberste Gesichtspunkt, von dem wir im Interesse der Jugend ausgehen müssen. Wir können nicht so tun, als sei alles nur durch Umschich-

tung machbar; hier gilt dasselbe wie für den Subventionsabbau.

Mich wundert, daß Sie heute das Thema Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellen nicht angesprochen haben. Ich glaube, daß wir in Bayern auf diesem Gebiet in einer sehr günstigen Lage sind. Bayerische Jugendliche haben von allen Jugendlichen in der gesamten Bundesrepublik die besten Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Von 127000 Bewerbern haben bis Ende März dieses Jahres immerhin 98,5 Prozent einen Ausbildungsplatz erhalten. Bis zum Ende des Vermittlungsjahres 1986 – das war Ende des Monats September – konnten 42 Ausbildungsplatzsuchende unter 100 offenen Stellen auswählen, während sich im Bundesdurchschnitt 140 Ausbildungsplatzbewerber um 100 offene Stellen auseinandersetzen mußten.

(Abg. Klasen: In Passau auch?)

– Darauf komme ich noch zurück.

Auch die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 20 Jahren hat in Bayern bereits im Jahre 1983 den Höhepunkt überschritten und sinkt seitdem. Ende April lag die Jugendarbeitslosigkeit mit 3,8 Prozent deutlich unter der Allgemeinquote von 6,5 Prozent; das war nicht immer so. Hier hat sich also das Verhältnis von Arbeitslosigkeit insgesamt und Jugendarbeitslosigkeit sehr zugunsten der Jugendlichen verschoben.

An dieser Stelle müssen wir einmal der bayerischen Wirtschaft und vor allem unseren mittelständischen Betrieben für ihre hohe Ausbildungsbereitschaft und für die Bereitschaft, jungen Menschen eine Chance zu geben, danken.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Frau Abg. Memmel)

Ich glaube, die Zeit ist gekommen, von der allgemeinen Aussage „Keine Chance für die Jugend auf dem beruflichen Sektor“ wegzukommen und zu einer Betrachtung des jeweiligen Einzelschicksals zu kommen; denn uns liegt nicht ein Prozentsatz am Herzen, sondern uns liegt wirklich der einzelne junge Mensch am Herzen.

(Abg. Klasen meldet sich zu einer Zwischenfrage zu Wort)

– Herr Klasen, in Anbetracht der kurzen Zeit – mir stehen nur noch wenige Minuten zur Verfügung – schlage ich vor, daß wir uns ein anderes Mal unterhalten.

Selbstverständlich haben wir noch Probleme im Grenzland. Aber auch hier ist ein deutlicher Fortschritt zu beobachten.

Während wir 1985 noch in 15 von 27 Arbeitsamtsbezirken einen Fehlbestand hatten, war dies 1986 nur noch in vier Arbeitsamtsbezirken der Fall. Für dieses Jahr erwarten wir eine weitere Verbesserung. Auch ist es gelungen – hier wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen noch eine Aufbesserung vorgenommen –, die Mobilitätshilfe 1986 fortzuführen, um weiteren 240 bis 250 jungen Menschen im Rah-

(Engelhard Rudolf [CSU])

men des überregionalen Lehrstellenausgleichs eine Chance zu geben.

Große Probleme haben wir nach wie vor bei den Mädchen. Zwei Drittel der unversorgten Lehrstellenbewerber sind Mädchen. Hier müssen wir aber sehen, daß sich trotz aller Bemühungen nach wie vor etwa 40 Prozent der Mädchen auf das Spektrum Verkäuferin, Arzthelferin, Büroberufe konzentrieren. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen der Bundesregierung sehr, durch Modellversuche eine Ausweitung des Spektrums zu erreichen und den Mädchen zunehmend gewerbliche Berufe zugänglich zu machen. In Bayern wird dies durch die Förderung von Betriebserkundungen und Betriebspraktika unterstützt.

Aber auch das Bayerische Jugendwerk hilft zahlreichen jungen Menschen, insbesondere jungen Mädchen, beim Einstieg in eine Berufsausbildung, vor allem in die von den GRÜNEN so geschmähten hauswirtschaftlichen Bereiche. Immerhin konnte in 30 Grundlehrgängen 750 Mädchen eine Hilfe gegeben werden.

(Zurufe von den GRÜNEN, u. a. der Frau Abg. Memmel und der Frau Abg. Scheel: Männer in die Hauswirtschaft!)

– Vielleicht werden wir das auch einmal tun. Dann haben wir für die Mädchen noch mehr Konkurrenz in den angestammten Mädchenberufen. Sie widersprechen sich hier doch selbst!

Für Behinderte bietet dieser Haushalt eine Weiterführung der Ausbildungsförderungsprogramme für Sonderschüler. Hier haben wir 1,9 Millionen DM eingeplant. Seit der Anlage dieses Programms konnten 4225 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Auch das Bayerische Jugendwerk trägt dazu bei, leistungsgeminderten Jugendlichen durch spezielle Hilfen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern. Darüber hinaus besuchten 2700 behinderte Jugendliche Berufsausbildungslehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit.

Für Schwerbehinderte stehen ab heuer 10 Berufsbildungswerke mit 2500 Plätzen zur Verfügung. Hierfür sind im Haushalt 3 Millionen DM eingeplant.

Probleme haben wir nach wie vor auch bei den Ausländern. Hier kommt es vor allem darauf an, soweit noch nicht vorhanden, die sprachlichen Kenntnisse und die Vorbedingungen für einen Einstieg in den Beruf zu verbessern. Der bayerische Staatshaushalt sieht hierfür 2,8 Millionen DM vor.

Über die sozialpädagogischen Maßnahmen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit haben wir gestern bereits bei Tagesordnungspunkt 30 diskutiert. Hier konnten die vorgesehenen Mittel im Laufe der Haushaltsberatungen nochmals um 1,5 Millionen DM auf 21,7 Millionen DM aufgestockt werden.

An Hilfen für nicht berufsfähige junge Leute wurden im Zuge der Haushaltsberatungen die Ansätze für Zu-

weisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände um 25 Prozent auf 5 Millionen DM aufgestockt.

Ein besonderes Anliegen ist es mir persönlich, auch denjenigen zu helfen, die durch alle „Siebe“ der Beschäftigungsmöglichkeiten fallen, unseren schwerbehinderten und mehrfachbehinderten jungen Menschen. Sie haben normalerweise auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. Aber wir haben in Bayern 97 anerkannte Einrichtungen mit nahezu 14 000 Plätzen geschaffen. In den letzten Jahren wurden dafür fast 150 Millionen DM aufgewandt. Für diese jungen Menschen ist das eine Chance, Selbstbestätigung zu finden, eine Beschäftigung und einen Lebensinhalt zu haben.

Ich bitte Sie: Würdigen Sie in der Diskussion draußen nicht einzelne dieser Maßnahmen, die einem sehr spezifischen Kreis helfen, herab, sondern helfen Sie mit, diesen jungen Menschen gemeinsam mit Bund, Freistaat Bayern und Kommunen eine Chance zu geben!

Dieser Haushalt zeigt, daß er unseren jungen Menschen Mut und Chancen geben kann.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Als nächster hat das Wort der Herr Kollege Schramm.

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte gerne einige Worte auf die Ausführungen der Kollegin Stamm erwidert; sie ist aber gerade nicht da. Ich hätte es gerne etwas persönlicher getan, nun tue ich es eben ein bißchen allgemeiner.

Bezüglich der Prioritäten, die von der CSU-Fraktion in diesem Haushalt gesetzt werden, sollte man vielleicht einmal zwei Zahlen einander gegenüberstellen. Frau Kollegin Stamm hat gesagt: Abwarten, Rom ist nicht an einem Tag gebaut worden; 300 000 DM für die Leitstelle der Frauenbeauftragten wären doch schon einmal ein Anfang.

Wie schnell es bei Ihnen trotz mancher heftiger Bedenken mit finanziellen Bewilligungen gehen kann, haben wir Ende Januar beim 52-Millionen-DM-Grundstücks-Deal für die Maxhütte erleben können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Diethei:  
Was heißt da „Deal“? Es geht um die  
Erhaltung von Arbeitsplätzen! – Gegenruf  
der Frau Abg. Scheel: Natürlich sind es  
Arbeitsplätze!)

Da ging das alles sehr viel schneller und leichter. Wie lange soll denn das Aufstocken dauern, bis irgendwann einmal für die Belange der Frauen solche Summen erreicht werden, wie sie damals so großzügig bewilligt wurden, wobei die Summe überhaupt nicht abgesichert war? In diesem Haushalt erhalten beispielsweise die Vertriebenenverbände schon fast das Dreifache.

Zum § 218 von mir nur ein Satz; ich bin ja nicht so ganz dafür prädestiniert, dazu etwas zu sagen. Frau Stamm, glauben Sie wirklich, daß Sie die psychische

(Schramm [DIE GRÜNEN])

Belastung einer Frau, die einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen hat, von der Sie gesprochen haben, dadurch verbessern, daß Sie diese Frau anschließend noch bestrafen?

(Frau Abg. Stamm: Keine Antwort darauf!)

Noch ein Wort zu Herrn Grossmann! Einige Dinge, die Sie gesagt haben, hörten sich an wie die Überschrift zu diesem Haushalt. Sie sprachen davon, daß Sie große Sorge haben, daß sich hier guter Wille zeigt. Ich denke, gerade auf dem Gebiet des Sozialhaushalts sind nicht guter Wille und Sorge gefragt, sondern Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Einzelplan 10 finden sich breite Passagen zu den Vertriebenenverbänden und ihren Einrichtungen. Dies ist in der Rede, auch in der gedruckten Rede, im Gegensatz zum Haushalt nicht so deutlich geworden und steht in keinem Verhältnis zu diesem. Ich habe mich zunächst darüber gewundert, wie die Kulturausübung und die Brauchtumpflege der Vertriebenen in den Sozialhaushalt kommen. Ich habe mir dann sagen lassen, daß die Integration nach dem Krieg der Grund dafür ist, daß das in diesem Haushalt zu finden ist. Natürlich ist die Integration der Vertriebenen hier in Bayern eine große soziale Leistung gewesen; das muß man anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine der Titelgruppen nennt sich „Allgemeine Bewilligungen, Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen“. Das ist sehr allgemein formuliert; unter „politische Ereignisse“ könnte man einiges fassen. Zum Beispiel könnten darunter auch die Opfer der letzten Wahlen fallen; Wahlen sind „politische Ereignisse“. Das gleiche gilt für die Asylbewerber. Man sollte einmal einen Vergleich zwischen der Behandlung der Flüchtlinge und Vertriebenen von vor 40 Jahren und den Flüchtlingen von heute anstellen. Wenn man solche Vergleiche zieht, kommt einem doch einiges sehr seltsam vor.

Damals ist die Integration voll gelungen. Ich habe gerade gesagt, das ist eine große und anerkennungswerte Leistung beider Seiten. Inzwischen haben sich hier eine Satttheit und eine Zufriedenheit breitgemacht. Es wird betreut, es wird bezahlt; beides beschränkt sich auf Traditions- und Politikpflege.

Auf der anderen Seite haben wir bei den Asylbewerbern Einschränkungen, Beschränkungen, Beschneidungen. Wir sollten uns daran erinnern, was vor 40 Jahren alles auf uns zukam und wie froh viele Menschen, die heute voll in dieses Land integriert sind, damals waren, daß sie Hilfen bekommen haben.

Eines möchte ich ganz deutlich klarstellen: Ich habe nichts gegen Tradition und Brauchtumpflege. Ich freue mich über jede Unterstützung von Kulturpflege, beispielsweise auch von fränkischer Kulturpflege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was mich stört, ist die Tendenz, die politische Richtung der Vertriebenenverbände, völlig unabhängig von Parteigruppierungen. Ich möchte mich dazu auf ein Beispiel konzentrieren: die Arbeit des Hauses des Deutschen Ostens in München, das von allen Landsmannschaften und der Bundesvereinigung der Vertriebenenverbände gemeinsam mit dem Freistaat Bayern getragen wird.

Es ist sozusagen das ideologische Zentrum der Vertriebenen-Kulturpolitik, die bis weit in alle Kommunen und Winkel Bayerns hinausstrahlt. Von hier aus lassen sich alle perspektivischen Vorstellungen und Erwartungshaltungen der Vertriebenenorganisationen, die sich nur in Nuancen voneinander unterscheiden, auch wenn es abweichende Darstellungen über Sinn und Zweck landsmannschaftlichen Arbeitens und Wirkens gibt, zu der gemeinsam erhobenen Forderung bündeln: die Vergangenheit als kulturelle Identität bewahren und, auf diesem Erbe aufbauend, die politische Zukunft bestimmen.

Die barbarisierten und zerstörerischen Potenzen des Faschismus und ihm vorausgehender Unterdrückungssysteme sind da voll ausgeblendet. An ihm werden sogar gute deutsche Werte entdeckt, die zu pflegen und fortzuentwickeln den heutigen Politikern aufgetragen wird. Insoweit wird hier die geistige Grundlage für neue Aggressionspläne geschaffen.

Mich erinnert das immer ein bißchen an die fatalen Diskussionen meiner Kindheit: Über den Hitler-Faschismus hieß es immer nur, er habe die Arbeitslosen von der Straße geholt und mit ihrer Hilfe die Autobahnen gebaut.

(Frau Abg. Stamm: Was soll denn das?)

Die Vertriebenen können ihre Absichten, die in Satzungen und Programmen des Hauses des Deutschen Ostens festgelegt sind, eigentlich nur dann umsetzen, wenn es ihnen gelingt, das Deutsche Reich von 1939 zum Opfer und nicht zum Täter zu machen.

In diesem Zusammenhang ist die politische Zielsetzung der Landsmannschaften interessant. Dazu vielleicht zwei ganz kurze Beispiele. Die Landsmannschaft der Sudendeutschen, die man ja hierzulande gern als den vierten Stamm Bayerns apostrophiert,

(Abg. Dumann: Bravo!)

hat die materiellen Grundlagen für die Kulturpflege in ihrer Satzung eindeutig zum Ausdruck gebracht. In § 3 – „Zweck der Vereinigung“ – heißt es:

den Rechtsanspruch auf die Heimat,

– das sind weite Gebiete der heutigen ČSSR –

deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen.

(Abg. Dumann: Richtig!)

Von der Landsmannschaft der Oberschlesier, die in Bayern ja auch eine starke kulturelle Bastion haben, hören wir:

(Schramm [DIE GRÜNEN])

die Oberschlesier und das heranwachsende Geschlecht auf die Rückkehr in die Heimat geistig vorzubereiten.

Auch das ist ein Originalzitat aus der Satzung.

(Frau Abg. Stamm: Das ist ungeheuerlich! –  
Abg. Willi Müller: Sind Sie gegen das  
Selbstbestimmungsrecht?)

Dazu eine Frage: Was ist denn das staatliche Interesse für die Unterstützung, für die Förderung dieser Landsmannschaften? Die klarste Antwort gibt da wieder der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Fritz Wittmann, CSU-Mitglied des Deutschen Bundestages:

(Abg. Dumann: Ein guter Mann!)

Ich spreche mich mit großem Nachdruck dafür aus, die deutsche Frage offenzuhalten. Sie darf nicht zu den Akten der deutschen Geschichte gelegt werden.

(Abg. Dumann: Richtig!)

Solche Sätze gefährden die mühsam geknüpften Kontakte und die Vertrauensbildung bei unseren östlichen Nachbarn.

(Frau Abg. Stamm: Ungeheuerlich ist das!)

Ein Beispiel dazu!

(Frau Abg. Stamm: Wir werden für die  
Verbreitung dieser Rede sorgen!)

– Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar, Frau Kollegin Stamm. Sie sollten wirklich für die Verbreitung sorgen.

Auf dem Höhepunkt der sogenannten Krise in Polen habe ich mit Freunden aus meiner Kirchengemeinde

(Abg. Dumann: Die „sogenannte Krise“! –  
Abg. Kamm: Weiterreden, komm'!)

– richtig, in Polen selbst war von der Krise die Rede, Sie haben völlig recht – Lebensmittel und Kleidung gesammelt und hinübergefahren. Es gab sehr viel Freude und Dank der Leute, denen wir die Sachen gebracht haben. Aber Mittelpunkt der Gespräche waren nicht die Lebensmittel, war nicht die Sorge um das tägliche Leben, sondern die Sorge um das damals gerade hochgeschaukelte Motto des Schlesier-Treffens. Darauf sind wir angesprochen worden, danach sind wir gefragt worden. Hier kam die Sorge um die Grenzziehung. Das war der Mittelpunkt unserer Gespräche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind, denke ich, berechnete Ängste dieser Menschen. Das gefährdet auch das friedliche Zusammenleben mit unseren östlichen Nachbarn.

Noch einmal: Kultur und Brauchtum sind wichtig und richtig – bei den Vertriebenen wie bei jedem Stamm in Bayern. Das soll auch gefördert werden. Auch für

politische Meinungsformung muß Platz sein, nicht jedoch für friedensgefährdende Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Franz.

**Franz (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Staatsminister hat längere Passagen seiner Etatrede dem Thema „Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht“ gewidmet. Ich möchte mich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen, nachdem bisher in der Aussprache nur wenige Gedanken hierzu eingebracht worden sind.

Wenn wir das Thema „Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht“ mit dem Ziel der Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten, Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz, Erhöhung der Sicherheit von Geräten und Anlagen vertiefen, dann muß ich bewerten, was Sie, Herr Staatsminister, dazu ausgeführt haben. Zwar enthielt Ihre Rede eine Menge grundsätzlicher Bemerkungen und einige Nettigkeiten, und in der Tendenz wurde auch eine Aufgabenveränderung angedeutet; insgesamt sind aber wenig Ansätze zur Lösung und für konkrete Maßnahmen zu hören gewesen.

So hat die Bereitschaft zur Durchsetzung nicht nur im Kabinett, sondern auch in der Mehrheitsfraktion gefehlt. Zwar haben die Sozialpolitiker im Ausschuß durchaus bei der Erörterung der pflichtgemäß erstatteten Berichte vor dem Landtag eine gewisse Bereitschaft bekundet; aber bisher sind Sie kaum bereit, z. B. das Personal angemessen aufzustocken oder angesichts der erhöhten Anforderungen, die wir in Bayern an die Beamten, Meister und Ingenieure in der Gewerbeaufsicht stellen, eine angemessene Vergütung durchzusetzen.

Ich möchte nicht versäumen, den in der Gewerbeaufsicht Beschäftigten, die ein schwieriges Aufgabengebiet bearbeiten, seitens der SPD-Fraktion ein herzliches Wort des Dankes für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit mit auf den Weg zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Der Bericht, den wir jährlich erörtern, ist ein Dokument menschlichen Leids und Elends, fahrlässigen und grob fahrlässigen Verhaltens der Betroffenen, insbesondere der Unternehmer und der Vorgesetzten. Die Erfolge der Gewerbeaufsicht lassen sich, wenn man einen Vergleich mit den Gegebenheiten vor zehn oder 20 Jahren anstellt, nur als Erfolge im Schneckentempo registrieren.

Die Unfälle und Beanstandungen am Bau, die Verstöße im Güter- und Personenstraßenverkehr, die Bodenverseuchungen, wie wir sie jetzt in Marktredwitz zur Kenntnis nehmen mußten, die Erkenntnisse im Zusammenhang mit gefährlichen Stoffen – ich denke an die derzeit laufende Aktion bei den Chlorkohlenwasserstoffen – verdeutlichen dies. Gerade im letzten Bereich haben die Beamten vor Ort, worauf wir schon im vorigen Jahr hingewiesen hatten, sehr wenig Zeit für wirkungsvolle Maßnahmen, weil Sie die Fristen für

(Franz [SPD])

die Berichtspflicht und die Durchführung sehr knapp, viel zu knapp, angesetzt haben.

Ich meine aber auch, daß die 5 Milliarden DM, um die die bayerische Volkswirtschaft in diesem Bereich jährlich geschädigt wird, mehr Raum, mehr Maßnahmen und mehr Personal im Staatshaushalt erforderlich machen. In diesem Hause müßte mehr Bereitschaft vorhanden sein, wirkungsvollere Maßnahmen zu beschließen und durchzusetzen. Die zunehmenden Belastungen, die wir in vielen Bereichen registrieren müssen – die Chemieunfälle haben das ja in besonderer Weise verdeutlicht –, bestätigen dies ebenso wie die allmonatlichen Meldungen über weitere Folgeschäden in vielen Bereichen.

Die Entwicklung im Unfall-Bereich und besonders die Konsequenzen aus der Unfallforschung werden viel zu wenig beherzigt. Wenn die Gewerbeaufsicht nicht zum Reparaturbetrieb und zur Verwaltung der Unfälle und Berufskrankheiten werden will, muß die Kette von der technischen Konstruktion über die ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze, über die Umgebungsfaktoren, z.B. die Herabsetzung des menschlichen Leistungsvermögens zu bestimmten Zeiten des Arbeitstages, bis hin zur Gefahrenerkennung und der Risikovorsorge Kernpunkt für schnellere und wirkungsvollere Unfallbekämpfung, insbesondere durch mehr Personal, in der Zukunft werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wiederholt habe ich, wie in den Ausschuß-Protokollen nachvollziehbar ist, eine ganze Palette von Mängeln aufgezeigt. Bis heute wird beispielsweise die Einführung von EDV-Terminals nicht dazu benutzt, uns wirkungsvollere Berichte vorzulegen. Sie enthalten bisher keine Angaben über Höhe, Entwicklung und Wiederholung von Anordnungen, Verwarnungen, Bußgeldbescheiden usw. Bisher konnte auch – ich werde darauf noch eingehen – im Bereich des Personals zu wenig erreicht werden.

Daraus resultiert eine niedrige Besichtigungs- und Beratungsquote. So werden Kleinbetriebe mit bis zu 19 Beschäftigten nur alle drei bis vier Jahre besucht. Dort, wo die wenigsten Fachkräfte für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, von der Firmenleitung bis zur Belegschaftsvertretung, vorhanden sind, macht man bewußt die geringste Beratung und die geringste Kontrolle. Darauf kann sich jeder selbst seinen Reim machen und seine Konsequenzen daraus ableiten.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, daß künftig auch der Bereich des öffentlichen Dienstes in die Beratung und Kontrolle einbezogen werden muß, weil auch da – Gott sei es geklagt! – vieles nicht zum besten bestellt ist.

Einen Punkt will ich besonders ansprechen. Die Sonderaktionen, die bisher turnusgemäß im Straßenverkehr, im Jugendarbeitsschutz und bei den gefährlichen Arbeitsstoffen durchgeführt werden, müssen zum Standard der Regelberatung und -überprüfung werden. Sie müssen aber insbesondere im Bereich der Hauterkrankungen, der Allergierkrankungen

und der Umgebungseinflüsse zum Standard der Beratung und Kontrolle werden, weil wir registrieren müssen, daß bei den Berufskrankheiten die beiden letztgenannten Bereiche neben den Lärmerkrankungen in der Statistik mit an die vorderste Stelle gewandert sind.

Die Arbeit der Gewerbeaufsicht wird zur Mängelverwaltung verkümmern, wenn nicht mehr Bereitschaft besteht, aus den Statistiken politische Konsequenzen zu ziehen, und wenn es insbesondere bei frommen Absichtserklärungen bleibt, wenn also nicht, wie von uns gefordert, drastische personelle und auch vergütungsmäßige Veränderungen erfolgen und das Ministerium das Personal entsprechend unterstützt.

Aus der Unfallursachenforschung kennen wir die Einflußfaktoren. Wir wissen, Herr Staatsminister, daß die Überstunden die gefährlichsten Stunden in der Arbeitswelt sind und daß 50 Prozent aller tödlichen Unfälle – im vergangenen Jahr waren wieder über 200 Arbeits- und Wegeunfälle in Bayern zu beklagen – von Arbeitnehmern hingenommen werden müssen, die in den letzten sieben Tagen vorher mehr als 40 Arbeitsstunden in der Woche als Regelarbeitszeit eingebracht haben. Deshalb hat für uns die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes eine hohe Priorität; aber Sie haben bisher keine Bereitschaft bekundet, zeitgemäßen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bewertung der Personalsituation! Es ist fatal: In den letzten Jahren haben wir wiederholt Aufstockungen gefordert; aber keine zehn Planstellen wurden seit 1982 bewilligt. Auch wenn nun angekündigt ist, daß in diesem Doppelhaushalt die Zahl der Planstellen um 19 aufgestockt werden wird, ist festzustellen, daß der Bedarf von 530 aus dem Jahre 1981 nun auf rund 560 Planstellen fortgeschrieben worden ist.

Das ist gut so, sagen wir; aber was ist die Praxis? Der Vertreter des Ministeriums mußte im Ausschuß zugeben, daß selbst von 480 vorhandenen Planstellen 50 gegenwärtig nicht besetzt sind. Das ist der Skandal, den sich dieses Haus und das Kabinett bis zur Stunde leisten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf)

– Herr Kollege Leschanowsky, Sie fragen: warum? Ja, wenn wir für Bayern, abweichend vom übrigen Bundesgebiet, für den mittleren Dienst bei den Meistern und für den gehobenen Dienst bei den Ingenieuren höhere Anforderungskriterien haben, dann wäre doch in den vergangenen Jahren Zeit gewesen, eine den bayernspezifischen Anforderungskriterien angemessene Besoldungsregelung einzuführen und durchzusetzen. Deshalb haben wir diesem Bereich bei künftigen Entscheidungen eine besondere Priorität zukommen zu lassen.

Lassen Sie mich diesen Teil schließen! Ich sage Ihnen: Ohne den politischen Willen zur Durchsetzbarkeit technisch machbarer, organisatorisch möglicher,

(Franz [SPD])

wirtschaftlich leistbarer und finanzierbarer Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten sowie ohne Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz wird es für uns alle, gerade für uns im Sozialpolitischen Ausschuß, aber auch für die in der Gewerbeaufsicht vor Ort Tätigen, unbefriedigend sein, den Bericht alljährlich zu erörtern und uns mit ihm zu befassen. Ich sage Ihnen: Es wird noch viel menschliches Leid ertragen werden, es werden noch viel Gesundheit und Arbeitskraft verlorengehen, vom volkswirtschaftlichen Schaden, den ich schon genannt habe, ganz zu schweigen, bis eine optimale Gesundheitsvorsorge und Humanität am Arbeitsplatz Wirklichkeit werden.

Lassen Sie mich die letzten Sekunden meiner Redezeit noch dazu verwenden, ein Wort zur Sonntagsarbeit zu sagen! Die Diskussion, die wir gegenwärtig über die Einführung der Sonntagsarbeit bei der Chip-Produktion führen, ist nur vordergründig. In Wirklichkeit steht dahinter für die neunziger Jahre – das zeigen die Forderungen der vergangenen Jahre in der Textilindustrie, und das zeigen die Forderungen aus der Metall-Tarifrunde – ein Dambruch für die Sonntagsarbeit aus Gründen der Investitionskosten, aus Gründen des internationalen Wettbewerbs. In Wirklichkeit will man keine niedrigere Umsatzenquote hinnehmen; sonst wäre es auch möglich, mit Hilfe anderer Verfahrenstechniken auf Sonntagsarbeit zu verzichten, die, wenn sie nicht verhindert werden kann, im nächsten Jahrzehnt kommen wird. Deshalb gilt es in der Tat, dies zu beherzigen und zu beachten. Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Kollege Leschanowsky.

**Leschanowsky (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gewerbeaufsicht hat in unserer Arbeitswelt eine wichtige Aufgabe. Kaum ein Arbeitsplatz bleibt von raschen und tiefgreifenden Änderungen unberührt. Dies hat natürlich zur Folge, daß die Gewerbeaufsicht in Zukunft entsprechend wirken muß.

Lassen Sie mich aber einige Ausführungen machen zu Ihnen, Frau Scheel! Sie haben heute früh gesagt, daß man mehr bei der Industrie und weniger bei den Bürgern kontrollieren sollte. Ich glaube, Sie haben sich noch nie mit dem Gewerbeaufsichtsbericht auseinandergesetzt. Ich bin der Meinung, daß Sie einen Betrieb von innen überhaupt nicht kennen. Ich würde Ihnen schon raten, da einmal hineinzugehen,

(Unruhe und Widerspruch bei den GRÜNEN)

damit Sie wissen, welche Aufgaben die Gewerbeaufsicht eigentlich zu erfüllen hat, daß sie also den Bürger nicht kontrolliert, sondern daß sie für den Bürger da ist. Das muß man einmal deutlich sagen; denn es ist unredlich, einer Gewerbeaufsicht zu unterstellen, sie würde den Bürger kontrollieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch ein paar Gesichtspunkte zur Sonntagsarbeit anführen.

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Scheel? – Bitte sehr!

**Frau Scheel (DIE GRÜNEN):** Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß ich heute morgen gesagt habe, daß die Gewerbeaufsicht mit mehr Stellen ausgestattet werden sollte und daß der Staat die Bürger kontrolliert und nicht die Gewerbeaufsicht?

**Leschanowsky (CSU):** Das vom Staat habe ich nicht gehört; ich habe es mir nicht aufgeschrieben. Man kann das ja im Protokoll nachlesen. Sie haben aber gesagt, daß die Industrie stärker kontrolliert werden sollte, und dagegen habe ich mich verwahrt.

Ich möchte noch etwas zur Sonntagsarbeit sagen. Ich bedauere es, daß Sie, Herr Kollege Franz, zu wenig aus der Anhörung mitgenommen haben; denn Sie haben dort erlebt, wie schwierig das Problem der Sonntagsarbeit ist. Sie haben sicher auch mitbekommen, daß wir fast überfordert sind, wenn wir über die Sonntagsarbeit entscheiden sollen, und daß sich auch die Gewerbeaufsicht sehr schwer tut, wenn Fachleute und selbst die Professoren Meinungen vertreten, die wir einfach nicht widerlegen können, weil wir dazu nicht in der Lage sind. Ich gebe Ihnen recht, daß wir aufpassen müssen, was hier geschieht. Dazu haben wir in der letzten Woche einen Antrag verabschiedet. Die CSU-Fraktion hat ihre Meinung dazu ganz klar geäußert, und dazu stehen wir.

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat in seiner Rede davon gesprochen, daß die Gewerbeaufsicht immer mehr Dienstgeschäfte durchführt, allein 180 000 Besichtigungen im Jahr 1986. Man muß sich diese Größenordnung einmal vor Augen führen. Außerdem werden hier auch in Zukunft neue Aufgaben auf die Gewerbeaufsicht zukommen, insbesondere – das ist auch angesprochen worden – in der Medizingeräteverordnung, für die seit 1. Januar 1986 auch die Gewerbeaufsicht zuständig ist. Man muß sich einmal vor Augen halten: 1000 Krankenhäuser, 15 000 Arztpraxen, 6500 Zahnarztpraxen und über 100 000 medizinisch-technische Geräte müssen überprüft werden.

Die Gewerbeaufsicht wird hier immer stärker eingebunden. Sie muß immer mehr überprüfen. Ich frage einmal ganz offen, Herr Minister: Sollten wir uns nicht Gedanken darüber machen, ob wir die Gewerbeaufsicht wieder von einigen Aufgaben entbinden, wenn wir erkannt haben, daß die Zahl der Beanstandungen – Sie haben da ganz recht, Herr Kollege Franz – immer höher wird, wenn es dabei aber auch immer die gleichen sind?

Sollte man nicht stärker die Kammern und Verbände heranziehen und ihnen sagen: Hier müßt ihr tätig werden, das müßt ihr in Zukunft überwachen; denn zu Beanstandungen gehören auch weitere Überwachungen? Im Bereich der medizinisch-technischen Geräte, für die es ja zum großen Teil Wartungsverträge gibt, ist zu überlegen, ob man diese Wartungsver-

(Leschanowsky [CSU])

träge in die Überprüfung einbindet, das heißt, daß man dann, wenn ein Wartungsvertrag besteht und erfüllt wird, weniger überprüfen muß.

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Worte zum Personal sagen. Wir waren uns im Ausschuß einig, daß wir Stellenmehrungen wollen. Ich habe damals von 30 Stellen gesprochen, die wir unbedingt bräuchten; die SPD hat von zweimal 30, also 60 Stellen gesprochen. Wir brauchen – das muß man klar sagen – circa 62 neue Stellen. Das muß man sehen, wenn man die Aufgaben der Gewerbeaufsicht begreift und wenn man weiß, daß immer neue Technologien entwickelt werden und daß man diese neuen Technologien entsprechend überprüfen muß.

Im Bereich der Gewerbeaufsicht haben wir Probleme mit der Einstellung besserer und qualifizierterer Mitarbeiter, die wir in Zukunft brauchen. Das heißt, wir müssen uns Gedanken machen, ob nicht die Einstellungsverordnung geändert werden kann. Man muß sich vorstellen: Wir erwarten von einem Mann oder von einer Frau, die zur Gewerbeaufsicht gehen, daß sie qualifiziert sind, daß sie einen Beruf haben, daß sie als Beamtenanwärter anfangen und dann ein Jahr lang ihr Geld mitbringen. Sie müssen erst zur Bank und müssen dort Geld aufnehmen, um überhaupt einmal in der Gewerbeaufsicht tätig sein zu können. Meine Sorge ist, daß wir in Zukunft keine qualifizierten Kräfte bekommen, wenn wir nicht bereit sind, hier umzudenken. Herr Minister, ich möchte Sie bitten, dieses Thema in Bonn einmal anzusprechen. Ich weiß, die Verordnungen sind Bundesrecht, und folglich müssen sie dort geändert werden.

Wenn wir gute und qualifizierte Leute wollen, müssen wir auch entsprechend zahlen. Einen Ingenieur, der heutzutage bei der Mikrochip-Herstellung mitreden will, bekommen wir leider nicht in A13 oder in A9, sondern da müssen wir bereit sein, etwas mehr auszugeben. Gerade solche Ingenieure sind heute immer noch Mangelware; ich weiß das aus eigener Erfahrung. Wir bekommen für diesen Bereich keine Leute.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich verpflichtet, mich etwas kürzer zu fassen, damit auch meine Kollegen noch etwas sagen können. Ich darf – auch im Namen der CSU-Fraktion – den Mitarbeitern der Gewerbeaufsicht recht herzlich danken. Ich weiß, wie schwierig ihre Aufgabe ist. Ihnen gilt unser Dank.

Ein Wort zum Schluß! Es stand die Frage nach der Überprüfung bei Behörden im Raum. Auch ich bin durchaus der Meinung, daß dies erforderlich ist. Wir müssen versuchen, in den Behörden, wo dies noch nicht geschehen ist, eine Überwachung oder zumindest eine Beratung durchzuführen. Dies gilt insbesondere für Büro- und Bildschirmarbeiten. Sie brauchen nur einmal durch den Landtag zu gehen. Der Herr Präsident freut sich zwar über die Entwicklung; aber wenn man sieht, wo überall ein Bildschirm versteckt ist, und wenn man weiß, daß es ein ganzes Buch von Verordnungen gibt, die von der freien Wirtschaft beachtet werden müssen, dann fragt man sich manchmal schon: Gelten diese Vorschriften eigent-

lich nicht auch für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst? Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Nächster ist der Herr Kollege Dr. Braun. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit neun Minuten beträgt, damit Sie wissen, wie Sie Ihre Schwerpunkte verteilen können.

**Dr. Braun (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stamm, ein Wort zu Ihnen! Die Problematik des § 218 ist viel zu schwierig, als daß man sie in der Art abhandeln könnte, wie Sie das getan haben. Nur eines! Ich nehme Ihnen ab, daß es Ihnen ernst ist. Aber wenn es Ihnen so ernst ist, müßten Sie aus Ihrer Position heraus dafür kämpfen, daß der § 218 in Ihrem Sinne geändert wird. Wir haben aber gestern vom Herrn Ministerpräsidenten gehört, daß dazu keine Absichten bestehen. Was soll dann dieses Schattenboxen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zum Thema Familienpolitik. Es geht letztlich darum, auch in unserer Gesellschaft eine familien- und kinderfreundliche Atmosphäre zu schaffen. Wenn man lesen muß, daß Campingplätze in Italien folgendermaßen angeboten werden: „Deutsche Führung, keine Hunde zugelassen, keine Kinder unter drei Jahren zugelassen“, dann muß man sich fragen, was das bedeutet. Wird die deutsche Kinderfeindlichkeit schon ins Ausland exportiert und dort als Markenzeichen für den Urlaub, wie wir Deutsche ihn wünschen, angeboten?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist letztlich der Hintergrund unserer Situation.

„Eine Politik, die am Ende einen konsolidierten Haushalt, aber eine zerstörte Familie hat, wäre verfehlt.“ Das ist ein Zitat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken von vor wenigen Tagen. Unsere Schwerpunkte aber liegen anders. Im Grundgesetz heißt es ja auch: Staat und Gesellschaft haben Ehe und Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken.

Für uns Sozialdemokraten ist Familienpolitik ein wichtiger Teil der Sozialpolitik und Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Familien kann man nicht mit goldenen Worten, sondern nur mit tatsächlicher Unterstützung helfen. Auch das Grundgesetz des Jahres 1949 geht ja nicht von einer biedermeierlichen Idylle der Familie aus. Hierzu bestand auch kein Anlaß. Nie gab es eine familienfeindlichere Zeit als die des Zweiten Weltkriegs mit seinem millionenfachen Mord und Kriegsverbrechen, der Familien auseinanderriß und zerstörte.

Im Laufe der Zeit haben sich mehrere Formen der Familie entwickelt, insbesondere auch in jüngster Zeit. Das war aber nicht die Folge einer bestimmten Regierungspolitik, wie immer wieder behauptet wird, sondern die Folge einer allmählichen Veränderung von Lebensbewußtsein und Lebensverhältnissen, die beispielsweise die gesamte westliche Welt kennzeichnet. Es ist deshalb verfehlt, der Fami-

(Dr. Braun [SPD])

lie feste Leitbilder vorzugeben. Wir müssen offen bleiben für neue Formen des Zusammenlebens und partnerschaftlicher Lebensgestaltung, auch wenn uns dies im einzelnen nicht gefiele.

Ein letztes Zitat in diesem Zusammenhang! Oswald von Nell-Breuning, der Sozialwissenschaftler und Jesuit, hat schon 1960 zum Problem der von ihm so bezeichneten „Halbfamilien“ im Zusammenhang mit dem Thema Familienausgleich gesagt:

Alle zu treffenden Maßnahmen müssen selbstverständlich der Wirklichkeit, mag diese auch noch so beklagenswert sein, Rechnung tragen. Wir müssen Maßnahmen treffen nicht für eine Welt, wie sie sein sollte, aber nicht ist, sondern um der Welt zu helfen, wie sie ist.

Kindererziehung sollte und kann sicher am besten in der Familie geleistet werden. Aber hier darf der Staat nicht hineinregieren, nicht reglementieren und seine Vorstellungen durchzusetzen versuchen. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, den Familien Maßstäbe zu setzen, die nicht nachvollziehbar und nicht plausibel sind.

Wir Sozialdemokraten lehnen eine Vermengung von Bevölkerungs- und Familienpolitik ab. Sie wäre auch zum Scheitern verurteilt. Es ist für uns unerfindlich, wie das leichte Steigen der Geburtenzahlen im Jahre 1986 in Bayern als Ausdruck des Erfolges einer bayerischen Familienpolitik bezeichnet werden kann. Wer die Statistik der letzten 15 Jahre ansieht, erkennt, daß es immer leichte Schwankungen gab. Der Trend ist seit 15 bis 20 Jahren eindeutig.

Wir halten es für verfehlt, erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter gegeneinander auszuspielen und das schlechte Gewissen berufstätiger Frauen als Druckmittel einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Teil der Familienpolitik muß das Frauenproblem sein, Familie und Berufstätigkeit zu vereinen. Junge Frauen dürfen nicht mehr zur Entscheidung zwischen Karriere und Kindern gezwungen werden. Die Benachteiligung von Frauen, die nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren wollen, ist bekannt, und dennoch werden auch vom Staat Frauen in ihrer beruflichen Karriere behindert.

Wer von Familienpolitik spricht, darf nicht an dem Katalog der Kürzungen von Sozialleistungen in den letzten Jahren vorbeisehen. Mehr als andere sind hiervon Familien mit Kindern betroffen. Die Folgen der Massenarbeitslosigkeit treffen gerade Familien mit Kindern besonders schlimm.

1,3 Millionen Kinder erleben mit oft schweren Belastungen die Arbeitslosigkeit der Eltern mit. Untätigkeit beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit trifft deshalb die Familien besonders stark. Nichts gefährdet und zerstört Familien nachhaltiger als die verheerenden materiellen und psychischen Folgen der Arbeits-

losigkeit, die zur Ausgrenzung und Isolierung der Betroffenen in einer Wohlstandsgesellschaft führen.

(Zustimmung von der SPD)

Die materielle Situation von Familien ist dadurch gekennzeichnet, daß das Pro-Kopf-Einkommen bei Ein-Kind-Familien bereits um 40 Prozent niedriger ist als bei kinderlosen Ehepaaren und bei Zwei-Kind-Familien nur noch ein Drittel beträgt.

Aber an letzter Stelle der Einkommensskala stehen nicht die Ehepaare mit Kindern, sondern die alleinerziehenden Mütter, denen es mehr als den von der Gesellschaft noch akzeptierten alleinerziehenden Vätern in jeder Hinsicht besonders schwer gemacht wird. Sie bedürfen daher besonderer Förderung.

Wir fordern daher eine Reform des Familienlastenausgleichs. Er soll einen spürbaren Beitrag zum Lebensunterhalt der Kinder leisten und Chancengleichheit für die Entwicklung der Kinder herstellen. Wir halten es deshalb für verfehlt, daß die steuerlichen Kinderfreibeträge wieder eingeführt und erhöht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies bringt den Familien, die über ein Spitzeneinkommen verfügen, den größten Vorteil. Die Begünstigung wächst mit dem Einkommen. Ich erinnere an das bekannte Beispiel: Das Kind eines Spitzenverdieners ist dem Staat zweieinhalbmal soviel wert wie das Kind einer Verkäuferin. Wir fordern deshalb eine Erhöhung des Kindergeldes, und zwar auf 100 DM für das erste Kind, 200 DM für das zweite und 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind.

(Beifall bei der SPD)

Die bürokratische Regelung mit einem Nebeneinander von Kindergeld, gekürztem Kindergeld, Kindergeldzuschlag und Kinderfreibeträgen ist verschachtelt und unübersichtlich wie selten eine Regelung. Erforderlich ist ein klarer und in sich stimmiger Familienlastenausgleich. Jedes Kind muß dem Staat prinzipiell gleich lieb und gleich viel wert sein.

Nachdenken sollten wir auch darüber – das ist aber ein weites Feld –, ob es ausreichend ist, von einem Zwei-Generationen-Vertrag zu reden, nämlich dem Vertrag zwischen der Generation der Älteren, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, und derer, die arbeiten. So wichtig dieser Vertrag ist – dazu stehen wir auch –, muß man sich aber doch die Frage stellen: Was geschieht mit denen, die Kinder aufziehen, dafür materielle Opfer bringen, auch Einkommensverluste erleiden und damit gleichzeitig die Rente auch für diejenigen erbringen und sichern, die keine Kinder großziehen? Diese haben nämlich ein höheres Einkommen, zahlen aber die gleichen Rentenbeiträge und erbringen keine Opfer für die nächste Generation wie die andere Bevölkerungsgruppe.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte also den Drei-Generationen-Vertrag zur Diskussion stellen. Aber das ist wohl eine Aufgabe

(Dr. Braun [SPD])

für Jahrzehnte. Auf jeden Fall liegt in dieser Situation eine große Ungerechtigkeit, über deren Lösung man sich auch im Rahmen unseres Steuerrechts unterhalten muß. Ansätze zur Selbstzufriedenheit, wie sie in der Rede des Herrn Ministers zu diesem Thema zum Ausdruck kommen, sind, glaube ich, überhaupt nicht berechtigt.

Der Staat muß mithelfen, Beruf und Familie auch für die Frau vereinbar zu machen. Deshalb sind gesellschaftliche Hilfen auch bei der Förderung und Betreuung von Kindern nötig.

Die SPD-Fraktion wird in dieser Legislaturperiode auf die Verabschiedung eines Kinderhortgesetzes drängen. Der Staat muß für ein ausreichendes Angebot an Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten sorgen. Ich bitte darum, Kinderkrippen nicht immer aus ideologischen Gründen abzulehnen und so zu tun, als ob Frauen ihre Kinder abschieben wollten.

(Frau Abg. Stamm: Es geht nicht um Ideologie, sondern um die Kinder!)

Wir fordern Sie daher auf, unserem Antrag auf Förderung kommunaler Kinderhorte zuzustimmen.

Es gäbe noch einiges zu diesem Thema zu sagen. Letztlich hat die Frage der Sonntagsarbeit auch einen eminent familienpolitischen Aspekt. Wer nicht für die Sicherung des Sonntags eintritt, gefährdet am meisten unsere Familien. Ich glaube, hierzu können wir in den nächsten Monaten deutliche und praktische Bekenntnisse ablegen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Als letzte Rednerin hat das Wort die Frau Kollegin von Traitteur.

**Frau von Traitteur (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Mein Thema ist die Altenpolitik. Zunächst aber möchte ich doch noch an die Fraktion der GRÜNEN sagen, daß in diesem Freistaat und diesem Hause seit vier Jahrzehnten und nicht erst seit gestern eine gemeinschaftliche Politik für die alten Menschen gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Vieles ist ein Witz – um nicht zu sagen: eine Zumutung –, was in Ihrem Beitrag, Frau Kollegin Scheel, zu diesem Thema enthalten war. Der Freistaat Bayern betreibt, seitdem er einen Landesaltenplan vor zwei Jahrzehnten installiert hat, eine kontinuierliche Altenpolitik. Dieser Landesaltenplan wird inzwischen zum vierten Male fortgeschrieben. In dieser Zeit waren allein in diesem Plan über 400 Millionen DM in Form von Förderprogrammen eingesetzt für eine Politik zugunsten der alten Menschen. Diese Summe kann sich ebenso sehen lassen wie das, was der Staat seither für die Versorgung der alten Menschen getan hat, um ihnen ein lebenswertes Alter zu gewährleisten.

Es ist sogar so, daß man heute sagen kann: Die wichtigste Versorgungsleistung für unsere alten Men-

schen ist erfüllt. Einzelheiten dazu sind lang und breit vorgetragen worden. Im wesentlichen haben wir noch Strukturverbesserungen zu erledigen und Bedarfsanpassungen, Modernisierungen, Angebotsabrundungen und eine Anpassung an die Entwicklung, z. B. an die steigende Zahl der Senioren, vorzunehmen, aber auch an die veränderten Ansprüche und die veränderte Lebenssituation der künftigen Senioren. Unsere Altenpolitik muß demnach flexibel reagieren, um zeitgerecht zu sein. Sie muß sich auch dem Umstand anpassen, daß ein allgemein gehobener Lebensstandard neue Maßstäbe setzt.

Daß Sie gesagt haben, Frau Scheel, in unserem Lande würden die Alten diskriminiert, ist wirklich der Höhepunkt. Offenbar haben Sie ganz übersehen, daß das Leitmotiv für den vierten Landesaltenplan lautet: Politik für den alten Menschen und mit den alten Menschen. Es ist noch gar nicht lange her, daß in Bayern auch ein Seniorenbeirat auf Landesebene eingesetzt worden ist, der den alten Menschen die Möglichkeit gibt, an den Schaltstellen der Politik beratend und entscheidend mitzuwirken.

**Präsident Dr. Heubl:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? –

**Knauer (SPD):** Frau Kollegin, sind Sie mit mir der Meinung, daß die Fortschreibung des Landesaltenplanes mit einer Aufteilung von 50 Prozent für Heimplätze und 50 Prozent für Pflegeplätze schon längst überholt ist und daß neuere Konzeptionen darauf hinauslaufen, vielleicht noch 25 Prozent für Heimplätze und 75 Prozent für Pflegeplätze vorzusehen?

**Frau von Traitteur (CSU):** Ich darf Ihnen darauf antworten, daß der vierte Landesaltenplan ja noch nicht verabschiedet ist, sondern noch in der Diskussion steht, so daß seine Ansätze durchaus noch einmal auf ihre Richtigkeit und Wirksamkeit hin überprüft werden können.

**Frau Scheel:** Sie haben auch die Lebensqualität der älteren Menschen angesprochen. Ich muß Sie daran erinnern, daß der Staat schließlich nur Rahmenbedingungen setzen kann und daß letztlich der Mensch selbst oder die Gesellschaft, wenn Sie so wollen, den Rahmen ausfüllen muß.

Allerdings bin ich mit Ihnen der Meinung, daß wir die Eigeninitiativen auch der alten Menschen in verstärktem Maße motivieren, unterstützen und fördern sollen. Ich denke dabei beispielsweise an Selbsthilfegruppen, die für Alleinstehende notwendig wären. Nachdem 75 Prozent der alleinstehenden alten Menschen Frauen sind, wäre dies bestimmt ein Bereich, der in nächster Zeit unsere Aufmerksamkeit verdient, zum Beispiel Selbsthilfegruppen, wie sie sich in anderen Lebensbereichen bewährt haben, die kleine, überschaubare soziale Einheiten bieten, die menschliche Nähe, vor allen Dingen Sozialkontakte, Geborgenheit und, was wichtig ist, differenzierte Hilfsangebote möglich machen.

Andererseits muß das Engagement der Senioren selbst in diesen Bereichen für uns alle ein wichtiger Förderungspunkt sein. Schließlich haben sie ein gro-

(Frau von Traitteur [CSU])

Bes Potential – oder Budget, wenn Sie so wollen – an Zeit und unverbrauchter Energie. Sie sind ohnehin an eigener Entfaltung interessiert und haben das Bedürfnis – und zwar um so mehr, je mehr die jüngeren Generationen in den Ruhestand kommen – nach Aktivitäten in eigener Regie. Sie bieten ein Kräftepotential, dessen Nutzung auf Dauer sicher unverzichtbar ist, und zwar um so mehr, je mehr sich das Generationenverhältnis einseitig verschiebt.

Ich muß noch einmal sagen: Der Staat setzt nur die Rahmenbedingungen; die Gesellschaft selbst liefert die Strukturen und die Vielfalt und muß ein vernünftiges Zusammenspiel von Einzelinteressen und Gesamtwohl finden.

Künftig werden Senioren, zumal dann, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge in den verantwortungsvollen Lebensbereich eintreten, mehr gebraucht werden als bisher, und zwar in ihrem eigenen Bereich, aber auch sonst. Das Motto „Senioren tätig für Senioren“ wird sicher einmal ein wichtiger Slogan werden, auch um die jüngere Generation zu entlasten. Ich könnte mir sogar vorstellen, daß sich so etwas wie Seniorenbörsen bilden könnten für den Einsatz von Lebenserfahrung und Sachverstand in vielfältiger Weise, wo immer ein Mangel an Lebenserfahrung, Sachverstand und Fachleuten herrscht.

Zwei Dinge liegen mir persönlich ganz besonders am Herzen. Das eine ist die Frage der Pflege, der Pflegekräfte und der Pflegehilfskräfte. Gerade weil sich die Alterspyramide verschiebt, weil die Zahl der Ordensschwester kleiner wird, weil die ambulanten Dienste und die ambulante Versorgung ausgedehnt werden müssen und weil schließlich auch mit einem erhöhten Krankenpotential durch AIDS zu rechnen ist, wird die Frage einer genügenden Zahl von Pflegekräften sehr virulent werden. Ich begrüße es deshalb sehr, daß im neuen Haushalt die Zuschüsse für diesen Bereich von 200 000 auf 700 000 DM erhöht worden sind.

Ich möchte auch noch zur Diskussion stellen, ob es nicht gerade im Hinblick auf den künftigen Bedarf an Pflegekräften notwendig sein wird, in die Ausbildung für Pflegekräfte ganz besonders Frauen einzubeziehen, die nach der Familienphase wieder in den Beruf wollen. Die Aufnahmebedingungen unserer 26 Fachschulen sehen außer einer abgeschlossenen Berufsbildung und einer dreijährigen Berufstätigkeit auch eine dreijährige Haushaltsführung in einem Familienhaushalt vor. Das gibt solchen Frauen mit ihrer Erfahrung in der Familie die Chance, hier einzusteigen, zumal angesichts der Möglichkeit, im Pflegebereich Teilzeitstellen anzunehmen und Arbeitszeiten flexibel zu gestalten.

(Beifall bei der CSU und des Abg. Kamm)

Ein wichtiges Thema, das uns alle bewegt und das mir selbst ein wichtiges Anliegen ist – es ist auch unter den Bürgern virulent geblieben –, ist die Absicherung des Pflegefalls. Sicher muß diese Frage in der Bundespolitik entschieden werden; aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß bayerische

Vorschläge wie schon häufig, so auch in diesem Bereich ganz wesentliche Impulse nach Bonn gebracht haben.

Die Absicherung des Pflegefalles steht unter zwei Aspekten. Einmal muß eine Lösung gefunden werden, die sofort greift, nicht zuletzt, um den Kommunen die überhöhten Sozialleistungen abzunehmen. Ich darf an das bayerische Modell erinnern, das dem Bundesrat zur Beratung vorliegt und jetzt erneut in die Debatte kommt.

Zum anderen muß man in dieser Beziehung auch eine lang angelegte Zukunftsplanung anstreben, die der demographischen und der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt. Ich meine, es wird notwendig sein, neu zu definieren, was die Solidargemeinschaft künftig noch verkraften kann und wie weit der einzelne mehr Eigenverantwortung übernehmen kann beziehungsweise muß.

Gerade im Hinblick auf die Kriterien, die uns mit der Rentenstrukturreform ins Haus stehen, ist das ganz wichtig, auch wenn man berücksichtigt, daß schon heute 50 Rentner auf 100 aktive Zahler treffen und daß die Zeit kommen wird, wo auf 100 Aktive, die in die Solidarkasse einbezahlen, mehr als 100 Rentempfänger treffen werden.

Uns muß es wichtig sein, neben die gesetzlichen Leistungen künftig Maßnahmen zur Aktivierung und Förderung der Eigenvorsorge zu stellen, auch bei der Pflegefallabsicherung. Schließlich müssen wir nach den Grundprinzipien unseres politischen Programms die Synthese zwischen Freiheitlichkeit und Sozialbindung, zwischen Eigenverantwortung und Solidarverantwortung finden. Das Zusammenspiel kann aber nur funktionieren, wenn die Verteilung der Lasten ausgewogen ist, das heißt, wenn eine gesamtwirtschaftlich und sozial tragbare Lösung gefunden wird.

(Beifall des Abg. Dr. Kestel)

Im Augenblick liegt die Hauptlast der Pflege zu 90 Prozent bei den Familien. Zwar wird die Entlastung durch ambulante Pflegehilfen verstärkt. Künftig werden auch noch steuerliche Entlastungen und Anrechnungen in den Sozialversicherungsleistungen für die pflegenden Familienangehörigen gewährt, um auszugleichen, was sie an Verzicht auf Erwerbsarbeit und Einbuße in der Altersversorgung hinnehmen müssen. Die Familien werden aber immer weniger und immer kleiner. Schon 20 Prozent unserer Ehen sind kinderlos. Der Anteil der alten Menschen, insbesondere der alleinstehenden, steigt.

Das alles zusammen zwingt zu gezieltem Handeln, vor allem angesichts der Tatsache, daß die demographische Entwicklung das Verhältnis von Jung und Alt immer mehr einseitig verschiebt, ganz zu schweigen von der möglichen Gefahr, daß die AIDS-Seuche zusätzlich die junge, also aktive Generation empfindlich dezimieren kann. In Zukunft werden wir weder mit der Leistung der Familie im bisherigen Umfang rechnen können, noch wird die Solidargemeinschaft die riesigen Beitragsleistungen aufbringen können, die notwendig wären. Außerdem würde die sensible Verflechtung von Sozialabgaben und Arbeitsmarkt zu-

(Frau von Traitteur [CSU])

sätzlich ernste Schwierigkeiten und Belastungen bringen.

Ich bin deshalb der Meinung, daß die Bereitschaft zur Eigenvorsorge für die Pflegefallsicherung Vorrang genießen müßte, und zwar durch begleitende Fördermaßnahmen des Staates und durch wirtschaftliche Anreize. Die Statistik sagt – das wurde schon angesprochen –, daß heute 42 Prozent der zu Pflegenden die Pflegekosten selbst zahlen, daß 20 Prozent selbst zahlen mit zusätzlichem Wohngeld, daß allerdings 38 Prozent selbst zahlen mit zusätzlicher Sozialhilfe oder mit Sozialhilfe allein.

Ich halte es jedenfalls für immens wichtig, daß den 42 Prozent Selbstzahlern ihre finanziellen Leistungen honoriert und auch erleichtert werden und daß darüber hinaus mehr Bürger zur Eigenversorgung durch Zusatzversicherung, Pflegetagegeld oder Pflegekostenversicherung durch finanzielle Anreize motiviert werden, zum Beispiel durch die Aufnahme der Versicherungsbeiträge in den Katalog der steuerbegünstigten Sonderausgaben außerhalb der bisher bestehenden Höchstgrenzen oder durch die Aufnahme in den Katalog prämienebegünstigter Sparleistungen und vermögenswirksamer Leistungen im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes. Auch ein Prämienbonus, zum Beispiel für höhere Beitragsprämien, wäre ein Anreiz in dieser Frage.

Ich möchte an dieser Stelle darauf verweisen, daß der deutsche Caritasverband ein hervorragendes Papier zu diesem Thema ausgearbeitet und dem Bund vorgelegt hat. Wir könnten dieses Papier von Bayern her unterstützen, weil es ein Problem anpackt, das auf diese Weise sicherlich leichter und sozial verträglicher gelöst werden kann.

Von den Forderungen, die heute im allgemeinen und speziell von Seiten der GRÜNEN gestellt wurden, sind viele sicher wünschenswert und viele auch notwendig, aber viele doch utopisch, wie schon angemerkt worden ist.

Ich muß trotzdem ein grundsätzliches Wort dazu sagen. Für die Sozialpolitik insgesamt stellt sich letztlich die Frage: Sind künftig noch höhere Belastungen der Aktiven möglich, das heißt jener Generation, die das Sozialbudget erarbeiten, die Familien ernähren, die Kinder großziehen und ausbilden, eigene Vermögenswerte schaffen und schließlich auch Vorsorge für das eigene Alter schaffen mußten? Oder werden eines Tages Leistungsänderungen oder Sondertarife für Rentner und Ruheständler unumgänglich sein?

Die Antwort kann nur heißen: Die Altenpolitik für die Zukunft muß schon bei der jüngeren Generation ansetzen; denn ihre Lebensgestaltung heute ist bestimmend für ihre Lebenssituation im Alter und für die Leistungen zur Sicherung dieses Alters. Deshalb ist für alle Bürger die Motivation notwendig, neue Perspektiven zu suchen und neue Verantwortung einzugehen erstens zu einer vorsorgenden Selbstverantwortung, zweitens zu einer bewußten und gesunden

Lebensführung, drittens zu einem Weg weg von den Wohlstandskrankheiten

(Beifall bei den GRÜNEN)

und der Reparaturmentalität, viertens zu einem kostenbewußteren Verhalten in jeder Hinsicht,

(Beifall bei den GRÜNEN)

fünftens weg vom Kosten-Nutzen-Denken gerade bei der Inanspruchnahme von Solidarleistungen und schließlich sechstens hin zu einer Mitverantwortung für sich selbst und für den anderen.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Das heißt, insgesamt gesehen, daß unsere gezielte Politik der Förderung der Familie, der Förderung von Eigentumsbildung, der Förderung von Wohneigentum und Mehr-Generationen-Wohnungen, der Förderung präventiver Gesundheitspflege, der Förderung der Eigenvorsorge und der Sicherung von Arbeitsplatz und Einkommen schon heute die einzig richtige und wichtige Politik ist für den alten Menschen von morgen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat Frau Kollegin Bause.

Frau **Bause** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die letzten Minuten unserer Redezeit noch dazu nutzen, zur Sprache zu bringen, was während der Aussprache zum Sozialetat Unglaubliches passiert ist: Herr Hillermeier hüllt sich in Schweigen über den Maßnahmenkatalog zur angeblichen AIDS-Bekämpfung. Ganz offensichtlich ist ihm die Ressortkompetenz zu diesem Bereich schon längst entzogen.

(Abg. Kamm: Leider wahr!)

Während die gesamte Republik kopfstechend und sich Schlagzeilen und Titelseiten mit dem Maßnahmenkatalog befassen, während ein Sturm der Entrüstung durch die Republik geht, auch bei den Koalitionspartnern in Bonn,

(Zurufe von der CSU)

ein Sturm der Entrüstung über Ihren unglaublichen Maßnahmenkatalog, der eine Katastrophe für alle ernsthaften Bemühungen darstellt, AIDS wirklich zu bekämpfen,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

während all dies rund um uns herum passiert, hat die CSU-Fraktion die Dreistigkeit, einem Dringlichkeitsantrag von uns genau zu diesem Thema die Dringlichkeit abzusprechen.

(Zurufe von der CSU)

Um die Diskussion hier im Plenum zu verhindern, sind Sie sogar bereit, ihren eigenen Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen.

(Frau Bause [DIE GRÜNEN])

(Zurufe von der CSU – Frau Abg. Stamm:  
Wollen Sie die Ältestenratsdebatte  
fortführen?)

Alle Welt redet darüber, aber die CSU-Fraktion beschließt: Dieses Thema ist nicht dringlich.

(Abg. Dumann: Was ist der Unterschied  
zwischen Bayern und der Welt?)

Der Herr Kollege Wilhelm ist jetzt gerade nicht da. Er hat auf dem Gang gesagt: Es war nur dringlich, den Kabinettsbeschluß herbeizuführen und den Katalog in Kraft zu setzen;

(Frau Abg. Stamm: Seit wann werden  
Diskussionen aus dem Ältestenrat hier  
fortgeführt?)

eine Parlamentsdiskussion darüber ist nicht dringlich.

(Anhaltende Zurufe von der CSU – Frau Abg.  
Stamm: Sie können doch nicht die  
Diskussion vom Ältestenrat hier fortsetzen!)

Deutlicher konnten Sie Ihr Demokratieverständnis nicht beweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am 19. März hatten wir einen Dringlichkeitsantrag ähnlichen Inhalts eingebracht. Uns wurde nach einer Diskussion erklärt – ich zitiere aus dem Protokoll den Herrn Tandler –, es sei

ohnehin die Absicht der Staatsregierung, das angekündigte Hearing abzuwarten, bevor die Maßnahmen in Kraft gesetzt werden. Deshalb ist dieser Antrag

– er meint unseren Antrag –

derzeit entweder gegenstandslos und wäre normalerweise zurückzuziehen, oder er wäre abzulehnen, wenn er aufrechterhalten werden sollte, weil sonst unterstellt wird, was derzeit gar nicht ansteht.

Auf diesen Redebeitrag hin haben wir unseren Antrag zurückgezogen, um die Möglichkeit zu haben, hier noch einmal über das gleiche Thema zu reden. Damals sollten wir nicht darüber beschließen, weil noch abgewartet werden sollte, und heute sollen wir nicht einmal mehr darüber diskutieren. Es ist Ihnen offensichtlich lästig, auch noch Argumente finden zu müssen für Ihren unglaublichen und unmenschlichen Horrorkatalog.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der  
CSU)

Was hier am Rande der Durchsetzung des Zwangsmaßnahmenkatalogs passiert, ist nichts anderes als die effektive Selbstentmachtung des Parlaments.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Ich kann Sie nur auffordern: Lösen Sie doch Ihre Parlamentsfraktion auf und lassen Sie sich in den Bordellen als Kondomüberwacher anstellen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei der  
SPD – Lebhafter Widerspruch von der CSU

– Abg. Dumann: Unmöglich! – Weitere Zurufe von der CSU, u. a. der Abg. Gustl Schön und Mittermayer – Unruhe)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Stamm.

(Anhaltende Unruhe)

Frau **Stamm** (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verwahre mich namens meiner Fraktion gegen diesen Stil hier im Hause.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich hoffe nicht, daß es zukünftig gang und gäbe werden sollte, daß wir in einer solchen Art und Weise miteinander umgehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie von den GRÜNEN werfen uns vor, daß wir eine menschenverachtende Politik betreiben, und sind nicht einmal in der Lage, sich an die Geschäftsordnung dieses Hauses zu gewöhnen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Bause, wir verwahren uns gegen das, was Sie hier gemacht haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es ist Aufgabe des Präsidiums bzw. des Ältestenrats, Dringlichkeitsanträge für das Plenum zuzulassen oder nicht. Wenn heute im Ältestenrat mehrheitlich festgestellt worden ist, daß unser Dringlichkeitsantrag aufgrund unseres Hearings nicht als dringlich angesehen werden kann, dann haben wir uns dieser geschäftsordnungsmäßigen Bewertung nicht nur gebeugt, sondern haben sie natürlich anerkannt.

(Beifall bei der CSU)

Es geht darum, unsere Geschäftsordnung einzuhalten.

(Frau Abg. Bause: Die Geschäftsordnung legt nicht fest, daß AIDS nicht dringlich ist! – Gegenrufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Frau Bause, wir können unseren Antrag zur AIDS-Problematik, der aufgrund des Hearings in unserer Fraktion und in den zuständigen Arbeitskreisen eingehend beraten worden ist, im Plenum nicht nur argumentativ, sondern mit großer Überzeugung diskutieren. Sie werden sehen, daß wir uns als CSU zusammen mit der Staatsregierung diesem Thema selbstbewußt und in großer Verantwortung stellen werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch von den  
GRÜNEN)

Wer den Ausführungen, die unser Ausschußvorsitzender, Herr Böhm, heute zur AIDS-Problematik gemacht hat – Herr Kollege Müller, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das bestätigen würden –,

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

(Frau Stamm [CSU])

zugehört hat, kann uns nur in einer solch billigen Art und Weise, wie Sie das getan haben, Frau Bause, unterstellen, daß wir das Thema in diesem Hause nicht so angehen, wie es nötig wäre.

Ich kann Herrn Müller nur zustimmen: Wir sollten dazu übergehen, das Thema aus der parteipolitischen Diskussion herauszunehmen

(Zurufe von den GRÜNEN)

und uns der Verantwortung sachlich zu stellen.

Frau Bause, ich weise noch einmal mit allem Nachdruck zurück, daß wir unseren Dringlichkeitsantrag heute zurückgezogen hätten, weil wir nicht bereit wären, über die Sache zu diskutieren. Wir mußten vielmehr zur Kenntnis nehmen, daß es nach der Geschäftsordnung kein Dringlichkeitsantrag ist, und dem haben wir uns gebeugt.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich darf darum bitten, daß wir miteinander reden und nicht alle zur gleichen Zeit.

(Zurufe von der CSU: Mit denen kann man doch nicht reden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt, auch auf der rechten Seite wieder Ruhe einkehren zu lassen.

Mir wurde berichtet – ich habe es nicht gehört, meine beiden Schriftführer haben es auch nicht gehört –, daß der Herr Kollege Richter die Frau Abgeordnete Bause als dumme Gans oder als Gans bezeichnet hat.

(Abg. Bäumer: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn das im Protokoll verzeichnet ist, werde ich ihm dafür einen Ordnungsruf, eine Rüge, erteilen.

(Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Behalten wir doch den Stil des Hauses bei, den wir bisher hatten!

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller.

**Müller Karl Heinz (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Stamm, ich gebe Ihnen recht: Wir sollten uns über Stilfragen in diesem Hause wirklich einmal ernsthaft unterhalten.

(Zurufe von der SPD: Allerdings!)

Das, was sich gerade auf die Bemerkung des Präsidenten hin abgespielt hat, ist beschämend für dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kollegin Stamm, zur Geschäftsordnung möchte ich folgendes erklären --

**Erster Vizepräsident Möslein:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Stamm?

(Zurufe von der SPD: Das geht nicht! Nicht bei einer Geschäftsordnungsmeldung!)

– Wenn er es gestattet, warum dann nicht?

**Frau Stamm (CSU):** Herr Kollege Müller, würden Sie mir trotzdem zugestehen, daß die Diskussion für die Kollegen meiner Fraktion mit der Feststellung von Frau Bause, daß sich die CSU-Fraktion selbst in Bordellen einfinden soll, um dort die Überwachung zu übernehmen, eine Situation erreicht hat, in der nur solche Reaktionen folgen können?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

**Müller Karl Heinz (SPD):** Ich möchte jetzt das Thema nicht weiter vertiefen. Ich bin nur ein bißchen betroffen, wie viele sich durch solche Bemerkungen offenbar angesprochen fühlen. Das muß ich sagen. Es ist schon eigenartig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, zurück zur Sache!

(Abg. Niedermayer: Bekennen Sie einmal Farbe und sondern Sie sich von diesen Leuten ab! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich darf darum bitten, daß der Herr Kollege Müller zur Geschäftsordnung sprechen kann und nicht durch dauernde Zwischenrufe gestört wird. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Müller Karl Heinz (SPD):** Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU! Wenn man die Reaktion der Öffentlichkeit auf das, was vorgestern im Ministerrat zur Bestätigung eines Beschlusses vom Februar dieses Jahres beschlossen wurde, vor Augen hat, in diesem Parlament als Vertreter des Volkes sitzt, wie es die Verfassung sagt, und sich dann nicht aufgerufen fühlt, dieses Thema wirklich zu diskutieren, insbesondere deshalb, weil es der erklärte Wille der Staatsregierung ist, am 1. Juni – wir kommen vor dem 1. Juni nicht mehr zusammen – die Veröffentlichung in Kraft zu setzen mit all den Problemen, die ich versucht habe, in aller Kürze für meine Fraktion heute darzustellen, dann, muß ich sagen, fehlt einem dafür das Verständnis.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man verneint hier eine Dringlichkeit, die alle mit Ausnahme Ihrer Fraktion sehen. Ich verstehe, wenn die Kolleginnen und Kollegen sich darüber erregen, daß man durch einen Mehrheitsbeschluß eine notwendige Diskussion verhindert, die wir alle führen müssen, Frau Kollegin Stamm.

Ich sage Ihnen noch einmal – ich sage es schon flehentlich fast ein Vierteljahr lang –: Haben Sie doch

(Müller Karl Heinz [SPD])

endlich den Mut mitzuhelfen, daß dieses Thema in einer anderen Form zum Parlament zurückkommt!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kollegin Stamm, wir können es uns doch nicht erlauben, in jeder Plenarsitzung einen Dringlichkeitsantrag zu AIDS auf einem Niveau zu behandeln, das sich einfach einstellen muß. Wir sollten wirklich versuchen, dieses Thema im Parlament zu begleiten. Es ist allerhöchste Zeit, daß Sie sich dazu entscheiden. Mit Geschäftsordnungstricks und Geschäftsordnungsentscheidungen können wir das Thema nicht unter der Decke halten. Ich hoffe und bitte, daß Sie das einsehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich habe eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Ich erteile Herrn Abgeordneten Bäumer das Wort.

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Niedermayer hat eben davon gesprochen, man soll solche Leute – er hat auf diese Seite des Hauses verwiesen – absondern.

(Abg. Niedermayer: Er soll sich absondern!)

Nein! Hier kam es an als „Man soll solche Leute absondern“! Ich bitte Sie hiermit nur, klarzustellen, was Sie gemeint haben. Diese Formulierung – das wissen Sie ganz genau – kommt aus einer Zeit deutscher Geschichte --

(Widerspruch von der CSU)

– Ich bitte Sie, hier klarzustellen, was Sie gesagt haben.

(Zurufe von der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Niedermayer.

**Niedermayer (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe in meinem Zimmer den Beitrag der GRÜNEN-Abgeordneten mitgehört. Ich bin hierhergegangen, weil ich mich entrüstet habe. Ich bin davon überzeugt, daß sich die meisten Kollegen, auch die von der SPD, über diesen Beitrag hätten entrüsten müssen.

Als der Herr Kollege Müller hier gestanden hat, habe ich ihn, nachdem ich ihn als einen Abgeordneten einschätze, der in der Tat auf demokratischen Füßen steht, aufgefordert oder gebeten, daß er sich von diesen Leuten auch in seiner Rede absondern soll.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Damit sind wir am Ende der Aussprache. Das Wort hat nun der Herr Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung.

**Staatsminister Dr. Hillermeler:** Herr Präsident, Hohes Haus! Die zum Teil am Schluß der Debatte sehr hektisch verlaufene Diskussion hält mich nicht davon ab, in aller Ruhe, aber auch in aller Eindringlichkeit eine Reihe von Punkten anzusprechen, die sicherlich eine längere Erwiderung verdienen. Ich nehme aber nicht an, daß es der Wille des Hohen Hauses ist, die zur Verfügung stehende Zeit über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Nachher sage ich auch etwas zu dem Thema AIDS.

(Bravo! und Beifall bei den GRÜNEN)

Die heutige Debatte über nahezu fünf Stunden ist zum Teil mit moderaten, zum Teil auch mit sehr schrillen Tönen geführt worden. Auf einige Beiträge, insbesondere der Abgeordneten Kamm und Schramm von den GRÜNEN, gehe ich bewußt nicht ein, weil sie mir zu abstrus waren.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind viel zu abstrus, um davon viel Aufhebens zu machen.

Herr Schramm, ich möchte Ihnen nur empfehlen – ich mache zu Ihnen nur ganz wenige Bemerkungen –, sich einmal die Institution „Haus des Deutschen Ostens“ anzusehen, weil Sie überhaupt keine Ahnung von der Entstehungsgeschichte und von dem Inhalt dieses Hauses haben. Ich weiß nicht, ob Sie den Willen dazu haben.

(Abg. Dumann: Weil er Scheuklappen hat!)

Dieses „Haus des Deutschen Ostens“ als ideologisches Zentrum der Vertriebenen zu bezeichnen ist so – hier ist ein treffender Ausdruck gebraucht worden – abstrus,

(Abg. Dumann: Kommunistensprache!)

widerwärtig und beleidigend für alle diejenigen, die in dieser großartigen Institution arbeiten,

(Beifall bei der CSU)

daß man die Ausführungen in der Tat mit ganz scharfen Formulierungen zurückweisen sollte. Schauen Sie sich doch einmal an, welche namhaften Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten sich in dem Kuratorium zusammengefunden haben, um den Auftrag des Bundesvertriebenengesetzes zu erfüllen! Ich nenne unter anderem den Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden, der großartig mitarbeitet, und ich könnte noch viele andere nennen.

Herr Kollege Müller, wenn ich Ihren Beitrag analysiere, so war er eigentlich ein großes Kompliment für die bayerische Sozialpolitik und die CSU,

(Abg. Karl Heinz Müller: Da haben Sie mich gründlich mißverstanden! – Heiterkeit bei der SPD)

ein großartiges Kompliment. Von Ihnen als dem Hauptsprecher der Opposition habe ich heute den großen Wurf einer Gegenposition erwartet; aber nichts von alledem.

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

(Abg. Karl Heinz Müller: In 20 Minuten! –  
Abg. Kolo: Immerhin hat er getroffen!)

Ich habe nichts davon gespürt.

(Zurufe – Unruhe bei der SPD)

Das Bemerkenswerteste an Ihrer Rede,

(Zuruf von der CSU: War der Schluß!)

Herr Kollege Müller, war eigentlich, daß Sie zum Haushalt selbst fast nichts Bemerkenswertes gesagt haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Sie haben hervorgehoben – dafür danke ich –, daß das Niveau unserer Sozialpolitik – so ungefähr haben Sie formuliert – einen hohen Grad habe, daß ein hohes soziales Niveau in unserem Lande herrsche. Das paßt aber nun wiederum schlecht mit dem zusammen, Herr Kollege Müller, was Sie nachher zu Leistungskürzungen und Abgabenbelastung ausgeführt haben.

Ich möchte doch noch einmal auf das hinweisen, was Kollege Kobler, glaube ich, schon richtiggestellt hat, daß nämlich in den letzten Jahren der sozial-liberalen Koalition Abstriche in hohen Milliardenbeträgen erfolgt sind. An diesen Abstrichen krankt unser soziales Sicherungssystem noch heute. Wir haben es wieder auf eine saubere, feste und vielfältige Grundlage gestellt. Wir haben wieder Leistungsverbesserungen geschaffen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das ist der Unterschied!

Lassen Sie mich nur ein paar Striche zeichnen! Bei der Arbeitslosenversicherung wäre ohne unser entschlossenes Eingreifen bereits im Jahre 1983 ein Defizit in der Größenordnung von 12 Milliarden DM entstanden. Heute gehören die Defizite der Bundesanstalt für Arbeit – Gott sei Dank! – der Vergangenheit an.

(Abg. Karl Heinz Müller: Die Sozialhilfe zahlt es; das ist doch die Folge! – Unruhe und Widerspruch bei der SPD – Fortgesetzte Zurufe des Abg. Klasen – Gegenrufe der CSU – Glocke des Präsidenten)

– Auch dazu sage ich nachher noch ein Wort.

Ich glaube, der Herr Kollege Kaiser hat auch das Problem der Rentenversicherung angesprochen. Heute verzeichnen wir wieder Reserven. Vor Jahren wurde die Schwankungsreserve abgeschmolzen. Auch das wissen Sie. Heute sind bis zum Jahre 1990 2,3 Monatsausgaben gesichert.

Das familienpolitische Leistungspaket brauche ich im einzelnen, glaube ich, jetzt nicht noch einmal vor Augen zu führen. Es ist eine Leistung, die weiß Gott die Formulierung „familienpolitische Offensive“ verdient und gerade unter der starken Antriebs- und Schubkraft Bayerns, der Staatsregierung und der CSU in den letzten Jahren starken Auftrieb erhalten hat. Diese Dinge sind doch zum großen Teil heute erwähnt worden. Ich verstehe nicht, daß Sie es immer

noch wagen, daran eine kritische oder herabwürdigende Sonde anzulegen. Ich verweise noch einmal auf das Bundeserziehungsgeld und auf andere Maßnahmen, die im steuerpolitischen Bereich auch und gerade vor der letzten Regierungsbildung in die Wege geleitet wurden.

Nun zum Thema AIDS! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition scheint vergessen zu haben, daß der von der Staatsregierung am 25. Februar 1987 beschlossene Katalog dem bayerischen Arbeits- und Sozialministerium eine breite Puktation von Maßnahmen unter dem Begriff „Aufklärung, Beratung und Betreuung“ an erster Rangstelle zugeordnet hat. Soll ich Ihnen vorlesen, was auf dieser Seite festgelegt ist?

(Abg. Karl Heinz Müller: Dafür habe ich Sie vor drei Wochen hier gelobt, Herr Hillermeier! Aber was Sie vorgestern gemacht haben, ist schlimm!)

Deswegen ist es von Ihnen unredlich, Herr Müller, daß Sie nur noch auf die seuchenpolizeilichen Maßnahmen verweisen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das muß man aber doch!)

Von Ihnen wird ausschließlich auf sie hingewiesen, während der Ministerpräsident in seiner gestrigen Rede noch einmal deutlich erklärt hat, er halte es für unverstündlich und unverantwortlich, in dieser Situation ausschließlich auf Aufklärung durch bunte Broschüren zu setzen und das Heil in der Empfehlung und Verteilung von Verhütungsmitteln zu sehen. Notwendig sei vielmehr, so sagte er, ein geschlossenes Konzept, in dem Aufklärung und Beratung einen wichtigen Schwerpunkt darstellen und nach dem das Arbeitsministerium den Auftrag hat, anhand der Puktation von damals nun die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Ich möchte jetzt auf die Einzelheiten nicht eingehen. Aber Ihre Schlußbemerkung, Herr Kollege Müller, daß wir das Thema in aller Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und großer Verantwortung diskutieren müssen – dem stimme ich zu –, paßt nicht zu Ihrer Pauschalverurteilung von heute morgen, bei der Sie den Ausdruck „politische Scharlatanerie“ gebraucht haben. Das paßt nicht zu der Bereitschaft, ehrlich und verantwortungsbewußt miteinander diskutieren zu wollen.

(Abg. Bäumer: Herr Hillermeier, Sie glauben doch selbst nicht an den Katalog!)

Ich könnte jetzt noch eine Reihe von Punkten Ihrer Darstellung anführen, in denen das, was von der Staatsregierung beschlossen wurde und vom Innenministerium in die Wege geleitet wird, schief dargestellt wurde. Sie haben die Überwachungsprobleme bei der Anwendung von Kondomen angesprochen. Natürlich ist das ein Problem. Ich frage Sie aber: Was hätte alles nicht beschlossen werden dürfen, wenn wir jeweils davon hätten ausgehen müssen, daß es auch hundertprozentig überwachbar ist? Da hätte

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

manches in der Bundesrepublik nicht beschlossen werden dürfen!

(Unruhe und Zurufe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Sie haben auch die Ansteckungsverdächtigkeit verzerrt wiedergegeben. Hier haben wir den Personenkreis bekanntlich auf Prostituierte und Fixer reduziert.

Herr Kollege Müller, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Maßnahmen hinweisen, die inzwischen in aller Welt eingeleitet worden sind und die weit über Aufklärung, Beratung und Betreuung hinausgehen. Dabei handelt es sich um ein Spektrum, das zwar im Augenblick noch uneinheitlich ist – das ist bedauerlich –, bei dem es sich aber um ein breites Spektrum von Maßnahmen und Intentionen der Staaten in aller Welt handelt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen Beitrag schon aus dem Jahr 1985 hinweisen. Er findet sich in einem „Spiegel“-Buch. Er stammt von 1985, und wir wissen, daß die Entwicklung inzwischen leider sehr fortgeschritten ist. Hier heißt es:

Zwar schwant vielen, daß sich mit Gottvertrauen allein gegen die Seuche wohl nichts ausrichten lassen wird. Doch an kühnen, weit ausgreifenden Anti-AIDS-Konzepten herrscht nicht nur in Deutschland ein totaler Mangel. Gefragt werden Strategien, die der lautlosen Verbreitung des tödlichen Virus sofort viele Riegel vorschieben. Angesagt und als Erfolg gefeiert werden statt dessen banale Kleinigkeiten ...

Ich brauche das nicht weiter zu zitieren. Das wurde im Jahre 1985 vom wissenschaftlichen Begleiter des „Spiegel“-Verlages in diesem Bereich geschrieben. Dort ist doch genau das angesprochen, was wir heute in die Wege leiten. Wir hoffen, daß die Maßnahmen in den anderen Ländern und in der Bundespolitik allmählich besser etabliert werden, nachdem sie von Bayern angeschoben worden sind.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen. Es ist ein völlig untauglicher Versuch, in dieser Frage irgendwelche Risse in der Bayerischen Staatsregierung entdecken zu wollen. Ein völlig untauglicher Versuch!

Ich habe meine Bedenken gegen die Meldepflicht, und zwar nicht gegen die anonyme, sondern die namentliche Meldepflicht, geäußert; da befinde ich mich in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlichen Beirat. Finden Sie aber in dem, was wir vor wenigen Tagen beschlossen haben, jetzt schon eine namentliche Meldepflicht? Nein, Sie finden sie nicht, sondern sie bleibt selbstverständlich in der Diskussion für den Fall, daß uns die Ereignisse dazu zwingen sollten.

Sie finden derzeit auch keine Forderung nach einer Reihenuntersuchung oder ihre Festlegung. Auch dazu habe ich damals gesagt: Ich glaube nicht, daß es richtig ist, jetzt schon Reihenuntersuchungen durchzuführen.

Auf allen anderen Gebieten stimme ich mit dem, was am 25. Februar etabliert worden ist und jetzt vollzogen wurde, völlig überein. Sie verwechseln offensichtlich die Bayerische Staatsregierung mit der SPD-Fraktion im Münchner Landtag mit ihren chaotischen Zuständen – im Münchner Stadtrat.

(Zuruf der SPD: Hier muß ein Ordnungsruf her! Er hat uns „Chaoten“ genannt!)

– Ich habe von den chaotischen Zuständen der SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat geredet, wenn Sie es noch einmal genau hören wollen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Sie haben noch einmal die Arbeitslosigkeit behandelt, ein wichtiges und, wie auch ich herausgestellt habe, zweifellos nicht befriedigend gelöstes Thema. Dazu haben auch der Kollege Hollwich und andere Stellung genommen. Soll ich Ihnen jetzt noch einmal die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 1969 über 1975 bis 1980 darstellen, wie ich es vor kurzem im Haushaltsausschuß getan habe? Nach der Regierungsübernahme 1982 wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit jedenfalls gebremst, 1984/85 haben wir praktisch einen Stopp und 1986 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erreicht.

(Abg. Klasen: Und was haben Sie versprochen?)

Das ist die Realität!

Sie haben in der Zeit, in der Sie in Bonn an der Regierung waren, immerhin eine Versiebzehnfachung der Arbeitslosigkeit zu verantworten gehabt. Da muß man sich die Frage stellen, ob jemand, der dies zu verantworten hat, wirklich der richtige Ratgeber für den Abbau der Arbeitslosigkeit ist. Diese Frage muß erlaubt sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie benehmen sich wie ein Kettenraucher, der Zeugnis für die Wohltaten des Nichtrauchens ablegen will. Aufgrund der Entwicklung, die Sie damals zu verantworten hatten und die wir nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen können – es gibt kein Patentrezept dafür, mit den von Ihnen verschuldeten Problemen fertigzuwerden –, würde ich mich auf diesem Gebiet ganz ruhig verhalten. Ich wäre an Ihrer Stelle sogar froh, wenn die CSU dieses Thema gar nicht anspräche, weil das aufgrund dessen, was Sie verschuldet haben, Glatteis für Sie bedeutet.

(Beifall bei der CSU)

„Arbeitsmarktpolitik und GRÜNE“ wäre auch ein dankbares Thema, und wenn es sich nicht um so ernsthafte Fragen handeln würde, müßte man den GRÜNEN in der Tat einmal die arbeitsmarktpolitische Verantwortung überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist jetzt natürlich eine reine Hypothese; aber ich bin davon überzeugt, daß dies der einfachste und

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

schnellste Weg wäre, um sie aus dem Bundestag und den Landtagen in Deutschland zu entfernen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Aber die Verantwortung auf diesem Gebiet ist weiß Gott zu groß; ich brauche das nicht auszuweiten.

Es steht doch in einem schrecklichen Widerspruch – ich verstehe gar nicht, daß Sie das nicht begreifen –, wenn Sie einerseits über die Arbeitslosigkeit lamentieren und andererseits durch Ihre Politik des Ausstiegs aus allem möglichen, des Abschnürens der Hochtechnologie und, weiß Gott, was Sie sonst noch alles wollen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in schwierige und schwierigste Situationen bringen wollen.

(Frau Abg. Memmel: Diskutieren Sie das einmal im Zusammenhang!)

Das reimt sich doch überhaupt nicht zusammen!

(Beifall bei der CSU)

Man kann sich durchaus vorstellen, was das Ende wäre: Zustände wie in den Entwicklungsländern mit hohen Arbeitslosenzahlen, Massenelend und dergleichen. Das wäre das Ergebnis Ihrer Politik.

(Abg. Kamm: Also wie bei der Maxhütte in der Oberpfalz! – Frau Abg. Memmel: Und in Marktrechwitz!)

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu einigen Bemerkungen, die richtiggestellt werden müssen. Frau Scheel, Sie haben behauptet, 50jährige Arbeitslose würden in der Statistik nicht mehr gezählt.

(Frau Abg. Scheel: 58jährige!)

– 58jährige, richtig! Diese Behauptung ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß 58jährige Arbeitslose frei entscheiden können, ob sie in der Statistik weiter als arbeitslos geführt werden sollen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Die von Ihnen erwähnten 40000 Arbeitslosen haben darauf ausdrücklich verzichtet. Das ist die Realität, aber nicht das, was Sie hier behauptet haben.

(Zurufe)

Des weiteren ist die verantwortliche und in den letzten Jahren zweifellos gewachsene Arbeit der Gewerbeaufsicht angesprochen worden. Frau Scheel und Herr Franz haben beklagt, daß die Gewerbeaufsicht aufgrund ihrer unzureichenden Personalausstattung ihren Kontrollpflichten nicht nachkomme.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe heute schon ausgeführt, daß die Aufgaben der Gewerbeaufsicht in den letzten Jahren gewaltig gewachsen sind und daß wir auf eine weitere Personalverstärkung bauen müssen, wie sie ja im diesjährigen Haushalt bereits in die Wege geleitet wurde. Es ist aber völlig unredlich, etwa die Meinung zu verbreiten,

die Gewerbeaufsicht in Bayern komme ihrer Prüfungs- und Überwachungspflicht nicht nach.

Ich nenne in diesem Zusammenhang eine Zahl: Die bayerische Gewerbeaufsicht liegt hinsichtlich der Intensität von Betriebskontrollen weitaus an der Spitze aller Bundesländer. In Bayern werden durch die Betriebsrevisionen jährlich rund 37 Prozent aller Betriebe erfaßt. An zweiter und dritter Stelle folgen im Bundesländervergleich Berlin mit 22,9 Prozent und Bremen mit 22,2 Prozent; an vierter Stelle steht Nordrhein-Westfalen mit 19,9 Prozent. Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich. Die Kontrolldichte der bayerischen Gewerbeaufsicht stellt eine großartige Leistung dar.

Es ist auch nicht richtig, daß im Augenblick 50 Stellen unbesetzt sind; ich habe das neulich schon im Haushaltsausschuß festgestellt. Im Augenblick sind 21 Stellen unbesetzt. Das ist bei einer Größenordnung von 500 Stellen, meine Damen und Herren, eine Normalität, die durch Fluktuation, durch Ruhestand, durch Versetzungen von Beamten an oberste Dienstbehörden und dergleichen verursacht wird. Es trifft also in keiner Weise zu, daß Stellen unbesetzt sind und die Gewerbeaufsicht deshalb nicht funktionieren kann. Auch diese Behauptung ist widerlegt.

Herr Kollege Kaiser, Sie haben die Rentenversicherung angesprochen. Ich muß Ihnen jetzt vorhalten, wie in den letzten Jahren der Regierungsverantwortung der SPD in Bonn einerseits die Entwicklung der Renten und andererseits die Inflation verlaufen sind. Daran kann man erkennen, was unter dem Strich für den Rentner übriggeblieben ist; die reinen Zahlen sagen hier zu wenig aus.

(Beifall bei der CSU)

Erinnern wir uns daran, was in Ihrer Regierungszeit gelaufen ist! 1978 wurde die Rentenanpassung ausgesetzt, 1979 bis 1981 erfolgte eine Anpassungspolitik „nach Kassenlage“, wie es damals hieß. Sie kopelten die Renten von der Lohnentwicklung ab. 1979 statt 7 Prozent nur 4,5 Prozent bei einer Inflationsrate von 4,2 Prozent, 1980 bei einer Lohnsteigerung um 6,3 Prozent und einer Inflationsrate von 5,4 Prozent nur 4 Prozent mehr Rente. Das muß man sich einmal vor Augen halten! Das war Ihre Rentenpolitik. Mit diesem Hinweis werden alle Ihre Vorwürfe, was wir versäumt hätten, lächerlich.

(Beifall bei der CSU)

1981 gab es eine Lohnerhöhung von 5,8 Prozent, aber nur eine Rentenerhöhung von 4 Prozent, und das bei einer inflationären Entwicklung von 6,3 Prozent! Damit haben Sie die Renten dauerhaft um 10 Prozent gekürzt. Das war sozialdemokratische Rentenpolitik!

(Beifall bei der CSU – Abg. Karl Heinz Müller: Wenn Sie so weitermachen, komme ich noch einmal!)

– Das steht Ihnen frei.

Ich möchte auf das Problem der sogenannten Trümmerfrauen heute gar nicht eingehen. Ich wundere mich nur über eines. Wenn heute die kritische Sonde

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

an die Einstieglösung gelegt wird und wir dieses System im Augenblick stufenweise ausbauen, dann muß man sich doch fragen: Warum hat eigentlich die alte Regierung in den 13 Jahren, als das Problem auch schon da war, nicht daran gedacht, diese Frage überhaupt aufzugreifen?

(Widerspruch des Abg. Fichtner – Frau Abg. Pausch-Gruber: Das haben doch Sie verhindert! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Heute aber wollen Sie so viel tun.

Zur Strukturreform im Gesundheitswesen! Das ist, wie wir wissen, ein schwieriges Problem. Das Angebot von Ihnen wird angenommen, daß wir gemeinsam überlegen, wie die schwierigen Fragen einer Kostendämpfung gelöst werden können. Daß wir – ich glaube, der Lösungsvorschlag stammt vom Kollegen Kaiser – nur die Ärzte und Zahnärzte zur Kasse bitten, scheint mir ein bißchen einfach zu sein.

Wir stimmen dem Abbau von Betten zu, Herr Kollege Kaiser; ich habe das ausgeführt. Dann darf ich aber sehr herzlich darum bitten, daß auch die örtlichen SPD-Mandatsträger draußen, wenn es um die Erhaltung der eigenen Krankenhäuser oder um den Abbau von Abteilungen geht, mit uns mitziehen.

Das Pflegefallrisiko ist erwähnt worden. Wir haben getan, was überhaupt möglich war, nämlich das Gesetz nach der Diskontinuität baldmöglichst wieder im Bundesrat einzubringen.

Ich möchte noch ein Wort zu der Pflichtquote nach dem Schwerbehindertengesetz sagen; ich drücke mich darum gar nicht herum. Sie ist, glaube ich, vom Kollegen Weber angesprochen worden. Der Herr Ministerpräsident hat im vorigen Jahr in sehr ernstesten Worten an die Wirtschaft und an die bayerischen Behörden appelliert, noch mehr zur Erfüllung der Pflichtquoten zu tun. Erste Erfolge sind auch schon zu sehen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Wo?)

– Auch in Bayern, auch in bayerischen Behörden. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß wir nicht Bundesland mit Bundesland vergleichen können. Es ist nicht möglich, daß wir die Verhältnisse zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit mehr Großbetrieben und der Chance, dort mehr Schwerbehinderte zu beschäftigen, einfach mit den Verhältnissen anderer Länder gleichstellen. Damit will ich nicht entschuldigen, daß hier noch ein Defizit besteht und daß wir uns bemühen müssen, dieses Defizit zu beseitigen.

(Abg. Diethel: Einverstanden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage das nur deshalb, weil wir hier nicht alles über einen Kamm scheren sollten; das geht nicht. Wir wissen, daß es nicht bei allen Behörden, bei der Polizei usw. möglich ist, den entsprechenden Anteil zu beschäftigen.

Ich möchte es mir versagen, sehr viel zur Frauenpolitik zu sagen. Ich sage das auch aus dem sehr

eigensüchtigen Grund, daß ich um 17 Uhr schon in Würzburg sein sollte, um aufgrund einer Einladung von mir mit maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft, der Betriebe, der Industrie- und Handelskammer ein Gespräch über das Thema „Mädchen in Handwerk und Beruf“ zu führen.

(Beifall der Frau Abg. Stamm)

Das heißt also, Herr Kollege Müller, daß das für uns kein Sonntagsthema ist, sondern daß wir dafür auch etwas tun, um unsere Intentionen und Vorstellungen an den Mann beziehungsweise an die Frau zu bringen.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Jungfer: Vom Reden allein wird da nichts! – Abg. Karl Heinz Müller: Keine Sonntagsarbeit!)

Im übrigen möchte ich ganz vorsichtig an folgendes erinnern. Die Frau Kollegin Stamm hat der geschätzten Frau Kollegin Pausch-Gruber einiges sehr argumentativ ins Stammbuch geschrieben, was diese, wie ich glaube, nicht so schnell vergessen wird.

(Beifall bei der CSU)

Letzter Punkt! Ich komme zurück auf die Familienpolitik. Ich habe dazu schon einiges gesagt, und auch im Haushaltsausschuß wurde darüber neulich gesprochen. Ich möchte Sie nicht mit Zahlen erschlagen; aber all das, was hier sowohl auf Bundesebene als auch bei uns geleistet wurde, ist im wesentlichen das Werk der CSU und von niemand anderem! Die Familienpolitik ist in den letzten Jahren von der Union angetrieben worden, im wesentlichen von Bayern, von der Staatsregierung und von der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Auch das, was demnächst in die Realität umgesetzt wird, nämlich die verschiedenen steuerpolitischen Maßnahmen – sie haben einen beachtlichen familienpolitischen Bezug –, die Absenkung des Einkommensteuersatzes, die Anhebung der Grundfreibeträge, der Kinderfreibeträge, die Regelungen beim Bundeserziehungsgeld usw., wäre ohne unseren Beitrag nicht in der Koalitionsvereinbarung erschienen. Dazu kommt aufgrund bayerischer Intentionen – darüber hat Herr Kollege Tandler gestern gesprochen, und heute war auch davon die Rede – eine Ergänzung durch ein Landeserziehungsgeld, so daß wir allmählich auf die drei Jahre kommen, in denen die Mutter dem Kind notwendigerweise zur Verfügung zu stehen hat. Das sind echte familienpolitische Leistungen! Auf Ihrer Seite aber war in den letzten Jahren Funkstille. Das muß man bei dieser Gelegenheit doch einmal sagen dürfen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Karl Heinz Müller: Na, na, na! – Abg. Franzke: Das glauben Sie selber nicht!)

Meine Schlußbemerkung! Bayern war und bleibt das Land Nummer eins hinsichtlich der offensiven Darstellung und hinsichtlich der offensiven Vertretung von Sozialpolitik, Familienpolitik, Behindertenpolitik, Arbeitslosenfragen und dergleichen. Grundlage unserer Politik ist es immer gewesen, mit Augenmaß zu

(Staatsminister Dr. Hillermeier)

handeln. Was sollen denn zum Beispiel die jeweils 100 Millionen DM, die die GRÜNEN für die Haushalte 1987 und für 1988 zusätzlich beantragt haben, oder die 50 oder 60 Millionen DM?

Wir müssen immer daran denken, eine solide Politik zu betreiben. Letzten Endes ist Preisstabilität die beste Sozialpolitik, und darauf haben wir Wert gelegt. Das wird in den nächsten Jahren und auch in diesem Doppelhaushalt das Credo unserer Politik sein. In diesem Sinne bitte ich, dem Haushalt zuzustimmen und damit die Bahn freizugeben für weitere sozialpolitische Akzente, um, wie ich gesagt habe, Bayern noch sozialer zu machen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Einzelplan 10 sowie die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 11/1851.

Kapitel 1001 und 1002 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 1003 soll auf Vorschlag des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ein neuer Titel 25102 mit der Zweckbestimmung „Zuweisung des Bundes zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS“ ohne Haushaltsansatz ausgearbeitet werden. Dieser Titel soll folgenden Haushaltsvermerk erhalten: „Vgl. Vermerk zu TG 52“.

Bei Titel 24194 schlägt der Ausschuß vor, den Einnahmeansatz für 1987 und 1988 um jeweils 120 000 DM zu erhöhen. Die Erläuterungen zu diesem Kapitel bitte ich der Drucksache 11/1851 zu entnehmen.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Michl, Wengenmeier, Zenz – Drucksache 11/1845 – empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 68101 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 180 000 DM zu kürzen.

Ferner schlägt der Ausschuß vor, bei dem gleichen Kapitel einen neuen Titel 68507 mit der Zweckbestimmung „Zuschüsse zu Maßnahmen zur Weiter- und Fortbildung von Psychotherapeuten und zur Verbesserung der psychotherapeutischen Beratung und Betreuung der Bevölkerung“ mit einem Haushaltsansatz für 1987 und 1988 von je 150 000 DM auszubringen. Die Erläuterungen bitte ich der Drucksache 11/1851 zu entnehmen.

Bei Titel 68507 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Loew und anderer auf Drucksache 11/1506, wonach die anerkannten bayerischen Institute für die Ausbildung zum Psychotherapeuten in Höhe von 300 000 DM für beide Jahre gefördert werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Letzte-

res war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1510 –, wonach eine neue Titelgruppe zur Nachsorge für Krebskranke mit einem Haushaltsansatz für 1987 von 1 Million DM und für 1988 von 2 Millionen DM ausgebracht werden soll. Der Ausschuß empfiehlt auch hier die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Opposition. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt weiter vor, eine neue Titelgruppe 52 für „Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS“ mit den Titeln 52652, 53152, 54052, 65352, 68452, 68552 und 89352 mit den Haushaltsansätzen für 1987 von insgesamt 3 Millionen DM und für 1988 von insgesamt 3 500 000 DM auszubringen. Den Haushaltsvermerk, die Aufteilung der Haushaltsansätze sowie die Erläuterungen zu den neuen Titeln bitte ich der Drucksache 11/1851 zu entnehmen.

Außerdem empfiehlt der Ausschuß, bei dem gleichen Kapitel eine neue Titelgruppe 53 für „Maßnahmen des Freistaates Bayern zur medizinischen Behandlung und zur Betreuung afghanischer Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland“ mit den Titeln 52253, 53353, 67153 und 68453 mit einem Haushaltsansatz von insgesamt 380 000 DM für 1987 – 1988 bleibt ohne Haushaltsansatz – auszubringen. Die Aufteilung dieser Summe und die Erläuterungen bitte ich ebenfalls der Drucksache 11/1851 zu entnehmen.

Außerdem soll bei dieser Titelgruppe noch folgender Haushaltsvermerk angebracht werden: „Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.“

Bei der Titelgruppe 90 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion auf Drucksache 11/1509, wonach die Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege für 1987 und 1988 um je 462 500 DM erhöht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Letzteres ist die große Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Dr. Braun, Karl Heinz Müller und anderer – Drucksache 11/1033 –, wonach der Haushaltsansatz für 1987 um 900 000 DM erhöht werden soll. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei Titel 68194 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987

(Erster Vizepräsident Möslein)

und 1988 um jeweils 300000 DM zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe erhöht sich somit um diesen Betrag.

Bei der Titelgruppe 97 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber, Karl Heinz Müller – Drucksache 11/1032 –, wonach die Mittel für den Ausbau therapeutischer Wohngemeinschaften und für die Verstärkung der psychosozialen Beratung und Betreuung von AIDS-Kranken um 10 Millionen DM für beide Jahre erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Letzteres war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1511 –, wonach die Mittel zur Förderung gerontopsychiatrischer Einrichtungen, therapeutischer Wohngemeinschaften u. ä. um 100 Prozent erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Böhm, Karl Schön, Dr. Biebl und anderer auf Drucksache 11/1379 empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 526 97 den Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je 80000 DM zu kürzen und bei Titel 68497 den Haushaltsansatz für 1987 und 1988 um je 620000 DM wegen Umschichtung der Mittel für die psychosoziale Beratung und Betreuung von AIDS-Kranken auf die Titelgruppe 52 zu kürzen. Gleichzeitig sollen die Mittel bei diesem Titel für 1987 und 1988 um je 500000 DM für die psychosoziale Prävention, zur sozialpsychiatrischen Beratung und zur Krisenintervention bei Suizidgefahr erhöht werden.

Bei Titel 89397 der gleichen Titelgruppe sollen die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 200000 DM gekürzt werden. Die Summe der Titelgruppe beträgt nach dieser Umschichtung nunmehr insgesamt für 1987 und 1988 je 10600000 DM.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 1003 für 1987 bei den Gesamteinnahmen um 120000 DM, bei den Gesamtausgaben um 3250000 DM und beim Zuschuß um 3130000 DM sowie für 1988 bei den Gesamteinnahmen um 120000 DM, bei den Gesamtausgaben um 3370000 DM und beim Zuschuß um 3250000 DM.

Kapitel 1004 wird zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 1005 Titel 28601, 68313 und 53176 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Haas und anderer – Drucksache 11/1848 –, wonach

die Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen erhöht werden sollen. Ich lasse abstimmen über die Nummern 1 mit 3; denn die Nummern 4 und 5 wurden zurückgezogen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Wengenmeier, Zenz, Michl – Drucksache 11/1386 – empfiehlt der Haushaltsausschuß, bei Titel 89373 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 1500000 DM zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe 73 erhöht sich somit um diesen Betrag.

Bei der Titelgruppe 74 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bause und Fraktion – das ist die Drucksache 11/1538 –, wonach die Mittel zur Förderung der beruflichen Bildung sowie für berufliche und soziale Frauenfragen um 2 Millionen DM je Haushaltsjahr zur Durchführung eines Programms für den Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben erhöht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Karl Heinz Müller, Weber und anderer – Drucksache 11/1272 –, wonach für eine Initiative „Arbeit statt Sozialhilfe“ zur Förderung von Projekten der freien Träger, Wohlfahrtsverbände und Kommunen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Mittel in Höhe von 16 Millionen DM je Haushaltsjahr bereitgestellt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Leschanowsky, Kobler, Dr. Biebl und anderer – Drucksache 11/1382 – schlägt der Ausschuß vor, bei Titel 65375 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 1 Million DM zu erhöhen. Diese Mittel sollen im wesentlichen dazu dienen, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Problemgruppen auszuweiten. Die Summe der Titelgruppe 75 erhöht sich somit für beide Jahre um 1 Million DM.

Bei der Titelgruppe 76 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Haas, Langenberger, Schimpl und anderer – Drucksache 11/580 –, wonach Mittel für ein Programm zur Um- und Nachqualifikation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer in der Region 7 ausgebracht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Dazu hat sich Herr Abgeordneter Langenberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Langenberger (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem unqualifizierter Arbeitsloser in der Region 7 – das ist die Industrieregion Nürn-

(Langenberger [SPD])

berg, Fürth, Erlangen, Schwabach – ist gravierend. Wenn man sie wiedereingliedern will, ist es erforderlich, daß ein modellhaftes Programm zu ihrer Um- und Nachqualifikation ausgearbeitet wird. Meine Fraktion beantragt wegen der Wichtigkeit dazu namentliche Abstimmung.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Zum Antrag auf Drucksache 11/580 ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte, die namentliche Abstimmung vorzubereiten. – Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf – Das Alphabet wird wiederholt)

Zur Auszählung der Stimmen wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 16 Uhr 42 Minuten bis 16 Uhr 45 Minuten)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 53, mit Nein 89 Abgeordnete. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Bäumer, Frau Bause, Benner, Brandl Max (Cham), Brandl Max (Passau), Dr. Braun, Fichtner, Franz, Franzke, Gausmann, Geisperger, Dr. Götz, Frau Haas, Frau Harrer, von Heckel, Hefe, Heinrich, Hering, Hollwich, Frau Jungfer, Kaiser Willi, Kamm, Klasen, Langenberger, Leichtle, Dr. Magerl, Frau Martini, Mehrlich, Frau Memmel, Moser, Müller Karl Heinz, Müller Herbert, Nentwig, Frau Paulig, Frau Pausch-Gruber, Frau Radermacher, Frau Romberg, Frau Rothe, Dr. Rothemund, Frau Scheel, Schimpl, Schlosser, Schramm, Dr. Schuhmann Manfred, Dr. Seebauer, Sommerkorn, Stenglein, Straßer, Trapp, Warnecke, Frau Wax-Wörner, Weber und Dr. Weiß Armin.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten Asenbeck, Bauereisen, Baumann, Beck, Frau Dr. Biebl, Böhm, Breittriner, Brosch, Dandorfer, Daum, Diethel, Dingreiter, Dobmeier, Dumann, Dr. Eisenmann, Engelhard Rudolf, Fendt, Feneberg, Fickler, Dr. Fischer Max, Gabsteiger, Dr. Glück Gebhard, Grossmann, Gruber, Gürteler, Frau Hecker, Heiler, Heckel Dieter, Dr. Heubl, Dr. Hillermeier, Hofmann, Huber Erwin, Dr. Huber Herbert, Ihle, Jetz, Dr. Kempfler, Kiesl, Kling, Klinger, Kobler, Lang, Lechner, Leeb, Loscher-Frühwald, Lukas, Dr. Maier Christoph, Dr. Matschl, Dr. Mayer Martin, Maurer, Dr. Merkl, Michl, Miller, Mittermeier, Möslin, Müller Willi, Nätscher, Niedermayer, Nüssel, Dr. Pollwein, Dr. Richter, Ritter, Rosenbauer Georg, Schmid Albert, Schön Gustl, Schön Karl, Dr. Schosser, Frau Schweiger, Seehuber, Seitz, Sinner, Frau Stamm, Strehle, Frau von Traitteur, Traublinger, Urban, Dr. Vorndran, Wallner, Dr. Weiß Manfred, Welnhöfer, Wengenmeier, Werkstetter, Widmann, Will, Wünsche, Frau Würdinger, Würth, Zeitler, Zeller und Zenz.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten Dr. Beckstein, Freller und Leschanowsky.

Wir fahren in der Abstimmung fort. Bei der Titelgruppe 78 des Kapitels 1005 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Weber, Willi Kaiser, Karl Heinz Müller und anderer – Drucksache 11/1031 –, wonach die Mittel für Maßnahmen im Bereich der Frühförderung der beruflichen Rehabilitation und der Pflege und Betreuung von Behinderten um 4 100 000 DM erhöht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Letzteres ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Weber, Karl Heinz Müller, Willi Kaiser und anderer – Drucksache 11/1271 –, wonach die Mittel für die Förderung von Projekten zur Beschäftigung und Qualifizierung von körperlich und seelisch Behinderten außerhalb von Behindertenwerkstätten um 4 Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt auch hier Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Scheel auf Drucksache 11/1801. Nach Nummer 1 dieses Änderungsantrages sollen die Mittel zur verbesserten Hilfe für Behinderte im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Behinderte um 7 Millionen DM aufgestockt werden. Diese Nummer 1 des Änderungsantrages wird vom Ausschuß zur Ablehnung empfohlen. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Der Ausschuß empfiehlt, die Nummer 2 des gleichen Antrags für **erledigt** zu erklären. – Damit besteht Einverständnis.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Böhm, Lechner, Dr. Biebl und anderer auf Drucksache 11/1378 empfiehlt der Ausschuß, bei Titel 68478 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 3 500 000 DM für die offene Behindertenarbeit, insbesondere für die Frühförderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder, zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe 78 erhöht sich somit für beide Jahre um 3 500 000 DM.

Bei der Titelgruppe 79 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber, Karl Heinz Müller und anderer – Drucksache 11/1029 –, wonach die Mittel für einen Modellversuch für eine ambulante psychologische und sozialpädagogische Betreuung von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien um je 200 000 DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Ge-

(Erster Vizepräsident Möslein)

genstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei Kapitel 1005 ist noch einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Bäumer und anderer und Fraktion – Drucksache 11/1457 –, wonach eine neue Titelgruppe mit einem Haushaltsansatz für 1987 von 5 Millionen DM und für 1988 von 10 Millionen DM für ausstiegswillige Prostituierte zu Umschulungsmaßnahmen sowie für eine soziale Grundausstattung von 1500 DM plus Mietkosten je Person und je Monat ausgebracht werden soll. Hier ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist das übrige Haus. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**. Stimmenthaltungen kann ich keine feststellen.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 1005 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß um je 6 Millionen DM für beide Jahre.

Bei Kapitel 1006 Titel 685 01 ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Schramm – Drucksache 11/1529 –, wonach die Mittel zur Förderung von Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für beide Jahre um 50 Prozent gekürzt werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Teile der Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das übrige Haus. Wer enthält sich der Stimme? – Einige Abgeordnete der GRÜNEN haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**. Damit bleibt Kapitel 1006 unverändert.

Bei Kapitel 1007 empfiehlt der Ausschuß, einen neuen Titel 68501 zur „Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ ohne Haushaltsansatz auszubringen.

Bei dem gleichen Kapitel ist bei Titelgruppe 71 einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Karl Heinz Müller und anderer – Drucksache 11/1030 –, wonach die Zuschüsse für Maßnahmen der offenen Altenhilfe für 1987 um 5 Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Das ist die Opposition. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Titelgruppe ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1512 –, wonach die Zweckbestimmung und die Ansätze dieser Titelgruppe geändert und erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das übrige Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1513 –, wonach zu-

sätzliche Mittel von 2500000 DM für die altengerechte Umgestaltung von Wohnungen ausgebracht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Danke schön! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist ein weiterer Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1514 – einschlägig. Danach sollen die Mittel bei Titel 85371 „Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände“ und bei Titel 86371 „Darlehen an Sonstige im Inland“ um jeweils 50 Prozent gekürzt und die freierwerdenden Mittel zur flächendeckenden Ausstattung Bayerns mit Pflegeplätzen verwendet werden. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Die Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist das übrige Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1515 –, wonach die Mittel bei Titel 88371 und 89371 für die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände um 50 Prozent gekürzt und die dadurch freierwerdenden Mittel für Zuweisungen für die Ausstattung von Pflegeplätzen verwendet werden sollen. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Wiederum die Fraktion DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen? – Wie vorher. Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit **a b g e l e h n t**.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten von Traitteur, Dr. Biebl, Rudolf Engelhard u. a. auf Drucksache 11/1381 schlägt der Ausschuß vor, bei Titel 88371 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 im Hinblick auf den zusätzlichen Bedarf an Pflegestellen um je 1500000 DM und bei Titel 89371 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 ebenfalls um je 1500000 DM zu erhöhen. Die Summe der Titelgruppe 71 erhöht sich somit für beide Jahre um je 3 Millionen DM.

Bei der Titelgruppe 72 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber, Karl Heinz Müller u. a. – Drucksache 11/1028 –, wonach die Mittel zur Förderung von sozialen Diensten für 1987 um 4 Millionen DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke schön! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1516 –, wonach die Mittel zur Förderung von sozialen Diensten um jeweils 15 Millionen DM erhöht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Die Fraktion DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**.

Bei der Titelgruppe 73 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten

(Erster Vizepräsident Möslein)

Willi Kaiser, Pausch-Gruber, Burkei u. a. auf Drucksache 11/1034, wonach die Mittel für die Beratung mißhandelter Frauen um 450 000 DM erhöht werden sollen. Auch hier empfiehlt der Ausschuß Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Bei der gleichen Titelgruppe ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1518 –, wonach die Mittel für familienpolitische Modellmaßnahmen um 2 600 000 DM erhöht werden sollen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Danke schön! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei der gleichen Titelgruppe ist einschlägig der Antrag des Abgeordneten Weber u. a. – Drucksache 11/628 –, wonach die Ehe- und Familienberatungsstellen bezuschußt werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke schön! Gegenstimmen? – Danke! Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Kobler, Stamm, Böhm u. a. auf Drucksache 11/1380 schlägt der Ausschuß vor, bei Titel 685 73 die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 700 000 DM zu erhöhen. Diese Mittelhöhung soll der Verstärkung des Ansatzes für die Ehe- und Familienberatungsstellen dienen. Die Ausgaben­summe der Titelgruppe erhöht sich um diesen Betrag.

Der bei der gleichen Titelgruppe einschlägige Änderungsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Pausch-Gruber – Drucksache 11/1847 – wurde im Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärt. – Damit besteht Einverständnis.

Bei der Titelgruppe 74 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Pausch-Gruber, Karl Heinz Müller u. a. – Drucksache 11/1027 –, wonach die Mittel für sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit um 2 500 000 DM für 1987 erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Karl Heinz Müller, Pausch-Gruber u. a.; das ist die Drucksache 11/1025. Danach sollen die Mittel für den Ausbau von Suchtberatungsstellen um 6 Millionen DM für 1987 erhöht werden. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Letzteres ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel

und Fraktion – Drucksache 11/1517 –, wonach die Mittel für Erholungsmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen um 1 200 000 DM je Haushaltsjahr erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Titelgruppe ist noch einschlägig ein Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1519 –, wonach die Mittel für sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit für 1987 und 1988 um je 3 Millionen DM erhöht werden sollen. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Stamm, Böhm, Freller u. a. – Drucksache 11/1384 – empfiehlt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen, bei Titel 684 74 des gleichen Kapitels die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 1 500 000 DM zu erhöhen. Diese Mittel sollen für sozialpädagogische Maßnahmen zur Bekämpfung von Folgen der Jugendarbeitslosigkeit verwendet werden. Die Summe der Titelgruppe 74 erhöht sich um diesen Betrag.

Nach dem Änderungsantrag der Abgeordneten Bause und Fraktion – Drucksache 11/1539 – soll bei dem gleichen Kapitel eine neue Titelgruppe 75 zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen, die der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen dienen, mit einem Haushaltsansatz von 12 Millionen DM je Haushaltsjahr neu ausgebracht werden. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Die Fraktion DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Stamm, Dr. Biebl, Anneliese Fischer u. a. – Drucksache 11/1385 – schlägt der Ausschuß vor, eine neue Titelgruppe 75 bei dem gleichen Kapitel zur Förderung von Gleichstellungs- und frauenpolitischen Maßnahmen mit den Titeln 526 75, 531 75, 540 75 und 685 75 und mit einem Haushaltsansatz von je 300 000 DM für beide Jahre auszubringen. Die Aufteilung der Haushaltsansätze und die Erläuterungen zu diesen Titeln bitte ich der Beschlußempfehlung auf Drucksache 11/1851 zu entnehmen.

Bei der Titelgruppe 76 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1520 –, wonach die Mittel zur Betreuung drogenabhängiger und -gefährdeter Gefangener in Justizvollzugsanstalten auf 1 850 000 DM erhöht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich ebenfalls anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Entsprechend dem Änderungsantrag der Abgeordneten Wengenmeier, Michl, Zeller u. a. – Drucksache 11/1482 – schlägt der Ausschuß bei Titel 68476 vor, folgenden Haushaltsvermerk auszubringen:

Gesperrt in Höhe von 460000 DM. Die Sperre kann nur vom Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags aufgehoben werden.

Bei Kapitel 1007 ist noch einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bause und Fraktion – Drucksache 11/1540 –, wonach eine neue Titelgruppe 78 zur verstärkten Förderung nichtkonfessionell gebundener Schwangerschaftsberatungsstellen mit einem Haushaltsansatz von 1 Million DM je Haushaltsjahr ausgebracht werden soll. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen erhöhen sich die Kapitelsummen bei Kapitel 1007 bei den Gesamtausgaben und beim Zuschuß um je 5500000 DM für beide Haushaltsjahre.

Bei Kapitel 1010 ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Wirth u. a. – Drucksache 11/1833 –, wonach die Planstellen für Richter an den bayerischen Arbeitsgerichten um vier Stellen erweitert werden sollen. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Kamm auf Drucksache 11/1528. Danach sollen die Planstellen bei den Arbeitsgerichten um zwei Richter- und drei Angestelltenstellen erhöht werden. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Danke! Stimmenthaltungen? – Keine. Auch dieser Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Kapitel 1010 bleibt somit unverändert.

Die Kapitel 1012, 1020, 1021, 1023, 1024, 1026 und 1027 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 1030 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Franz, Pausch-Gruber u. a. – Drucksache 11/1026 –, wonach zusätzlich 30 Planstellen bei den Gewerbeaufsichtsdämtern ausgebracht werden sollen. Mindestens ein Drittel dieser neuen Planstellen soll mit Frauen besetzt werden. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

– Eine Stimmenthaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem gleichen Kapitel ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1521 –, wonach zusätzlich 50 Planstellen des gehobenen und 20 Planstellen des mittleren Dienstes bei den Gewerbeaufsichtsdämtern, insbesondere zur Bewältigung von zusätzlichen Aufgaben der neuen Störfallverordnung, der Gefahrstoffverordnung, der Medizingeräteverordnung und im Bereich der Umweltaufsicht, ausgebracht werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt. Kapitel 1030 bleibt somit unverändert.

Die Kapitel 1031, 1040, 1041, 1042 und 1050 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bei Kapitel 1053 ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1525 –, wonach die Mittel für Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte um 5 Millionen DM aufgestockt werden sollen. Diese Mittelhöhung soll eine verbesserte Betreuung der Asylbewerber durch Personalmehrungen und verbesserte Bezahlung der Angestellten erreichen. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Titel 42501 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber u. a. – Drucksache 11/1854 –, wonach die Mittel zur verstärkten personellen Betreuung von Asylbewerbern für 1987 um 3 Millionen DM erhöht werden sollen. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Opposition. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Bei Titel 46101 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1526 –, wonach die Ansätze für die Einstellung von Sozialpädagogen zur Betreuung von Asylbewerbern für 1987 und 1988 um je 4800000 DM erhöht werden sollen. Auch hier empfiehlt der Ausschuß Ablehnung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber u. a. auf Drucksache 11/1853, wonach die Haushaltsansätze so erhöht werden sollen, daß für jede Gemeinschaftsunterkunft ein Sozialpädagoge zur Betreuung von Asylbewerbern eingestellt werden kann. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Erster Vizepräsident Möslein)

Bei Titel 51801 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber u.a. auf Drucksache 11/1852, wonach der Haushaltsansatz für 1987 um 5 Millionen DM erhöht werden soll, um damit dezentrale Unterkünfte für Asylbewerber schaffen zu können. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – Drucksache 11/1523 –, wonach der Haushaltsansatz für 1988 um 3 Millionen DM zur Verteilung der Asylbewerber auf dezentrale Unterkünfte und zum Ausbau dezentraler Unterkünfte angehoben werden soll. Der Ausschuß empfiehlt auch hier Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei Titel 68401 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Willi Kaiser, Weber u.a. – Drucksache 11/1855 –, wonach der Haushaltsansatz für 1987 um 5 Millionen DM erhöht werden soll, um die sprachliche, berufliche und soziale Förderung von Asylbewerbern durchführen zu können. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist **a b g e l e h n t**.

Bei der gleichen Haushaltsstelle ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion – das ist die Drucksache 11/1527 –, wonach die Haushaltsansätze für 1987 und 1988 um je 5 Millionen DM erhöht werden sollen. Die zusätzlichen Mittel sollen für eine verbesserte Betreuung, insbesondere durch Sprachunterricht, berufsqualifizierende Weiterbildung usw., der Asylbewerber verwendet werden. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**.

Bei Titel 73501 des gleichen Kapitels ist einschlägig der Änderungsantrag der Abgeordneten Bäumer, Scheel und Fraktion auf Drucksache 11/1522. Danach sollen die Mittel zur Errichtung von Sammelunterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern gestrichen und zur vermehrten Anmietung dezentraler Unterkünfte verwendet werden. Es ist Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenstimmen? – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**. Kapitel 10 53 bleibt somit unverändert.

Kapitel 1055 soll unverändert bleiben.

Bei Kapitel 1056 ist einschlägig der Änderungsantrag des Abgeordneten Schramm auf Drucksache 11/1530. Danach sollen die Mittel für das Haus des Deutschen Ostens für 1987 um 50 Prozent und für

1988 ganz gestrichen und für ein Haus des Friedens verwendet werden. Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung. Wer ist für die Annahme? – Das ist die Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der CSU und Teile der SPD. Stimmenthaltungen? – Das sind die übrigen Abgeordneten der SPD. Damit ist der Änderungsantrag **a b g e l e h n t**. Kapitel 10 56 bleibt somit unverändert.

Die Kapitel 1060, 1070 und 1071 werden zur unveränderten Annahme empfohlen.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zur Schlußabstimmung. Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen ergeben sich folgende Abschlußsummen:

	1987	
Gesamteinnahmen		198 637 400 DM
Gesamtausgaben		1 236 278 500 DM
Gesamtzuschuß		1 037 641 100 DM
	1988	
Gesamteinnahmen		207 334 800 DM
Gesamtausgaben		1 261 484 200 DM
Gesamtzuschuß		1 054 149 400 DM

Wer dem Einzelplan 10 mit den vorgeschlagenen Änderungen und den von mir soeben vorgetragenen Abschlußsummen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist die Opposition. Damit ist der Einzelplan 10 **a n g e n o m m e n**.

Dem Einzelplan 10 sind folgende Anlagen beigefügt:

1. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10,
2. Wirtschaftspläne für die Krankenhäuser im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, die die kaufmännische doppelte Buchführung anwenden,
3. Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 750 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Einzelplans 10 – Anlage S –,
4. Stellenplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Zum Stellenplan bei Kapitel 1041 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen vor, die Zahl der Stellen für Regierungsinspektorenanwärter für das Haushaltsjahr 1987 um 20 und für 1988 um weitere 20 zu erhöhen. – Ich stelle fest: Das Hohe Haus ist mit dieser Änderung einverstanden und nimmt im übrigen von den Anlagen Kenntnis.

Zum Einzelplan 10 schlägt der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlußfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen zum Sachhaushalt, zum Stellenplan und der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

(Erster Vizepräsident Möslein)

beim endgültigen Ausdruck des Epl. 10 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Das ist die Mehrheit. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Eine. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen. Herr Staatsminister, ich gratuliere Ihnen.

Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung erteile ich dem Abgeordneten Herbert Franz das Wort.

**Franz (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Aussprache hat der Herr Staatsminister in seiner Schlußantwort meine Behauptung, daß von den 480 Planstellen für die Gewerbeaufsichtsämter in Bayern derzeit 50 nicht besetzt seien, mit Empörung und Entrüstung als Falschaussage zurückgewiesen.

Ich darf hierzu feststellen, daß der Vertreter des Arbeitsministeriums am 14. Mai im Haushaltsausschuß – darauf berief ich mich – ausgeführt hat, daß die 480 Planstellen bei der vorhandenen Personalfluktuations gegenwärtig nicht alle besetzt seien.

Zum 1. September

– so das Protokoll –

eines jeden Jahres würden sie wieder besetzt. Angesichts der relativ ungünstigen finanziellen Attraktivität aufgrund bundesgesetzlicher Gegebenheiten sei es recht schwierig, geeignetes Personal für die Gewerbeaufsichtsämter zu gewinnen. Derzeit dürften ca. 50 Stellen unbesetzt sein. Zum Teil würden sie zum 1. September wieder besetzt; aber angesichts der Besoldungsmöglichkeiten könnten sie sicherlich nicht zur Gänze besetzt werden.

Ich darf dazu bemerken, Herr Staatsminister: Da Ihr Haus dieses Protokoll bis zum heutigen Tag weder berichtigt noch offenbar zur Kenntnis genommen hat, gehe ich davon aus, daß im Ausschuß richtige Angaben gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Hillermeier.

(Widerspruch von der SPD – Zurufe:  
Schluß!)

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Herr Präsident, Hohes Haus!

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Aber, meine Damen und Herren, hören Sie doch zunächst einmal zu!

(Anhaltende Unruhe)

**Staatsminister Dr. Hillermeier:** Der Herr Kollege Franz hat mich kollegialerweise – dafür danke ich ihm – auf das Protokoll der Sitzung des Haushaltsausschusses

hingewiesen und mir die Passage gezeigt, wonach mein Mitarbeiter aus dem Personalreferat die 50 freien Stellen im Haushaltsausschuß bestätigt habe.

Ich habe eben veranlaßt,

(Abg. Klasen: Jetzt sind's 51! – Heiterkeit  
bei der SPD)

daß das noch einmal überprüft wird, um festzustellen, was nun stimmt: die 21, die mir vorhin genannt wurden, oder die 50, die im Haushaltsausschuß zweifellos genannt wurden.

(Erneuter Zuruf des Abg. Klasen)

Herr Ministerialrat Ewald war eben der Meinung, er habe sich im Haushaltsausschuß getäuscht

(Ah! und Lachen bei der SPD)

und habe eine Zeit vor Augen gehabt, die vor dem April oder Mai 1987 liegt. Dieser Sachverhalt wird von mir ganz selbstverständlich überprüft.

(Abg. Klasen: „Eigenhändig“!)

Sollte es stimmen, daß es 50 sind, stehe ich nicht an, meine vormalige Berichtigung oder kritische Bemerkung als gegenstandslos zu erklären. Sie bekommen Nachricht über das Ergebnis der Überprüfung, Herr Kollege Franz.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 8:

#### **Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs – Neuwahl und Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder**

Der Herr Ministerpräsident teilt mit Schreiben vom 1. April 1987 mit, daß die Amtszeit der berufsrichterlichen Mitglieder Gerhard Schütz, Dr. Richard Metzner und Benedikt Sasowski beendet ist. Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs schlägt der Herr Ministerpräsident den Vorsitzenden Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Herrn Gerhard Schütz und den Vorsitzenden Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Herrn Dr. Richard Metzner zur Wiederwahl sowie den Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Herrn Dr. Herbert von Golitschek zur Neuwahl vor.

Die Fraktion der SPD schlägt mit Schreiben vom 19. Mai 1987 für die wegen Verzichts des bisherigen Richters Benedikt Sasowski neu zu besetzende Stelle nunmehr Herrn Dr. Reinhard Wiczorek, Richter am Bayerischen Sozialgericht, vor.

Von seiten der Fraktion DIE GRÜNEN wurde als berufsrichterliches Mitglied beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof Herr Wolfhard Mauer, Richter am Verwaltungsgericht München, als Gegenkandidat des Herrn Gerhard Schütz vorgeschlagen.

Da der Vorsitzende Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Dr. Richard Metzner keinen Gegenkandidaten hat, schlage ich vor, diese Wahl in offener Form durchzuführen, wie es der Übung im Landtag entspricht und wie es nach § 46 Absatz 3

(Erster Vizepräsident Möslein)

der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag zulässig ist, sofern nicht ein Drittel der Mitglieder des Hauses widerspricht.

(Abg. Langenberger meldet sich zu Wort)

– Ist Ihre Wortmeldung dazu oder zu den weiteren Punkten?

(Abg. Langenberger: Zu den weiteren Punkten!)

Erhebt sich zunächst Widerspruch dagegen, daß wir über diesen Punkt vorweg abstimmen? – Erhebt sich Widerspruch gegen die offene Abstimmung? – Das ist nicht der Fall.

Wir müssen über die weiteren Richter, weil es mehrere Kandidaten gibt, geheim abstimmen, meine Damen und Herren. Nun können wir über Herrn Dr. Metzner, wie wir jetzt beschlossen haben, in offener Wahl abstimmen. Darf ich diese Wahl jetzt durchführen, oder wollen Sie sich vorher zu Wort melden? –

Das Wort hat der Abgeordnete Langenberger.

**Langenberger (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren wenden wir uns gegen die Selbstherrlichkeit, mit der Staatsregierung und CSU die Wahl von berufsmäßigen Richtern zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof vornehmen.

(Zustimmung von der SPD)

Es wird keine Konsultation mit der Opposition gepflogen, und man beruft sich dabei auf die gesetzlichen Bestimmungen.

Wir wiederum fordern seit Jahren die Revision dieser gesetzlichen Vorschriften und haben in den letzten Jahren einen Änderungsgesetzentwurf eingebracht. Wir meinen, daß es richtig wäre, ebenso wie bei der Wahl der Richter zum Bundesverfassungsgericht eine qualifizierte Mehrheit vorzusehen. Es gehört nach unserer Ansicht zu guten demokratischen Gepflogenheiten, daß die höchsten Richter in unserem Lande konsensfähig sind und über die Parteigrenzen hinweg das Vertrauen aller genießen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Gesetzentwürfe sind leider immer abgelehnt worden. Ich kündige heute bereits an, daß wir in dieser Legislaturperiode wiederum eine entsprechende Änderung beantragen werden.

Wir sahen uns wegen Ihrer Haltung bisher gezwungen, uns bei der Wahl der Richter jeweils der Stimme zu enthalten. Wir haben immer betont, daß sich diese Stimmenthaltung nicht etwa gegen die Person des jeweiligen Richters wendet, sondern gegen das Wahlsystem, das zu ändern Sie nicht bereit sind. Wir haben gezeigt, daß wir in dieser Frage nicht die Konfrontation wollen, sondern daß wir den Konsens anstreben.

Nun gibt es bei der Neubesetzung einer Richterstelle eine Chance, die wir nutzen möchten, weil einer der Richter auf die Wiederwahl verzichtet. Wir haben des-

wegen eine untadelige Richterpersönlichkeit ausgewählt, die wir gegen den von der Staatsregierung vorgeschlagenen Herrn Dr. Herbert von Golitschek setzen.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben – das muß noch einmal betont werden – damit auch nichts Abwertendes gegen die Person des Herrn Dr. von Golitschek zu sagen. Wir meinen nur, daß auch wir einen hervorragend qualifizierten Richter zur Wahl vorschlagen können. Ich möchte Ihnen seinen Lebenslauf kurz und in den wesentlichen Zügen schildern.

Herr Reinhard Wiecezorek ist 1945 geboren, hat 1964 das Abitur gemacht und ist in die Stiftung Maximilianeum aufgenommen worden – sicherlich schon ein frühzeitiger Qualitätsbeweis. Er hat 1964 den Wehrdienst geleistet und ist Oberleutnant der Reserve. Ab 1966 hat er das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität München, in Lausanne und in Genf betrieben. 1970 hat er die Erste Juristische Staatsprüfung mit der Note 2,88 abgelegt. Er war dann wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht. 1971 hat er bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf ein halbes Jahr an seiner Dissertation gearbeitet. Am 17. Dezember 1973 wurde er summa cum laude promoviert und hat er den Fakultätspreis errungen.

Am 28. November 1974 hat er das Zweite Juristische Staatsexamen mit der Note 2,66 und der Platzziffer 3 von 686 abgelegt. Ich denke, das spricht für seine ganz besondere Qualifikation. Am 1. April 1982 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Hauptrichterrates der Arbeitsgerichtsbarkeit und im Dezember 1985 zum Richter am Bayerischen Landessozialgericht ernannt.

Mein Damen und Herren! Ich denke, daß man diesem beeindruckenden Lebenslauf nichts Weiteres hinzuzufügen braucht, und bitte bei diesem Wahlgang um geheime Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: der Abgeordnete Bäumer. Er hat das Wort.

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn das Parlament heute tatsächlich dazu kommt, über drei berufsrichterliche Verfassungsrichter abzustimmen

(Zuruf von der CSU: Warum soll es dazu nicht kommen?)

– ich werde noch etwas dazu sagen, warum ich das für vielleicht bedenklich halte –, dann stimmen wir damit über Personen ab, die nach der Verfassung einen wesentlichen Teil der dritten Gewalt in unserem Land darstellen. Dem Verfassungsgerichtshof kommt es nach der Bayerischen Verfassung, unter anderem nach Artikel 63, zu, über die Gültigkeit der Wahl der Mitglieder des Landtags und den Verlust der Mitgliedschaft zum Landtag zu entscheiden.

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Wenn wir solche Personen ohne Kenntnis ihres Werdegangs, ohne Kenntnis ihrer Eigenarten und auch ohne Wissen darüber – bei Herrn Wieczorek ist es etwas anders –, wie sie in ihre Ämter gekommen sind, was sie gemacht haben, bestimmen, dann stellt das auch wieder eine Frage der Selbstachtung des Parlaments dar.

Es ist nicht umsonst so, daß in anderen Parlamenten, im Bundestag, aber auch im Saarland – und zwar schon vor der „Wende“ im Saarland – Zwei-Drittel-Mehrheiten vorgeschrieben sind, daß es Richterwahlausschüsse gibt und daß intensive Gespräche darüber stattfinden, welche Personen wohl geeignet sind.

Noch einmal: Wenn wir – das ist das erste Mal in den zurückliegenden Jahren – für einen Gegenkandidaten gesorgt haben, dann nicht deswegen, weil wir die Kandidaten – Herrn Dr. Schütz kenne ich nicht persönlich – für nicht qualifiziert erachten. Wir halten es aber für dem parlamentarischen Brauch nicht angemessen und der Idee des Minderheitenschutzes absolut abträglich, wenn vom Ministerpräsidenten drei Personen vorgeschlagen werden, die durchaus die Qualifikation haben können – ich will das hier überhaupt nicht in Frage stellen –, und wir uns kein Bild von der äußeren Person, vom Werdegang usw. machen können.

Ich halte es auch für eine Frage der Selbstachtung des Parlaments, ob Sie das machen wollen. Sie können es selbstverständlich tun. Aber auf Dauer kann man dem Bürger draußen doch nicht erklären: Wir richten, welche Ämter auch immer, ein; uns interessiert auch gar nicht, wer da sitzt. Diese Menschen müssen über uns im Zweifelsfall urteilen. Wollen Sie wirklich einen Richter installieren, der vielleicht bei einem von uns einmal zu befinden hat, ob sein Mandat aberkannt wird, ohne ihn zu kennen?

(Zurufe von der CSU)

Mir ist das völlig unklar.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Von daher kündige ich schon jetzt den Geschäftsordnungsantrag an – ich werde ihn am Ende meines Beitrags noch einmal stellen –, die Wahl jetzt zu verschieben, für eine ausführliche Personaldiskussion zu sorgen und auch dafür zu sorgen, daß sich die Kandidaten vorstellen. Wenn es schon nicht hier im Hause geht, dann würde es zumindest im Rechts- und Verfassungsausschuß gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren von der CSU, ich kann nichts dafür, wenn Sie selbst sich nicht zu schade sind, sich für einen solchen Vorgang herzugeben;

(Zuruf des Abgeordneten Kling)

das müssen Sie mit sich selbst abmachen.

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU)

Noch einen Punkt zu unserem Personalvorschlag! Wir haben keinerlei Probleme, Herrn Dr. Wieczorek mitzuwählen. Wenn sich die CSU bereit erklären würde, auch nur ein Fünkchen von der Idee des Minderheitenschutzes zu akzeptieren und zu sagen: Ja, wohl, wir überlassen einen Kandidaten der Opposition, dann ziehen wir unseren Kandidaten sofort zurück. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Aufgrund meiner halbjährigen Zugehörigkeit zum Landtag weiß ich, daß Sie von Grundprinzipien der Demokratie wenig verstehen. Deswegen brauchen Sie sich gar nicht aufzuregen.

(Abg. Brosch: Was wissen Sie von Demokratie?)

Wir sind unter diesen Umständen durchaus bereit, unseren Kandidaten zurückzuziehen. Was hier dokumentiert werden soll und was bei jeder anstehenden Wahl neu dokumentiert wird, ist, daß Sie offensichtlich nicht bereit sind, schon bei minimalsten Dingen auch nur den Anschein zu erwecken, Minderheiten ernst zu nehmen.

(Zurufe von der CSU)

Ich sage noch einige Worte zu dem von uns vorgeschlagenen Richter.

(Zuruf des Abg. Dumann – Unruhe)

– Ich weiß sehr wohl, daß es um Mehrheiten geht; so steht es in dem Gesetz. Nichtsdestotrotz appelliere ich an Ihre demokratische Vernunft, zu sagen: Wenn drei Verfassungsrichter gewählt werden, steht bei den Minderheitsverhältnissen selbstverständlich einer der Opposition zu. Soviel rein mathematische Fähigkeiten traue ich Ihnen zu.

Herr Kollege M a u e r ist Richter am Verwaltungsgericht München und derzeit gleichzeitig in der Baulandkammer am Landgericht München tätig. Er hat das Erste Staatsexamen 1969 in München und das Zweite Staatsexamen ebenfalls in München im Jahre 1972 abgelegt. Danach war er Regierungsrat bei der Regierung von Oberbayern; 1978/79 war er Oberregierungsrat in Landsberg. Seit 1980 ist er Richter am Verwaltungsgericht München. Alles Weitere können Sie der beizuziehenden Personalakte entnehmen.

Ich stelle jetzt zum Schluß den Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmung zu vertagen, bis sich das Parlament ein Bild über die Kandidaten machen konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern. – Der Herr Staatsminister verzichtet zunächst zugunsten des Herrn Kollegen Leeb.

**Leeb (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte, die Herr Kollege Langenberger begonnen hat, wird an dieser Stelle

(Leeb [CSU])

nicht zum ersten Mal geführt. Die Argumentation wiederholt sich stets, wenn es darum geht, berufsrichterliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs entweder neu oder wiederzuwählen. Ebenso, wie das der Herr Kollege Langenberger getan hat, darf auch ich mich im wesentlichen auf das beziehen, was zu früherer Zeit zu diesem Thema gesagt worden ist.

(Zurufe von der SPD: Bayern vorn!)

Meine Damen und Herren! Die Rechtslage in Bayern ist zunächst einmal die, daß die berufsrichterlichen Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs vom Landtag mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Nun ist darauf verwiesen worden, daß beispielsweise bei der Wahl der Richter zum Bundesverfassungsgericht oder etwa zum Staatsgerichtshof im Saarland qualifizierte Mehrheiten vom Gesetzgeber vorgesehen sind. Das ist richtig.

Ich darf Sie aber, meine Damen und Herren, auch darauf hinweisen, daß das Wahlverfahren in mindestens der Hälfte der anderen Bundesländer genauso geregelt ist wie bei uns in Bayern, nämlich in der Weise, daß die einfache Mehrheit entscheidet. Ich halte das auch nach wie vor für richtig und für praktikabel.

(Abg. Dr. Wilhelm: So ist es!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich folgendes sagen! Wenn man, um auf Herrn Bäumer zu sprechen zu kommen, nun sagt: Wenn drei Positionen zur Auswahl stehen, überlassen Sie bitte der Opposition wenigstens eine dieser Positionen, dann bedeutet das doch im Klartext, daß man versucht, die Kandidaten, die zur Wahl oder zur Wiederwahl anstehen, in irgendeine politische Schublade zu stecken, sie im Grunde genommen für irgendwelche politischen Auffassungen zu vereinnahmen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe des Abg. Bäumer)

Mich persönlich interessiert überhaupt nicht, ob ein Richter einer bestimmten politischen Partei angehört. Ich weiß auch nicht, ob die Personen, die derzeit berufsrichterliche Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes sind, der einen oder der anderen Partei angehören; darauf kommt es nicht an. Wir sollten meines Erachtens, auch im Interesse des Ansehens der Unabhängigkeit der Justiz, die Frage der parteipolitischen Zuordnung eines Richters zu irgendeiner bestimmten Partei weder auf dem offenen Markt noch sonstwo austragen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Bäumer)

– Herr Bäumer, lassen Sie mich auch noch auf folgendes hinweisen! Wir kennen das Spiel, das sich beispielsweise bei der Wahl der Bundesverfassungsrichter für Karlsruhe ergibt. Wenn dort Positionen frei sind, gibt es den von Ihnen erwähnten Richter-Wahlausschuß. Dort finden mitunter bewußte Indiskretionen, in irgendwelchen Zeitungen wiedergegeben, statt, wo gesagt wird: Wenn die Partei A den Herrn X unterstützt, dann sind wir bereit,

für die Partei B den Herrn Y zu unterstützen usw. Was kommt dabei heraus? Dabei kommt ein Konglomerat von Kompromissen heraus, das nicht unbedingt identisch sein muß mit der Auswahl des tatsächlich Bestqualifizierten.

(Zustimmung von der CSU)

Meine Damen und Herren! Als der Herr Präsident heute diesen Tagesordnungspunkt aufrief, haben Sie hören können, daß er einen Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen hat, der – das möchte ich betonen – im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes unterbreitet wurde. Daraus ergibt sich, daß hier doch der Filter einer unabhängigen Instanz eingeschaltet war; denn der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, der gleichzeitig Präsident des größten Oberlandesgerichtes im Lande ist, hat sicherlich die Möglichkeit zu beurteilen, ob Personen, die zur Wahl zum Verfassungsgerichtshof ins Gespräch gebracht worden sind, auch tatsächlich die erforderliche Qualifikation mitbringen.

Wir müssen davon ausgehen, daß alle Richter, die vom Herrn Ministerpräsidenten vorgeschlagen worden sind, lange Jahre in der bayerischen Gerichtsbarkeit an unterschiedlicher Stelle tätig gewesen sind, ihr Amt ohne Fehl und Tadel ausgeübt haben und sich durch langjährige richterliche Tätigkeit in richterlicher Unabhängigkeit auch qualifiziert haben. Ich glaube, das allein ist entscheidend.

Ich möchte mir nicht das Recht anmaßen, nun für oder gegen die einzelnen hier im Raum stehenden Vorschläge etwas Personelles zu sagen, zumal ich einen Teil der vorgeschlagenen Richter persönlich nicht kenne. Ich möchte niemandem zu nahe treten, insbesondere natürlich niemandem Unrecht tun.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Trapp?

**Leeb (CSU):** Bitte schön!

**Trapp (SPD):** Herr Kollege Leeb, Sie sagten, daß Sie die Parteizugehörigkeit der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Kandidaten nicht kennen. Halten Sie es für möglich oder für wahrscheinlich, daß die Staatsregierung zur Gewährleistung des Minderheitenschutzes auch einen Kandidaten vorgeschlagen hat, der nicht der CSU angehört oder der parteilos ist?

(Unruhe und Zurufe bei der CSU)

**Leeb (CSU):** Herr Kollege Trapp! Aus den von mir dargestellten Gründen gehe ich davon aus, daß es auch für die Staatsregierung kein ausschlaggebendes Kriterium ist, vor der Fertigung eines solchen Vorschlages der Frage nachzugehen, welcher Partei irgendein denkbarer Kandidat angehört.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Jetzt sollten Sie aber rot werden!)

– Nein, gar kein Anlaß!

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Weiß?

**Dr. Weiß Manfred (CSU):** Herr Kollege Leeb, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß gerade die Frage des Kollegen Trapp sehr deutlich gezeigt hat, welche Personalpolitik die SPD in den Ländern macht, in denen sie die Regierung stellt?

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

**Leeb (CSU):** Diese Vermutung ist durchaus naheliegend, Herr Kollege Dr. Weiß. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal betonen: Ich würde es für verfehlt halten, wenn man bei der Besetzung herausgehobener Richterstellen – immerhin ist der Bayerische Verfassungsgerichtshof ein oberstes Staatsorgan – allzusehr eine Verquickung zwischen Richtertum einerseits und parteipolitischer Auffassung des Vorgeschlagenen andererseits herbeiführen würde.

Bitte, Herr Hiersemann!

**Hiersemann (SPD):** Herr Kollege Leeb, würden Sie den Kollegen Weiß darauf hinweisen, daß ein Wahlrecht wie bei uns in Bayern, wo die einfache Mehrheit die Verfassungsrichter wählt, in den anderen Ländern nicht üblich ist

(Große Heiterkeit bei der CSU)

und daß seine Frage deshalb völlig am Kern vorbeigeht!

**Leeb (CSU):** Herr Kollege Hiersemann, ich fürchte, Sie waren zu Beginn meiner Ausführungen noch nicht im Saal. Ich habe nämlich darauf verwiesen, daß ich schon bei früheren Debatten zum gleichen Thema detailliert vortragen konnte, in welchen Bundesländern das Wahlverfahren dem bayerischen absolut entspricht.

(Abg. Hiersemann: Dann müssen Sie aber auch über Auswahlausschüsse und all dies reden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Gesichtspunkte kurz ansprechen! Der Kollege Langenberger hat angekündigt, daß seine Fraktion zum wiederholten Mal eine Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof mit dem Ziel der Einführung qualifizierter Mehrheiten beantragen wolle. Ich darf dazu, ohne der dann sicherlich notwendig werdenden Debatte vorzugreifen, doch darauf verweisen, daß das Verlangen nach einer qualifizierten Mehrheit auch vom Verfassungsrechtlichen her nicht absolut unproblematisch wäre.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Artikel 23 der Bayerischen Verfassung, wo gesagt wird: „Der Landtag beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Verfassung kein anderes Stimmverhältnis vorschreibt.“ Nun kann man mir vorhalten, daß hier von Abstimmungen und nicht von Wahlen die Rede ist. Aber, meine Damen und Herren, das Mehrheitsprinzip, wonach die vom Volk ge-

wünschte einfache Mehrheit entscheidet, ist doch sicherlich eine der Grundlagen unserer Bayerischen Verfassung.

(Abg. Dr. Rothmund: Herr Leeb, das ist aber weit hergeholt!)

Eine letzte Bemerkung zum Geschäftsordnungsantrag, heute zu vertagen und irgendwo – möglicherweise hinter verschlossenen Türen – eine Personaldiskussion zu führen, den die Fraktion DIE GRÜNEN gestellt hat! Ich glaube, meine Damen und Herren, ich sollte namens der Fraktion der CSU diesem Geschäftsordnungsantrag widersprechen.

(Beifall bei der CSU)

Es würde nämlich sicherlich nicht sehr weit führen, wenn wir, sei es auch in einer nichtöffentlichen Sitzung, die ja bekanntermaßen „absolut geheim“ verläuft, Personaldiskussionen führen würden und müßten, die unter Umständen wiederum dem Amt des Verfassungsrichters und dem Ansehen des Verfassungsgerichtes abträglich wären.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, bin ich der Auffassung, daß der Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten, der uns im Einvernehmen mit dem amtierenden Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes vorgelegt worden ist, den Vorzug verdient, und ich bitte Sie, entsprechend zu wählen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

**Staatsminister Lang:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich könnte Ihnen anhand einer Liste zeigen, wie das Bundesarbeitsgericht, das Bundessozialgericht und die übrigen Bundesgerichte in der Zeit der SPD/FDP-Koalition besetzt wurden. Ich mache das nicht; aber wenn Sie es wollen, kann ich es machen.

(Zuruf des Abg. Klasen)

Als langjähriges Mitglied des Richterwahlausschusses könnte ich Ihnen auch vortragen, wen wir vorgeschlagen haben; es waren auch Angehörige Ihrer Partei. Dabei kam es uns nie auf die Partei, sondern immer darauf an, wie die einzelnen Persönlichkeiten ihre Richterlaufbahn – –

(Zuruf des Abg. Dr. Seebauer)

– Nein, nein, das muß auch gesagt werden! Das habe ich im Haushaltsausschuß auf einen Vorhalt hin auch schon gesagt.

Uns kam es immer darauf an, welche Beurteilung die einzelnen Persönlichkeiten aufgrund der Bewährung in ihrem Beruf erhalten haben. Das ist ja das Besondere an der CSU: Wir haben ausschließlich die Zeugnisse, die Beurteilungen und die entsprechenden Laufbahnen berücksichtigt.

(Zuruf des Abg. Klasen)

(Staatsminister Lang)

Sie wissen ganz genau, wen wir hervorgehoben haben. Fordern Sie uns bitte nicht heraus! Sie wissen auch ganz genau, wer von Ihnen im Bayerischen Verfassungsgerichtshof sitzt. Wir haben immer davon Abstand genommen, als Kriterium einzuführen, ob jemand zur SPD gehört, zur FDP gehört oder zur CDU/CSU gehört; das wäre auch schlimm, Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen Richterpersönlichkeiten, und darauf haben wir jeweils abgestellt.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klasen?

**Staatsminister Lang:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorgeschlagenen hohen Richter Dr. Schütz, Dr. von Golitschek und Dr. Metzner sind eingehend

(Abg. Klasen: – durchleuchtet worden! –  
Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

von den zuständigen Hauptrichterräten – in ihnen sitzen nicht nur Leute der CSU; das muß auch gesagt werden – und von den verschiedenen Gremien geprüft und vorgeschlagen worden. Diese Vorschläge hat die Staatsregierung nach Abstimmung mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes übernommen.

Wir sollten auch nicht die Übung einreißen lassen, im Landtag Personalakten vorzutragen. Deshalb sehe ich von einer Benotung und Bewertung für den einen wie für den anderen ab.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Richter Dr. Schütz, Dr. von Golitschek und Dr. Metzner zu wählen. Dabei handelt es sich – das kann ich Ihnen sagen – um Persönlichkeiten, die von den einzelnen Gerichtsbarkeiten auch für das Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen wurden. Daraus können Sie selbst ersehen, wie sie bewertet und beurteilt wurden und wie befähigt sie sind.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat Herr Kollege Langenberger.

**Langenberger (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer Herrn Kollegen Leeb gehört hat, hätte fast den Eindruck gewinnen können, wir würden der Staatsregierung oder der CSU rechtswidriges Verhalten vorwerfen. Das tun wir nicht. Wir sagen nur: Sie sollten es sich doch einmal durch den Kopf gehen lassen, ob es nicht sinnvoll ist, eine breite Zustimmung des Parlaments zu erreichen. Eine breite Zustimmung wird aber immer dann erreicht, wenn man sich über die für das höchste Gericht im Land in Frage kommenden Richterpersönlichkeiten unterhält. Damit würden Sie sich nichts vergeben.

Es ist auch nicht richtig, Herr Kollege Leeb – diesen Anschein erwecken Sie nämlich –, daß die Qualität des Bundesverfassungsgerichts umstrit-

ten ist – so ähnlich haben Sie argumentiert –, weil dort eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Das ist doch nicht der Fall! Sie können doch nicht allen Ernstes behaupten, daß das Bundesverfassungsgericht nicht qualifiziert besetzt sei.

Ich habe das Gefühl, daß Sie, obwohl Sie sonst immer den Konsens unter den Demokraten beschwören, das immer gerade dann nicht wollen, wenn Sie dafür eine gute Gelegenheit hätten. Das hat doch nichts mit parteipolitischer Besetzung zu tun.

Wenn Sie aber den Verdacht haben, daß das bei Gerichten in anderen Ländern der Fall sein könnte, dann ist es dort das gute Recht der Opposition, darauf hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß auch dort eine breite Zustimmung erreicht wird.

**Präsident Dr. Heubl:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß?

**Langenberger (SPD):** Nein. Ich bin nämlich gleich am Ende. Ich möchte nur signalisieren, daß wir den Geschäftsordnungsantrag der GRÜNEN für sinnvoll halten und durchaus meinen, daß über die Besetzungen in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden könnte, weil damit die Chance bestünde, vielleicht doch zu einer breiten Zustimmung zum Wohle aller, auch der Richter, die zu berufen sind, zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat Herr Kollege Hiersemann.

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht unnötig verlängern;

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU:  
Das tun Sie aber!)

aber irgend etwas muß man ja zu der Märchenstunde des Innenministers sagen. Ich weiß nicht, worüber Sie gesprochen haben, Herr Innenminister, als Sie die Besetzung von Bundesgerichten erwähnten. Sie wissen ganz genau, daß diese Besetzung nach Bundesrecht über Richterwahlausschüsse erfolgt und daß gerade die Bestimmungen über die Auswahl der Bundesrichter dazu führen, daß sich nicht einzelne Parteien durchsetzen können, sondern sich zusammenraufen müssen, so daß immer auch die Interessen der Minderheit berücksichtigt werden. So war das, als wir regiert haben, und so ist es jetzt, da Sie regieren.

Sie haben davon gesprochen, daß auch Mitglieder meiner Partei im Bayerischen Verfassungsgerichtshof vertreten seien. Dies ist für mich eine völlig neue Information, Herr Minister, außer Sie hätten die beruflichen und die ehrenamtlichen Richter durcheinandergebracht. Aber ist es kein Verdienst der CSU, daß sich unter den ehrenamtlichen Richtern auch Sozialdemokraten befinden; denn sie werden von diesem Haus nach d'Hondt bestimmt. Also stehen sie uns schlechterdings zu, und ihre Zahl richtet sich nach d'Hondt. Dem Nachweis hinsichtlich der

(Hirsemann [SPD])

Berufsrichter, Herr Staatsminister, sehe ich aber mit großem Interesse entgegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bäumer.

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch einige kurze Bemerkungen! Herr Kollege Leeb, wenn Sie hier selbst ausführen, daß Sie einige oder vielleicht alle der vorgeschlagenen Richter nicht kennen, dann ist es für mich unfaßbar, daß Sie nicht auch verlangen: Wir müßten sie kennenlernen. Im Leben hat man doch öfter damit zu tun, daß es Menschen gibt, die einen kontrollieren sollen, und der Verfassungsgerichtshof hat eine Kontrollaufgabe. Da verstehe ich es überhaupt nicht, daß Sie in Unkenntnis der Personen abstimmen wollen und sagen, es sei Ihnen völlig egal.

Es mag ja sein, daß das zutrifft, was der Innenminister gesagt hat, daß nämlich seine Vorprüfung ergeben habe, daß es sich um hochqualifizierte Personen handle.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Manfred Weiß?

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Ja, sicher.

**Dr. Weiß Manfred (CSU):** Herr Abgeordneter Bäumer, nachdem Sie gesagt haben, daß der Verfassungsgerichtshof auch die Abgeordneten zu kontrollieren hat, glauben Sie dann, daß es sinnvoll wäre, daß wir uns diejenigen, die uns kontrollieren sollen, selbst aussuchen?

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Nein, es geht nicht darum, daß wir sie uns aussuchen. Vielmehr geht es darum, daß wir wissen, wer als Kontrolleur eingesetzt wird, daß wir sie

(Abg. Hiersemann: Daß wir sie gemeinsam aussuchen und nicht die CSU allein!)

– danke schön, Herr Kollege Hiersemann! – gemeinsam aussuchen und daß diese Auswahl auch zu einem Spiegelbild der gesellschaftlichen Zusammensetzung dieses Parlaments wird.

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klasen?

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Ich möchte den Gedanken noch zu Ende führen; dann gestatte ich auch diese Zwischenfrage.

Die Vorprüfung durch den Herrn Ministerpräsidenten oder den Innenminister mag ja für die CSU-Fraktion eventuell ausreichend sein. Aber für die Opposition reicht sie keinesfalls aus; denn Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, daß sämtliche Richter Bayerns, die in Frage gekommen wären, in die Vorprüfung einbezogen worden sind. Ich kann mir nicht vorstellen,

daß zum Beispiel die beiden ebenfalls vorgeschlagenen Kandidaten, also Herr Dr. Wiczorek und Herr Mauer, vorher in irgendeine Erwägung einbezogen worden sind. Deswegen ist es wohl richtig, daß wir sagen, wir wollen mehr über diese Personen wissen.

Bitte, Herr Kollege Klasen!

**Klasen (SPD):** Herr Kollege Bäumer, wenn Sie die bedenkenswerten Worte des Kollegen Weiß, daß wir nicht diejenigen selbst bestimmen sollten, die uns kontrollieren sollen, ernst nehmen, halten Sie es dann nicht für noch viel bedenklicher, daß der Ministerpräsident, der durch das Gericht viel mehr als dieses Parlament kontrolliert werden muß, hier allein das Vorschlagsrecht wahrnimmt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Klasen, ich bedanke mich für das gute Zusammenspiel der Oppositionsfaktionen. Das war der nächste Punkt, den ich vorbringen wollte.

(Beifall und Lachen bei der CSU)

– Ich weiß überhaupt nicht, was Sie da zu lachen haben. Diesem Land würde es sicher besser bekommen, wenn die Opposition insgesamt weiter an Kraft zunehmen und Sie in die Schranken verweisen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ersparen wir Ihnen lieber!)

Einen Punkt noch, bei dem ich mich aus meiner Tätigkeit als Richter noch einigermaßen auskenne! Eine Korrektur dessen, was der Herr Minister zur Besetzung der **B u n d e s g e r i c h t e** gesagt hat. Es steht völlig außer Zweifel – man sollte hier auch nicht so tun, als sei das beim Verfassungsgerichtshof in Bayern anders –, daß politische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Aber zur Zeit der sozial-liberalen Regierung – beiden Parteien gehöre ich nicht an – war es immer so, daß die CDU bei der Richterbesetzung angemessen, wenn nicht sogar mehr als angemessen, nach meinem Geschmack sogar zu stark repräsentiert war. Als aber Sie an die Regierung kamen, hat ein bis dahin für die Bundesrepublik noch nicht dagewesener Durchmarsch schwarzer Richter stattgefunden. Das ist die Realität!

(Zustimmung von den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat Herr Kollege Dr. Beckstein.

**Dr. Beckstein (CSU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich selber des öfteren die Ehre hatte, den Bayerischen Landtag beim Verfassungsgerichtshof zu vertreten, möchte ich einige Anmerkungen aus meiner Sicht machen.

Ich meine zunächst, daß es eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, daß zwei Richterpersönlichkeiten, die diese Tätigkeit bereits bisher ausgeübt haben, **w i e d e r g e w ä h l t** werden, wenn niemand – ich bin

(Dr. Beckstein [CSU])

davon überzeugt, daß dies niemand in diesem Haus tun will; zumindest gilt dies für die SPD – an diesen beiden Richterpersönlichkeiten inhaltliche Kritik übt.

(Abg. Bäumer: Das habe ich auch nicht getan!)

Wenn jemand bereits Richter am Verfassungsgerichtshof ist, ist es ein Akt der Selbstverständlichkeit, daß er wiederberufen wird, wenn er hohe Achtung genießt.

(Beifall bei der CSU)

Von daher ist mir die Diskussion völlig unverständlich.

Das Zweite! Ich mache kein Hehl daraus, daß ich es wie die normalen Bürger dieses Landes als höchst traurig empfinde, wenn gesagt wird, daß das wichtigste Kriterium bei der Auswahl eines Richters die Frage seiner Parteizugehörigkeit sei.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

– Wenn Sie meine Ausführungen ein wenig weiter anhören, merken Sie, daß Sie sich mit dem Beifall selbst eine „Fetzenwatschn“ gegeben haben, wie wir Nürnberger sagen; denn Sie unterstellen, daß der Vorschlag des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, der von der Bürokratie des Justizministeriums geprüft und letztlich vom Ministerpräsidenten vorgebracht wird, unter parteipolitischen Gesichtspunkten erfolge. Es ist typisches SPD-Denken, die eigenen Leute nach Partei-Gesichtspunkten durchziehen zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Partei hat es beispielsweise oft genug gegärt, daß es bei Präsidenten von hohen Gerichten eben nicht nach Parteizugehörigkeit geht, sondern daß die Verwaltung sagt: An die Reihe kommt der, der die entsprechende Qualifikation hat, und es interessiert nicht, ob sich, wie in Nürnberg geschehen, eine Partei für jemanden ausspricht oder nicht.

(Abg. Geisperger: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Wenn Sie sagen, daß ich das selbst nicht glaube, dann nenne ich als Beispiel zwei Richterpersönlichkeiten aus Nürnberg, die dem Gericht heute nicht mehr angehören, nämlich den früheren Präsidenten des Oberlandesgerichts Nüchterlein, der jetzt Senator ist, und den früheren Präsidenten Ludwig. Beide haben es sogar weitgehend abgelehnt, zu Veranstaltungen der CSU zu kommen, weil das, wie sie sagten, ihrem Verständnis der Überparteilichkeit und der Unparteilichkeit nicht entspreche; sie seien niemals Mitglied einer Partei gewesen und hätten so etwas immer abgelehnt.

Sie aber kommen mit Ihrem typischen SPD-Denken und sagen: Selbstverständlich geht alles nur nach Parteizugehörigkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Heubl:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klasen?

**Dr. Beckstein (CSU):** Es tut dem Bundesverfassungsgericht nicht gut, wenn jedermann in Deutschland, der Sachkunde hat, von einem SPD-Senat und einem CDU-Senat redet. Das ist der Frage der Anerkennung des Rechts beim Bürger nicht dienlich.

(Beifall des Abg. Kamm)

Worauf wir uns alle zurückziehen müssen, ist, daß wir nicht versuchen, hier zu politisieren. Die Frage der Zwei-Drittel-Wahl heißt für mich schlichtweg, daß wir nicht die Unparteilichkeit, sondern den Parteiproporz heranziehen. Die parteipolitische Überbetonung ist schlecht.

Jetzt Ihre Zwischenfrage!

**Klasen (SPD):** Herr Kollege Beckstein, nachdem Sie für die CSU-Seite die parteipolitische Unschuld demonstrieren, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß beispielsweise bei Bundesgerichten wichtige Exponenten wie Herr Herzog beim Bundesverfassungsgericht oder Herr Reiter als Präsident des Bundessozialgerichts, Ihre Vorschläge, reine CSU-Mitglieder waren?

(Beifall bei der SPD – Abg. Wengenmeier:  
Ja, und? – Frau Abg. Martini meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Dr. Beckstein (CSU):** Lieber Herr Kollege Klasen, Sie bringen mir ja gerade den Beweis dafür, daß bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit nicht die Unparteilichkeit, sondern der Parteiproporz im Vordergrund steht. In einem solchen Fall wäre es auch selbstverständlich, daß die CSU-Fraktion des Bayerischen Landtags Vorschläge nach dem ihr zustehenden Verhältnis macht. Wir würden dann Parteifreunde und nicht in erster Linie unparteiliche Richter vorschlagen, die fachlich über jeden Zweifel erhaben sind. Ich meine, es ist nicht gut, in dieser Frage zu einem Parteiproporz zu kommen.

Ich glaube auch nicht, daß eine mehrstündige Debatte hier im Landtag, selbst hinter verschlossenen Türen, besser geeignet wäre, die persönliche Qualifikation festzustellen, als diejenigen, die zum Beispiel lange Jahre als Präsident tätig waren.

Eigentlich bin ich fertig; aber ich will die beiden Zwischenfragen selbstverständlich noch zulassen.

(Abg. Hiersemann: Das geht jetzt nicht mehr!)

**Präsident Dr. Heubl:** Moment einmal! Normalerweise gibt es zwei Zwischenfragen. Ich bin auch nicht bereit, davon zu so später Stunde abzugehen. Zwischenfragen erlaubt der Präsident und nicht der Redner! Es gab vorher schon ein Mißverständnis. Herr Kollege Weiß, Sie können Ihre Zwischenfrage noch stellen, Sie nicht mehr!

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Er hat ja gesagt, er ist fertig; dann gibt es auch

(Präsident Dr. Heubl)

keine Zwischenfrage mehr! – Abg. Wengenmeier:  
Ende!

– Wenn er zu Ende gesprochen hat, gibt es auch keine Zwischenfrage mehr. Schluß!

(Allgemeine Unruhe)

Herr Kollege Hiersemann, Sie wollten noch einmal das Wort nehmen.

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe nicht, warum Sie jetzt unruhig werden; Sie haben Herrn Kollegen Beckstein ja auch in Ruhe zuhören können. Nachdem uns der Kollege Beckstein bei unseren Vorschlägen typisches SPD-Denken vorgeworfen hat,

(Abg. Leeb: – kommt jetzt das typische CSU-Denken!)

muß ich sagen: Ich begreife das nicht.

– Nein, so billig mache ich es mir nicht, Herr Kollege Leeb.

Sie haben davon gesprochen, daß die Vorschläge nur nach Qualifikation gemacht werden. Wer macht dies transparent? Sie werden sicher zur Kenntnis genommen haben, daß die SPD-Fraktion hinsichtlich des freiwerdenden Platzes eine Alternative anbietet. Woher weiß dieses Haus überhaupt, ob es sich zumindest bei der Neubesetzung um die qualifiziertesten Personen handelt, wenn wir alle zusammen nicht wissen, welche anderen Vorschläge überhaupt noch da waren, außer Sie wüßten davon? Dann, muß ich aber sagen, würde die CSU-Fraktion im Informationsbereich anders bedient als zum Beispiel die SPD-Fraktion; dann könnte sie vielleicht Vorschläge prüfen, wir aber nicht. Das macht aber all das obsolet, was Sie gesagt haben.

Ich meine, die von uns vorgeschlagene Zwei-Drittel-Mehrheit – wenn ich mich richtig erinnere, haben wir in der letzten oder in der vorletzten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf eingebracht zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes, die nicht nur die Zwei-Drittel-Mehrheit enthielt, sondern in dem es auch um Richter-Wahlausschüsse und all diese Dinge ging – zwingt nicht zum Parteiproporz. Sie zwingt aber dazu, daß die Vorschläge, die gemacht werden, in der Tat von der Qualifikation her erste Spitze darstellen und von allen verantwortet werden können. Gleichzeitig verschafft sie dem Verfassungsgerichtshof sowohl bei der personellen Besetzung als auch bei der inhaltlichen Arbeit eine breitere Basis.

Herr Kollege Beckstein, solange es die CSU-Fraktion schlichtweg ablehnt, der Minderheit, der Opposition, in diesem Haus auch nur ein Zipfelchen der Möglichkeit mitzureden verwehrt, so lange ist das, was Sie gerade gesagt haben, nicht sehr glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Solange dies die CSU-Fraktion ablehnt, geht es ihr allein darum, bei der Besetzung der Richter des Verfassungsgerichtshofs den Herr-im-Haus-Standpunkt

durchzusetzen und das alleinige Sagen behalten zu wollen.

(Beifall bei der SPD und Teilen der GRÜNEN)

Ich bin der Meinung – deswegen habe ich vorhin eine Zwischenfrage an den Herrn Kollegen Weiß gestellt –, daß die Regelung in anderen Bundesländern in der Tat besser ist; denn auch in den Ländern, wo wir die einfache Mehrheit haben – es sind wenige –, gibt es zum Beispiel Richter-Wahlausschüsse. Dort ist das gesamte Vorbereitungsverfahren – ich habe das, als ich den Gesetzentwurf vorbereitet habe, sehr genau überprüft – sehr viel längerfristig und gibt auch der Opposition Möglichkeiten mitzuarbeiten, was Sie beim bayerischen System nicht haben und auch ganz bewußt nicht wollen. Das muß man einmal deutlich sagen; darum geht es! Sie wollen nach wie vor allein darüber entscheiden, wer Berufsrichter am Verfassungsgerichtshof wird und wer nicht.

Bei der herausgehobenen Stellung innerhalb eines Gewaltenteilungssystems kommt den Richtern am Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine so extrem hohe Stellung und ein so extrem hohes Gewicht zu, daß es nicht nur für das Gericht, sondern auch für die Akzeptanz seiner Entscheidungen gut wäre, wenn das gesamte Haus in die Entscheidungsfindung bei den einzelnen Richtern eingebunden wäre.

(Beifall der Frau Abg. Martini)

Solange Sie dies nicht tun, ist das für uns kein Verfahren, das den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie inhaltlich entspricht; wir haben nur eine formale Entsprechung.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf damit über die heutige Debatte hinaus ankündigen, daß wir in dieser Legislaturperiode erneut den Versuch unternehmen werden, eine Novellierung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofgesetzes zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Heubl:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kamm.

(Abg. Brosch: Wir haben es eilig! – Abg. Will: Der versteht doch nichts! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bis heute vor zirka eineinhalb Stunden wußte ich, daß der Tagesordnungspunkt heißt: „Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs – Neuwahl und Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder“. Ich bin ein neues Mitglied in diesem Haus und kenne viele Verfahrensregeln oder Verfahrensabläufe noch nicht. Ich bin auch kein Jurist. Seit etwa einer Stunde kenne ich die Namen der Kandidaten. Jetzt möchte ich doch einmal die Kollegen von der CSU-Fraktion, beispielsweise die Kollegen, die auch erst seit einem halben Jahr Mitglied sind, fragen: Nach welchen Kriterien wollen denn Sie bitte abstimmen?

(Unruhe – Zurufe)

(Kamm [DIE GRÜNEN])

Wir haben doch als Parlament, wenn wir unsere Aufgabe ernst nehmen, eine doppelte Leistung zu erbringen. Die erste Leistung ist, daß wir unserer Verantwortung zu wählen gerecht werden und uns wirklich überlegen, wer die Besten sind.

Die zweite Leistung ist – da fand ich manche Worte, auch aus den Reihen der CSU, wenn sie ernst gemeint waren und der Wahrheit entsprechen, sehr wichtig; das kann ich als Neuling noch nicht überprüfen –, bei der Wahl zu bedenken, daß es nicht darum geht, unbedingt den Parteiproporz widerzuspiegeln. Wir müssen wirklich versuchen, beispielsweise das zu vermeiden, was heute nachmittag an anderer Stelle gelaufen sein soll, nämlich daß ein Rundfunk-Direktor nach dem Parteiproporz und nicht nach Qualifikation gewählt worden sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie sich als Abgeordnete noch ernst nehmen, nach fachlichen Qualifikationen – diese haben wir allerdings noch nicht vorliegen – zu entscheiden. Das heißt, wir können heute noch nicht entscheiden. Wir sind ja schließlich noch nicht das Gremium, das zu den Vorschlägen, die aus der Staatskanzlei kommen, nur Zustimmung nickt. Wenn wir Parlamentarier wirklich eine der drei Gewalten in unserem Staat sind, die nach dem Volk als Souverän ganz vorn steht, und wenn wir das ernst nehmen, dann können wir heute nicht entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Heubl:** Mein Damen, meine Herren! Jetzt lasse ich zunächst abstimmen über den Antrag des Herrn Bäumer, diesen Punkt abzusetzen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Zum zweiten darf ich die Frage stellen, ob wir über den Vorsitzenden Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Herrn Dr. Richard Metzner offen abstimmen können; das ist nach unserer Geschäftsordnung möglich. Ich gehe davon aus, daß kein Widerspruch dagegen erfolgt. Ein Drittel müßte widersprechen; dann ginge es nicht. – Sie machen das eine Drittel nicht aus, Herr Kollege.

Wer der Wahl von Herrn Dr. Richard Metzner die Zustimmung geben will, zeige die Hand. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – 1 Gegenstimme und Enthaltung der Fraktion der SPD und der GRÜNEN.

Jetzt haben wir zwei Wahlgänge. Ihnen liegen die Stimmzettel vor. Sind Sie damit einverstanden, daß beide Stimmzettel in das gleiche Kuvert gesteckt und in einem Wahlgang abgegeben werden? Ich glaube, aus Gründen der Zeitersparnis könnten wir es so machen. – Ich schlage also vor, daß wir beide Stimmzettel in das gelbe Kuvert stecken.

(Frau Abg. Jungfer: Die Enthaltung fehlt!)

– Wenn man keinen anstreicht, ist der Stimmzettel ungültig, und das bedeutet Enthaltung.

(Frau Abg. Jungfer: Das ist doch keine Enthaltung!)

– Oder Sie beteiligen sich nicht an der Abstimmung. Das ist auch möglich.

Ich darf vorschlagen, den Wahlvorgang vorzunehmen und mit der Verlesung des Alphabets zu beginnen.

(Namensaufruf – Das Alphabet wird wiederholt)

Die Sitzung wird zur Stimmauszählung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 18 Uhr 13 Minuten bis 18 Uhr 28 Minuten)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Die Sitzung wird wiederaufgenommen. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Bei der Wahl zwischen den Richtern Gerhard Schütz und Wolfhard Mauer entfielen auf Herrn Gerhard Schütz 107 Stimmen und auf Herrn Wolfhard Mauer 15 Stimmen. Sieben Mitglieder des Hohen Hauses haben „Enthaltung“ auf den Zettel geschrieben, und 28 haben einen unveränderten Stimmzettel abgegeben. Nach § 47 der Geschäftsordnung gelten diese als nicht abgegeben. Damit ist Herr Gerhard Schütz gewählt.

Bei der Wahl zwischen den Richtern Dr. Herbert von Golitschek und Dr. Reinhard Wiczorek entfielen auf Herrn Dr. Herbert von Golitschek 100 Stimmen, auf Herrn Dr. Reinhard Wiczorek 55 Stimmen; 1 Mitglied des Hohen Hauses hat sich enthalten. Damit ist Herr Dr. Herbert von Golitschek gewählt.

Ich rufe nun auf zur gemeinsamen Berichterstattung und Aussprache die Tagesordnungspunkte 24, 25, 26 und 56:

**Antrag der Abgeordneten Bäumer, Bause und Fraktion betreffend Datenschutz in Bayern (Drucksache 11/315)**

**Antrag der Abgeordneten Jungfer, Warnecke, König und Fraktion betreffend Datenschutz in Bayern (Drucksache 11/316)**

**Antrag der Abgeordneten Brosch, Regensburger betreffend Datenschutz in Bayern (Drucksache 11/415)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hiersemann, König, Warnecke und anderer und Fraktion betreffend Prüfungskompetenz des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drucksache 11/1856)**

Gleichzeitig rufe ich auf den während dieser Vollsitzung eingegangenen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bäumer, Bause und Fraktion betreffend Kompetenzen des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drucksache 11/2010)**

Ich lasse zunächst Bericht erstatten über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN. Über die Beratungen im

(Erster Vizepräsident Möslein)

Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 11/508) berichtet Herr Kollege Bäumer. Er hat das Wort.

**Bäumer (DIE GRÜNEN), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich in meiner Berichterstattung sehr kurz fassen, weil es hinterher eine Diskussion geben soll.

Der Antrag wurde im Rechts- und Verfassungsausschuß ausführlich diskutiert. Das Ergebnis war so, daß die beiden Oppositionsfractionen dem Antrag nach einer Änderung in einigen Teilen zugestimmt haben, während ihn die CSU-Fraktion abgelehnt hat. Hauptargument war, man solle den Bericht der Staatsregierung abwarten, bevor man inhaltlich entscheiden könne.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Danke! Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zum Antrag auf Drucksache 11/316 (Drucksache 11/509) berichtet Herr Kollege Warnecke. Er hat das Wort.

**Warnecke (SPD), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion wurde im Rechtsausschuß am 10. Februar behandelt. Er zieht Folgerungen aus dem 8. Tätigkeitsbericht des bayerischen Datenschutzbeauftragten und sieht vor, daß der Datenschutzbeauftragte an allen relevanten Gesetzgebungsvorhaben zu beteiligen ist, daß er nicht nur auf Dateien, sondern auf alle Akten zugreifen kann, daß er dafür Sorge zu tragen hat, daß weitergeleitete Daten nach Ablauf der Frist auch am Zielort der Weiterleitung zu löschen sind, daß in allen Bereichen der Staatsverwaltung regelmäßig Schulungen über Datenschutzfragen durchgeführt werden sollen und daß bestimmte technische Vorkehrungen zur Verbesserung des Datenschutzes vorgenommen werden sollten.

Da im Anschluß, wie Kollege Bäumer bereits sagte, eine Diskussion stattfinden wird, beschränke ich die Berichterstattung hierauf.

Der Antrag wurde mit 12 zu 7 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie um Ihr Votum.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Vielen Dank! Die Beschlußempfehlung zum Antrag auf Drucksache 11/415 wurde ohne Gegenstimmen gefaßt, so daß die Berichterstattung entfällt.

Mit diesem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, dem Landtag bis zum 30. Juni 1987 zu berichten, welche Maßnahmen sie aufgrund der Beanstandungen des 8. Tätigkeitsberichtes des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz getroffen hat bzw. noch treffen wird.

Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zum Dring-

lichkeitsantrag auf Drucksache 11/1856 wurde ebenfalls ohne Gegenstimmen gefaßt, so daß auch hier die Berichterstattung entfällt.

Mit dem Dringlichkeitsantrag wird die Staatsregierung gebeten, baldmöglichst einen Bericht über ihre Auffassung zur Reichweite der Prüfungskompetenz des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu geben.

Wird der Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 11/2010 von seiten der Antragsteller kurz begründet?

(Abg. Bäumer: Das mache ich alles zusammen!)

– Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Als erster hat sich der Herr Staatsminister des Innern zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Staatsminister Lang:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich mich gleich zu Beginn der allgemeinen Aussprache zu Wort melde.

Das Bayerische Datenschutzgesetz vom 28. April 1978 hat in seiner nunmehr über neunjährigen Praxis seine Bewährungsprobe bestanden. Wie bei jeder neuen Rechtsmaterie bedurfte es einer Anlaufphase, die aber längst abgeschlossen ist. Die mit der gesetzlichen Praxis gewonnenen Erfahrungen und insbesondere das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Dezember 1983 zum Volkszählungsgesetz 1983 werden eine Novellierung des Gesetzes wahrscheinlich noch in dieser Legislaturperiode notwendig machen.

Der bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz überwacht gemäß Artikel 28 Absatz 1 des Gesetzes die Einhaltung des Datenschutzes bei allen öffentlichen Stellen des Freistaates Bayern. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse setzt der Datenschutzbeauftragte gegenüber der für die Einhaltung der Gesetze verantwortlichen Behördenleitung um; sie fließen aber auch in den jährlich zu erstattenden Bericht ein.

Eine unterschiedliche Handhabung der Kontrollpraxis ergab sich insbesondere zwischen den Staatsministerien des Innern und der Justiz. Während das Staatsministerium der Justiz die Kontrolltätigkeit des Datenschutzbeauftragten auf Dateien bezog, ließ sich das Staatsministerium des Innern bei Dateien wie auch bei Akten zu.

Um eine einheitliche Verwaltungspraxis zu gewährleisten, hat sich der Ministerrat eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt und am 19. Mai 1987 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat die Aufgabe, bei allen öffentlichen Stellen den Datenschutz beim Umgang mit personenbezogenen Daten in Dateien zu überwachen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in vollem Umfange gewährleistet. Soweit es im Interesse einer effektiven Dateikontrolle notwendig ist, hat der Landesbeauftragte

(Staatsminister Lang)

Einsicht in die zugehörigen Akten. Den Nachweis der Notwendigkeit hat der Landesbeauftragte zu erbringen.

2. Die Volkszählung unterliegt nach geltendem Recht in allen ihren Phasen der Kontrolle des Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Mit diesem Beschluß der Staatsregierung, meine Damen und Herren, ist eine einheitliche Handhabung sichergestellt, die die bisherigen Auffassungsunterschiede bündelt.

(Abg. Warnecke: Sie meinen „bügelt“! – Heiterkeit)

Zum anderen ist mit letzter Deutlichkeit klargestellt, daß die gerade laufende Volkszählung voll der Überwachung des Landesbeauftragten für den Datenschutz unterliegt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist nur Semantik!)

Bekanntlich hat es während der Beratungen im Ausschuß für Bundesangelegenheiten vom 7. Mai 1987 Irritationen gegeben. Um diese auszuräumen, hat unser Haus in einer Presseerklärung vom 8. Mai 1987 folgendes festgestellt:

Die Befürchtung des bayerischen Datenschutzbeauftragten, die Datenschutzkontrolle der Volkszählung 1987 durch den bayerischen Datenschutzbeauftragten könnte in Frage gestellt sein, ist grundlos. Für das Innenministerium und die Bayerische Staatsregierung ist es selbstverständlich, daß die Volkszählung in allen ihren Phasen der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten untersteht.

Der Datenschutzbeauftragte hat daraufhin seine Bedenken für ausgeräumt erklärt. Damit ist dies erledigt. Der Ministerrat hat in dem soeben zitierten Beschluß die Haltung der Staatsregierung noch einmal bekräftigt.

Der Datenschutzbeauftragte hat bereits in der Vorbereitungsphase die Einzelschritte der Volkszählung kontrolliert. Er tut das auch in der jetzt laufenden Erhebungsphase und wird es auch künftig tun, wenn die Erhebungsbögen ausgewertet und weiterverarbeitet werden.

Das ist für uns eine absolute Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich ist aber auch, daß er alle Erhebungsstellen und das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung überprüfen kann.

Im übrigen möchte ich der Vollständigkeit halber noch in Erinnerung rufen, daß die Datenschutzbeauftragten im Gesetzgebungsverfahren zum Volkszählungsgesetz intensiv eingeschaltet waren. Deshalb besteht nicht der geringste Anlaß für das von den GRÜNEN ausgestreute Mißtrauen.

Ich bitte auch heute wieder alle Bürger, sich an der Volkszählung zu beteiligen und die Erhebungsbögen richtig und vollständig auszufüllen. Wir brauchen diese Unterlagen dringend für die Zukunftsplanung eines modernen Staates.

Lassen Sie mich abschließend noch folgendes besonders herausstellen! Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein wichtiger Bestandteil unserer grundrechtlich geschützten Ordnung. Die Staatsregierung wird im Interesse des Bürgers immer darauf achten, daß dieses Recht in dem vom Grundgesetz, von der Bayerischen Verfassung und von unseren Gesetzen gesteckten Rahmen voll gewahrt bleiben kann.

Um die Zeit abzukürzen, darf ich noch auf den eben eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der Fraktion DIE GRÜNEN vom 20. Mai eingehen.

Zum Spiegelstrich 1: Die angesprochene Frage beantwortet Nummer 1 des Ministerratsbeschlusses vom 19. Mai 1987.

Zum Spiegelstrich 2: Der Landesbeauftragte prüft nach Artikel 28 Absatz 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes alle öffentlichen Stellen und damit auch alle Verwaltungsbereiche.

Zum Spiegelstrich 3: Eine Einschränkung der Kompetenz des Landesbeauftragten ist nicht beabsichtigt. Der Ministerratsbeschluß vom 19. Mai will den Umfang der Prüfungskompetenz klarstellen.

Zum Spiegelstrich 4: Das Thema der Prüfungskompetenz des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wird im Rahmen der ohnehin nach Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes vorgesehenen Novellierung des Bayerischen Datenschutzgesetzes erörtert werden. Bis dahin sind Gesetzesinitiativen nicht veranlaßt.

Ich halte den Dringlichkeitsantrag daher für nicht begründet und abweisungsreif. Danke!

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete Warnecke das Wort.

**Warnecke (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Der Datenschutz in Bayern ist in Gefahr.

(Widerspruch von der CSU)

Seit bald zehn Jahren haben wir Datenschutzgesetze im Bund und in den Ländern. Anfangs als Marotte einiger technikkritischer Juristen abgetan, ist Datenschutz heute für weite Kreise denkender Staatsbürger wesentlicher Maßstab für die Garantie von Demokratie und Rechtsstaat.

Dieser rechtsstaatliche Fortschritt wäre nicht denkbar gewesen ohne die Arbeit der Datenschutzbeauftragten im Bund und in den Ländern. Professor Hans Peter Bull, bis zur „Wende“ Datenschutzbeauftragter in Bonn, der schon seit 1972 amtierende Datenschutzbeauftragte Professor Simitis in Hessen, Ruth Leuze in Baden-Württemberg und Konrad Stollreither in Bayern sind, jeder auf seine oder ihre Weise, die herausragenden Garanten und Wegbereiter des Datenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Warnecke [SPD])

Die jährlich erscheinenden Datenschutzbereiche im Bund und in den Ländern sind Lehrbücher des Datenschutzrechtes und der Datenschutzpraxis zugleich, Fundgrube für Anlässe zum Nachdenken, zur Kritik an staatlicher Gedankenlosigkeit oder bürokratischen Allmachtswahnvorstellungen.

Die Datenschutzdiskussion und die ersten gesetzgeberischen Ansätze zur Datenschutzgesetzgebung waren die intellektuelle Reaktion auf die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie in den sechziger und frühen siebziger Jahren. Riesige Datenspeicher, Türme von Magnetplatten und kilometerlange Schlangen von Magnetbändern beflügelten die kritische Phantasie, das Unbehagen an unbegrenzter Datenspeicherung, -übermittlung und -verarbeitung. Die Datei, dieses technologische Prokrustesbett für die bürgerliche, menschliche Individualität in den Händen der Wirtschaft oder des Staates, wurde Dreh- und Angelpunkt der gesetzlichen Technologiefolgenbegrenzung.

Aber wie fast immer war die technische Entwicklung dem Gesetzgeber enteilt. Als im Januar 1977 endlich das Bundesdatenschutzgesetz nach langjährigem Kampf zwischen Wirtschaftsverbänden, Bürokraten, Datenverarbeitern und Datenschützern erlassen wurde, stellten sich die informationstechnologischen Probleme schon ganz anders dar. Nicht mehr die großen Speichereinheiten, nein, das vielfach vernetzte System kleinerer Rechner, jeder einzelne leistungsfähiger als wenige Jahre zuvor die größten Datenspeicher, war zur neuen informationstechnologischen Herausforderung geworden.

Die EDV-gestützte Aktenverwaltung, EDV-gestützte Such- und Findungstechniken, Textverarbeitungssysteme mit Suchwortabfrage und digitalisierte Fernkopiertechniken haben den Begriff der Datei als den explosiven Anknüpfungspunkt besonderen Datenschutzes in das Steinzeitalter datenschutzrechtlichen Denkens gerückt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Aktensammlung heute ist nicht mehr das, was sie vor zehn oder zwanzig Jahren einmal war. Die Verbindung von EDV und papierenen Akten stellt ein gemeinsames, untrennbares Bedrohungspotential dar. Jeder Bürger hat Anspruch auf Datenschutz, nicht nur auf Dateischutz. Wir brauchen keine Dateischutzbeauftragten, sondern Datenschutzbeauftragte.

(Beifall bei der SPD)

Dem Bürger ist es völlig egal, auf welcher informationstechnologischen Stufe Staat und Wirtschaft heute Daten über ihn erheben, speichern, verarbeiten und übermitteln. Wichtig ist für den Bürger, daß seine Daten nur auf rechtmäßiger Basis erhoben und verarbeitet werden und daß es eine Kontrollinstanz gibt, die in jeder Hinsicht ungehinderten Zugriff auf alle gespeicherten Bürgerdaten in allen Verwaltungsbereichen und in allen technologischen Verarbeitungsformen hat.

Exakt so sieht es auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983, dem Volkszählungsurteil, der Magna Charta des Datenschutzes. Ich zitiere aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes:

Wegen der für den Bürger bestehenden Undurchsichtigkeit der Speicherung und Verwendung von Daten ist die Beteiligung unabhängiger Datenschutzbeauftragter von erheblicher Bedeutung für einen effektiven Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesverfassungsgericht hebt damit die Institution der Datenschutzbeauftragten geradezu in einen verfassungspolitischen Rang.

In diesem Sinne hat auch Artikel 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes von 1978 den Aufgabenbereich des bayerischen Datenschutzbeauftragten weit und bürgerfreundlich formuliert. Die Kompetenz des bayerischen Datenschutzbeauftragten geht nach geltendem Recht weit über die Kontrolle staatlichen Umgangs mit EDV-mäßig gespeicherten Daten hinaus.

Dies ist fast zehn Jahre lang unbestrittene Meinung im Beirat des Landesdatenschutzbeauftragten gewesen. Dies ist fast zehn Jahre lang unwidersprochene Meinung gewesen! Beispielsweise stand es seit zehn Jahren im Standardkommentar zum Bayerischen Datenschutzgesetz, wo es ausdrücklich heißt – ich zitiere –:

Eine Beschränkung des Einsichtsrechts des Datenschutzbeauftragten auf die Unterlagen, die vom Bayerischen Datenschutzgesetz geschützte Daten enthalten, also Karteien und Dateien, ist vom Gesetz nicht gewollt; denn die Richtigkeit und die dem Bayerischen Datenschutzgesetz entsprechende Verarbeitung der geschützten personenbezogenen Daten kann nur mit Erfolg überwacht werden, wenn das Umfeldmaterial bei der Kontrolle berücksichtigt wird. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung und Gestattung der Einsicht gilt auch dann, wenn tatsächlich keine personenbezogenen Daten verarbeitet werden, soweit die Anfrage auf deren mögliches Vorhandensein gerichtet ist.

Deutlicher geht es nicht mehr!

Diese Auffassung ist auch bald zehn Jahre lang im Geltungsbereich aller bayerischen Ministerien akzeptiert worden. Allerdings zeigte sich in den letzten Jahren eine Gegenentwicklung. Während führende CSU-Politiker – ich will sie aus Datenschutzgründen nicht mit Namen nennen –

(Lachen bei der CSU)

landauf, landab mit der dümmlichen Formel „Datenschutz ist Tatenschutz“ herumzogen und hausieren gingen, ging das bayerische Justizministerium – ausgerechnet dieses! – auf Blockadekurs. Der bayerische Datenschutzbeauftragte wurde systematisch nicht mehr an gesetzgeberischen oder ähnli-

(Warnecke [SPD])

chen Maßnahmen beteiligt, die einen eindeutigen datenschutzrechtlichen Bezug hatten.

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz nahm bei der sogenannten MISTRA-Diskussion, also der Diskussion der Frage, inwieweit Staatsanwaltschaften und Gerichte negative Mitteilungen über Bürger an Dritte weitergeben dürfen, bundesweit die extrem datenschutzfeindlichste Haltung ein.

(Zustimmung von der SPD)

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz schließlich bemüht sich seit Jahren, den Datenschutzbeauftragten aus der Justiz fernzuhalten, und lieferte schließlich mit der Entmündigungsweisung vom 9. Juni 1986 den letzten Anstoß zum Roll-back des Datenschutzes in Bayern, der mit dem vorgestrigen Ministerratsbeschluß sein unrühmliches Ende gefunden hat.

Wenn gemäß diesem Ministerratsbeschluß der Datenschutzbeauftragte Akten nur noch einsehen darf – ich zitiere –, „soweit es im Interesse einer effektiven Dateikontrolle“ notwendig ist und er, der Datenschutzbeauftragte, erst einmal den Nachweis führen muß, daß er das, was er erst sucht, einsehen darf, dann entscheidet letztendlich der zu Kontrollierende selbst über die Reichweite der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auf deutsch heißt das: Der Bock wird zum Gärtner gemacht.

An dieser Stelle vielleicht etwas, was dazupaßt! Nach Mitteilung des uns allen gut bekannten Journalisten Julian Gyger hat der Datenschutzbeauftragte Dr. Stollreither den vorgestrigen Ministerratsbeschluß im Originaltext heute nachmittag von ihm, Gyger, in einer Kopie des Staatskanzlei-Fernschreibens erhalten. Auch das kennzeichnet die Rolle und die Wertschätzung, die Staatskanzlei und Ministerrat der Funktion und Institution des bayerischen Datenschutzbeauftragten einräumen.

(Zuruf von der SPD: Ungeheuerlich!)

Aber schlimmer noch! Der Ministerrat verstößt mit diesem Beschluß gegen geltendes Recht,

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

nämlich gegen Artikel 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes. Ohne Gesetzesänderung kann es keine Änderung der bisherigen Praxis geben. Ich behaupte, daß hier die Fraktion DIE GRÜNEN im Vergleich zum Ministerrat ein hochentwickeltes Rechtsempfinden haben – die in den letzten Tagen soviel gescholtene GRÜNEN!

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Kamm:  
Danke schön, Herr Kollege!)

Einen Bockstritt bekommt der kurz vor seinem Abschied aus dem Amt des bayerischen Datenschutzbeauftragten stehende, verdiente Konrad Stoll-

reither, der sich während seiner gesamten neun-jährigen Amtszeit in nicht überbietbarer Loyalität gegenüber der Bayerischen Staatsregierung verhalten hat, dessen Linie die vertrauliche Beratung und die Konfliktvermeidung waren und der von uns deswegen wiederholt kritisiert worden ist, weil wir immer wieder gesagt haben, daß ein öffentlich gemachter Konflikt durchaus eine produktive Rolle im Entwickeln von Datenschutzbewußtsein haben kann. Aber Stollreither war immer der Loyale, der Mann, der die Gespräche hinter geschlossenen Türen führen wollte, um keine unnötigen Desavouierungen stattfinden zu lassen.

Wenn sich ein Mann wie Dr. Stollreither wie kürzlich in einem Ausschuß hier im Hause veranlaßt sieht, deutlich vor einer Kastration seiner Kompetenz zu warnen, dann ist tatsächlich Feuer am Dach.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Grotesker kann sich im Augenblick niemand verhalten als die Bayerische Staatsregierung! Zu einer Zeit, in der eine große Zahl durchaus loyaler – nur kritischer – Staatsbürger an der datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit der Volkszählung zweifelt, zu einer Zeit, in der Hunderttausende von Zählern Haushalt für Haushalt abklappern müssen und mit personalisiertem Mißtrauen konfrontiert werden, bestätigt die Staatsregierung praktisch all diejenigen, die abgrundtief mißtrauisch sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hiersemann: Das Dämmste, was man machen kann!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bäumer.

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als der Antrag 11/315 im Ausschuß diskutiert wurde, haben die Vertreter der CSU-Fraktion darauf hingewiesen, daß man doch noch Zeit habe und erst einmal eine Stellungnahme der Staatsregierung einholen könne, um dann über konkrete Maßnahmen zur Sicherung des Datenschutzes zu sprechen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen; daß es in der Folge des letzten Datenschutzberichts des Herrn Dr. Stollreither einige Dinge gibt, über die es nichts zu diskutieren gibt, nämlich die Polizeidateien etc.; das will ich hier gar nicht weiter ausführen. Da kann es auch nicht darauf ankommen, welche Äußerungen dazu von seiten der zuständigen Ministerien kommen; denn man war sich inhaltlich soweit einig, daß hier die Praktiken wohl nicht aufrechterhalten werden könnten.

Dann haben wir – ähnlich auch ein SPD-Antrag – in weiser Voraussicht dessen, was kommen könnte, gefordert, daß das Bayerische Datenschutzgesetz gegebenenfalls auch auf nicht automatisierte Verfahren erweitert werden müsse. Damals haben die Vertreter der CSU im Ausschuß gesagt: Das ist doch überhaupt nicht nötig, das ist doch durch Artikel 28 des Datenschutzgesetzes abgesichert; das gilt nicht nur für Dateien, sondern auch für Akten. Wir wußten allerdings damals schon, daß es innerhalb der Ressorts offensichtlich unterschiedliche Auffassungen gab, nämlich zumindest im Justizministerium die Auffas-

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

sung, daß der Datenschutzbeauftragte bei Akten kein Prüfungsrecht habe. Deshalb sind ganz verrückte Konstellationen entstanden.

Ich möchte nur einmal schildern, was da passiert ist. Da wendet sich ein Bürger an den Datenschutzbeauftragten und sagt: Ich bin mit der Verwendung meiner Daten in der Justiz nicht einverstanden. Der Datenschutzbeauftragte wiederum gibt das an das Justizministerium weiter, um sich zu informieren. Was macht nun das Justizministerium? Es beantwortet selbst die Anfrage dieses Bürgers, behandelt sie nicht als eine Anfrage an den Datenschutzbeauftragten, sondern deutet sie um in eine Beschwerde gegenüber dem Justizministerium. Das ist doch wohl unglaublich! Da bekommt der Bürger plötzlich eine Antwort vom Ministerium, an das er sich aus Mangel an Vertrauen bewußt nicht gewandt hatte. Was sollen denn die Bürger noch glauben, und was soll eigentlich der Datenschutzbeauftragte noch tun, wenn er sich an das Ministerium wendet und das Ministerium selbstherrlich meint, es könne die Fragen beantworten?

In Kenntnis dieser Dinge haben wir damals gefordert, das einmal ausdrücklich klarzustellen. Wir wurden darauf verwiesen, daß es dafür eigentlich schon eine Rechtsgrundlage gebe und man keine Bedenken zu haben bräuchte.

Die Folgezeit hat nun ergeben, daß genau das Gegenteil richtig ist. Hier möchte ich mich doch noch einmal kurz mit den Äußerungen des Herrn Innenministers beschäftigen. Wenn ich es richtig verstanden habe, lehnt er unseren Dringlichkeitsantrag, auf den ich nachher noch im einzelnen eingehen werde, mit der Begründung ab, er sei nicht notwendig, der Ministerrat habe ja alles so beschlossen; im Grunde sei alles erfüllt. Wenn das so ist, kann ich Sie nur bitten: Stimmen Sie dem Antrag zu! Dann wird ja nichts gemacht, was die Regierung nicht will, und das ist ja für Sie immer ganz wichtig. Ich sehe das allerdings ganz anders.

Ich lese einmal vor, was in Ziffer 1 dieses Beschlusses steht:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat die Aufgabe, bei allen öffentlichen Stellen den Datenschutz beim Umgang mit personenbezogenen Daten in Dateien zu überwachen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in vollem Umfang gewährleistet. Soweit es im Interesse einer effektiven Dateikontrolle notwendig ist, hat der Landesbeauftragte Einsicht in die zugehörigen Akten. Den Nachweis der Notwendigkeit hat der Landesbeauftragte zu erbringen.

Über die Unmöglichkeit dieser Umkehrung der Beweislast hat der Kollege Warnecke hinreichend Ausführungen gemacht. Aber angesichts der ersten Sätze dieses Beschlusses davon zu sprechen, es würden keine Einschränkungen vorgenommen, beweist wieder einmal Ihre grenzenlose Interpretationskunst.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

Die gesamte Presse schreibt seit Tagen: Die Funktionen werden eingeschränkt. Das ist auch ganz klar; hier steht ja: „Daten in Dateien“.

Ich möchte Ihnen noch einmal zur Kenntnis geben, was in Artikel 28 steht:

(Abg. Brosch: Sie sind ein Nasenbohrer!)

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz überwacht die Einhaltung des Datenschutzes bei allen öffentlichen Stellen.

(Abg. Brosch: Sie sind ein juristischer Nasenbohrer!)

– In der Nase bohren können Sie sich selbst. Vielleicht sollten sie sich einmal am Kopf kratzen ob all der Verrücktheiten in diesem Haus!

(Abg. Hiersemann: Er hat noch ein paar andere Körperteile!)

Hier wird also die Funktion des Datenschutzbeauftragten allein auf Dateien beschränkt. In Akten hat er nach dem Wortlaut des Beschlusses überhaupt nichts mehr zu suchen, sondern nur dann, wenn die Dateikontrolle das vorsieht, das heißt also, wenn bei einer Kontrolle von Dateien auffällt, daß vielleicht noch Nebenakten angelegt sind. Dann darf er, wenn er den Beweis erbringt, daß es nötig ist, ausnahmsweise auch einmal in Akten hineinschauen. Das hat mit dem Wortlaut des Gesetzes nichts zu tun und beschränkt den Datenschutzbeauftragten so erheblich, daß man von einer Wahrnehmung seiner Aufgaben, wie er sie einmal hatte, nicht mehr reden kann.

Noch etwas! Es gibt zu dem Beschluß bisher keine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten; was der Herr Innenminister hier gesagt hat, ist falsch. Ich selbst habe heute extra deswegen dort angerufen; es wurde gesagt – das ist auch schon ausgeführt worden –, daß man am Nachmittag diese Mitteilung überhaupt erst bekommen habe und es keine Stellungnahme dazu gebe.

Ich möchte Ihnen aber vorlesen, was der Herr Datenschutzbeauftragte zu der geplanten Einschränkung, die ja jetzt Realität geworden ist, im Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Europafragen gesagt hat. Ich zitiere:

Gerade die Problematik der Datenflüsse berührt den Bürger sehr. Es ist durchaus zuzugeben, daß um das Jahr 1970 herum und später, als die Daten erhoben wurden, die Datenverarbeitung der öffentlichen Verwaltung in Großrechenzentren stattfand. Inzwischen haben wir eine völlig veränderte technische Landschaft, die dahin ging und geht,

(Abg. Brosch: 17 Jahre später!)

daß zum einen die Verwaltung selbst über Kleincomputer verfügt, zum anderen in zunehmendem Maße Bürocomputer und Büroschreibautomaten eingesetzt werden, die viel mehr Funktionen haben als ein reiner Schreibautomat. Es ist anachronistisch zu meinen, daß der heutige technische Stand eine klare Abtrennung zwischen Akten im alten Sinne und Dateien ermögliche. Hier ist eine

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Entwicklung im Gange, der wir uns alle nicht entziehen können. Das Ansinnen des Justizministeriums, das offensichtlich im Kabinett getragen wird oder werden soll, läuft dem zuwider, was 1987 das Gebot der Stunde ist. Die Problematik erstreckt sich auf das gesamte Feld der Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten. Der Bürger fragt nicht, wo und auf was seine Daten gespeichert sind. Er will wissen, ob der Datenschutz gewährleistet ist und gewährleistet bleibt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Anträgen sowohl der SPD als auch der GRÜNEN nicht zustimmen, dann stimmen Sie der Entmachtung des Datenschutzbeauftragten zu. Das, was der Ministerrat beschlossen hat, ist eine Entmachtung. Da bleibt nichts oder nur ein ganz kleiner Teil des Bereichs übrig, den der Landesbeauftragte bisher hatte.

(Zustimmung von den GRÜNEN – Abg. Brosch: Wir haben Sitzung und keine Märchenstunde!)

– Herr Brosch, Sie dürfen nachher reden. Angesichts der Probleme in Ihrer Fraktion bin ich sehr gespannt, wie Sie sich diesmal aus der Affäre ziehen.

(Abg. Brosch: Wir haben keine Affäre!)

Heute haben wir in diesem Haus ohnehin die Stunde der armen Redner. Immer müssen Sie etwas rechtfertigen, bei dem Sie anderer Meinung sind. Es wurde eben im Ministerrat beschlossen, und jetzt muß man sehen, wie man sich da durchwuselt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Datenschutzbeauftragte hat in weiser Voraussicht auch auf das Problem der Volkszählung hingewiesen und gesagt, seine Gewährleistungszusage sei nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn die geplanten in seine Rechte einschneidenden Maßnahmen verwirklicht werden.

Ich frage Sie jetzt: Wie wollen Sie denn draußen dem Bürger noch sagen, daß der Datenschutz bei der Volkszählung tatsächlich gewährleistet ist? Herr Minister, ich weiß, daß das im zweiten Punkt des Beschlusses enthalten ist. Das ist aber aus der Luft gegriffen und ist wohl wieder eine Heuchelei; denn man müßte es besser wissen.

Es heißt: Die Volkszählung unterliegt nach geltendem Recht in all ihren Phasen der Kontrolle des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Wie denn bitte, wenn er zum Beispiel nicht mehr auf Akten zugreifen kann? Wie viele Möglichkeiten des Abgleichs gäbe es gerade zwischen Akten in der Verwaltung und der Volkszählungsdaten! Ich will gar nicht sagen, daß das Realität ist. Es ist einfach so!

Mir ist folgendes Interessante passiert – es ist natürlich Pech, daß das gerade einem GRÜNEN-Abgeordneten passiert –: Der Zähler ruft bei uns an und fragt: Mein Gott, habe ich meine Datei vielleicht bei Ihnen liegengelassen? Das ist interessant! Ist denn das nun eine Datei, oder sind die Aufzeichnungen Akten?

Wenn es Akten sind, dann gehen sie den Datenschutzbeauftragten in Zukunft nichts mehr an.

(Abg. Brosch: Beruhigen Sie sich; wir werden das nachher sagen!)

Vielleicht sollten Sie sich darüber einmal Gedanken machen.

Eines ist jedenfalls klar: Wenn Sie in dieser Situation nicht bereit sind, den Anträgen der Opposition zuzustimmen, dann kastrieren Sie sich nicht nur wieder einmal selbst, sondern dann gefährden Sie das von Ihnen und von uns abgelehnte Projekt der Volkszählung ganz eminent; das will ich Ihnen auch sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilhelm)

Ich sage an dieser Stelle auch noch etwas ganz anderes, falls es Sie interessiert: Ich bin ein ganz entschiedener Gegner aller Angriffe oder Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Volkszählung; das will ich ganz deutlich machen. Sie gefährden nämlich die notwendige und richtige Kritik an der Volkszählung.

(Abg. Hofmann: Das ist doch eine Heuchelei!)

Das, was Sie hier machen, bestätigt aber nur all die Ängste, auf die wir hingewiesen haben, und das Mißtrauen, das in der Bevölkerung vorhanden ist.

(Abg. Brosch: Sie schüren sie!)

Überlegen Sie sich deswegen in dieser Situation sehr gut, wie Sie über die Anträge entscheiden!

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: der Abgeordnete Brosch. Bitte, Herr Kollege!

**Brosch (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, warum sich Herr Bäumer und Herr Warnecke aufregen, wenn sie vorher die Erklärung des Herrn Ministers gehört haben. Entweder wollen sie nicht zuhören oder sie sind zu sehr in ihren Zweifeln verhaftet.

(Zuruf des Abg. Warnecke)

Ich darf die Debatte ein wenig auf unsere Tagesordnung zurückführen. Fünf Anträge stehen zur Diskussion. Zwei Anträge beschäftigen sich mit dem Kompetenzbereich des Datenschutzbeauftragten; über drei scheinen wir heute gar nicht mehr zu reden.

Deshalb darf ich ganz kurz noch einmal ausführen: Drei der Anträge auf der Tagesordnung befassen sich mit dem achten Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten von 1986. Meine Damen und Herren von der Opposition, da wird ganz klar und deutlich festgehalten, daß in Bayern Fehler gemacht worden sind. Von staatlicher Seite wurde auch gar nicht versucht, diese Fehler zu vertuschen; die Fehler sind begangen worden.

Andererseits erklärt der Datenschutzbeauftragte, daß es auch Lob auszuteilen gibt. Dieses Lob zollt er vor allem dem Innenministerium dafür, daß es sich an seine Mahnungen und Beanstandungen aus dem

(Brosch [CSU])

fünften Datenschutzbericht, der also schon vor Jahren gegeben worden ist, hält.

Auch die Diskussion über den Bericht im Parlament hat gezeigt, daß das Innenministerium schon gehandelt hat. So sind zum Beispiel die Dateien der Münchner Polizei überprüft worden, und fast 100 000 Akten sind bisher ausgeschieden worden. Ich finde also, daß der Datenschutz in Bayern durchaus etwas bewirkt; der Staat und seine Organe handeln.

Deshalb sehe ich die einzelnen Anträge, die Sie zum Datenschutzbericht im Freistaat Bayern gestellt haben, als teilweise gar nicht und teilweise falsch begründet an.

Sie wollen zum Beispiel der Kontrollfunktion des Parlamentes nicht gerecht werden, indem Sie schon jetzt eine Änderung des Verwaltungshandelns fordern, obwohl Sie noch gar nicht wissen, welche Beweggründe dafür vorhanden waren, daß die Staatsregierung in dieser oder jener Art gehandelt hat. Wir wollen dagegen einen Bericht der Staatsregierung darüber, wie sie auf den achten Tätigkeitsbericht reagiert; dabei werden wir bleiben.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Es geht einfach nicht an, daß Sie der Polizei nicht einräumen wollen, auch einmal zu vermerken, daß ein Täter gewalttätig ist. Es dient dem Schutz der Polizei, wenn sie in ihren Dateien vermerkt hat, daß ein Gesuchter gewalttätig ist. Warum soll ein Geschädigter nicht auch einmal für eine gewisse Zeit in einer Datei stehen? Man muß ihn schließlich benachrichtigen, wenn er eine Entschädigung bekommt.

(Zuruf des Abg. Bäumer)

Bei dem letzten Spiegelstrich Ihres Antrages fordern Sie eine **Ausforschung** des gesamten Bereichs der Polizei und der Sicherheitsorgane durch den Bürger. Wir aber sagen, daß Grenzen vorhanden sein müssen. Wenn nämlich ein Spion jede Woche nachfragen kann, ob er schon irgendwo als Spion notiert ist, ist eine Datei des Verfassungsschutzes oder sonstiger Sicherheitsorgane unnötig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich unseren Antrag noch ergänzen! Der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes hat es gut gemeint; er hat gesagt, daß bis zum 30. Juni 1987 zu dem CSU-Antrag berichtet werden soll. Ich schlage in Abänderung dazu vor, daß bis zum 15. September berichtet werden soll, weil sonst eine effektive Bearbeitung nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen kommen!

(Abg. Hiersemann: Sie lehnen sie ab!)

– Wir werden sie ablehnen, Herr Kollege Hiersemann.

(Abg. Hiersemann: Das verblüfft nicht!)

Sie entfachen nämlich einen Streit um des Kaisers Bart. Ich weiß nicht, warum sich Herr Kollege Warnecke, den ich sehr schätze, in den Streit der Juri-

sten einläßt. Herr Warnecke, ich glaube, es darf unsere Aufgabe als Mitglieder des Datenschutzbeirates nicht sein, nur dem Streit der Juristen – einerseits der des Justizministeriums und andererseits der des Innenministeriums – nachzugehen, ihn in allen Einzelheiten mitzuverfolgen und dann nicht irgendwann und irgendwo das Wesentliche zu sehen.

(Abg. Hiersemann: Und ohne Vorschuß zu verlangen! – Zuruf der Frau Abg. Jungfer)

Sie müssen schon das Wesentliche sehen, Herr Kollege Warnecke. Bei der **Datei** dürfen Sie die Dinge nicht einfach verwischen.

Sie haben heute ganz gut angefangen. Ich habe beinahe klatschen wollen, als Sie gesagt haben: Die Übergänge einer Datei sind fließend; man kann Akten speichern, man kann sogenannte Fließtexte absuchen, genauso wie man Aktenablagerungen mit einem Suchsystem absuchen kann. Daß solche Systeme Dateien sind, ist auf jeden Fall gewährleistet. Wo kämen wir hin, wenn wir den Datei-Begriff lediglich dann anwenden würden, wenn zwei oder zwanzig Karteikarten gespeichert werden?

(Zuruf des Abg. Warnecke)

– Nein, damit bin ich schon lange einverstanden; sonst würde ich nicht hier stehen und dies so ausdrücklich sagen. Lieber Herr Warnecke! Sie müssen sich schon einmal den Hauptpunkt nennen lassen, über den wir uns unterhalten müssen. Sie sind einfach ein bißchen abgeschweift. Der Hauptpunkt, über den es sich wirklich zu streiten lohnt, lautet: Was ist eine Datei und was nicht? Wo ist also der Prüfungsbereich des Datenschutzbeauftragten eröffnet und wo nicht? Bei den fließenden Systemen, finde ich, lohnt es sich, darüber zu streiten. Ich persönlich finde, daß wir jede technische Einrichtung, die mit einem Suchsystem ausgestattet ist, die also Speicherungs- und Ablagerungsmöglichkeiten nach bestimmten Ordnungen zuläßt, als Datei ansehen müssen, und da können wir etwas tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, warum Ihnen das, was unser Innenminister gesagt hat, nicht genügt. Was wollen Sie denn noch alles ausforschen?

(Zuruf von der SPD: Nicht ausforschen!)

– Sie wollen bei uns immer ins Knie bohren.

(Abg. Hiersemann: Doch nicht ins Knie bohren, Herr Kollege!)

Merken Sie denn nicht, daß das den Kolleginnen und Kollegen, aber auch den Medien langsam langweilig wird?

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

– Nein, Ihnen kann es gar nicht schal im Munde werden, Herr Kollege Hiersemann. Ich finde, Sie haben nicht zugehört. Das gilt auch für den Kollegen Bäumer. Die **Volkszählung** ist in allen Phasen durch den Datenschutzbeauftragten überprüfbar, und zwar angefangen vom Zentralschlüssel, der bei abgeschlossenen Räumen nicht passen darf, bis zu den

(Brosch [CSU])

Zählerlisten. Alles ist vom Datenschutzbeauftragten in allen Phasen der Volkszählung überprüfbar. Dies hätten Sie hören müssen, wenn Sie für diese Volkszählung sind.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Leeb? –

**Leeb (CSU):** Herr Kollege Brosch, stimmen Sie mit mir darin überein, daß die bisherige Diskussion zu den Dringlichkeitsanträgen keinen Anhaltspunkt für die Richtigkeit der Behauptung der Oppositionsredner gebracht hat, der Kabinettsbeschluß vom vergangenen Dienstag verstoße gegen das Gesetz?

(Abg. Hiersemann: Wenn Sie jetzt nicht ja sagen, gibt es Ärger!)

**Brosch (CSU):** Dies ist mir bisher vielleicht nicht ganz gelungen. Ich bedanke mich. Auf die Einzelheiten werde ich aber noch zurückkommen.

(Abg. Hiersemann: Nein, nein, nein!)

– Herr Kollege, das Wesentliche muß gesagt werden; das ist in fünf Minuten geschehen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Die einzelnen Aktenablagerungen des Polizeipräsidiums München können nicht als wahlloses Akten- oder Zettel-system betrachtet werden. Dies ist eine Datei. Wenn das Münchner Polizeipräsidium Akten nach bestimmten Kategorien sortiert, ablegt und auch noch bezeichnet, dann besteht nach Expertenaussage eine Datei. Deshalb ist es für mich überhaupt keine Frage, daß wir den Datenschutzbeauftragten bei solchen Dateien im sicherheitsrelevanten Bereich der Staatsregierung künftig ablehnen oder aussperren sollen.

Ich glaube aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie haben bisher nicht nachweisen können, daß der Datenschutzbeauftragte in der Praxis behindert oder in seiner Arbeit ausgegrenzt wird. Wenn Sie den theoretischen Streit zwischen dem Justiz- und dem Innenministerium sowie zwischen dem Justizministerium und dem Datenschutzbeauftragten, der hochgespielt worden ist, wirklich einmal offen schildern würden, würde jeder Abgeordnete sagen: Wäre diese Beschwerde nicht zum Datenschutzbeauftragten, sondern zum Präsidenten gegangen, dann hätte der Petitionsausschuß schon längst beschlossen: aufgrund der Erklärung der Staatsregierung erledigt.

Ich möchte zum Schluß kommen und Ihnen nur sagen: Wir wollen, daß bei uns, im modernen Bayern, weiterhin der technische Fortschritt mit neuen Medien und mit neuen Technologien Fuß faßt. Wir wissen aber auch, daß aus neuen Medien und Technologien teilweise Gefahr erwachsen kann. Deshalb würden die CSU-Fraktion und die Bayerische Staatsregierung wirklich falsch liegen, wenn sie bei einer solchen Sachlage die Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten gravierend beschneiden würden.

Ich sehe deshalb keinerlei Grund dafür, daß Sie Widerstand gegen die Volkszählung schüren. Ich glaube, die bewährte Arbeit des Datenschutzbeauftragten in Bayern kann weiterhin ausgeübt werden. Er wird weiterhin kontrollieren und die Verwaltung schulen, und dabei bleiben wir.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund:** Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

(Zurufe)

– Mir ist signalisiert worden, daß der Herr Staatsminister noch einmal das Wort ergreifen wollte. Das steht auch hier so aufgeschrieben.

(Weitere Zurufe)

– Ich bin dankbar, wenn ich damit die Aussprache schließen kann.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse abstimmen über den **Antrag** auf Drucksache 11/315. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der CSU. Vorsorglich frage ich, ob es Stimmenthaltungen gibt. – Keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist **a b g e l e h n t**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag** auf Drucksache 11/316. Auch hier wird von den Ausschüssen die Ablehnung vorgeschlagen. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Das waren die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **a b g e l e h n t**.

Ich lasse abstimmen über den **Antrag** auf Drucksache 11/415. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Europafragen empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Worte „innerhalb von sechs Monaten“ durch die Worte „bis zum 30. Juni 1987“ ersetzt werden. Wer dem Antrag mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. –

(Abg. Brosch: Anderes Datum:  
15. September 1987!)

– War das vorhin ein Antrag von Ihnen? Das hatte ich nicht verstanden; es ist bei mir nicht vermerkt. Ich nehme ihn zur Kenntnis.

(Abg. Brosch: 15. September 1987!)

– 15. September 1987. Ich lasse dann in Kenntnis der bekannten Mehrheitsverhältnisse über den Antrag in dieser Fassung abstimmen. Wer ihm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit

(Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund)

den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN so beschlossen.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 11/1856. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen empfiehlt eine Neufassung; ich verweise dazu auf Drucksache 11/1969.

(Abg. Brosch: Ist erledigt!)

– Er ist erledigt?

(Abg. Warnecke: Ich bitte, über den Antrag in der ursprünglichen Fassung abzustimmen! – Zuruf des Abg. Hiersemann)

– Ich kann die Drucksache im Moment nicht finden, Herr Kollege Hiersemann. Ich begnüge mich daher mit der Feststellung, daß über die ursprüngliche Fassung abgestimmt werden soll. Wer dem Antrag in der ursprünglichen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. – Keine Stimmenthaltungen.

Ich lasse nun noch über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 11/2010 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will – ich gehe davon aus, daß er allseits bekannt ist –, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN. – Die Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich auf den während dieser Vollversammlung eingegangenen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Haas, Warnecke und Fraktion betreffend Volkszählung 1987 (Drucksache 11/1970).**

Wird dieser Dringlichkeitsantrag begründet? – Das Wort hat Herr Kollege Hiersemann.

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich der erste Redner bin, hätte ich jetzt die Möglichkeit, meine Redezeit auf eine Stunde verlängern zu lassen.

(Zurufe von der CSU)

– Sehen Sie! Ich fürchte auch, daß ich damit wenig Zustimmung ernte und eher Panik verbreite. Deswegen will ich es sehr kurz machen.

Der Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit einem Thema, das ich bereits in der Aussprache über den Haushalt des Herrn Ministerpräsidenten angesprochen habe. Es entspricht unserer Überzeugung, daß Diskussionen darüber, den Strafraumen für Verstöße im Bereich des Volkszählungsgesetzes zu erhöhen oder Verstöße von einer Ordnungswidrigkeit zu einem Straftatbestand zu machen, nicht geeignet

sind, Vertrauen zu schaffen, sondern eher zusätzliches Mißtrauen bilden.

Gleiches gilt hinsichtlich vorhandener Befürchtungen, daß sich diejenigen, die eine derartige Ordnungswidrigkeit begehen, in Dateien oder Computern des Landeskriminalamtes oder des Landesamts für Verfassungsschutz wiederfinden. Die Gründe hierfür habe ich ausführlich in der Debatte über den Haushalt dargestellt. Ich nehme darauf Bezug und bitte um Zustimmung des Hauses zu unserem Antrag.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Kollege Brosch!

**Brosch (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hiersemann, es besteht überhaupt keine Veranlassung anzunehmen, daß die Bayerische Staatsregierung jetzt den Strafraumen verschärfen wolle. Sie hat die Landratsämter und die Regierungen nur darauf hingewiesen, daß bei einem Boykott rechtliche Sanktionen möglich sind. Das wird sie ja wohl noch dürfen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abg. Hiersemann)

Was Sie in den Dringlichkeitsantrag hineingeschrieben haben, zeigt, daß Sie davon ausgehen, daß die Sanktionen jetzt verschärft werden sollten oder daß die Staatsregierung mit Rundschreiben oder sonstigen Aktionen eine Verschärfung vorantreiben will.

(Abg. Hiersemann: Nein, ich meine die Diskussion in Ihrer Partei!)

Als zweites will ich Ihnen sagen, daß uns nicht bekannt ist, daß im Landesamt für Verfassungsschutz Dateien angefertigt werden sollen, in denen Boykotteure usw. erfaßt werden sollen. Das ist uns nicht bekannt.

Wenn Sie jedoch terroristische Aktionen meinen sollten,

(Abg. Hiersemann: Das steht doch gar nicht im Antrag!)

dann sage ich Ihnen, daß es möglich ist, daß im Zusammenhang mit solchen Aktionen auch die Volkszählung mit ins Spiel gebracht wird. Solche Dinge werden aber in eigener Zuständigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz behandelt.

(Abg. Hiersemann: Hier steht „im Zusammenhang mit einer Ordnungswidrigkeit“, Herr Brosch! – Abg. Bäumer meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Ich kann die Zwischenfrage nicht mehr zulassen, da der Redner seine Rede beendet hat.

Das Wort hat Herr Hiersemann.

**Hiersemann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Hiersemann [SPD])

(Zuruf von der CSU: Seien Sie doch nicht so erregt!)

– Ich bin überhaupt nicht erregt. Ich hatte nur gedacht, daß die Behandlung dieses Antrages sehr schnell gehen könne; aber ich wußte ja nicht, was Sie hier sagen würden, Herr Kollege Brosch. Ich begreife nun überhaupt nichts mehr.

(Zuruf des Abg. Freller)

– Herr Kollege Freller, ob Sie da mir gegenüber einen Vorsprung haben, weiß ich nicht.

Es gibt Diskussionen in Ihrer eigenen Partei darüber, die Ordnungswidrigkeit zu einem Straftatbestand zu machen. Nun sagen Sie: Derartige Absichten sind bei der Staatsregierung nicht vorhanden. Ich begrüße dies. Aber dann können Sie doch der Ziffer 1 dieses Antrags zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Leeb: Seit wann stimmt man Überflüssigem zu? – Abg. Dr. Wilhelm: Das nennt man Einrennen offener Türen!)

– Wenn es danach ginge, dürften Sie manche Anträge gar nicht einbringen. Ich meine nicht Sie persönlich, sondern die CSU, aber auch andere in diesem Haus.

Was die Ziffer 2 des Antrags angeht, Herr Kollege Brosch, so möchte ich Sie einfach bitten, den Text zu lesen. Wenn hier steht, daß „Bürgerdaten, die im Zusammenhang mit einer Ordnungswidrigkeit zur Volkszählung stehen“, nicht dateimäßig erfaßt werden sollen, dann begreife ich überhaupt nicht, worauf sich Ihre Argumentation hinsichtlich eines Terrorismus stützt. Ihn schließt dieser Antrag eben gerade nicht ein.

Da Sie gesagt haben, Sie seien auch der Meinung, daß Ordnungswidrigkeiten nicht in Dateien erfaßt werden sollten und daß die Staatsregierung entsprechend handeln werde, frage ich Sie: Warum können Sie dann der Ziffer 2 nicht zustimmen? Das begreife ich jetzt nicht mehr.

Nun haben wir hier einen Antrag, mit dem wir gemeinsam Bedenken mancher Bürger ausräumen könnten, und dennoch verweigern Sie dazu die Zustimmung. Manchmal frage ich mich – ich erinnere an die Diskussion von vorhin über Herrn Stollreither –, ob Sie wirklich kein Fettnäpfchen auslassen wollen, um Mißtrauen bei Bürgern noch zu bestätigen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

**Staatsminister Lang:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hiersemann verweist in Ziffer 1 seines Antrages auf angekündigte Initiativen. Herr Kollege Hiersemann, meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auf folgendes verweisen! Es erging ein Schreiben des Staatsministeriums des Innern an die Präsidien der bayerischen

Polizei – ein ganz normaler Vorgang –, um eine einheitliche Praxis bei Boykottaufrufen in Versammlungen, bei Veranstaltungen unter freiem Himmel usw. zu gewährleisten. Dies mußte ja sein, damit im ganzen Land einheitlich vorgegangen wird. Herr Kollege Hiersemann, vielleicht hätte ich Ihnen diesen Hinweis vorher geben sollen; aber ich wußte ja nicht, daß dieser Antrag kommen würde.

Zum Thema Volkszählung finden ja vermehrt öffentliche Versammlungen statt, zu denen Referenten eingeladen werden, die bereits zum Boykott aufgerufen bzw. Anleitungen für effektive Boykottmaßnahmen veröffentlicht haben. Für diese Versammlungen wird auch auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen durch Plakatanschläge und die Errichtung von Informationsständen geworben. Hierzu sollte der Polizei und den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden eine Anweisung gegeben werden, wie einheitlich vorgegangen werden soll, was eine Ordnungswidrigkeit darstellt und unter welchen Umständen eine Versammlung beispielsweise verboten werden soll oder nicht verboten werden kann. Das ist auf vielen Seiten niedergelegt, und wenn Sie das im einzelnen wüßten, hätten Sie Ihren Antrag nicht gestellt. Sie würden ihn jetzt zumindest zurücknehmen oder wie wir ablehnen. Ich kann Ihnen aber persönlich einen Abdruck des Schreibens geben.

Das ist doch ein Bemühen im gemeinsamen Interesse, Herr Kollege Hiersemann. Dort wird ja auch eine Aufklärung darüber gegeben, daß nicht alles eine Straftat darstellt, sondern daß in einigen Bereichen reine Ordnungswidrigkeitstatbestände gegeben sind und daß nicht jede Versammlung aufgelöst werden kann, sondern daß dies nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Diesen Hinweis haben wir den Polizeibeamten gegeben.

(Abg. Tandler: Herr Staatsminister, um es kurz zu machen: Für diesen Antrag besteht keine Veranlassung!)

– Für diesen Antrag besteht wirklich keine Veranlassung. Er ist völlig überflüssig.

Wir haben doch darüber diskutiert: Wer sich zur Volkszählung bekennt und wer sich wiederholt gegen Boykottaufrufe ausgesprochen hat, wie auch Sie das dankenswerterweise getan haben, der weiß auch, was in diesem Zusammenhang eine Ordnungswidrigkeit ist, und der muß auch dafür sein, daß diejenigen, die öffentlich zum Boykott aufrufen und den Boykott durchführen wollen, entsprechend bestraft werden. Darum und um nichts anderes ging es uns.

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Bäumer? –

(Abg. Dr. Wilhelm: Wenn er fertig ist, gibt es keine Zwischenfrage mehr!)

– Der Redner hat seine Rede beendet.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Bäumer. Bitte, Sie haben das Wort!

**Bäumer (DIE GRÜNEN):** Ich kann meine Frage auch in der Form eines Redebeitrags loswerden. Herr Kollege Brosch, vielleicht kann ich Sie darüber informieren, daß der Verfassungsschutz sehr wohl eingeschaltet wird. Ich wollte diese Frage gerade dem Herrn Innenminister stellen. Es gibt eine ganze Reihe solcher Schreiben, über deren rechtliche Qualifikation ich hier nichts sagen möchte. Sie enthalten viele ganz richtige und gute Hinweise.

Interessanterweise ist ein Schreiben des Ministerialdirigenten Häring ausdrücklich auch an die Verfassungsschutzämter gegangen. Können Sie mir vielleicht erklären, welchen Grund das haben kann, wenn die Verfassungsschutzämter überhaupt nicht eingeschaltet sind?

(Abg. Brosch: Sie sollen nicht notieren!)

– Daß sie nicht notieren? Davon steht dort inhaltlich gar nichts! Ich wollte Ihnen das nur sagen. Vielleicht denken Sie darüber noch einmal nach.

(Abg. Brosch: Ist erledigt, Herr Kollege!)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Das Wort hat der Herr Kollege Hiersemann.

**Hiersemann (SPD):** Keine Angst! Das wird keine Rede mehr. Nach den Erklärungen des Kollegen Brosch und des Herrn Innenministers bitte ich, über diesen Dringlichkeitsantrag in einer abgeänderten Fassung abzustimmen. Sie lautet wie folgt:

Der Landtag begrüßt, daß die Staatsregierung

1. keinerlei Absicht hat, rechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Volkszählungsgesetzes zu verschärfen, und

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

2. sicherstellt, daß Bürgerdaten, die im Zusammenhang mit einer Ordnungswidrigkeit zur Volkszählung stehen, nicht dateimäßig erfaßt, insbesondere nicht an das Landeskriminalamt oder an das Landesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet werden.

Dafür müßte es nach all dem Gesagten eine gemeinsame Basis geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Zuruf von der CSU: Richtig kindisch!)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Tandler.

**Tandler (CSU):** Wenn wir schon dabei sind, den Dringlichkeitsantrag abzuändern, stelle ich auch einen Abänderungsantrag folgenden Inhaltes:

(Abg. Schimpl: „Weiterhin“!)

Der Bayerische Landtag begrüßt die Tatsache, daß sich die Staatsregierung im Bereich der Volkszählung exakt an Recht und Gesetz hält.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:  
Wenn Sie unserem Antrag zustimmen,  
stimmen wir Ihrem zu! – Weitere Zurufe  
von der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Herr Kollege Tandler, der Dringlichkeitsantrag, der der Entscheidung zugrunde liegt, stammt von der SPD. Sie können natürlich Abänderungsanträge stellen; aber nach unserer Geschäftsordnung dürfen die Abänderungsanträge den wesentlichen Inhalt des Dringlichkeitsantrags nicht verändern.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich sehe in Ihrem Antrag eine Veränderung des wesentlichen Inhalts des Antrags der SPD-Fraktion. Insofern könnte ich über ihn nicht abstimmen lassen.

Ich lasse deswegen über die Fassung abstimmen, die der Herr Kollege Hiersemann vorgeschlagen hat, der als Antragsteller natürlich die volle Herrschaft über seinen Antrag besitzt.

(Abg. Tandler meldet sich zu Wort)

– Die Zeit wird jetzt nicht mehr ausreichen, Herr Kollege Tandler, um einen eigenen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Bitte schön! Noch zur Geschäftsordnung?

**Tandler (CSU):** Eine Erklärung zur Abstimmung namens der Fraktion, Herr Präsident, die ich ja vor der Abstimmung abzugeben habe: Wir lehnen den Antrag deshalb ab, weil nach den Erklärungen der Staatsregierung für solche Anträge nicht der geringste Anlaß besteht.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit –  
Abg. Hiersemann: So, so!)

**Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse dann abstimmen über die Fassung, die der Herr Kollege Hiersemann vorgetragen hat. Wer dem Antrag in der Fassung des Herrn Kollegen Hiersemann die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenprobe! – Danke! Stimmenthaltungen? – Der Antrag wurde mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Lachen – Abg. Hiersemann zu Abg.

Tandler: Sie haben mich maßlos enttäuscht!)

Meine Damen und Herren! Der guten Ordnung halber darf ich noch feststellen – das wurde vorhin versäumt –, daß der noch verbliebene Tagesordnungspunkt 36 im Einvernehmen aller Fraktionen zurückgestellt wurde. Er wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich darf Sie bitten, sich noch einen Moment zu gedulden. Außerhalb der Tagesordnung gibt die Fraktion der SPD noch Ausschußbesetzungen

(Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund)

bekannt. Aus dem Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung scheidet Frau Kollegin Christa Harrer aus. Ihren Platz nimmt Herr Kollege Xaver Wolf ein. Aus dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes scheidet Herr Kollege Xaver Wolf aus.

Seinen Platz nimmt Herr Kollege Klaus Sommerkorn ein. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich danke Ihnen für Ihr Ausharren. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 35 Minuten)